

DAS KAUSALE NEXUSBLATT

Vierteljährlich über Internet
OOOOOOOOOOOOOO

Nr 22

Herbst 2006
OOOOOOOOOOOO

Weltkriege / heutige Kolonialkriege / Nächste Kriege
Die revisionistischen Fragen
OO

< [kausalenexusblatt at yahoo.de](mailto:kausalenexusblatt@yahoo.de) >

< <http://revurevi.net> >
und auch

< <http://aaargh.com.mx/deut/deut.html> >

< <http://vho.org/aaargh/deut/deut.html> >

OO

"Kein Gericht der Welt hat das Recht, wissenschaftliche Fragen autoritär zu entscheiden", sagte Gernar Rudolf am ersten Tag seines Prozess.

INHALT

Der irakische Widerstand vor den Trümmern von 1300 Jahren sunnitischer Herrschaft, Willi Langthaler

Literaturprofessor wegen Leugnung des Holocaust verurteilt

In Memoriam Dr. Wilhelm Stäglich

Paris will Leugnung des Völkermords an Armeniern bestrafen

34, 19, 32, 26 – Kampf der Deklarationen

Papst Benedikt soll die Vatikan-Archive für die Holocaust-Konferenz in Teheran öffnen

Bitte an Papst Benedikt: Gerd Honsik

Anklage gegen Holocaust-Leugner Gernar Rudolf und Siegfried Verbeke erhoben,

STAATSANWALTSCHAFT MANNHEIM

Die Uhr läuft ab, Von Victor Neumann

Irving scheitert mit Berufung

Überlebende der Nazi-Verfolgung wollen zum Holocaust-Leugner reisen

Ein israelischer Diplomat am Flughafen von Buenos Aires mit einem Koffer voll

Sprengstoff am 9. August festgenommen

Holocaust-Leugnung mit Publikum, von Astrid Hölscher

Einleitung zu Pierre Marais, *Les Camions à gaz en question*. Robert Faurisson

HIRNWÄSCHE

Ein Brief

„Ernst ist kein Verbrecher!“ Dr. Ingrid Rimland-Zündel

GESPRÄCH : Pater Rolf Hermann Lingen

Ein von Gott auserwähltes Volk, Jostein Gaarder

Russland zögert, von Israel Shamir

RUSSLAND ZÖGERT - Teil II

Aufruf zum Protest gegen das Denkmal für einen Rassisten, Entführer, Versklaver und Mörder von Schwarzen Menschen

Armenien kontert Blochers Aussagen, Luzi Bernet, Markus Häfliger

Wider den Mißbrauch des Revisionismus, Von Jürgen Schwab

Deutsche Not

Proteste in Ungarn von Karl Pfeifer

Zündel will Irans Präsident im Zeugenstand

Norman Finkelstein: Antisemitismus als politische Waffe. Israel, Amerika und der Missbrauch der Geschichte, Elisabeth Lindner-Riegler

Zu Kritik und Desinformation- einige Antworten auf zwielichtige Internetmeldungen, Dr Claus Wolfschlag

IDGR geht vom Netz

Schlemihls und Priesterinnen, Von Israel Shamir

»Romano Prodi flieht in die große Weltpolitik« Ein Gespräch mit Leonardo Mazzei

BRIEF 3

Interview: "Unreflektiert und ungefiltert" WELT.de sprach mit **Juliane Wetzel**, Von Peter Reineke

Günter Deckert Reports, 19 October 2006

Das Haman-Syndrom oder Warum beantworten Juden eine Frage mit einer Frage? Von Israel Shamir

Holocaust-Leugner Rudolf muss erneut vor Gericht

Neonazi Mahler muss im Gewahrsam warten

BJ-Chef zum Antirassismus-Gesetz

"Zum Hass aufgestachelt"

Holocaust-Mahnmal in Hannover beschädigt

"Kritik an Israel erlaubt"

Freundschaft und Kritik Warum die "besonderen Beziehungen" zwischen Deutschland und Israel überdacht werden müssen / Das "Manifest der 25"

Linke verschieben Besuch im Iran

Irans Holocaust-Konferenz ohne deutsche Rechtsextreme? Frank Jansen

GERMAR RUDOLF I RÄTTEN: FÖRINTELSEN ÄR EN "GIGANTISK BLUFF" **Magnus Söderman**

Postkommunistischer Antonescu-Kult, 1990-2006, Eine Chronologie, William Totok

SUCHEN UND FINDEN

Prozess wird wegen Unterstützung des internationalen Terrorismus fortgesetzt (Italien)

Klaus-Michael Mallmann.

WeltamSonntag: Warum haben Sie den Brief aus Teheran nicht veröffentlicht, den der iranische Präsident Ahmadinedschad an Sie geschrieben hat?

Merkel: Er war in keiner Weise für die Lösung des Atom-Konfliktes relevant. Die Schmähungen, die auf die Leugnung des Holocausts und die Vernichtung Israels zielen, muss man nicht unter das Volk bringen. (20.8.06)

Als Bindeglied zwischen vor allem deutschen, belgischen und französischen Holocaustleugnern fungierte die inzwischen gesperrte französische Webseite der Organisation AAARGH (*Association des Anciens Amateurs de Récits de Guerre et d'Holocauste*); deren Inhalte werden heute von der belgischen VHO (s.o.) weiter verbreitet.

IRAQ

Der irakische Widerstand vor den Trümmern von 1300 Jahren sunnitischer Herrschaft

Überlegungen zur Lösung des schiitisch-sunnitischen Konflikt

Willi Langthaler

Der Irak ist kein „normales“ arabisches Land. Damit soll nicht auf die Schiiten oder Kurden angespielt werden, denn religiöse oder nationale Minderheiten gibt es in fast jedem arabischen Land. Vielmehr ist es die Nachbarschaft zum Iran, der nicht nur eine starke Regionalmacht darstellt, sondern eine eigene Jahrtausende alte Zivilisation repräsentiert, die unzweifelhaft in Konkurrenz zum Arabertum und dem von ihm hervorgebrachten sunnitischen Islam steht.

Historische Bruchlinien

Einst selbst das glänzende Zentrum des Islam und als solches Synthese der arabischen und persischen Kultur, sank das Zweistromland im letzten Jahrtausend zu einem ständig umkämpften Grenzgebiet zwischen Arabien und Persien herab. Die Herrschaft verblieb zwar immer in der Hand der sunnitischen Eliten – eine Formel, die auch der britische Kolonialismus nach einem am Schiitenaufstand gescheiterten Versuch der „direct rule“ zu übernehmen sich gezwungen sah. Doch der starke schiitische Bevölkerungsanteil wurde immer als Störfaktor begriffen, denn deren politische Loyalität gehörte vor allem dem lokal ansässigen persischen Klerus. Selbst die sich zum Schiitismus bekennende persische Monarchie hatte von Anfang an ihre liebe Not mit dem schiitischen Klerus, der mehr als die katholische Kirche ein eigenes politisches Machtzentrum darstellt. So kann man sich erst die Schwierigkeiten der sunnitischen Macht in Bagdad vorstellen.

Nicht umsonst gewannen Kassem und die irakische KP, die 1958 gemeinsam das koloniale Regime stürzten, die breite Unterstützung der schiitischen Armut, weil sie sich dem damals im rasanten Aufstieg befindlichen arabischen Nationalismus widersetzen. Ihre Formel war im Gegensatz dazu ein explizit irakischer Nationalismus, der eine äquidistante Haltung sowohl gegenüber dem arabisch-sunnitischen als auch dem persisch-schiitischen Machtzentrum erlaubte. Zwar war die KP absolut antikontessionalistisch, dennoch kann es nicht als Zufall bezeichnet werden, dass sie ihre Massenbasis unter den Schiiten der subalternen Klassen fand.

Auch Baath war zweifelsohne eine antikontessionalistische Partei. Ihre Ursprünge in Syrien zeigen, dass gerade unter Christen und Alawiten stark war. Doch ihre dezidiert panarabische Ausrichtung brachte ihr vor allem unter den irakischen Sunniten eine breite Anhängerschaft.

Den imperialistischen Tiger für seine Zwecke reiten

Gegen die Kassem-KP-Koalition kooperierte die Baath-Partei mit den USA. Doch daraus kann keineswegs abgeleitet werden, dass es sich bei ihr um eine Marionette Washingtons handelte, andernfalls bliebe die weitere Historie unerklärlich. Auch die oftmals versuchte Erklärung mittels des vermeintlich bürgerlichen Klassencharakters der Baath scheint eher eine Vergewaltigung durch starre Kategorien, die im Widerspruch zu den der radikalen Verstaatlichung des Erdöls steht. Tatsächlich versuchte Baath die USA als Mittel gegen einen als noch gefährlicher erscheinenden Feind, nämlich die pro-iranische Kräfte, zu instrumentalisieren. Dies sollte nicht der einzige ähnlich geartete Versuch bleiben. Aber auch die schiitische Gegenseite glaubt die USA für ihre Causa vor den Karren spannen zu können.

Die 70er Jahre waren in jeder Hinsicht das goldene Jahrzehnt des modernen Irak. Die Verstaatlichung der Erdölressourcen führte zu einer Verteilung des bisher unbekanntem Reichtums unter allen Schichten, auch den ärmsten. Diese Maßnahme stärkte die Unterstützung für Baath auch unter den Schiiten massiv, nicht nur das Bündnis zwischen Baath und der KP. Das ging so weit, dass Baath der KP nicht mehr zu bedürfen glaubte, sie in die Wüste schickte und mit dem Erzfeind Iran ein Abkommen schloss, hinter dem Washington steckte. Über die gemeinsame Ablehnung des kurdischen Selbstbestimmungsrechts erzielte man Mitte der 70er Jahre den Ausgleich. Für Saddam waren damit der Druck seitens der USA gedämpft und der Schah neutralisiert, denn politische Anziehungskraft unter den irakischen Schiiten hatte so gut wie keine.

Mit der islamischen Revolution im Iran ging der historische Konflikt in eine neue Runde. Zwar war der Irak eindeutig der Aggressor, der einerseits sich die momentane Schwäche Teherans zu nutzen machte und andererseits präventiv gegen den befürchteten Einfluss des schiitischen politischen Islam

vorgehen wollte. Der weitere Kriegsverlauf zeigte indes, dass auch der Iran nicht vor expansionistischen Motiven gefeit war. Beide Seiten hielten sich für besonders schlau sich von den USA unterstützen zu lassen, der Irak über den Golf und der Iran über Israel. Der lachende Dritte waren die USA selbst, die auf den historischen Gegensatz die geniale Doktrin des „dual containment“, der doppelten Eindämmung bauten. Ihre Hauptfeinde in der Region bluteten sich gegenseitig aus. Doch im Gegensatz zu den jeweiligen Beschuldigungen war keine der beiden Seiten eine Marionette der USA. Allein, die Gegnerschaft zum regionalen Feind war größer als jene zum Imperialismus, der dies für seine globalen Ziele geschickt zu nutzen wusste.

Zwar konnte sich Baath im Irak letztlich halten und auch die arabischen Schiiten gegen einen anfangs propagandistisch heraufbeschworenen später aber durchaus realen persischen Expansionsismus bei der Stange halten, doch der zu zahlende politische Preis war hoch, nämlich der vollkommene Hegemonieverlust und der Aufstieg des politischen Islam zur dominanten politischen Kraft unter den irakischen Schiiten. Der Hass, der bis heute Baath entgegenschlägt, auch als wesentliche Komponente des Widerstands gegen die auch von den Schiiten nicht erwünschte US-Besatzung, liegt in dieser Vorgeschichte verschlossen.

Nun seinerseits beim Tigerritt an der Reihe: der schiitische politische Islam

Als die USA die Baath-Regierung 2003 stürzten, setzten sie auf ein für den Irak als auch für ihre Außenpolitik revolutionäres Konzept, nämlich eine Herrschaft gestützt auf den schiitischen politischen Islam. Sie selbst hatten sich davor lange Zeit gescheut und ihre traditionelle Doktrin hatte die Baath-Herrschaft immer als das kleinere Übel gegenüber den proiranischen Kräften angesehen. Daher ließen sie Saddam 1991 bei der Niederschlagung des Schiitenaufstandes gewähren. Doch die Neocons erklärten den Sturz des Baath-Regimes zum Startschuss ihrer Amerikanischen Reiches. In ihrer Hybris schlugen sie nicht nur die Erwägungen ihrer Vorgänger in Washington, sondern auch die Kolonialerfahrungen der Briten in den Wind.

Ergebnis ist genau das von Bush senior & Co Befürchtete, nämlich die Ausdehnung der Macht Teherans über weite Teile des Iraks. Die Tatsache, dass die Vertreter des schiitischen politischen Islam mit den Bajonetten der Besatzung an die Macht gelangten, darf indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie keineswegs Marionetten der USA sind. Jene direkten Handlanger wie Chalabi und Allawi konnten in der Bevölkerung einfach nicht Fuß fassen.

Auch wenn der Widerstand den heute herrschenden Block als Kollaborateure bezeichnet – und damit sogar Recht hat – werden sie von der schiitischen Bevölkerung nicht als solche empfunden. Denn weder die breiten schiitischen Massen noch ihre Parteien sind für die Besatzung, die nur als vorübergehendes Mittel zum Zweck, nämlich die sunnitische Baath-Herrschaft loszuwerden, verstanden werden. Die Loyalität des neuen Regimes gilt in unterschiedlichem Ausmaß und über verschiedene Vermittlungen dem Iran bzw. dem schiitischen Klerus. Die Badr-Milizen und der „Hohe Rat der Islamischen Revolution“ (SCIRI) sind direkt dem iranischen Staat und Militär verpflichtet. Den anderen Pol stellt die Bewegung von Muqtada as-Sadr, der die Besatzung verbal angreift, den arabischen Charakter des Irak und seine Einheit betont und mehr auf die radikalen Tendenzen des schiitischen politischen Islam setzt. Doch über den Klerus – oder Teile von diesem – ist auch er mit tausend Fäden an den Iran gebunden.

Mit den USA gegen den Iran?

In ihrem Siegestaumel proklamierten die Neocons die De-Baathisierung des Irak. Der gesamte Staatsapparat wurde zerschlagen und seine Vertreter en masse in den Untergrund getrieben. Die Assoziation mit der Entnazifizierung war gewollt, ist jedoch mehr als irreführend. In Deutschland waren nur die Spitzen ausgetauscht worden, der Rumpf des Nazi-Staates sollte in der Folge erfolgreich den deutschen Kapitalismus im Sinne der neuen proamerikanischen Eliten verwalten. Die amerikanische Hetzjagd gegen Baath passte dem Iran sowie dem irakischen schiitischen politischen Islam ausgezeichnet ins Konzept. Überdies zerstörte sich Washington so eine mögliche Alternative oder zumindest ein Gegengewicht zu den proiranischen Kräften.

Ein Aspekt, der das aus heutiger Sicht schwer verständliche Verhalten der USA erklärt, ist, dass damals noch der als Reformier geltende Khatami sich in Teheran an der Spitze befand. Bis zum Wahlsieg Ahmadinedschads hatte man in Washington auf einen Umbruch im Iran nach osteuropäischem Vorbild, also mittels einer Palastrevolte durch die proimperialistischen kapitalistischen Kräfte des Regimes selbst, gehofft. Nachdem dieser Weg nun versperrt scheint, fährt Washington eine aggressivere Linie, die jedoch die bisherige Politik im Irak, die auf die schiitischen Kräfte setzte, auch retrospektiv desavouiert.

Aus dieser Perspektive werden die Avancen, die die USA nun schon seit geraumer Zeit dem Baath-Milieu machen, lesbar. Natürlich geht es dabei auch darum, dem nach wie vor kräftigen militärischen Widerstand die Spitze abzubrechen und die Legitimationsbasis zu entziehen. Der

Wunsch nach Verhandlungen seitens der Besatzer kann legitimer Weise als Erfolg des Widerstands gewertet werden. Doch enthält er zweifelsohne auch ein anderes Element, das an der historischen antiiranischen Haltung der sunnitischen Eliten genauso wie jener ihrer Basis anknüpft. Was haben die USA anzubieten? Eine substanzielle Beteiligung an dem heutigen Regime in Bagdad unter Fortdauer der amerikanischen Militärpräsenz erscheint nicht nur nicht als attraktiv, sondern sie ist schlicht unmöglich, denn sie wird vom schiitischen Machtblock abgelehnt – darauf selbst Washington keinen Einfluss hat. So mag in den Hinterköpfen sowohl der USA als auch von Baath eine Neuaufgabe der Kooperation datierend vom Iran-Irak-Krieg Gestalt annehmen. Denn genauso wie der politische Islam es nicht scheute mit den Bajonetten der USA in Bagdad an die Macht zu gelangen, so sagt die geschichtliche Realität, dass die sunnitischen Eliten, um ihren historischen Machtanspruch auf Bagdad wieder zu erlangen, nicht davor zurückschrecken werden sich mit den USA gegen den Iran zu verbünden. Es wäre jedenfalls der einfachste Weg wieder das Ruder in der Hand zu bekommen. Gewiss, die Eliten sind nicht kongruent mit dem Widerstand, der seine Wurzeln in den Volksmassen hat. Doch die Tatsache, dass den Eliten bisher nichts anderes blieb als den Widerstand zu unterstützen, trug erheblich zu dessen Schlagkraft bei. Um die USA wirklich loszuwerden und nicht nur den Erzfeind zurückzudrängen, bleibt dem Widerstand kein anderer Weg als den Gegensatz zu den schiitischen Massen abzubauen. Vereint wären sunnitische und schiitische Volksmassen allemal in der Lage die USA zu schlagen, genauso wie ein arabisch-persischen Bündnis im globalen Maßstab das Ende der amerikanischen Kontrolle über den Mittleren Osten bedeuten würde.

Tendenz zum Bürgerkrieg

Im Irak kann eine Tendenz zum Bürgerkrieg nicht abgestritten werden, so sehr der Widerstand es versucht und sich dabei selbst täuscht. Die historischen Konflikte, die im wesentlichen politischer und nicht direkt religiöser Natur sind, nutzend, versuchten die USA ein System von Teile-und-Herrsche zu etablieren. Dazu wurde wie anderswo ein sogenannter ethnischer Gegensatz zwischen Schiiten und Sunniten konstruiert, der die jeweilige Gruppenidentität mehr prägte als die gemeinsame Zugehörigkeit zum arabischen Irak. Anfänglich mussten den USA entsprechende sunnitisch-schiitische Auseinandersetzungen in den Kram passen, um den Gegensatz zu zementieren. So deutet vieles darauf hin, dass der Anschlag auf die schiitische Moschee von Samarra aus der amerikanisch-israelischen Giftküche stammt. Denn wenn es sunnitische Kräfte hätten gewesen sein sollen, warum wurde der Dom dann nicht in der Zeit gesprengt als die Stadt sich völlig in der Hand des Widerstands befand? Tatsächlich fand die Provokation später statt, als sie unter der Kontrolle von schiitischen Milizen stand. Dass es letztere selber gewesen sein könnten, wie viele Sympathisanten des Widerstands behaupten, kann zwar nicht ausgeschlossen werden, mutet aber eingedenk der Tatsache, dass es sich um eines der höchsten schiitischen Heiligtümer überhaupt handelte, doch etwas zu zynisch an.

Doch heute ist den USA die Kontrolle über den Konflikt eindeutig aus der Hand geglitten. Sie kann auch am Ausmaß der Massaker kein Interesse, denn sie zerrütten das von der Besatzung etablierte System. Der Aspekt des Teilens läuft zunehmend dem Aspekt des Herrschens zuwider. Statt der versprochenen Stabilität befindet sich das Land mehr denn je im Chaos und außer Kontrolle der USA. Sicher kein überzeugendes Argument für die Herolde des Amerikanischen Reiches.

Der Konflikt hat eine Eigendynamik gewonnen, der sich selbst jene nicht ganz entziehen können, die die nationale Einheit beschwören. Auf der einen Seite drehen die Todesschwadronen der proiranischen Kräfte, die das Innenministerium kontrollieren, die Spirale. Denn ihre Jagd auf Baath färbt sich immer mehr antisunnitisch. Auf der anderen Seite tragen die Salafiten das ihre dazu bei. Sie behaupten zwar gegen die Handlanger der Besatzung vorzugehen, doch das sind alles Schiiten, die den Salafiten ja generell als Apostaten gelten. Es ist kein Zufall, dass die Salafiten heute gerade im Irak den größten Zulauf bekommen, obwohl diese Tendenz dort über keine Tradition verfügt. Sie entspringt dem Wunsch auf Vergeltung, nicht nur gegen die USA, sondern auch gegen die Schiiten. Aus einem politischen Gegensatz wird zunehmend ein religiöser, der das Potential hat auf beiden Seiten die Massen zu erfassen, selbst wenn sie sich zu Organisationen bekennen, die für die nationale Einheit stehen. So nehmen die amerikanischen Ethnien, die zuvor nicht existieren, langsam Gestalt an.

Exkurs: Fallstricke des kulturalistischen Antiimperialismus

Hier sei auch an den internationalen Kontext des Kriegs der Kulturen verwiesen, dessen Auswirkungen gerade auf den Irak erheblich ist. Die USA führen ihren Krieg zur Errichtung ihres Reiches bekanntlich als Kreuzzug gegen den Islam. Europa fühlt sich zwar mit seinem Säkularismus nicht nur dem Islam, sondern auch der christlichen USA überlegen, was indes seiner Rolle als Juniorpartner der USA im Krieg gegen den Islam keinen Abbruch tut. Die Reaktion auf der anderen Seite ist spiegelbildlich. Der Islam spielt als Identität des antiimperialistischen Widerstands eine immer größere Rolle. Doch welcher Islam? Abgesehen davon, dass es viele mögliche Interpretationen

gibt, spielt das große Schisma zwischen Schia und Sunna bis heute eine entscheidende Rolle, auch weil sich dahinter die alte Konkurrenz der persischen bzw. arabischen Kultur verbirgt. Wenn Kultur – und Religion zählt zur Kultur – statt der säkularistischen Nation des Panarabismus zum zentralen Identitätsstifter wird, dann erhalten die Konfessionsdifferenzen plötzlich einen viel höheren Stellenwert. Trotz der gemeinsamen Feindschaft zum Imperialismus gibt es zwischen Schia und Sunna einen Konflikt um Hegemonie, der gerade im Grenzbereich der Einflusszonen explosiv wird.

Das Programm für eine Front des Widerstands

Das heißt aber keinesfalls, dass im Irak der Zug zum Bürgerkrieg schon abgefahren wäre. Trotz der nun nachgezeichneten komplizierten Konfliktlage bleibt im Irak zumindest unter den Arabern die Idee der nationalen Einheit stark. Nicht nur der Widerstand und fast alle sunnitischen Kräfte bekennen sich dazu, sondern auch die die schiitischen Unterklassen repräsentierende Bewegung, jene Muqtadas, tritt immer wieder dafür ein. Die von den USA oktroyierte Verfassung mit der Dreiteilung des Landes wird auch von letzterer entschieden abgelehnt. Das ist nicht wenig und bringt sie in Gegensatz zu ihren proiranischen Verbündeten.

Doch die Beschwörung der nationalen Einheit allein, oder noch schlimmer, die Leugnung des historischen Problems, wie es im Baath-Milieu üblich ist, kann die gegenläufige Tendenz nicht stoppen. So kann man da folgende Aussagen hören: „Eine politische Front des Widerstands existiert bereits unter der Führung der Baath-Partei“ oder sogar „eine politische Front brauchen wir nicht, denn der Widerstand hat sowieso die Mehrheit des Volkes hinter sich“. Das ist hohler Nationalismus und billiger Triumphalismus, der früher oder später zum Zusammenbruch verurteilt ist oder gar der offenen Kollaboration mit den USA gegen den Iran den Weg ebnet.

Andererseits ist die Empörung beim Widerstand über die vielfach dokumentierte Beteiligung von Muqtadas Mehdi-Armee an der Jagd auf Baathisten nicht nur verständlich, sondern auch legitim. Muqtadas schwankende Haltung, die den Druck verschiedener Interessen reflektiert, ist bekannt. Man muss jene seiner Handlungen, die objektiv der Besatzung dienen, wie beispielsweise auch die Beteiligung an der Regierung, verurteilen, ohne die Versuche, seine Bewegung näher an den Widerstand zu ziehen und schließlich in eine politische Front einzubeziehen, aufzugeben. Ultimatistische Haltungen, wie sie im Bereich des Widerstands und auch unter einigen seiner Unterstützer im Westen verbreitet sind, die Muqtada direkt der Front der Besatzer zurechnen, sind da kontraproduktiv. So wenig Versöhnung mit der Besatzung angebracht ist, so unumgänglich erscheint die nationale Versöhnung über die Zerwürfnisse der Vergangenheit, die auch die Sühne für die Diktatur der Baath-Partei einschließen muss.

Will man die Gegensätze überbrücken und wirklich die nationale Einheit herstellen – und das ist nur über eine breite politische Front möglich –, so muss eine echte Lösung für den historischen Konflikt gefunden werden. Der Irak kann nur als arabisches Land zur Einheit finden (abgesehen einmal von den Kurden, denen das Selbstbestimmungsrecht gewährt werden muss), die Präsenz der iranischen Kräfte, vom sunnitischen Milieu sogar als iranische Besatzung bezeichnet, muss beendet werden. Andererseits muss das Schiitentum und der darin enthaltene persische Einfluss als Teil der irakischen Kultur anerkannt werden. Vielleicht kann eine modernisierte Version der abbasidischen Formel entwickelt werden, die die islamische Zivilisation zu seiner höchsten Blüte in der Synthese von Arabien und Persien brachte.

Entscheidend ist also die Machtbeteiligung beider Seiten. Sowohl die Jahrhunderte von der Macht ausgeschlossenen Schiiten als auch die Sunniten müssen an der Macht beteiligt werden, ansonsten werden scharfe Konflikte nicht ausbleiben. Über die Eliten ist das nicht möglich, denn diese sind immer mehr konfessionalistisch organisiert. Es bedarf der Beteiligung der Volksmassen an der Macht, der Demokratie des Volkes durch Organe der Partizipation verbunden mit dem Programm der sozialen Gerechtigkeit, die als einzige eine wechselseitige Garantie gegen den Ausschluss geben können. Deren Embryo kann nur die Front des Widerstands sein.

Bruc

hlinien

http://www.bruchlinien.at/index.php?subaction=showfull&id=1161533881&archive=&start_from=&u_cat=19&

HAFT

Literaturprofessor wegen Leugnung des Holocaust verurteilt

Drei Monate Haft auf Bewährung sowie 7.500 Euro Strafe für 77-Jährigen

Paris - In Paris ist ein französischer Literaturprofessor im Ruhestand wegen der Leugnung des Holocaust zu einer dreimonatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Anlass waren Äußerungen des 77 Jahre alten Robert Faurisson im iranischen Fernsehsender Sahar 1. Dort hatte er im Februar 2005 erklärt, es habe "nie eine einzige Gaskammer unter den Deutschen" gegeben.

"Deshalb sehen die Millionen Touristen, die Auschwitz besuchen, eine Lüge, eine Fälschung, eine Täuschung für Touristen." Wegen der "Beihilfe bei der Leugnung eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit" muss der früher an der Universität Lyon lehrende Faurisson nun auch 7500 Euro Strafe zahlen. Er war zwischen 1992 und 1998 schon mehrfach wegen ähnlicher Äußerungen verurteilt worden. (APA)

Der Standard (Wien) 3 Okt. 2006

<http://derstandard.at/?url=/?id=2610539>

ORDONNANZOFFIZIER AUCH DES REVISIONISMUS

In Memoriam Dr. Wilhelm Stäglich

Wie erst kürzlich bekannt wurde, verstarb Dr. Wilhelm Stäglich am 5. April 2006 im Alter von 89 Jahren. Sein Pflichtbewußtsein, seine Wahrheitsliebe und sein Mut waren vorbildlich.

Dr. Wilhelm Stäglich wurde am 11. November 1916 geboren.

Im 2. Weltkrieg war Wilhelm Stäglich 1944 Ordonnanzoffizier im Stab der Flakabt. 12. Seine Einheit war von Mitte Juli bis etwa Mitte September in der Nähe des Konzentrationslagers Auschwitz zum Schutz der dortigen Industrieanlagen, in denen auch die Häftlinge des Lagers arbeiteten, eingesetzt. Sie erhielt ihre Verpflegung in dieser Zeit - jedenfalls zum Teil - aus dem Konzentrationslager, das u.a. eine eigene Schlachtereie und eine eigene Bäckerei hatte.

Wilhelm Stäglich war mit dem Verpflegungsbeauftragten und dem Adjutanten seiner Abteilung mehrfach in dem Lager. U.a. wurde er auch zu einer offiziellen Besichtigung des Lagers eingeladen.

Nach dem Studium von Jura und Politikwissenschaft an den Universitäten Rostock und Göttingen promovierte Wilhelm Stäglich 1951 an der Universität Göttingen zum Dr. jur. Viele Jahre hindurch war er Richter am Finanzgericht in Hamburg. Er verfaßte zahlreiche Artikel zu rechtlichen und historischen Themen.

Angesichts der offensichtlichen Diskrepanz zwischen den Nachkriegsdarstellungen des Lagers Auschwitz und dem, was er selbst dort im Krieg gesehen hatte, beschloß er, nach Jahren des Schweigens hervorzutreten und sein eigenes Erleben zu schildern. 1973 verfaßt er hierzu einen Artikel. Ein Bericht von ihm wurde z.B. in dem von Thies Christophersen herausgegebenen Kritik-Heft *Der Auschwitz-Betrug* (Kritik Nr. 27, Mohrkirch, o. J., S. 67) veröffentlicht:

„Bei keinem dieser Besuche habe ich Vergasungseinrichtungen, Verbrennungsöfen, Marterinstrumente oder ähnliche grausige Dinge gesehen. Das Lager machte einen gepflegten Eindruck, ließ auf eine hervorragende Organisation schließen und hatte neben den schon genannten Handwerksbetrieben noch weitere, wie z.B. Schusterei und Schneiderei. Für die Unterbringung der Häftlinge waren große Baracken vorgesehen, die alle mit Betten ausgestattet waren. In den Handwerksbetrieben waren übrigens ausschließlich Häftlinge beschäftigt. Mich erinnerte dieses

Lager in seiner Art an das Arbeitsdienstlager, in dem ich meine halbjährige Arbeitsdienstpflicht ableistete, nur daß es natürlich wesentlich größer war.“

Daß ein Richter am Finanzgericht es wagte, den Holocaust anzuzweifeln, löste eine Verfolgungswelle gegen Dr. Stäglich aus. Allein wegen seiner revisionistischen Veröffentlichungen wurde er 1975 aus seinem Richteramt entlassen. Des Weiteren wurde seine Pension gekürzt.

Doch nun hatte Dr. Stäglich Zeit, das Thema in wissenschaftlicher Form ausführlich aufzuarbeiten. Er weitete seinen 1973 verfaßten Artikel aus. Das Ergebnis war das umfassende Buch *Der Auschwitz-Mythos: Legende oder Wirklichkeit*. Dieses grundlegende Werk erschien im März 1979 beim Grabert Verlag.

Mit Zwangsruhestand und Pensionskürzung waren die üblichen Mittel der Fügsammachung nahezu erschöpft. Also fand die BRD eine ganz neue Ehrenbezeugung für Dr. Stäglich: die Universität Göttingen erkannte ihm den Doktor-Titel ab. Dieser Akt diene vor allem der Einschüchterung der akademischen Welt, gab es doch damals noch nicht den verruchten § 130 StGB in seiner jetzigen Form mit Androhung von 5 Jahren Gefängnis für alle unerwünschten Äußerungen.

Aber Dr. Stäglich macht keinen Rückzieher. Er wurde nicht müde, zu Zivilcourage aufzurufen: Wenn sich nur hundert Richter fänden, die genug Mut hätten, gegen den Druck der politischen Korrektheit aufzustehen, würden die Deutschen von der Holocaust-Lüge befreit werden. Aber es fanden sich in der ganzen BRD keine hundert Richter, die das wagten, auch keine fünfzig, oder auch nur zwanzig, – so wie sich auch heute weder hundert, fünfzig oder zwanzig Historiker finden, die es wagen, von ihrem Fach ausgehend das Dogma anzugreifen.

So wie Dr. Wilhelm Stäglich den schweren Herausforderungen seines Lebens mit Charakterstärke und Konsequenz begegnete, so stellte er sich trotz nachlassender Kräfte auch seinem Ende. Nach einem erfüllten Leben und heimtückischer, schwerer Krankheit ist Dr. Stäglich am 5. April 2006 friedlich eingeschlafen.

Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung 9(4) (2005), S. 346.

BIS ZU FÜNF JAHRE

Paris will Leugnung des Völkermords an Armeniern bestrafen

Opposition der Regierung - Scharfe Kritik aus der Türkei

Die französische Nationalversammlung ist einem Antrag der Sozialisten gefolgt und hat die Leugnung des Völkermords an Armeniern unter Strafe gestellt. Der Gesetzentwurf muss nun noch vom Senat beraten werden. Doch die Regierung entscheidet, ob die Vorlage überhaupt auf die Tagesordnung der zweiten Kammer gesetzt wird.

rbp. Paris, 12. Oktober

Bis zu fünf Jahre Gefängnis und 45 000 Euro Geldbusse soll künftig gewärtigen, wer bestreitet, dass Armenier im Ersten Weltkrieg einem Völkermord zum Opfer gefallen sind. Dies hat am Donnerstag die französische Nationalversammlung beschlossen. «Im Namen der Gerechtigkeit, der Ehre und des politischen Mutes» hatte der sozialistische Antragsteller René Rouquet seine Parlamentskollegen aufgefordert, für das Gesetz zu stimmen. Für Rouquet ist die explizite Strafandrohung nur logisch. Am 29. Januar 2001 hatte nämlich das französische Parlament einstimmig den Genozid-Charakter der osmanischen Massaker an der armenischen Bevölkerung von 1915 bis 1923 anerkannt. Laut Historikern waren diesen Massakern mehr als eine Million Menschen zum Opfer gefallen.

«Unnötige Polemik»

Die Regierung in Paris sprach sich gegen die Verschärfung des Gesetzes von 2001 aus. Vor dem

Parlament verwiesen Regierungsvertreter auf die Einwände renommierter französischer Historiker, die sich dagegen ausgesprochen hatten, dass ihnen Politiker eine «offizielle historische Wahrheit» auferlegen. Der Staatschef Chirac hatte am 30. September bei seinem Besuch in Armenien erklärt, die Anerkennung des Völkermords durch die türkische Regierung und Gesellschaft sei eine Vorbedingung für einen Beitritt zur EU. Die geplante strafrechtliche Verfolgung anderslautender Ansichten bezeichnete er aber vor Journalisten als eine unnötige Polemik.

Schon einmal, im letzten Mai, hatte die Nationalversammlung über einen Antrag der Opposition debattiert, die Leugnung des Völkermords an Armeniern unter Strafe zu stellen. Aus Zeitgründen wurde die Abstimmung jedoch verschoben. Wie schon damals wurden auch am Donnerstag die eher opportunistischen Gründe für die Rücksichtnahme auf türkische Empfindlichkeiten - die Wahrung der französischen Interessen in der Türkei - kaum offen ausgesprochen. Dieses Mal stimmten nach einer kurzen Diskussion die Abgeordneten dem Gesetzesantrag mit 106 gegen 19 Stimmen zu. Die Regierungspartei hatte beschlossen, an der Abstimmung grundsätzlich nicht teilzunehmen; trotzdem sprachen sich mehrere ihrer Volksvertreter für das Gesetz aus, unter ihnen auch der frühere Minister und Abgeordnete der Regierungspartei, Patrick Devedjian, der selber armenischer Abstammung ist. Er versuchte anschliessend, die Tragweite des Parlamentsentscheids wieder etwas abzuschwächen: Historiker und Forscher sollten seiner Meinung nach von der Strafandrohung ausgenommen werden. Sein Vorschlag wurde aber zurückgewiesen.

Auf die lange Bank schieben?

Auf der Zuschauertribüne begrüsst Vertreter der armenischen Volksgruppe, die in Frankreich rund 500 000 Angehörige zählt, das Abstimmungsergebnis mit Applaus. Dagegen tauchten selbst in den Reihen der sozialistischen Opposition plötzlich Zweifel auf, ob man es verantworten könne, Tausende von Arbeitsplätzen zu gefährden und Einbussen in Milliardenhöhe zu riskieren. Doch ein Zurück gab es in der Debatte nicht mehr. Ein solches Zurück wäre als Kapitulation vor den nationalistischen Pressionen aus der Türkei aufgefasst worden. Die Regierung hat allerdings noch die Möglichkeit, die Senatsdebatte über das Völkermord-Gesetz auf unbestimmte Zeit zu vertagen - vielleicht auch in der Hoffnung, dass sich der Zorn der Nationalisten in der Türkei etwas legen wird.

Ein «feindlicher Akt»

Der Präsident des türkischen Parlaments, Bülent Arinc, hat die Verabschiedung des Genozid-Gesetzes durch die französische Nationalversammlung als «feindlichen Akt» bezeichnet. Der Beschluss sei beschämend. Aussenminister Abdullah Gül sprach kurz angebunden von einem «schweren Schlag» für die türkisch-französischen Beziehungen. Aus Protest gegen die Abstimmung in Paris kündigte das türkische Bauunternehmen Agaoglu laut Presseberichten ein Abkommen mit einem französischen Unternehmen auf.

Am letzten Wochenende hatte Aussenminister Gül für den Fall, dass das Genozid-Gesetz in Paris angenommen werde, mit wirtschaftlichen Sanktionen gedroht. Gegenüber der armenen Tageszeitung «Hürriyet» erklärte er, die Türkei werde, falls das Gesetz in Paris gebilligt werde, nicht mehr in der Lage sein, französische Partner an Grossprojekten zu beteiligen. Dazu gehöre der Bau eines Atomkraftwerks, dessen Ausschreibung vorliege. Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer drohte in einem Brief an den französischen Präsidenten Chirac, die Franzosen würden «die Türkei verlieren», falls das Gesetz angenommen werde. Generalstabschef Büyükanit warnte seinerseits vor einem Bruch der türkisch-französischen Militärbeziehungen. Die offizielle Türkei hat bisher stets bestritten, dass 1,5 Millionen Armenier während des Ersten Weltkriegs im Herrschaftsgebiet des damaligen Osmanischen Reichs systematisch umgebracht worden waren. Die tragischen Ereignisse von 1915 wurden nach der Gründung der Republik 1923 jahrzehntelang totgeschwiegen. Die Armenier-Frage galt als das letzte, grosse Tabu der Nation. Erst die Perspektive eines EU-Beitritts bewirkte, dass dieses eiserne Schweigen mehr und mehr gebrochen wurde. Unbefangene Türken befürchten jetzt, die Verabschiedung des Genozid-Gesetzes in Paris werde die ohnehin nicht sehr guten Beziehungen Ankaras zur EU weiter verschlechtern. Die Nationalisten könnten Auftrieb erhalten.

NZZ 13 okt. 2006

<http://www.nzz.ch/2006/10/13/al/articleEKC31-composite.html>

KONFLIKTEN MIT DEN HISTORIKERN

34, 19, 32, 26 – Kampf der Deklarationen

In Frankreich tobt seit Dezember 2005 eine Debatte, in der es um die sog. Erinnerungsgesetze („lois mémorielles“) bzw. Historikergesetze („lois historiennes“) geht, von denen es in Frankreich eine ganze Menge gibt: Alle möglichen *communautés* (*communities*, wie es in Deutschland heißt), reklamieren für sich, eine bestimmte Vergangenheit zu haben, aus der sie ihre „Identität“ ableiten und die ihnen keiner streitig machen darf. Die *communautaristes* reklamieren meist einen Opferstatus, der die Voraussetzung von Privilegien ist und haben dafür gesorgt, daß die Geschichte ihrer *communauté* nur auf eine bestimmte, ihnen gefällige Weise dargestellt werden darf.

Das betrifft insbesondere die *communauté* der Armenier, für die 2001 ein eigenes Gesetz verabschiedet wurde, mit dem Massaker an ihren Vorfahren als Völkermord staatlich anerkannt und als geschichtliche Tatsache geschützt werden. Das betrifft des weiteren die Versklavung der Schwarzen (ein Gesetz ebenfalls aus dem Jahr 2001 schreibt diese als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit fest). Und es betrifft die *community* der Weißen, genauer gesagt die *community* der weißen Kolonisatoren, die sich 2005 eigens ein Gesetz besorgt haben, in dem die „positiven Aspekte“ des Kolonialismus festgeschrieben werden.

Die entsprechenden Erzählungen sind nun gesetzlich geschützt, und niemand darf bei Strafe zu sehr von ihnen abweichen. Abweichungen zu be- bzw. verurteilen, obliegt Justizbeamten. (In Italien bestreitet derzeit jemand die „historische Existenz von Jesus Christus“ und ist deshalb vom Dorfpfarrer angezeigt worden. Ein Richter muß nun darüber entscheiden, ob Jesus gelebt hat oder nicht.¹⁾

Das führt natürlich zu Konflikten mit den Historikern, die – zumeist im Geiste der Aufklärung, d.h. frei arbeitend – bei ihren Veröffentlichungen wenig Rücksicht auf die von den *communities* vorgeschriebenen Bilder nehmen möchten. Und so kam es in den vergangenen Monaten zu heftigen Debatten in der französischen Öffentlichkeit einerseits zwischen Historikern und *community*-Vertretern. Und andererseits zwischen eher freien Historikern und solchen, die sich bei ihrer Arbeit in stärkerem Maße einer *community* verpflichtet fühlen. Gestritten wird darum, ob und wie weit die Geschichtsschreibung ein Gegenstand der Justiz sein kann. Besonders gern werden in diesem Streit *Erklärungen* abgegeben, die von mehr oder weniger vielen und mehr oder weniger prominenten Leuten unterschrieben und dann in Zeitungen veröffentlicht werden. Die meisten Unterzeichner haben mehr oder weniger mit der Geschichtsschreibung zu tun und beziehen einen eher orthodoxen und gesetzestreuen oder einen eher abweichenden Standpunkt, der letztlich die Änderung oder Abschaffung der Gesetze zum Ziel hat.

Ihren Anfang nahm die heutige Debatte jedoch bereits im Jahre 1979, als 34 Historiker eine „Erklärung über die hitler'sche Vernichtungspolitik“ unterzeichneten und in *Le Monde* veröffentlichten.² Damals ging es noch um kein „Historikergesetz“, aber sehr wohl um eine weitere *community*, nämlich die jüdische, deren Identität in Gefahr geraten war. Jene 34 Historiker glaubten mit ihrer Erklärung sehr heftig bis dato vorherrschende Erzählungen gegen andere, streng rational („hyperkritisch“) arbeitende Historiker verteidigen zu müssen.

Zwar stand also damals kein Gesetz zur Debatte, das die „Erinnerung“ vorschreibt, aber man kann sagen, daß die 1979 abgegebene Erklärung der 34 Historiker mit einem weiteren Historiker- bzw. Erinnerungsgesetz in Zusammenhang steht, ja daß jene Erklärung der Ursprung eines Gesetzes war, das im Jahre 1990 verabschiedet wurde und überhaupt das erste Erinnerungsgesetz und die Vorlage für alle weiteren Erinnerungsgesetze war.

In jener Erklärung der 34 hieß es u.a.: „Jeder ist durchaus frei, sich vorzustellen oder davon zu träumen, daß diese schrecklichen Dinge nicht stattgefunden haben. Unglücklicherweise haben sie stattgefunden, und niemand kann diese Tatsache leugnen, ohne die Wahrheit zu beleidigen. Es geht nicht um die Frage, wie ein solcher Massenmord technisch möglich war. Er war technisch möglich, denn er hat stattgefunden. Von diesem Punkt müssen alle Forschungen zu diesem Gegenstand ausgehen.“^{2b}

Der letzte Satz lohnt sich, im Original wiedergegeben zu werden: „*Tel est le point de départ obligé de toute enquête historique sur ce sujet.*“ Mit anderen Worten lautet er auf deutsch: „Das ist der obligatorische Ausgangspunkt, von dem aus jede historische Untersuchung vorzugehen hat.“

Unschwer ist die für westlich-aufgeklärte Verhältnisse etwas ungewöhnliche Position der

unterzeichnenden Historiker zu erkennen. Es kann kaum von Rationalität gesprochen werden, wenn das Resultat einer Untersuchung bereits vor derselben feststeht. Ergebnisoffenheit zählt zu den *essentials* der Wissenschaft.

Initiiert und redigiert wurde dieser Offenbarungseid – „der Tod der historischen Forschung“ (Serge Thion) – von Léon Poliakov und Pierre Vidal-Naquet und war gegen Robert Faurisson gerichtet, dessen sozialer, bürgerlicher und fast physisch-existentieller Ruin damit besiegelt war.

Unter den 34 Unterzeichnern dieser Erklärung befanden sich – neben François Furet – u.a. Jacques Julliard, Jean-Pierre Vernant, Paul Veyne und Pierre Vidal-Naquet.

Kommen wir nun zur gegenwärtig in Frankreich tobenden Debatte zurück: Die vier eben genannten Historiker, die im Jahre 1979 unmißverständlich die Unfreiheit gefordert hatten, zählen heute, 26 Jahre später, zu den Unterzeichnern einer Erklärung von diesmal 19 Historikern, die den Titel „Freiheit für die Geschichte“³ trägt und am 13. Dezember 2005 von *Libération* veröffentlicht wurde. In diese Erklärung heißt es u.a.:

„Die Geschichte ist keine Religion. Der Historiker akzeptiert kein Dogma, respektiert kein Verbot, kennt keine Tabus. / Die Geschichte ist nicht die Moral. Es ist nicht die Rolle des Historikers, zu preisen oder zu verdammen; er erklärt. / Die Geschichte ist nicht die Sklavin der Aktualität. Der Historiker drückt der Vergangenheit nicht die ideologischen Schemata der Gegenwart auf und bringt in die Ereignisse von einst nicht die Sensibilität von heute. / Die Geschichte ist nicht mit Gedächtnis gleichzusetzen. Der Historiker sammelt Erinnerungen der Menschen, vergleicht sie untereinander, stellt sie Dokumenten, Gegenständen und Spuren gegenüber und ermittelt so die Tatsachen. / Die Geschichte ist kein Rechtsgegenstand. In einem freien Staat ist es weder Sache des Parlaments noch der Justiz, die geschichtliche Wahrheit zu definieren. / Wir fordern die Annullierung der Gesetze, die einer Demokratie unwürdig sind.“

Eines der Gesetze, dessen Abschaffung die 19 Historiker jetzt verlangen, ist genau jenes Gesetz aus dem Jahre 1990 (genannt Fabius-Gayssot-Gesetz⁴), das französischen Historikern verbietet, die insbesondere in der jüdischen *community* verbreiteten und von dieser streng gehüteten Erzählungen in Zweifel zu ziehen. Es ist genau jenes Gesetz, zu dessen Verabschiedung im Jahre 1979 die genannten vier Historiker beigetragen haben und das zum Prototypen aller weiteren Erinnerungsgesetze geworden ist.

Einer der 19 namhaften Unterzeichner, René Rémond, bestätigt dies: „Wir haben das Fabius-Gayssot-Gesetz in unseren Text aufgenommen, weil es die Spirale der Erinnerungen ausgelöst hat.“⁵

Pierre Nora, ein weiterer Unterzeichner (Mitglied der *Académie française*), sagt im *Figaro littéraire*: „Das Gayssot-Gesetz war ein Zeichen zugunsten von legitim betroffenen Communities. Aber mir schien, daß wir es hier mit einem quasi-totalitären Geist zu tun hatten, der uns in ein fatale Strudel ziehen würde.“ Und weiter: „Wir müssen die Wächter dieser oder jener Erinnerung daran hindern, die historische Forschung als Geisel zu nehmen. Diese Wächter verlangen, daß die Geschichte ihnen dienlich ist, weil sie die gegenwärtigen Angelegenheiten auf die Ereignisse der Vergangenheit projizieren.“⁶

Unterzeichner Gérard Noiriel hatte bereits am 2. April 2005 in *L'Humanité* gesagt: „Als Historiker ist es unsere hauptsächliche Aufgabe, immer die Wahrheit im Auge zu behalten – ob das nun gefällt oder nicht. Daß die Staatsmacht sich in die wissenschaftliche Arbeit einmischt, ist eine Infragestellung der Demokratie selbst. Der Staat darf den Forschern nicht diktieren, zu welchen Ergebnissen sie zu kommen haben.“⁷

Jean-Claude Gayssot, der das berüchtigte Gayssot-Gesetz 1990 eingebracht hatte, sind diese Worte unverständlich. Der Kommunist erwidert am 17.12.2005 in *L'Humanité*: „Das Ziel dieses Gesetzes ist nicht, eine offizielle, staatlich anerkannte Wahrheit festzuschreiben oder irgendeinen Historiker an der Arbeit zu hindern – das ist seit fünfzehn Jahren kein einziges mal geschehen –, sondern schriftliche und mündliche Äußerungen des Rassismus und des Antisemitismus zu verurteilen. [Der Politiker des Front National] Gollnisch muß bestraft werden, wenn er sagt, daß die Historiker es diskutieren müssen, ob es Gaskammern gab oder nicht.“

Unterzeichner Marc Ferro gab zu bedenken, daß das Fabius-Gayssot-Gesetz gerade die Forschung verhindere, die zu einem Verständnis des Völkermordes führen könne, doch auf den Internetseiten der Union der jüdischen Arbeitgeber wurde ihm von Anne Lifshitz-Krams entgegnet, daß dem ganz und gar nicht so sei und daß dieses Gesetz ja lediglich den bestraft, der in öffentlicher Rede die Realität des Völkermordes leugne.⁸

Jean-Pierre Azéma, Initiator der Erklärung der 19, Professor für politische Wissenschaften, Spezialgebiet Zweiter Weltkrieg, findet drastische Worte: Es müsse gegen die Erinnerungsgesetze vorgegangen werden, weil seine Studenten kurz davor sind, zu explodieren, wenn keine kritische

Analyse mehr möglich ist. Die Historiker hätten die Schnauze voll von der Moralisierung und Juridisierung der Geschichte.⁹

Die Erklärung der 19 Historiker haben inzwischen weitere 600 in- und ausländischen Pädagogen und Wissenschaftler unterzeichnet und fand international großes Echo. Die *Berliner Zeitung* war am 16. Dezember 2005 des Lobes voll: „Hehre Worte! (...) Und es stimmt ja, daß jeder Historiker die Bereitschaft mitbringen muß, Revisionist zu sein. Wissenschaft kommt ohne Revision nicht aus.“¹⁰

Wie aber kam es zu dem Sinneswandel der Herren Julliard, Vernant, Veyne und Vidal-Naquet, die sowohl zu den 34 als auch zu den 19 Unterzeichnern gehören? Was nur hat sie plötzlich für die Freiheit, Unabhängigkeit und Ergebnisoffenheit der historischen Forschung Partei ergreifen lassen?

Wir ahnen es: Sie wollen den Hexenbesen wieder loswerden, den sie selbst gerufen haben.

Am 23. Februar 2005 wurde in Frankreich jenes, bereits weiter oben erwähnte Gesetz verabschiedet, das dem französischen Kolonialismus bescheidet, in der Vergangenheit eine „positive Rolle“ gespielt zu haben. Diese von Konservativen betriebene Etablierung einer offiziellen und staatlich verordneten und geschützten Version der Geschichte, auf die insbesondere auch im Dienste des Staates stehende Lehrer verpflichtet werden, ging besagten 19, eher politisch „linken“ Historikern zu weit.

Was sie aus der Reserve geholt hat, war nicht etwa das *allgemeine Prinzip* der Forschungs- und Publikationsfreiheit, sondern daß *bestimmte* historische Ereignisse in einer bestimmten Wertung staatlich festgelegt werden.

Die 19 Historiker mußten nun wohl oder übel die Abschaffung *aller* Gesetze, mit denen die Debatte um geschichtliche Ereignisse reguliert werden sollen, fordern. Sie haben erkennen müssen, daß sie zu Opfern von Politikern werden können, die ihnen mit Gewalt die Ergebnisse ihrer Forschungen vorschreiben können. Eine wahrlich unhaltbare und beschämende Situation.

Wenn Sie genau hinhören, lieber Leser, können Sie das Zähneknirschen der Herren Julliard, Vernant, Veyne und Vidal-Naquet bis hierher hören.

So sind sie, unsere Wissenschaftler!

Noch am selben Tag, an dem Vidal-Naquet & Co. ihre Erklärung in *Libération* veröffentlichten, äußerte sich Robert Faurisson, der gewissermaßen 1979 ungewollt zum Auslöser der Erinnerungsgesetzgebung geworden war, im Internet: Er und alle Revisionisten würden „Befriedigung darüber empfinden, daß neunzehn französische Historiker, die in ihrer großen Mehrheit links stehen und in einigen Fällen jüdischer Herkunft sind, sich endlich genötigt sehen, die Abschaffung des Fabius-Gayssot-Gesetzes zu fordern“.

Weiter aber schreibt Faurisson seinen 19 Historikerkollegen ins Stammbuch, sie hätten „eine schwere Verantwortung auf sich geladen, indem sie dieses Gesetz einst befürworteten oder hartnäckig schwiegen, als sich die Verurteilungen von Revisionisten massiv mehrten. Sie haben sich gegenüber unseren Appellen um Hilfe taub gestellt und unsere Warnungen in den Wind geschlagen, daß sich dieses Gesetz eines Tages gegen sie wenden werde. Ihre heutige Kehrtwendung hängt mit Opportunitätsgründen zusammen, die ihnen leider nicht zur Ehre gereichen.“ (Der vollständige Faurisson-Text hier.)

Aber immerhin: Es ist schon mal ein – wenn auch unbeabsichtigter und erzwungener – Fortschritt! Fragt sich bloß, wie weit das Engagement unserer Historiker, die gerade die Freiheit entdeckt haben, geht. Was ist ihre Erklärung wert, wenn ihr nicht die Forderung folgt, sofort die Kollegen Germar Rudolf und David Irving, aber auch all der anderen an Geschichtsschreibung Interessierten, die zu falschen Forschungsergebnissen gekommen sind und deswegen sitzen, aus der Haft freizulassen? Bis heute ist eine solche Forderung aus ihrem Mund nicht vernommen worden. (Und das, obwohl sich inzwischen sogar Staatspräsident Jacques Chirac am 9. Dezember 2005 dahingehend geäußert hat, daß es „nicht Aufgabe des Staates, sondern vielmehr die der Historiker [ist], die Geschichte zu schreiben“.)

Wahrscheinlich haben sie alles doch nicht so ernst gemeint, und prompt sagt der 19er Jean-Pierre Azéma in vorsehender Resignation: „Wir wissen, daß die Gesetze nicht abgeschafft werden.“ Immerhin kündigt er die Gründung eines Vereins „Freiheit für die Geschichte“ an, der darüber wachen solle, daß die Geschichte nicht instrumentalisiert wird und der verfolgten Historikern vor Gericht helfen soll.¹¹

Dadurch gerät der französische Staat in Bedrängnis. Innenminister Nicolas „Kärcher“ Sarkozy beauftragt den Anwalt Arno Klarsfeld (Sohn der Nazijäger Beate und Serge Klarsfeld), über „Gesetze,

Geschichte und die Pflicht der Erinnerung nachzudenken“, darüber Bericht zu geben und dem Präsidenten der Nationalversammlung Jean-Louis Debré in dieser Sache zu assistieren. Klarsfeld sei, so Sarkozy, als „Anwalt der Erinnerung und der Wahrheit“ der geeignete Mann für diese Aufgabe. In seinem Auftragsschreiben bittet Sarkozy Klarsfeld, sich auch über das Fabius-Gayssot-Gesetz zu äußern, dessen Abschaffung von den 19 Historikern verlangt wird.¹²

Der beauftragte Anwalt kommt bei seinen Überlegungen zum Ergebnis, daß „die Legislative moralische Schranken aufstellen muß“¹³. Damit widerspricht er Präsident Chirac und Premierminister de Villepin, die sich beide dagegen ausgesprochen haben, daß die Geschichte vom Parlament geschrieben wird.

Arno Klarsfeld sagt gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters: „Ich bin von der Erklärung der 19 Historiker etwas schockiert, die den Willen der Unterzeichner erkennen läßt, die Geschichte beschlagnahmen zu wollen.“ Auch er ist der Meinung, daß das Fabius-Gayssot-Gesetz mitnichten die Historiker an der Arbeit hindert.¹⁴ Aber er stellt die Annullierung des Gesetzes für den Tag in Aussicht, wo das letzte Kind von Deportierten verschwunden sein wird.¹⁵

Die „Kompetenz und Legitimierung“ Arno Klarsfelds wird von der MRAP (Bewegung gegen den Rassismus und für die Freundschaft zwischen den Völkern) bestritten. MRAP-Sprecher Aounit bezeichnet Klarsfeld in Anspielung auf dessen Militärdienst in der israelischen Armee als „kolonialistischen Aktivist“ und fragt: „Kann man einem Verteidiger des israelischen Kolonialismus, der, nachdem er die israelische Staatsbürgerschaft angenommen hat, freiwillig an der Mauer gedient und sich bewußt an der Entwürdigung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes beteiligt hat, vertrauen?“

Außerdem sei Klarsfeld „ein vehementer Verteidiger des Kolonialkrieges gegen den Irak“, und so könne die MRAP angesichts dieser Provokation nur zum Boykott der Anhörung Herrn Klarsfelds aufrufen.¹⁶

Nicht nur muß der französische Staat zusehen, wie er mit der Historiker-Revolt umgeht – auch die mediale Gegenklärung blieb angesichts des aufklärerischen Vorstoßes nicht untätig: Acht Tage nach der Erklärung der 19 für die Freiheit der Geschichte traten 32 Gegner dieses Appells mit einem Gegenmanifest in *Libération* auf den Plan, das u.a. von Serge Klarsfeld, Claude Lanzmann, Joël Kotek, Marc Knobel, Didier Daeninckx und Alain Jakubowicz unterzeichnet wurde.

In ihrem Gegenmanifest stellen die 32 die Frage, ob „die Historiker die einzigen Staatsbürger sein können, die über dem Gesetz stehen“. Wer nun aber glaubt, Klarsfeld, Lanzmann & Co. setzten sich dafür ein, daß auch die restlichen Staatsbürger unbehelligt blieben, wenn sie sich frei informieren und quasi am Fabius-Gayssot-Gesetz vorbei frei ihre Meinung äußern möchten, der irrt sich: Selbstverständlich dürfe das Fabius-Gayssot-Gesetz nicht annulliert werden! Das Gegenmanifest der 32 trägt den Titel „Laßt uns nicht alles durcheinander bringen“, was meint, daß über manche Gesetze vielleicht verhandelt werden könne, nicht aber über das Fabius-Gayssot-Gesetz. In blankem Zynismus fragen die 32 weiter, welcher Historiker vom Fabius-Gayssot-Gesetz schon daran gehindert worden wäre, über die Shoah zu forschen und zu publizieren.¹⁷

Einer der 32, Alain Jakubowicz, Anwalt der LICRA (Liga gegen Rassismus und Antisemitismus), ist oder stellt sich dumm: Er antwortet auf die Frage von *Libération*, ob die Historiker nicht recht hätten, wenn sie die Etablierung einer offiziellen Geschichtsschreibung befürchten: „Die Geschichte muß offen sein, vor allem über die Shoah, aber das erlaubt mir nicht, daß ich an der Existenz der Gaskammern zweifeln darf, denn dann wäre ich in der Ideologie, nicht in der Diskussion unter Historikern. Man muß die Forscher sich ausdrücken lassen, aber nicht die fanatischen Faschisten und Antisemiten.“

Auf dieses Gegenmanifest hin erscheint am 24.12.2005 in der Zeitung *Marianne* eine weitere Petition mit dem Titel „Die Freiheit der Diskussion“, unterzeichnet von 26 Persönlichkeiten, darunter Paul Thibaud und Pierre Vidal-Naquet. In ihr heißt es, daß „die Freiheit, die Zivilgesellschaft und die Wahrheit die Verlierer sind, wenn versucht wird, die Gedanken zu regieren und die Demokratie zu pasteurisieren“. Die Aufgabe der Politiker sei es, „die Zukunft der Nation zu sichern und nicht ihre Geschichte zu dogmatisieren“. Irrige und abartige Meinungen müßten widerlegt und nicht verboten werden, und wenn man kein Vertrauen in die Freiheit habe, verlöre das Wort Republik jeden Sinn. Deswegen werde die Annullierung aller Gesetze gefordert, die die Meinungsfreiheit einschränken oder sich mit historischen Geschehnissen befassen. „Was wir brauchen“, endet diese Erklärung, sei „die Arbeit an der Wahrheit und am Verständnis unserer Geschichte. Das setzt voraus, daß die

Diskussionsfreiheit wieder vollständig hergestellt wird.“ 18

Paul Thibaud schreibt einige Tage später in der Zeitung *Ouest France*: „Sicher hat die Schoa etwas Heiliges für uns. Aber das ist kein Grund dafür, mit Gesetzen die Vorstellung von ihr zu regeln. Mit Gesetzen gegen Entheiligung ist noch nie die Achtung für das erzielt worden, was beschützt werden sollte.“¹⁹

Wieder einmal wird offen der religiöse Charakter der „Schoa“ eingeräumt. Thibaud gehört zwar zu den 26, aber vielleicht ringt er sich noch zu einem Punkt in der Erklärung der 19 durch: „Die Geschichte ist keine Religion. Der Historiker akzeptiert kein Dogma, respektiert kein Verbot, kennt keine Tabus.“

Quelle: AAARGH REPRINTS, 31.12.2005
<http://www.aaargh.com.mx/fran/livres6/34-19.pdf>
<http://vho.org/aaargh>
<http://aaargh.com.mx> <http://litek.ws/aaargh>
<http://litek.ws/aaargh/fran/livres/34-19.pdf>

Anmerkungen:

- 1 *Der Tagesspiegel*, 26.1.06
- 2 *Le Monde*, 21.2.79 2b Zitiert nach Serge Thion, *Historische Wahrheit oder Politische Wahrheit? Die Macht der Medien: der Fall Faurisson*, Berlin 1994, S. 11
- 3 *Liberté pour l'histoire*, *Libération*, 13.12. 2005
- 4 Das Gayssot-Gesetz ist ein Zusatzgesetz zum Antirassismus-Strafgesetz von 1972 und ähnelt auch darin unserem § 130 StGB („Volksverhetzung“), der ebenfalls im Jahre 1994 ergänzt bzw. verschärft worden ist.
- 5 *20 minutes*, 21.12.05
- 6 *Le Figaro Littéraire*, 22.12.2005
- 7 Menschenrechtsliga Toulon, 2.4.05
- 8 L'Union des Patrons et Professionnels Juifs de France, 16.12.05
- 9 *Libération*, 21.12.05
- 10 *Christian Esch*, Wer bestimmt, was historische Wahrheit ist? Berliner Zeitung, 16.12.05
- 11 *Libération*, 21.12.05
- 12 AFP, 26.12.05
- 13 Interview mit Arno Klarsfeld in *Le Monde*, 24.12.2005, *Reuters* 24.12.2005, <http://www.boursier.com/vals/all/feed.asp?id=8190>
- 14 ebenda
- 15 *La République des Livres*. Blog *Le Monde*, 24.12.2005
- 16 AFP 26.12.05
- 17 *20 minutes*, 20.12.05 (vollständige Liste hier), *Libération*, 21.12.2005
- 18 *Marianne*, 24.12.2005
- 19 *Ouest France*, 27.12.2005

AUTO: -CHTHON & -NOM Nr. 22, Februar 2006
http://www.nationalanarchismus.org/Nationalanarchismus/22_krieg_iran_israel/historiker_erklaerungen/historiker_erklaerungen.html

KIRCHE

Papst Benedikt soll die Vatikan-Archive für die Holocaust-Konferenz in Teheran öffnen

Gerd Honsik

Von: "Gerd Honsik" <<mailto:honsik@bright-rainbow-verlag.info>>

Datum: 21. Oktober 2006

Betreff: Öffnet Papst für Teheran Holocaust-Archive

Antwort an: gerd.honsik@bright-rainbow-verlag.info

Ich bitte nicht nur die Anhänger eines „positiven Christentums“, sondern auch die Kirchenfreien, Gottgläubigen und Ludendorffer, und darüber hinaus die Deutschen aller Bekenntnisse, diese Botschaft verbreiten zu helfen. Dieser Brief an den Papst ist juristisch geprüft und seine Weiterverbreitung enthält nach unserem Ermessen keinen strafbaren Tatbestand!

www.honsik.com

21. Oktober 2006

Bitte an Papst Benedikt:

Öffnet alle Archive und auch die Vatikan-Archive für die Holocaust-Konferenz in Teheran!

Eure Heiligkeit, Heiliger Vater!

Betrifft: Bitte um rechtzeitige Öffnung der Kirchenarchive betreffend den Holocaust.

Der deutsche Geschichtsrevisionismus, der den staatlich geplanten und industriell organisierten, millionenfachen Völkermord an den Juden durch Deutsche bestreitet, wird mehrheitlich von Katholiken getragen. Dies kommt nicht von ungefähr! Denn zwei von drei möglichen Szenarien bleiben dem Katholiken unbegreiflich, weil sie Papst Pius XII. eine unfäßbare Schuld zuweisen würden:

Erstens: Daß Papst Pius XII. von einem industriellen Massenmord an den Juden gewußt, aber der Weltöffentlichkeit nichts gesagt hätte. Dies ist um so unglaublicher, als ein einziges, klärendes öffentliches Wort des Heiligen Vaters wider ein solches Massaker ein wahres Erdbeben ausgelöst hätte: Es hätte die Wehrkraft der Wehrmacht und den Widerstandswillen des deutschen Volkes ausgehöhlt und das Bündnis der Achse unverzüglich zerbrechen lassen. Durch sein Bekenntnis zum "positiven Christentum" hatte Hitler, nachdem er die Arbeiterschaft gewonnen hatte, auch das christliche Lager um sich geschart. Ein Bannfluch des Papstes hätte diese Allianz mitten im Kriege zerbrochen.

Für eine solche Einschätzung kirchlicher Macht hier ein Beispiel: Der Bischof von Münster, Bischof Clemens August Graf von Galen, machte "Druck", so daß Hitler das Sterbehilfeprogramm am 24.8.1941 einstellte. (Quelle: "WDR-Kultur", Sonntag, 9.10.2005.)

Zweitens: Ebenso unglaublich wäre es, zu hoffen, daß der Heilige Vater von solchen Geschehnissen, wenn sie denn stattgefunden hätten, nichts gewußt haben sollte. Keine Organisation, auch nicht das Rote Kreuz oder die gegnerische Spionage hatte in die KZ-Lager hinein einen solch tiefgehenden Einblick, wie die Katholische Kirche: Ein Heer von Hunderten Seelsorgern, darunter zahlreiche Polen, betreute im gesamten Großdeutschen Reich und in den besetzten Gebieten sowohl die katholischen Wachmannschaften als auch die katholischen Häftlinge aller Nationen. Unter der vertraulichen Atmosphäre des Beichtstuhles hätten jene alle verdächtigen Beobachtungen, wie etwa kilometertiefe Warteschlangen vor den Gaskammern, an die Sendboten unserer Kirche weitergeben können. Wer um die Schnelligkeit von Nachrichten in Zuchthäusern und Lagern weiß, weiß auch, wie schnell eine solche Botschaft von einem unfäßbaren, industriellen Massenmord sich hin bis nach Rom hätte verbreiten müssen.

Dieses Rätsel hat Katholiken von Anfang an umgetrieben. Und dann das Schweigen der Kirche während der Nachkriegszeit: Das Schweigen zum Holocaustvorwurf, aber auch das Schweigen zur kollektiven Haftbarmachung des deutschen Volkes und zum Genozid der Befreier, durch den 13,2 Millionen Deutsche ihr Leben lassen mußten.

(Durch Nachkriegsgefangenschaft 1,5, durch verhängte Hungerblockade 1945–48 5,7 und durch Vertreibung 6 Millionen. Siehe unter:

<http://www.honsik.com>, "Das Geheimnis des Westens".)

Wissen konnte der Papst von einem industriellen Völkermord in den Lagern demnach also nichts, weil er sonst seine Stimme erhoben hätte. Seine Ahnungslosigkeit aber wäre nur denkbar, wenn diese Dinge in Wahrheit gar nicht geschehen sind. Andernfalls hätte er schwer gefehlt.

Sein Nichtwissen aber wäre nur dann vorstellbar, wenn dieses Verbrechen in Wahrheit gar nicht stattgefunden hat.

Tief betroffen nun war ich, im Oktober durch eine Meldung der Zeitschrift "Der Spiegel" (Nummer 41, 2006, Seite 158) zu erfahren, daß die Akten der Kirche nur bis 1939 geöffnet wurden, von 1939 bis 1945 aber weitgehend unzugänglich bleiben. Warum?

Wozu diese Geheimniskrämerei und diese Verschleierung, wenn, von der Öffentlichkeit unbemerkt, gegenwärtig in deutschen Landen Hunderte wegen geäußelter Holocaust-Zweifel verfolgt werden?

Sie, Heiliger Vater, bräuchten nur ein einziges Wort zu sprechen, und die Archive würden gänzlich geöffnet werden. Die Bestreiter würden dann wohl mehrheitlich, sollten die Fakten dies verlangen, einlenken und bekennen, daß sie sich geirrt hätten, oder aber, andernfalls neu bestärkt, weitere Jahre der Verfolgung auf sich nehmen.

Als der iranische Staatspräsident kürzlich öffentlich seine Stimme erhob und jene seiner Glaubensbrüder, die Ihre Zitate betreffend Mohammeds als gezielte Beleidigung des Propheten und beabsichtigte Solidarisierung mit den Juden deuteten, zur Ordnung rief, haben Millionen Katholiken in der Welt dies mit Dankbarkeit zur Kenntnis genommen.

Ich meine, es wäre eine schöne und befreiende Geste der Versöhnung und des Dankes, wenn Sie nun die Archive des Kirchenstaates öffneten und alle einschlägigen Dokumente den Teilnehmern der sogenannten "Holocaust-Konferenz", die Anfang Dezember in Teheran stattfinden wird, zur Verfügung stellten.

"In the Name of God":

Bezeichnend ist, daß zu dieser Konferenz in Persien von den Gastgebern "In The Name of God", also "im Namen Gottes" geladen wird. Es ist also keine bloße "arische Solidarität", die das Handeln der Freunde Deutschlands im Iran bestimmt.

Bezeichnend ist des weiteren, daß diese Begegnung von Menschen aus aller Welt, auf die eine Milliarde Moslems nun ihren Blick wenden, nicht von einem Politiker, sondern von einem Mullah eröffnet werden wird.

Und in der Tat: In einer Welt, in der die nordamerikanische Propagandalüge zum Prinzip der Weltpolitik erhoben wurde, um Angriffskrieg und atomaren Erstschatz zu rechtfertigen, scheint auch mir das Prinzip des Glaubens die einzige Waffe zu sein, die der Menschheit, hier am Rande des Abgrunds, gegen den Sieg der Lüge verblieben ist.

Ist die Christenheit dem Islam nicht längst durch die Ablehnung des Zinses, durch die Achtung von Jesus und durch den Eingottglauben verbunden?

Auch bei dieser Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit sollten wir uns vom Islam nicht übertreffen lassen.

Ich selbst bin 1987 durch meinen Seelsorger, den römisch-katholischen Priester und Augustiner-Chorherren, Pfarrer Robert Viktor Knirsch, bewogen worden, mit seiner Hilfe ein revisionistisches Buch zu schreiben. Ein Buch für das ich seit 19 Jahren von der Justiz in deutschen Landen verfolgt werde.

Im Vorwort zu diesem Buch schrieb Pfarrer Knirsch: "**Wahrheit ist stets gelassen, Lüge aber ruft nach irdischem Gericht!**"

In vielen Fällen, wie etwa bei dem des Giordano Bruno oder dem des Galileo Galilei wurde der Amtskirche vorgeworfen, Wahrheiten unnötig lange unter Verschluss gehalten zu haben.

Hier geht es jedoch nicht bloß um Einzelschicksale, sondern um den Fortbestand der einzigartigen deutschen Nation des ehemaligen Heiligen Römischen Reiches, die, einzigartig wie alle Ethnien dieser Welt, den Willen, sich selbst zu lieben und zu vermehren, unter der Last einer vermeintlichen Schuld verloren zu haben scheint.

Im Gedenken an meine eingekerkerten Freunde, allen voran Ernst Zündel und Germar Rudolf, und im Andenken an den verstorbenen Seelsorger, meinen Freund, Pfarrer Robert Viktor Knirsch, bitte ich Sie:

Öffnen Sie in Gottes Namen endlich rückhaltlos alle Archive der römisch-katholischen Kirche betreffend die Jahre 1939 bis 1945.

Jetzt die Wahrheit weiter verschweigen, hieße, ungewollt der Lüge nützen.

Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich Eurer Heiligkeit sehr ergebener

Gerd Honsik
Im 15. Jahr des Exils

KURZTEXT

Anklage gegen Holocaust-Leugner Germar Rudolf und Siegfried Verbeke erhoben

Datum: 18.04.2006

Kurztext:

**STAATSANWALTSCHAFT MANNHEIM Pressereferent
PRESSEMITTEILUNG (18.04.2006)**

Anklage gegen die Holocaust-Leugner Germar Rudolf und Siegfried Verbeke erhoben

Die Staatsanwaltschaft Mannheim hat gegen zwei weitere international aktive Holocaust-Leugner Anklage zum Landgericht Mannheim erhoben. Den „Revisionisten“ Germar Rudolf und Siegfried Verbeke wird zur Last gelegt, im Internet und durch Verbreiten von Literatur den im Nationalsozialismus begangenen Völkermord an den Juden systematisch geleugnet bzw. verharmlost sowie durch antisemitische Hetze zum Hass gegen die jüdische Bevölkerung aufgestachelt zu haben. Die einschlägig vorbestraften Beschuldigten sollen ihre Aktivitäten weltweit mit großem publizistischen Aufwand betrieben haben. Der 41-jährige deutsche Chemiker Germar Rudolf lebte zuletzt in den USA, von wo er im November letzten Jahres nach Deutschland abgeschoben und hier inhaftiert wurde. Er wurde durch naturwissenschaftlich aufgemachte Scheingutachten bekannt, mit denen die Existenz von Gaskammern in Konzentrationslagern widerlegt werden soll. Beim Mitbeschuldigten Siegfried Verbeke handelt es sich um einen 64-jährigen Belgier. Er wurde in Holland festgenommen und im November 2005 nach Deutschland ausgeliefert. Seitdem befindet er sich in Untersuchungshaft. Die Anklage lautet auf Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Die Sache ist nunmehr bei der 2. Strafkammer des Landgerichts anhängig. Die Vorwürfe ähneln denen im zur Zeit vor dem Landgericht Mannheim, Strafkammer 6, verhandelten Verfahren gegen Ernst Zündel. Eine direkte Zusammenarbeit mit diesem hat es nach den Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden aber nicht gegeben.

Grossmann Staatsanwalt (GL)

Dienstgebäude L 4, 15 in 68149 Mannheim Telefon: 0621/292-7106 — Telefax: 0621/292-7120

<http://www.justizportal-bw.de/servlet/PB/menu/1199540/index.html>

EIN GROSSER SCHLAG

Die Uhr läuft ab

Von Victor Neumann

Sowohl in der jüdisch beherrschten Presse wie in unabhängigen Zeitschriften kann man lesen, daß dem Revisionismus ein großer Schlag versetzt worden sei, weil eine Reihe prominenter Revisionisten jüngst verhaftet wurde und nun in deutschen Gefängnissen sitzt. Die vier prominentesten sind, in der Reihenfolge ihrer Ankunft auf deutschem Boden, Ernst Zündel, Siegfried Verbeke, Germar Rudolf und David Irving.

Der Sinn und Zweck dieser Verhaftungen soll wohl sein, genau die Personen an der Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu hindern, die Organisationstalent und Handlungskraft besitzen. Mit der Hoffnung: wenn die vier führenden Revisionisten gleichzeitig aus dem Verkehr gezogen werden, müßte doch der Revisionismus mehr oder weniger lahm gelegt sein.

Aber im Gegenteil, wir können feststellen, daß der Revisionismus nicht lahmgelegt wurde. Die Maßnahmen der Juden sind Nadelstiche, die im wesentlichen nur die Inhaftierten selbst wie auch ihre Familien treffen. So hat Germar Rudolf eine 12-Monate alte Tochter, die um den Vater beraubt wurde und nun von der Mutter alleine aufgezogen werden muß.

Die revisionistischen Internetseiten sind weiterhin online – überhaupt haben die Juden die

Schlacht um das Internet eindeutig verloren.

Auch die Zeitschriften werden weiter herauskommen, auch wenn in einer Übergangszeit einige Hindernisse und Verzögerungen aufgetreten sind. Im großen Ganzen wird nach einer Umstellungsperiode alles wieder beim Alten sein – oder?

Eben nicht – allein schon die sogenannten Gerichtsverhandlungen gegen Revisionisten wirken wie ein Reichsparteitag. Menschen, die früher alles mit Distanziertheit betrachtet haben, werden nun aktiv. „Rechts“ und „links“ werden unwesentliche Kategorien, nur eines zählt: Das Verlangen nach Freiheit, nach Rede- und Gedankenfreiheit. Und dieser Prozeß verläuft schneller und schneller.

Wie alles begann

Vor einigen Jahrzehnten, als Thies Christophersen erstmals von seinen Erlebnissen in Auschwitz berichtete, kam der Revisionismus nur langsam und schleppend voran. Ich erinnere mich, daß ich im Jahr 1973 eine miserabel gedruckte Broschüre mit dem Titel „Die Auschwitzlüge“ in die Hand bekam. Es sollte noch einige Jahre dauern, bis ich Thies Christophersen persönlich kennenlernte – beim Zündelprozeß, der für mich selbst meine Geburtsstunde als Revisionist darstellt.

Abgesehen von Rassinier gab es keinerlei kritische Veröffentlichungen zum Thema Auschwitz. Thies Christophersen kam wegen der Veröffentlichung seines Erlebnisberichts ins Gefängnis, aber der Schneeballeffekt war enorm: Unter dem Pseudonym Richard Harwood wurde die Broschüre *Did Six Million Really Die?* verfaßt, Artur Butz schrieb sein berühmtes Werk *The Hoax of the 20th Century* (deutsch: *Der Jahrhundertbetrug*) und Wilhelm Stäglich verfaßte seine tiefgehende Untersuchung über den Auschwitzprozeß mit dem Titel *Der Auschwitzmythos*.

Der Fortschritt des Revisionismus

Die rechtswidrige Vorgehensweise gegen den Richter Dr. Wilhelm Stäglich und gegen viele andere in Deutschland, darunter auch Thies Christophersen, hatte Ernst Zündels Interesse am Revisionismus geweckt.

In Frankreich war Prof. Robert Faurisson auf die Verfolgung der oben Genannten aufmerksam geworden.

Wieder demonstrierten die Juden ihre Macht – es kam zum Verfahren gegen Ernst Zündel in Kanada.

Dank des Zündel-Prozesses brachte Prof. Faurisson den amerikanischen Gaskammerexperten Fred Leuchter an die Öffentlichkeit. Es kam zur ersten wissenschaftlichen und forensischen Untersuchung der behaupteten Gaskammern in Auschwitz. Der Leuchter-Report wurde veröffentlicht. Jetzt hatte der Revisionismus plötzlich eine wissenschaftliche Grundlage.

Zahlreiche neuerschienene Publikationen wurden verboten, aber im Kielwasser dieser „Gerichtsverfahren“ wurden weitere fachkundige Personen mobilisiert.

Druck erzeugt Gegendruck

Es ist unnötig, weiterzuerzählen. Die Verfolgung durch die jüdische Mafia, die ausschließlich ihr Dogma gelten lassen will, bewirkte nur noch mehr qualifizierten Widerstand. Der junge Wissenschaftler Germar Rudolf erbrachte erneut eine chemische Analyse der Cyanrückstände in Auschwitz und erörterte das Ergebnis in seiner Doktorarbeit. Das nach ihm benannte Rudolf Gutachten entsprach, erstmals, komplett allen wissenschaftlichen Anforderungen. Jetzt wurde es brenzlich für die Volksverhetzer. Eine Diskussion in der Öffentlichkeit wurde unvermeidbar. *Die Zeit* mußte z.B. versuchen, die wissenschaftlichen Ergebnisse Germar Rudolfs wegzudiskutieren – mit Halbzitate und Verdrehungen (siehe Otto Ernst Remer: *Die Zeit lügt*).

Die breite Masse konnte immer noch mit der Macht und Hetze der Massenmedien unter Kontrolle gehalten werden, aber die intellektuelle Bevölkerungsschicht war für das Holocaustdogma in zunehmenden Ausmaß verloren gegangen. Hier und da begannen Leute in führenden Positionen laut das Dogma anzuzweifeln. Die Betroffenen verloren sofort ihre Stellungen und landeten oft im Gefängnis. Die übrigen wurden dann vorsichtiger und hielten ihren Mund – aber die Judenpropaganda ist für sie nicht länger glaubwürdig. Diese Entwicklung verläuft stillschweigend unter der Oberfläche und wird vom Normalbürger nicht bemerkt. Er glaubt weiterhin an die Gaskammern, weil der Nachbar auch immer noch daran glaubt – das reicht für ihn vorläufig vollauf.

Aber wie lange noch? Bis der Staat seine Glaubwürdigkeit vollständig verloren hat – etwa wenn die Arbeitslosen in zu großer Zahl auf die Straße gehen – bei zunehmend leeren Kassen und Sozialabbau, oder wenn Rassenkrawalle auch in Deutschland zur täglichen Unordnung gehören. In Frankreich sollen nun Milliarden investiert werden, um die Krawallmacher bei Laune zu halten. Aber kann man damit die Arbeitslosigkeit bekämpfen? Und selbstverständlich fehlt das Geld, das dafür aufgewendet werden muß, an anderen Stellen.

Die aktuelle und objektive Lagebeurteilung ergibt, daß in zunehmendem Ausmaß „die Juden“

als Urheber dieser Schwierigkeiten wahrgenommen werden.

Der Frontverlauf

Hier muß nicht lange argumentiert werden – denn auf dem Schlachtfeld gibt es nur zwei Gruppierungen. Auf der einen Seite „die Juden“ – noch verstecken sie sich, aber sie geben sich allein schon durch ihre unüberhörbare Bezeichnung der Gegenseite als „Antisemiten“ zu erkennen:

- Wer die Überfremdung kritisiert, wird als „Nazi“ abgestempelt.
- Wer „deutsches Geld für deutsche Aufgaben“ fordert, wird als „Nazi“ abgestempelt.
- Wer kein Geld mehr an den Staat Israel zahlen will, wird als „Nazi“ abgestempelt.

Das gleiche gilt bei vielen anderen jüdischen Vorhaben, die aber im Bewußtsein der Allgemeinheit zunächst gar nicht als jüdisch erkannt werden.

Der Frontverlauf wird somit mit der nötigen Schärfe gezeichnet. Wer die Oberhand hat, ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Glaubwürdig ist derjenige, der die Kontrolle über die Medien hat. Die „bösen Buben“ sind gegenwärtig die „Nazis“.

Dieser Stellungskrieg birgt aber auch ein Risiko: Was die Juden an Glaubwürdigkeit verlieren, gewinnt zwangsläufig die andere Seite. Wann die Waagschale zu Gunsten der „Nazis“ kippt, ist nur eine Frage der

Zeit. Dann hilft keine Anti-Nazi-Hetze mehr, sie beschleunigt vielmehr diesen Prozeß weiter – weil sie dann zu Gunsten der „Nazis“ ausgelegt wird.

So lange eine Minderheit wegen „Volksverhetzung“ verfolgt wird, interessiert sich der Durchschnittsbürger dafür nur am Rande. Wird er aber selber arbeitslos, und wird dieser Zustand in seinem Bewußtsein mit der Macht der Juden in Verbindung gebracht, dann ist es Schluß mit der Ignoranz.

Die Juden sind auf dem besten Weg, diese Bewußtmachung einzuleiten: anlässlich der Äußerung des iranischen Präsidenten, der Holocaust sei eine Mythos, forderte der Vorsitzende des Zentralrats der Juden einen Boykott gegen den Iran. Da Deutschland ein wichtiger Handelspartner des Iran ist, kann man sich ausrechnen, wie viele Arbeitsplätze das kosten und wieviel Deutsche dadurch arbeitslos würden.

Seit 1945 marschieren die Juden in eine Sackgasse: Ohne Ende wurde „Vergangenheitsbewältigung“ betrieben. Das Ergebnis dieses Prozesses ist: Jeder kennt Adolf Hitler. Das Lügengebäude der Hetze wurde unzertrennlich mit Adolf Hitler und dem Nationalsozialismus verbunden.

Gegenwärtig stehen die Juden für die breite Masse noch als die unschuldig Verfolgten da, während die Nationalsozialisten als die *verbrecherischen* Verfolger der Juden gelten und als solche abgestempelt werden.

In Wirklichkeit werden aber die „Revisionisten“ und national denkende Deutsche verfolgt und eingesperrt. Doch die Rollen können schnell wechseln. Die hetzenden Juden haben selbst die Idee wach gehalten, die dem von ihnen geschaffenen Chaos ein Ende setzen wird. Ihrer nationalen Eigenart zufolge werden sie unaufhörlich weiter verfolgen und geifern, ohne es selbst zu merken: Für jede Verhaftung, für jede ruinierte Existenz und zerstörte Familie nähern sie sich mehr und mehr dem unausweichlichen Ende.

Je mehr nämlich die Revisionisten und die gemäßigten politischen Aktivisten eingesperrt und „außer Betrieb“ gesetzt werden, um so stärker wird eine Radikalisierung eintreten, weil nur diejenigen, die sich zu wehren wissen, eine Überlebenschance haben.

Ferner: Da die jüdische Hetze nicht nur auf Deutschland beschränkt ist, wird auch die Reaktion hierauf international sein.

In welches Land wollen die Juden dann emigrieren? Wo sind sie gern gesehene Gäste?

Das den Arabern vor der Gründung Israels vorgegaukelte Paradies ist längst zu einer haßbrodelnden Hölle geworden. Also wird nicht einmal Palästina den Juden als Asyl zur Verfügung stehen, dort dröhnt permanent die Begleitmusik der Selbstmordattentate.

Diesmal gibt es keine Zufluchtsmöglichkeit. Alle Völker der Erde haben jetzt genug. Gott gnade den Juden, wenn die Götterdämmerung anbricht.

BERUFUNG

Irving scheitert mit Berufung

(ap) Der Oberste Gerichtshof Österreichs hat die Verurteilung des britischen Holocaust-Leugners David Irving einem Medienbericht zufolge bestätigt. Damit sei der Schuldspruch rechtskräftig, meldete die österreichische Nachrichtenagentur APA am Montag.

Noch nicht entschieden habe das Gericht über die Berufung, die Irving gegen das Strafmass von drei Jahren Haft eingelegt hatte. APA berief sich auf ein Telefax, demzufolge die von Irving eingebrachte Nichtigkeitsbeschwerde als unbegründet zurückgewiesen wurde. Das Verfahren der ersten Instanz sei korrekt und fehlerfrei geführt worden. Eine offizielle Bestätigung des Obersten Gerichtshofes lag zunächst nicht vor.

Irving sitzt seit November vergangenen Jahres in Wien in Untersuchungshaft. Im Februar hatte ihn das Wiener Straflandesgericht für schuldig befunden, in zwei Reden 1989 den Massenmord an sechs Millionen Juden geleugnet zu haben. Der Schriftsteller zweifelte unter anderem die Existenz der Gaskammern in Auschwitz an.

4. September 2006, 20:49, NZZ Online

<http://www.nzz.ch/2006/09/04/al/newzzERP71XQA-12.html>

REISEN. WARUM NICHT ?

Überlebende der Nazi-Verfolgung wollen zum Holocaust-Leugner reisen

Israelische Überlebende der Nazi-Verfolgung wollen zu der umstrittenen Holocaust-Konferenz nach Teheran reisen. Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad, Initiator der Konferenz, hat wiederholt den Holocaust geleugnet.

TEL AVIV - Eine Gruppe israelischer Überlebender der Nazi-Verfolgung will zu einer umstrittenen Holocaust-Konferenz in die iranische Hauptstadt Teheran reisen. In einem Schreiben habe der Vorsitzende des Dachverbandes der Shoa-Überlebenden, Noah Flug, dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad außerdem einen Besuch der Gedenkstätte Auschwitz empfohlen, berichtete die israelische Tageszeitung "Jediot Achronot".

"Wir können von ganz nah zeigen, wie dort die Vernichtungsmaschinerie der Nazis arbeitete und mehr als eine Millionen Menschen tötete, Juden und Nicht-Juden", heißt es in dem Schreiben. "Wir fragen: Wie können Sie nicht wissen, was passiert ist? Oder wollen Sie vielleicht nicht wissen, was geschehen ist?"

Ahmadinedschads Äußerungen, der Holocaust sei "ein Märchen", und seine Forderung, den jüdischen Staat etwa nach Europa zu verlegen, hatten im vergangenen Jahr weltweit für Empörung gesorgt. Der Iran will die bereits zwei Mal verschobene Konferenz nach früheren Berichten im Dezember nachholen. Danach sollen unter anderem Gründe für Antisemitismus in Europa und die Verbindung zwischen dem Holocaust und Zionismus untersucht werden. Beobachter erwarten, dass neben Wissenschaftlern und Islamgelehrten auch deutsche Neonazis zu der Holocaust-Konferenz nach Teheran eingeladen werden.

dpa, abendblatt.de

erschienen am 31. August 2006 Hamburger Abendblatt

<http://www.abendblatt.de/daten/2006/08/31/605177.html>

Ja, warum nicht ?

SPRENGSTOFF

Ein israelischer Diplomat am Flughafen von Buenos Aires mit einem Koffer voll Sprengstoff am 9. August festgenommen

redkalki@libreopinion.com

<http://www.webislam.com>

Am Mittwoch den 9. August am Nachmittag wurde ein hochrangiger israelischer Diplomat am internationalen Flughafen Ezeiza (Buenos Aires), vom Flughafensicherheitsdienst (PSA) mit einer großen Menge von Sprengstoff in einem Handkoffer festgenommen. Die lokale Presse hat nichts verlauten lassen. Das alternative Nachrichtennetz Kalki hat diesbezügliche Informationen aus glaubhaften und direkten Quellen bezogen. Der israelische Diplomat war auf dem Weg nach Chile und wurde kurz vor dem Einstieg verhaftet. Trotz seiner heftigen Proteste hat das Kommando der PSA die Haft durchgeführt und dem Innenministerium den Fall übergeben. Das Innenministerium hat sofort größte Diskretion befohlen.

Die PSA-Einheit, ehemalige Militärflugpolizei war als solche vom Verteidigungsministerium abhängig. Nach dem Skandal von Southern Winds, untersteht sie zur Zeit den Beamten von Präsident Kirchner. Es existiert in dieser Sicherheitseinheit ein großes Unbehagen wegen seines prekären Personalstatus und dem schlechten Funktionieren, das durch den Ministerienwechsel und seinen Verantwortlichen entstanden ist. Nach den Aussagen der Zeugen direkt am Flughafen durch den Nachrichtendienst Kalki, hatten die Mitglieder des Kommandos eine lebhafte Auseinandersetzung mit hohen Regierungsbeamten, die die sofortige Freilassung des israelischen Diplomaten verlangten und außerdem keine Niederschrift des beschlagnahmten Materials wünschten; was heißt, dass die Einheit voll verantwortlich für die Folgen einer so gefährlichen Fracht gemacht werden kann.

Der Schritt zu einem „dritten Attentat“

Seit Jahren lassen die Journalisten und unabhängige Persönlichkeiten ihre Überzeugung, der Manipulation, was die Attentate gegen die israelische Botschaft und gegen das Zentrum der Gemeinschaft AMIA betrifft, (Buenos Aires 1992 und 1994 mit Hundert Toten), verlauten. Im Juni 1997 veröffentlichte die elektronische Revue „Liberdad de Opinion“ das Resultat ihrer exklusiven Untersuchungen: gemäß dem Bericht der beauftragten Ingenieure, die das Gutachten erstellten, **gab es kein mit Sprengstoff geladenes Fahrzeug vor der israelischen Botschaft, der der Ort einer Implosion war, die innerhalb des Gebäudes vor sich ging**; man hat sogar nachträglich einen Krater gebaut, um die Version eines mit Sprengstoff geladenen Fahrzeuges zu rechtfertigen. Einige von den sesshaften leitenden Zionisten unterstützten Version.

Im Mai 1999 veröffentlichte die Revue „Liberdad de Opinion“ in ihrer gedruckten Ausgabe einen weiteren Artikel mit der Erklärung warum die vielen Ermittler in dieser Sache die islamische Hypothese zurückwiesen und zogen die Wahrscheinlichkeit in Betracht, dass auch das **zweite Attentat durch Implosion mittels einer Sprengstoffkiste, die von der israelitischen Gemeinschaft in Cordoba (Argentinien)geliefert wurde, erfolgte.**

Wir geben folgende beiden Informationen online bekannt:

1) Es wird festgestellt, dass trotz der mächtigen Interessensgruppen, die diese Resultate zu verduschen versuchten, die Analyse der Fakten von „Liberdad de Opinion“ bestätigt ist: Die verdächtigten und festgenommenen Personen wurden alle aus Mangel an Beweisen freigelassen und der Exrichter Galeano (für die Untersuchung verantwortlich) ist unter Anklage; der Expräsident der DAIA (Delegation Amitié Israel Argentine) Ruben Beraja, ein bekannter Gauner, verantwortlich für mehrere Bankzusammenbrüche, ist nunmehr angeklagt, so auch der Journalist von „Pagina12“ Raul Kollman, ein bekannter Lügner, unterstützt durch den örtlichen Zionismus.

2) Einige Wochen bevor Israel seine neue Aggressionen gegen Palästina und den Libanon ausführte, hat die DAIA und das Wiesenthal Zentrum in einer Pressemitteilung vor einer **Vorbereitung zu einem „dritten Attentat“** in Argentinien gewarnt. Gleichzeitig kamen aus den USA, vom Pentagon und vom Weißen Haus Gerüchte über Untersuchungen mutmaßlicher „unterschwelliger Gefahren“ in der Dreigrenzzone Argentinien, Paraguay und Brasilien, wegen der dortigen starken „islamisch-arabischen“ Gemeinschaft und „eventuellen Aufhalten von Al Qaida Kämpfern“.

Im Moment als der Krieg im Nahen Osten ausbrach, wie das Nachrichtennetz Kalki durch eine sofortige Analyse feststellte, geschah ein Zwischenfall, der sich gegen die israelischen Vorhaben stellte: die totale Ablehnung der zionistischen Machenschaften bei der europäischen und südamerikanischen Linken. Zur gleichen Zeit haben die südamerikanischen Regierungen die Unterstützung der terroristischen Politik Israels abgelehnt, die einen aus Überzeugung und die anderen um nicht als Alliierte einer Kolonialmacht zu gelten.

Im speziellen Fall von Argentinien, gab es bedeutende Demonstrationen von der arabischen Gemeinschaft, die sich den Zorn der örtlichen zionistischen Vertreter, der Funktionäre Olmerts auf

sich zogen und die Verantwortlichen der DAIA und AMIA begaben sich nach Israel um dort ihre totale Treue zu Israel und ihre persönliche Unterstützung zu dem sich abspielenden Genozid durch dieses Land, zu bekunden.

Gemäß unserer Informationen ist es gerade in Lateinamerika wo Israel einen „Medienstreich“ vorbereitet, um gegen die immer stärker werdende Empörung gegen die zionistische Barbarei der örtlichen Regierungen, zu wirken. Keine einzige südamerikanische Regierung hat Israel unterstützt, auch nicht Hizbollah kritisiert. Argentinien wäre eine bevorzugte Zielscheibe für einen groß angelegten Medienstreich, mit den bereits vorgefallenen Attentaten von 1992-1994 und der „erwachenden“ Moslemischen Gemeinschaft. Chile wäre für so einen Medienstreich auch gut geeignet, weil dort eine große palästinensische Gemeinschaft wohnt. Das alles passt sehr gut mit der Beschlagnahme der großen Menge von Sprengstoff am Flughafen von Ezeiza zusammen.

Die Festnahme des israelischen Diplomaten hat das Rosa Haus (Sitz der argentinischen Regierung) in Alarmstimmung versetzt. Aber statt dass sie Erklärungen von Tel Aviv forderte, hat sie Schweigen bewahrt und wichtige Wochen an Zeit verstreichen lassen. Raphaël Eldad, israelischer Botschafter in Argentinien und fanatischer Zionist, von dem die beiden Söhne in der israelischen Armee dienen, hätte mit einer ungewöhnlichen Frechheit interveniert, gemäß den von Israel verlangten Instruktionen.

Was man nun erwarten muss:

Die Sicherheitskräfte stellen sich nun die Frage: wird nach dem Misslingen durch den israelischen Diplomaten, ein neuer, von Tel Aviv organisierter Versuch, stattfinden?

Man bemerkt zur Zeit eine gewisse Verwirrung in den führenden zionistischen Instanzen, weil die Realität nicht mehr den Erwartungen entspricht. Wie in einem Anfall von Tobsucht, der von seiner Ohnmächtigkeit den militärischen Sieg über den Libanon davonzutragen, bewirkt wurde, haben die israelischen Kampfflugzeuge Tonnen von Bomben auf die Wohnviertel, Spitäler, Schulen und religiösen Gebäuden im Libanon abgeworfen, während die argentinischen Zionisten sich total der israelischen Direktiven unterworfen haben. Das macht eine Prognostik für die nächsten Initiativen in unserer Gegend schwierig.

Wir hoffen, dass nun die Regierung gemäß der nationalen Interessen handelt und wissen lässt, was sich wirklich in Ezeiza abgespielt hat, dass sie die komplette Identität des israelischen Diplomaten bekannt gibt, ein Gerichtsverfahren einleitet und Erklärungen seitens der israelischen Regierung verlangt. Im Fall, dass sie die Tatsachen weiterhin verheimlicht, ist das Risiko für Argentinien und für die Sicherheit seiner Bürger nicht vor auszusehen. Das Nachrichtennetz Kalki ist der Meinung seine Pflicht der Information für seine Bürger getan zu haben.

Übersetzt aus dem Französischen von Frigga Karl, einem Mitglied von Tlaxcala, dem Übersetzer Netzwerk für sprachliche Vielfalt (tlaxcala@tlaxcala.es). Diese Übersetzung unterliegt dem Copyleft: sie kann frei verwendet werden, unter der Bedingung, dass der Text nicht verändert wird und dass sowohl der Autor als auch die Quelle genannt werden.

KEIN GIFTGAS

Zündel-Prozess

Holocaust-Leugnung mit Publikum

von Astrid Hölscher

Jürgen Rieger, der Anwalt der rechtsextremen Szene, stellt Beweisanträge. Seit mindestens einer Stunde schon. Zeugen sollen seine Behauptung "bestätigen", dass es "keine jüdische Massenvernichtung im Dritten Reich" gegeben habe, dass in Auschwitz und Birkenau "keine Gaskammern existiert" hätten. Dazu sei beispielsweise das Statistische Bundesamt zu befragen, das Erhebungen zu den Zahlen der Opfer 1939 bis 1945 begonnen habe, was ihm dann "vom Jüdischen Weltkongress untersagt" worden sei. "Bauakten" von Auschwitz seien heranzuziehen; denn "in nicht vorhandenen Bunkern kann auch niemand vergast worden sein". Überhaupt sei die Zyklon-B-Fabrikation 1944 durch Bomben "fast völlig zerstört" worden. Rieger: "Wie soll die SS ohne Gas Menschen vergast haben können?"

Kein Giftgas, keine Opfer, keine Schuld. Eben darum geht es den rechtsextremen "Revisionisten" deutscher Geschichte. Vor dem Mannheimer Landgericht muss sich seit November 2005 Ernst Zündel wegen Volksverhetzung, nazistischer und antisemitischer Propaganda

verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft dem 67-Jährigen vor, er habe in Rundbriefen und auf Internetseiten "in pseudo-wissenschaftlicher Art den Nationalsozialismus vom Makel des Judenmordes entlasten" wollen. Der Holocaust werde darin als "Lügenmonster" bezeichnet, mit dem man "die Deutschen in unaufhörlicher geistiger, politischer und finanzieller Knechtschaft" halten wolle. Der Angeklagte schweigt.

Verteidiger Rieger aber setzt authentisch fort, was sein Mandant in Kanada und den USA auf der "Zündel-Website" begonnen hat. So wird dann Auschwitz zum "Quarantäne-Durchgangslager" mit "Grünflächen zum Hinlegen und Blumenbeeten", einer "Fürsorgeabteilung für Häftlinge", denen "Krankengymnastik" und "Erholungsurlaub" geboten worden sei. Der Vorsitzende Richter Ulrich Meinerzhagen beendet denn auch die Tirade mit dem Hinweis, die Staatsanwaltschaft werde prüfen, "inwieweit Sie sich mit der Stellung der Beweisanträge strafbar gemacht haben".

Das sorgt für Gesprächsstoff in der Pause. Ob es jetzt "gegen Rieger" gehe, raunen die Zuhörer einander mit Sorge zu. Eine Anwältin, die 43-jährige Sylvia Stolz, wurde immerhin schon im Mai von der Verteidigerbank verbannt, weil sie "Erklärungen mit teilweise strafbaren nationalsozialistischen Inhalten abgegeben" hatte. In ihrer Beschwerde gegen den Ausschluss, die der Bundesgerichtshof abwies, hatte die Anwältin konsequent mit "Heil Hitler" begrüßt.

Wer an den Verhandlungstagen der 6. Großen Strafkammer das Mannheimer Landgericht betritt, findet sich in einer Art Parallelwelt wieder. Was seit sechzig Jahren als gesichertes historisches Wissen der Bundesrepublik gelten kann, hier ist es nicht angekommen. Etwa siebzig Leute, die meisten im gehobenen Rentenalter, sitzen an diesem Tag in dem nüchternen Gerichtssaal. Unter Neonlicht, auf grauen Plastikbänken, die meisten Bushaltestellen sind heute komfortabler ausgestattet. Freundliche ältere Herrschaften, fest entschlossen, die eigene Jugend in rosig verfälschter Erinnerung zu behalten. "Armes Deutschland", kommentiert eine Frau in den Siebzigern, altmodisch adrett in ihrer fein getupften Rüschenbluse, in sanftem Ton die Ankündigung des Vorsitzenden. Aber vielleicht würden die Richter ja zu solcher Härte "gezwungen". "Wer weiß, welchem Druck die ausgesetzt sind?" Wer an die "jüdische Weltverschwörung" glaubt, spürt deren Arm bis Mannheim.

Sie nennen einander beim Vornamen, bedauern, dass "Kamerad Heinz" heute verhindert sei, haben zum Geburtstag eines "Kameraden" eine Flasche Trollinger mitgebracht. Die muss draußen bleiben, wegen der Sicherheit. Eingangsschleusen und Taschenkontrollen empfinden sie als "Schikane". "Sehen wir so aus, als ob wir hier einen Anschlag planen?", fragt ein pensionierter Eisenbahner aus Offenburg, mit 66 einer der Jüngeren. Aber sie harren geduldig aus in der Schlange, lassen bereitwillig der alt- und neonazistischen Prominenz den Vortritt. Dem einschlägig vorbestraften Ex-Gymnasiallehrer Günter Deckert etwa, der verhinderten Verteidigerin Sylvia Stolz oder dem Rechtsaußen-Anwalt Horst Mahler, vom Amtsgericht Berlin-Tiergarten mit vorläufigem Berufsverbot belegt. "Ihr seid wichtiger als wir", weiß das Fußvolk des Völkischen.

Unwichtig aber ist dieses Publikum nicht. Zwar halten die meisten sich im Saal zurück, vorsichtig geworden wegen der satten Geldstrafen, die Richter Meinerzhagen bei Zwischenrufen und Beifallskundgebungen verhängt hat. Doch bietet dieses Publikum den Verteidigern Folie und Vorwand. Das Gericht solle "sich doch nicht dem Verdacht aussetzen", dass man seine Darlegungen "der Öffentlichkeit vorenthalten" wolle, sagt der greise Co-Anwalt Herbert Schaller, in Österreich erste Adresse für Nazi-Apologeten. Um dann 36 eng beschriebene Seiten zu verlesen, derselbe Tenor, wie schon von Rieger gehört.

Frankfurter Rundschau

http://www.fr-aktuell.de/in_und_ausland/hintergrund/?em_cnt=983545

Der Zündel-Prozess

Ernst Zündel, geboren 1939 in Calmbach (Baden-Württemberg), war als 19-Jähriger nach Kanada ausgewandert. Von Toronto verbreitete er seit 1976 über seinen Samisdat-Verlag Schriften und Videos, in denen das NS-Regime verherrlicht und der Holocaust verleugnet wurde. 1994 startete er mit einer revisionistischen Internet-Homepage. Als unerwünschte Person wies Kanada Zündel im Februar 2005 aus und schob ihn nach Deutschland ab. Am Frankfurter Flughafen wurde er festgenommen. Der Prozess wegen Volksverhetzung wurde vom Mannheimer Landgericht am 8. November 2005 eröffnet. Nach Paragraph 130 des Strafgesetzbuchs wird mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren bedroht, wer Nazi-Gräueltaten öffentlich "billigt, leugnet oder verharmlost". höl

LKW

Einleitung zu Pierre Marais, *Les Camions à gaz en question.*

Robert Faurisson

Vorwort

Es bereitet mir Vergnügen, Fontenelles Geschichte vom Goldzahn nachzuerzählen. Ich tue dies hier ein weiteres Mal, weil das Abenteuer, auf das sich Pierre Marais eingelassen hat, so auffallende Ähnlichkeit mit jenem des Goldschmieds aufweist, welcher den Betrug mit diesem Zahn aufdeckte, dem hochgelehrte Universitätsprofessoren, ohne ihn gesehen zu haben, einen „halb natürlichen, halb übernatürlichen“ Ursprung zuschrieben. Im Jahre 1593, berichtet Fontenelle,

verbreitete sich das Gerücht, einem siebenjährigen Kind in Schlesien sei nach dem Ausfallen der Milchzähne anstelle eines Backenzahns ein Goldzahn gewachsen.

Namhafte Historiker, die das Gerücht für bare Münze nahmen, stellten eifrig allerlei Theorien über den Sinn und die Tragweite dieses im 16. Jahrhundert in der Gegend um Auschwitz geschehenen Wunders auf. Jahrelang schrieben sie Werke, in denen sie das praktizierten, was David Irving als „Inzest unter Historikern“ bezeichnet. Jedoch:

Als ein Goldschmied ihn [den Zahn] untersucht hatte, stellte sich heraus, dass es sich um ein mit grossem Geschick am Zahn festgemachtes Goldblatt handelte. Man hatte zuerst Bücher geschrieben und erst dann den Goldschmied zu Rat gezogen.

Fontenelle folgerte, nichts sei „natürlicher, als auf allerlei Gebieten dasselbe zu tun“, sowohl auf dem Felde der Wissenschaften als auch auf jenem der Geschichte.

Wie ihre Vorgänger in vergangenen Jahrhunderten neigen auch die Historiker unserer Zeit nur allzu leicht dazu, Dinge zu kommentieren, deren Richtigkeit nicht nachgewiesen ist; sie leben in der Welt ihrer Papiere; sie stehen nicht auf dem Boden der Wirklichkeit und sind nicht genügend materialistisch. Wie P. Marais und die Revisionisten müssten sie sich stets fragen, ob das, was sie berichten und worüber sie sich auslassen, physisch möglich ist, und wenn ja, ob es tatsächlich existiert hat und in welcher genauen Form; diese Form müssten sie uns selbstverständlich beschreiben.

Nehmen wir das Beispiel der angeblichen Hinrichtungsgaskammern, in denen die Deutschen Millionen von Juden ermordet haben sollen. Die Historiker hätten die Pflicht gehabt, uns das Aussehen und die Funktionsweise dieser gigantischen chemischen Schlachthäuser unter Zuhilfenahme technischer Gutachten genau zu schildern. Sie haben dies niemals getan. Was mich betrifft, so warte ich seit dreissig Jahren darauf, dass man mir eine Fotografie, eine Zeichnung oder ein Modell einer „Nazi-Gaskammer“ zeigt. Ich warte immer noch darauf, dass man mir erklärt, wie das unmittelbar nach dem Massenmord mit dem Herausziehen von 2000 blausäurevergifteten Leichen aus der Gaskammer beauftragte Kommando ohne Gasmasken in einen Ozean von Zyanwasserstoffgas eindringen und in grosser Eile 2000 Leichen abschleppen konnte, von denen jene einzelne eine Giftquelle gewesen wäre. Zyklon-B ist ein Insektizid, dessen toxischer Bestandteil Zyanwasserstoffgas ist; dieses weist die Nachteile auf, dass es hartnäckig an Flächen haftet und dass seine Lüftbarkeit „wegen starken Haftvermögens des Gases an Oberflächen erschwert und langwierig“ ist (Nürnberger Dokument NI 9098); wenn es in einen menschlichen Körper eindringt, setzt es sich in diesem fest und entströmt ihm. Dies ist der Grund dafür, dass die Gaskammern, in denen in manchen US-Bundesstaaten zum Tode Verurteilte mittels Zyanwasserstoffgas hingerichtet werden, extrem kompliziert zu handhaben sind¹. Weder eine Koryphäe der „Holocaust“-Geschichtsschreibung wie Raul Hilberg noch Kapazitäten der zweiten Garnitur wie Pierre-Serge Choumoff oder Jean-Claude Pressac haben uns bisher eine materielle Beschreibung der „Nazi-Gaskammer“ geliefert. Sie könnten dies auch gar nicht. Man kann keine materielle Realität beschreiben, die in Wirklichkeit sämtlichen Gesetzen der Physik und der Chemie ins Gesicht schlägt².

¹ Prof. Robert Faurisson schrieb diese Zeilen im Jahre 1992. Seither haben alle US-Bundesstaaten, in denen diese Hinrichtungsmethode üblich war, sie durch die lethale Injektion ersetzt oder lassen letztere zumindest als Alternative zu. Die letzte Exekution durch Zyanwasserstoffgas erfolgte im Jahre 1999. – Der Übersetzer.

² Die Historiker, und heutzutage selbst die Journalisten, wissen, dass die Räumlichkeiten, die man neugierigen Touristen in Auschwitz oder in anderen Konzentrationslagern als „Hinrichtungsgaskammern“ vorstellt, nicht als solche hätten dienen können (bezüglich der Historiker

Pierre Marais interessiert sich schon seit vielen Jahren für das Geheimnis der angeblich von den Nationalsozialisten zur Tötung von Menschen verwendeten Gaswagen. Er ist gewissermassen ein Goldschmied auf dem Felde der Automobilmechanik. Wie jedermann weiss auch er, dass man sich in seiner Garage mit den Abgasen seines Autos umbringen kann, vorausgesetzt, dieses ist mit einem Benzinmotor und nicht mit einem Dieselmotor ausgerüstet. Doch im Gegensatz zu den allermeisten anderen Leuten weiss er auch, dass man von einem Selbstmord oder einem tödlichen Unfall mit Gas keine leichtfertigen Schlüsse auf eine Hinrichtung mit Gas ziehen darf. Von allen Waffen ist Gas die am schwierigsten zu handhabende. Pierre Marais weiss, dass ein tiefgreifender Unterschied zwischen dem Selbstmord eines einzelnen Menschen in einem Raum, in dem man sich verhältnismässig frei bewegen kann und der nicht wirklich hermetisch abgeschlossen ist, und der Tötung einer Gruppe von Menschen in einer engen, hermetisch abgeschlossenen Räumlichkeit besteht. Er ist sich sehr wohl bewusst, dass die Mechanik ihre Gesetze und ihre Sachzwänge besitzt.

Zuerst verlangte er danach, einen dieser Lastwagen zu Gesicht zu bekommen. Überraschung Nummer eins: Man konnte ihm keinen vorweisen. Als nächstes wollte er einen Teil oder ein Fragment eines solchen Wagens untersuchen. Überraschung Nummer zwei: Es ist nicht die geringste Spur eines solchen vorhanden. Überraschung Nummer drei: Man sucht vergeblich nach einer Fotografie, einem Plan, einer Zeichnung oder einem Modell dieser geheimnisvollen Lastwagen. Im Verlauf seiner Untersuchungen stiess unser Forscher noch auf manche andere Seltsamkeiten. Seine Nachforschungen ergaben folgendes:

Jene beiden Organisationen, die bei der Deportation der Gegner des Dritten Reiches sowie ihrer Einweisung in Konzentrationslager die zentrale Rolle spielten – das RSHA (Reichssicherheitshauptamt) sowie das SS-WVHA (Wirtschaftsverwaltungshauptamt) –, haben Archive hinterlassen, die *Milliarden* (nicht: Millionen) von Dokumentenseiten umfassen. Darunter findet man keine Spur jener umfangreichen Dokumentation, welche die Planung, Herstellung und Verwendung dieser in der Geschichte beispiellos dastehenden Tötungsinstrumente erfordert hätten: Keinen Entwurf, keine Bestellung, keinen Kostenvoranschlag, keine Krediteröffnung, keine Genehmigung zur Lieferung kontingentierter Produkte; keine Instruktion, keine Gebrauchsanweisung, keine technische und budgetäre Kontrollmassnahme, keine Beschreibung; kein einziges zeitgenössisches Dokument liefert einem Aufschluss darüber, welche Ärzte und welche Ingenieure diese aussergewöhnlichen Vergasungslastwagen entworfen, welche Fabriken sie angefertigt, welche Armee- oder Polizeieinheiten sie eingesetzt haben sollen.

Nicht, dass hier und dort keine gelegentlichen Versuche unternommen worden wären, den Eindruck zu erwecken, dass es Fotografien, Zeichnungen, Indizien oder Dokumente gibt, welche die Existenz dieser Wagen erhärten, doch mit zwei Ausnahmen handelte es sich um erbärmliche Betrugsmanöver (siehe z.B. die Falborski-Zeichnung im Anhang X des vorliegenden Buchs). Bei den beiden Ausnahmen handelt es sich um zwei bizarre und obskure Dokumente: Den Becker-Brief und den Just-Brief. Wie man sehen wird, untersucht P. Marais diese beiden Schriftstücke mit aussergewöhnlicher Gründlichkeit. Seine Schlussfolgerung lässt keinen Zweifel offen: Diese Briefe besitzen nicht die geringste Beweiskraft. Es besteht Grund zur Annahme, dass gewisse Historiker dies geahnt haben, denn sonst hätten sie sie nicht in entstellter Form wiedergegeben oder einfach mit Schweigen übergangen.

Heutzutage hat die Fabel von den Nazi-Gaswagen praktisch nur noch eine Funktion: Sie dient als Surrogat oder Ersatz für die Fabel von den Nazi-Gaskammern. Wenn die Anhänger der „Holocaust“-Religion in der Frage der Kammern aufs Glatteis geraten, verschanzen sie sich bisweilen hinter den Wagen. Gelegentlich greife ich zu der leicht saloppen Formulierung: „Weil man uns im Horrormuseum nicht in der Gaskammer einschliessen kann, fährt man uns im Gaswagen spazieren.“ Die riesige „Holocaust“-Literatur befasst sich mit diesen Gaswagen nur ganz am Rande und enthält kein einziges Buch zu diesem Thema. Die Studie P. Marais' ist das weltweit erste Buch, das sich mit den „Gaswagen“ auseinandersetzt. Somit haben die Revisionisten auch hier eine Pionierrolle gespielt.

Auf den 226 Seiten des Urteils von Nürnberg (Band I, S. 189-414) findet sich nicht der geringste Hinweis auf diese Wagen, und kein französisches oder internationales Gericht hat je jemanden wegen des Einsatzes dieser angeblichen Todesfahrzeuge bestraft. Folglich kann das Fabius-Gayssot-Gesetz vom 13. Juli 1990, welches die Bestreitung des Urteils von Nürnberg sowie der vom Nürnberger

siehe z.B. Olga Wormser-Migot, die bereits 1968 in ihrer Doktorarbeit einräumte, dass es in Auschwitz I keine Gaskammer gegeben hatte [*Le Système concentrationnaire nazi (1933-1945)*, P.U.F., 1968, S. 157], bezüglich der Journalisten siehe z.B. einen Artikel über Claude Lanzmanns Film *Shoa*, in dem es heisst: „Es existiert keine Fotografie der Gaskammern“ [*Le Nouvel Observateur*, 26. April 1985, S. 33]. Dies erklärt ihre mangelnde Bereitschaft, uns vollständige fotografische Reproduktionen dieser Kammern zu liefern. Was das im Block 4 des Auschwitz-Museum ausgestellte Modell des Krematoriums II betrifft, so beweist dieses de facto die physikalische Unmöglichkeit einer Hinrichtung durch Gas unter den beschriebenen Umständen. Deshalb würdigt man es nie der Erwähnung, es sei denn, um es zu kritisieren (siehe Jean-Claude Pressac, *Auschwitz: Technique and Operation of the Gas Chambers*, The Beate Klarsfeld Foundation, New York 1989, S. 377-378).

Tribunal geahndeten „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ unter Strafe stellt, gegen das vorliegende Werk P. Marais' nicht zur Anwendung kommen – es sei denn, der betreffende Richter begeht eine grobe Rechtsverdrehung, und die französische Justiz tritt wieder einmal sämtliche rechtsstaatlichen Grundsätze mit Füßen.

Gewiss: In der Sowjetunion sowie in Deutschland haben sehr wohl Prozesse gegen deutsche Soldaten oder Offiziere stattgefunden, denen die Verwendung solcher Gaswagen unterstellt worden war, doch bei diesen Verfahren hat kein Staatsanwalt, kein Sachverständiger, kein Gericht den Beweis für die Existenz dieser Fahrzeuge erbracht. Von letzterer ging man axiomatisch aus oder nahm sie einfach an, so wie man einst bei den Hexenprozessen axiomatisch von der Existenz des Teufels und seiner Werkzeuge ausgegangen war oder sie einfach angenommen hatte. Kein Angeklagter hat je auch nur eine einfache Zeichnung davon angefertigt, auch jene nicht, die das Spiel der Anklage mitspielten. Ich schliesse nicht aus, dass es den Anklägern gelungen sein könnte, eine solche Zeichnung zu erhalten, doch in diesem Fall besteht Grund zur Annahme, dass das Resultat zu wenig überzeugend war, als dass man das Risiko seiner Veröffentlichung eingegangen wäre.

1943, beim Prozess von Krasnodar, haben die Sowjets den Angeklagten zwar Geständnisse abgenötigt, doch gemäss der Tradition, dass ein hoher politischer Verantwortlicher der letzte ist, der an die Erfindungen seiner Propagandisten glaubt, soll sich selbst Josef Stalin skeptisch gezeigt haben: Privat soll er einem Gesprächspartner anvertraut haben, dass dieser Prozess für seine Propaganda nützlich war, doch dass die dabei aufgestellten Behauptungen „übertrieben“ waren (James A. Bishop, *F.D. Roosevelt's Last Year (April 1944-April 1945)*, Hart-Davis/McGibbon, London 1975, S. 33).

Unter der winzigen Schar von Historikern, die sich besonders entehrt haben, indem sie die Fabel von den „Gaswagen“ propagierten, sticht die Figur des Amerikaner Christopher Browning hervor, der eine kleine Artikelsammlung mit dem Titel *Fateful Months: Essays on the Emergence of the Final Solution* [Verhängnisvolle Monate: Essays über die Entstehung der Endlösung] (Holmes and Meier, New York 1985) verfasst hat. Ich empfehle die Lektüre der unfreiwillig komischen Seiten, die der Verfasser der Geschichte eines Wagens zur Vergasung von Juden ausgerechnet in Serbien widmet.³ In derselben Artikelsammlung figurieren zwei Fotos eines harmlosen Lastwagen mit folgendem Untertitel: „Gaswagen: 2 von einem polnischen Fotografen nach der Befreiung hergestellte Aufnahmen (Archiv von Yad Vashem).“ 1988, bei dem Mammutprozess gegen den Revisionisten Ernst Zündel in Toronto, hatte Christopher Browning die Stirn, als Zeuge der Anklage aufzutreten (für ein gepfeffertes Honorar). Sein Auftritt entwickelte sich für den amerikanischen Universitätslehrer zum Debakel: Von Zündels Anwalt Douglas Christie, dem ich als Berater diente, ins Kreuzverhör genommen, legte er eine verblüffende Unwissenheit auf jenem historischen Gebiet an den Tag, auf das er sich spezialisiert hatte.

P. Marais hingegen weiss, wovon er spricht, und wie man sehen wird, spricht er davon ungemein überzeugend. Seine – bis in die technischen Einzelheiten ungeheuer spannende – Untersuchung ist ganz einfach diejenige eines ehrlichen Menschen.

7. Juli 1992

Einleitung zu Pierre Marais, *Les Camions à gaz en question*, Polémiques, Paris 1994. Ins Deutsche übersetzt von Jürgen Graf.

HIRNWÄSCHE

Die Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern und die damit verbundenen Urteile und Vorurteile finden auch in den Schulen ihr Echo. Lehrerinnen und Lehrer werden heute mit antisemitischen Vorurteilen konfrontiert, die nicht neu sind. Um Pädagogen in die Lage zu versetzen, angemessen zu reagieren, Einstellungen und Äußerungen als rassistisch und antisemitisch zu erkennen und präventiv auf ihre Schüler einzuwirken, hat das TU-Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) vor einem Jahr das Projekt "Fit machen für Demokratie und Toleranz - Jugendliche setzen sich mit dem Antisemitismus auseinander" ins Leben gerufen. Es orientiert sich am Youth-Leadership-Program, ein 1981 vom American Jewish Committee für Schulprojekte in den USA entwickeltes Konzept. In kleinen Gruppen und auf freiwilliger Basis werden Jugendliche auf couragiertes und informiertes Auftreten trainiert, um Vorurteile in ihrer Gruppe und schulischen Umgebung positiv beeinflussen zu können.

³ Der Mythos von der Vergasung von Zivilisten ist eine serbische Erfindung, der sich auf das Jahr 1916 zurückverfolgen lässt (siehe Jessie Aitken [Robert Faurisson], „L'Origine du mythe/Le mythe des ‚chambres à gaz‘ remonte à 1916“ [Der Ursprung des Mythos/Der Mythos von den ‚Gaskammern‘ geht auf 1916 zurück], *Revue d'histoire révisionniste*, Nr. 5, November 1991, S. 166-172.

<http://www.idw-online.de/pages/de/news171893>

Ein Brief

1. "PATER IS KEIN PFARRER"

2. "Wir sind mit ihm [damit bin ich gemeint] natürlich gar nicht einverstanden"

(<http://www.aaargh.com.mx/deut/aktu/kn06som.pdf>, S. 77)

Ad 1. Nicht so ganz: Pater ist eine allgemeine Bezeichnung für Priester (cf. engl. "Father", ital. u. span. "Padre" etc.). Pfarrer ist nur derjenige Priester, der von seinem Bischof zum Leiter einer Pfarrei ernannt wurde. Man kann zwar jeden Pfarrer als Pater anreden, aber nicht jeden Pater als Pfarrer. Aber im veröffentlichten Wiki-Text steht ja auch etwas dazu.

Ad 2. Etwas konkreter könnte man schon sein. V.a.: Wenn man eine Position ablehnt, muss man für diese Ablehnung auch Gründe nennen resp. auf solche verweisen können. Wenn ich über Revisionisten berichte, dann nenne ich auch konkrete Kritikpunkte, neuerdings im Zusammenhang mit Germar Rudolf.

<http://www.kirchenlehre.com/rudolf.htm>

Wenn man es also für Recht hält, dass Priester auf deutschem Boden dasselbe Unrecht erleiden wie im Iran, sollte man das a) klar aussprechen und b) klar begründen.

Wenn nach dem Ende des Albtraums OMF-"brd" nur wieder eine neue antichristliche Gesellschaft kommt, wäre nicht viel gewonnen.

Mit christlichem Gruß

Pater Rolf Hermann Lingen
römisch - katholischer Priester

Pressemeldung zur Verhaftung
<http://www.kirchenlehre.com/presse.htm>

Meldung seitens Nicht-"Sedivakantisten" zur Verhaftung
<http://www.kreuz.net/article.2560.html>
24 Aug 2006

Vor der Urteilsverkündung im Zündel-Prozess:

„Ernst ist kein Verbrecher!“

Dr. Ingrid Rimland-Zündel, Ehefrau des Holocaustrevisionisten Ernst Zündel, über die Odyssee ihres Mannes durch amerikanische, kanadische und deutsche Gefängnisse

Dr. Ingrid Rimland-Zündels Lebensweg in eigenen Worten

„Ich wurde 1936 in der Ukraine in einem Ort namens Halbstadt geboren. Meine Eltern waren deutscher Abstammung, meine Mutter mennonitisch erzogen, mein Vater Lutheraner. Als Fünfjährige, im September 1941, erlebte ich, wie mein Vater zusammen mit praktisch allen mehr als vierzehnjährigen männlichen Mitbewohnern unserer Stadt nach Sibirien verschleppt wurde. Ich habe meinen Vater nie wiedergesehen. Ein paar Wochen nachdem mein Vater auf einen 2000 Kilometer langen Fußmarsch nach Sibirien geschickt worden war, erhielt unsere gesamte Gemeinde den Befehl, sich an der Bahnstation zu versammeln, um ebenfalls nach Sibirien verschleppt zu werden. Ich

erinnere mich klar an die Züge, die in einer stockdunklen Nacht etwa die Hälfte der verbliebenen Frauen und Kinder fortbrachten. Buchstäblich in letzter Minute kam die Wehrmacht Ende September 1941 und rettete diejenigen von uns, welche noch auf dem Bahnsteig auf ihren Bündeln saßen. Es war dann in unserem Dorf Friede bis zum Herbst 1943, als Deutschland den Krieg zu verlieren begann und der Rückzug nach Westen anging. Als Achtjährige erlebte ich zusammen mit meiner Familie die letzten Tage des Zweiten Weltkriegs in einer Vorstadt von Berlin, als die Rote Armee die Reste der deutschen Wehrmacht überwältigte und zerschlug. Meine in ihrem Bestand verminderte Familie und ich verbrachten dann sechs furchtbare Monate in einem von Russen besetzten Dorf mit Namen Greifenhain. Als wir erfuhren, dass man beabsichtigte, alle Russlanddeutschen zurück in die Sowjetunion zu schicken, flohen wir in die britische Zone. Nach drei Jahren des Hungerns und Frierens im ruinierten Nachkriegsdeutschland in der Nähe von Detmold, wo ich erstmals zur Schule ging, wanderte meine Familie 1948 nach Paraguay aus. Dort machten wir in einer mennonitischen Kolonie mit Namen Volendam, benannt nach dem niederländischen Flüchtlingsschiff, das uns über den Atlantik brachte, den Urwald urbar. 1960, bereits verheiratet, mit einem schon geborenen Kind und einem weiteren unterwegs, kam ich mit meiner jungen Familie nach Kanada, wo mein zweiter Sohn geboren wurde und wo wir sieben Jahre lebten. 1967 zogen wir auf der Suche nach Hilfe für unseren ältesten behinderten Sohn in die Vereinigten Staaten. Dort absolvierte ich eine Universitätsausbildung in Psychologie, die schließlich zum Doktorat führte. 1979 wurde meine erste Ehe geschieden. Als alleinerziehende Mutter arbeitete ich zunächst in Schulen, dann in den gesamten Vereinigten Staaten und Kanada für große Organisationen und nebenher als Autorin mehrerer Romane, welche die Erlebnisse meiner Kindheit schildern. 1994 traf ich bei einem revisionistischem Kongress in Kalifornien auf Ernst Zündel.“

Das Strafverfahren gegen den Holocaustrevisionisten Ernst Zündel wegen des Verdachts der Volksverhetzung vor dem Landgericht Mannheim neigt sich seinem Ende zu. In einem ganzseitigen Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 5. August 2006 über den Zündel-Prozess heißt es: „Auf Zündel kommt nun eine Freiheitsstrafe von wenigstens fünf Jahren zu, falls er sich nicht zu re-revisionistischen Erklärungen versteht, wie sie etwa David Irving im Februar vor dem Wiener Straflandesgericht abgab.“ Mit einer eigentümlichen Mischung aus Häme und Respekt stellt die FAZ neben Ernst Zündel dessen Ehefrau Dr. Ingrid Rimland-Zündel in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung. Getreu dem Grundsatz, dass auch die andere Seite zu hören ist, hat die National-Zeitung Frau Zündel befragt.
„Unmenschliche Haftbedingungen“

National-Zeitung: *Frau Dr. Rimland-Zündel, bei Ihren Antworten bitten wir Sie, das in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in Frankreich geltende Strafrecht zu berücksichtigen. Die großen Anstrengungen der Justiz gegen Ihren Gatten muten seltsam an. Werden ihm Verbrechen gegen Leib und Leben anderer Menschen angelastet?*

Rimland-Zündel: Natürlich nicht! Ernst hat weder in Kanada, wo er 42 Jahre lang wohnte – und das immer im Rampenlicht –, noch in den Vereinigten Staaten, wo er seit unserer Heirat im Januar 2000 lebte, irgendwelche Schwierigkeiten gehabt außer denen, die mit seinen Meinungen zusammenhängen.

Man hat oft genug erfolglos versucht, ihn zu kriminalisieren. Vor seiner politisch begründeten Entführung auf amerikanischem Boden veranlasste man mehrere geheime Ermittlungen durch das FBI, um einen Grund zu finden, ihn zu verhaften und abzuschleppen. Diese Ermittlungen brachten absolut nichts Gesetzwidriges zutage und wurden abgebrochen. Ernst ist kein Verbrecher!

National-Zeitung: *Die in Mannheim über Ihren Mann zu Gericht sitzende Strafkammer hat angedeutet, dass sie in ihrem Urteil, das für Anfang Oktober erwartet wird, die zweijährige Einzelhaft, die er in Kanada erlitten hat, nicht anzurechnen beabsichtigt.*

Rimland-Zündel: Dabei bekommt jeder Drogenhändler, Kinderschänder, Vergewaltiger seine Zeit in einem ausländischen Knast auf seine Strafe angerechnet. In Fällen mit Isolationshaft wird diese Zeit sogar doppelt angerechnet.

National-Zeitung: *Wie war seine zweijährige Inhaftierung in den USA und in Kanada?*

Rimland-Zündel: Unmenschlich! Im ersten Winter hat man Ernst absichtlich schrecklich hungern und frieren lassen. Man hat ihm die kleinsten Erleichterungen und Bequemlichkeiten verweigert. Zum Beispiel durfte er keinen Kugelschreiber haben. Die Bleistifte, die man ihm gab, waren abgesägte Stummel. Oft musste er tagelang bitten, bis man ihm erlaubte, sie anzuspitzen. Man hat viele wichtige Originaldokumente absichtlich mit Wasser zerstört. Es gab Hunderte von demütigenden Schikanen,

von denen ich nicht einmal sprechen will. Er durfte seine Zahnbürste nicht bei sich behalten, und wenn er darum bat, antwortete man immer wieder hämisch: „Vielleicht morgen!“ Wochenlang durfte er mit niemandem sprechen, so dass er manchmal seine Stimme verlor. Einmal schrieb er mir: „Du weißt nicht mal die Hälfte von dem, was man mit mir gemacht hat!“

„Regierungen steckten die Köpfe zusammen“

National-Zeitung: *Was genau hat man ihm in den USA vorgeworfen?*

Rimland-Zündel: Angeblich hat er ein Interview mit einem Einwanderungsbeamten versäumt. In Wirklichkeit war dieser Termin nie auf dem Kalender. Ernst hatte sich mir gegenüber immer wieder über die Behandlung der Guantanamo-Häftlinge in ihren orangefarbenen Anzügen empört. Er war besonders aufgebracht wegen der unmenschlichen Methoden, mit denen diese Männer entführt und transportiert wurden: Hauben über den Köpfen, bis zu 15 Stunden an den Fußboden von Frachtmaschinen geschnallt, ohne zur Toilette gehen zu dürfen! Ehe er sich versah, teilte er das Schicksal jener anonymen Gefangenen. Er hatte sogar die gleiche orangefarbene Unterwäsche, das T-Shirt, den gleichen entmenslichenden Overall. Kein Radio, keinen Fernseher, keine Zeitungen. Es war ihm nicht erlaubt, mit anderen Gefangenen zusammenzusein, er wurde nie zur Kirche gelassen, war zwei Jahre lang allein, nur täglich für 10 Minuten im Gefängnishof, allein beim Duschen, allein hinter kugelsicherem Glas in der Besuchszone für Häftlinge. Keine Seife, kein Handtuch in der Zelle. Sein Bettzeug wurde 117 Tage nicht gewechselt. Seine Bewacher brauchten mehr als 18 Monate, bis sie ihn endlich zum Gefängniszahnarzt brachten. Dazu die Rund-um-die-Uhr-Beleuchtung seiner Zelle.

National-Zeitung: *Man behauptete, dieser einzelne, ohnmächtige Mann stelle „eine Gefahr für die innere Sicherheit Kanadas“ dar. Wieso das?*

Rimland-Zündel: Das möchte ich auch gerne wissen. Ich habe nur meine eigene subjektive Deutung dessen, was da geschehen ist und warum es geschah, gestützt auf Schriftverkehr zwischen der Bundesrepublik, Kanada und den Vereinigten Staaten. Mehrere Regierungen steckten die Köpfe zusammen, um Ernst durch die Hintertür zu „kriminalisieren“, da Holocaustleugnung weder in Kanada noch in den Vereinigten Staaten gesetzwidrig ist. Deshalb dann der Vorwurf der „Bedrohung der Sicherheit Kanadas“.

Welche Hilfe erhielt der deutsche Staatsbürger Zündel?

National-Zeitung: *Wie kam es dann zur Abschiebung Ihres Gatten nach Deutschland?*

Rimland-Zündel: Es bestand die Befürchtung, Ernst könnte verlangen, nachdem er gekidnappt und in Einzelhaft in Kanada war, in ein drittes Land geschickt zu werden. Ende Februar 2003 wurde also ein Privatflugzeug für 50.000 Dollar von der kanadischen Regierung gechartert, das Ernst unter Bewachung von sieben Mann zum Frankfurter Flughafen flog. Dort warteten deutsche Beamte, die inzwischen benachrichtigt worden waren. Durch das amerikanische Gesetz über Informationsfreiheit, das man hier Freedom of Information Act nennt, haben wir Dokumente in die Hände bekommen, die beweisen, dass es eine Zusammenarbeit zwischen den USA, Kanada und Deutschland gab. Wir wissen auch aus einer undichten Stelle, dass Behörden auf der Ebene des U.S. State Department an Ernsts außergerichtlicher Auslieferung beteiligt waren. Wir kennen eine Person, die vor der „Kommission 11. September“ über „Auslieferungen auf unterer Ebene“ aussagte: Politisch unbequeme Leute wurden unter dem Deckmantel von, sagen wir, angeblichen Einwanderungsverstößen verhaftet. In unserem laufenden Gerichtsverfahren in Amerika hoffen wir, dies aufzuwickeln.

National-Zeitung: *Die Bundeskanzlerin hat nach eigenem Bekenntnis jetzt bei Putin und anderen zugunsten des von der russischen Justiz rechtskräftig wegen Eigentumsdelikten in Milliardenhöhe abgeurteilten Oligarchen Chodorkowski interveniert. Welche Hilfe erhielt Ihr Gatte, der ja deutscher Staatsbürger ist, während seiner Inhaftierung in den USA und Kanada?*

Rimland-Zündel: Keinerlei Hilfe. Im Gegenteil. Ich habe das deutsche Konsulat in Atlanta besucht, um dort zu bitten, sich für die Sicherheit meines Mannes einzuschalten. Das wurde verweigert, obwohl Ernst deutscher Staatsbürger ist. Als ich um einen Besuch bei der deutschen Botschaft in Washington ersuchte, wurde mir gesagt, das lasse sich nicht machen. Ein hastiger Bescheid wurde abgesandt, der die Mitarbeiter der Botschaft vor meinem beabsichtigten Besuch warnte. Wir haben eine Kopie von diesem Fax in unseren Akten.

„Wer bestimmt, was einer amerikanischen Bürgerin gestattet ist?“

National-Zeitung: *Sie sind Russlanddeutsche. Warum kommen Sie nicht nach Deutschland?*

Rimland-Zündel: Es gibt einen Haftbefehl auch gegen mich. Deutschland hat für mich keinerlei Zuständigkeit, doch die deutsche Regierung meint, sie könne diktieren, was einer amerikanischen Bürgerin zu sagen und zu schreiben gestattet ist.

National-Zeitung: *Im Mannheimer Verfahren kam zur Sprache, wie Sie den Einmarsch und den Rückzug der Wehrmacht in Ihrer alten Heimat in der Ukraine erlebten...*

Rimland-Zündel: Wir sahen die Wehrmacht als unsere Befreierin – und das war sie tatsächlich. Ich habe diese kurze Episode in meinen Romanen beschrieben – wie es sich für Millionen von Menschen anfühlte, frei vom stalinistischen Stiefel in ihren Gesichtern zu sein. Es ist eine Tatsache, dass Millionen im Osten lebender Menschen – nicht nur Volksdeutsche, sondern auch Ukrainer, Rumänen, die Völker des Baltikums und so weiter – die Wehrmacht als Befreierin vom satanischen Kommunismus wahrnahmen. Das darf nicht totgeschwiegen werden.

National-Zeitung Nr. 34/06, 18. August 2006
http://www.dsz-verlag.de/Artikel_06/NZ34_4.html

GESPRÄCH

Pater Rolf Hermann Lingen

Grüß Gott,
nachfolgender Text über Germar Rudolf darf gerne von jedem frei verwendet und verbreitet werden, mit oder ohne Nennung meines Namens resp. meiner Internet-Adresse; dementsprechend können auch Passagen (wie z.B. die URLs) herausgenommen werden, solange der Sinn nicht verfälscht wird. Ob und ggf. in welcher Weise diese Informationen auch bei KzM veröffentlicht werden, ist derzeit noch nicht entschieden.

a****

Verletzung der Menschenrechte von Germar Rudolf durch die OMF-"brd"

Pater Rolf Hermann Lingen

Der Dipl.-Chem. und Revisionist Germar Rudolf (GR) wird schon seit Monaten im Stuttgarter Kerker seiner Freiheit beraubt. Dass er unschuldig ist und somit auch nicht im Kerker gehalten werden darf, weiß jeder, der wenigstens die elementarsten Grundprinzipien des Rechts kennt. GR gilt als "Volksverhetzer", weil er eine chemische Studie über die Gaskammern im KZ Auschwitz verfasst hat. Laut GR gab es keine Menschenvergasungen in Auschwitz, erst recht keinen millionenfachen Mord an Juden, geschweige denn einen Plan zur Ausrottung des Judentums. §130 StGB, der "Volksverhetzungs"-Paragraph, lautet bekanntlich: "(3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost." Offenkundig ist im § 130 mit keiner Silbe von Menschenvergasungen, von millionenfachem Mord an Juden, von einem Plan zur Ausrottung des Judentums die Rede. Auch der genannte § 6 Abs. 1 VStGB enthält das Wort Juden nicht. Nun gilt in Rechtssystemen der Grundsatz: Nulla poena sine lege - keine Strafe ohne Gesetz; eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit vor Begehen der Tat gesetzlich bestimmt war (s. z.B. Art. 103 Abs. 2 GG). Nach rechtsstaatlichen Grundsätzen ist GR zwingend als unschuldig zu betrachten. N.B.: Eine noch schlimmere Nullnummer als der § 130 ist der "Beleidigungsparagraph" 185, der die "brd"- "Richter" zu grenzenlos totalitärer Willkür ermächtigt; weil rein gar nichts gesetzlich bestimmt ist, lässt sich damit objektiv zwar ebenfalls rein gar nichts, nach "brd"-Brauch aber absolut alles "bestrafen", was den "Richtern" nicht passt, und die "Richter" nutzen diese garantierte grenzenlose Narrenfreiheit absolut skrupellos aus.

Erwähnenswert ist noch, dass GR sich in früheren Texten als "Katholik" bezeichnete, wengleich er davon schon seit geraumer Zeit Abstand genommen hat. Er ist mittlerweile geschieden und wiederverheiratet, er verbreitet antichristliche Texte wie z.B. über angebliche buddhistische Wurzeln des Christentums, er hält die Bibel für ein Märchenbuch, und er glaubt noch nicht mal an die geschichtliche Existenz des Jesus von Nazareth.

Während seiner Kerkerhaft habe ich Schriftkontakt mit GR aufbauen und halten können; jedes meiner vier Schreiben wurde von ihm beantwortet; heute erhielt ich seinen vierten Brief. Nun könnte man sich fragen, wieso ein katholischer Priester überhaupt mit einem Revisionisten Kontakt aufnimmt und pflegt. Um nicht zu ausufernd zu werden: Zunächst: Gelegentlich werden die Katholiken als "Sedisvakantisten" bezeichnet; der "Sedisvakantismus" bekennt offen, dass Pius XII. (gest. 1958) der bislang letzte Papst war, und dass folglich der monströse Verein "offizielle katholische Kirche" mit seinem "jüdisch-christlichen Dialog", mit seinen "Rockmessen" und "Karnevalsmessen", mit seinen unzähligen Verbrechen wie Kinderschändungen usw. nur eine Sekte ist, u.z. die Sekte des sog. "Zweiten Vatikanischen Konzils" (daher kurz: "V2-Sekte"). Die OMF-"brd" zwingt die Bürger unter Anwendung schwersten psychischen und physischen Terrors dazu, der V2-Sekte den von ihr zu Unrecht geführten Titel "katholische Kirche" zuzubilligen. Wer sich nicht mit diesem himmelschreienden Unrecht abfindet, wird bewiesenermaßen zugrunde gepfändet, zu Kerker verurteilt etc.; es besteht also eine "brd"-Zwangsreligion. Die echte römisch-katholische Kirche hingegen ist gewissermaßen ebenfalls "revisionistisch", denn sie prüft z.B. nach, was an der verlogenen antikirchlichen Hasspropaganda à la "Kreuzzüge", "Päpstin Johanna", "Hexenprozesse", "Fall Galilei" usw. wirklich dran ist; sie prüft auch nach, was hinter verlogenen antikirchlichen Hetzschriften wie "Der Stellvertreter" von Rolf Hochhuth steckt. Hier gibt es teilweise sehr enge Berührungspunkte mit dem "Revisionismus", s. z.B. "Operation Stellvertreter" des Atheisten Paul Rassinier. Die echte römisch-katholische Kirche verabscheut und bekämpft das Unrecht immer; sie sorgt nicht bloß für die aktuellen Katholiken, sondern versucht auch, die Irrgläubigen für die ewige Freude des Himmels zu gewinnen. Ein katholischer Priester ist weder "links" noch "rechts", für ihn sind z.B. die beiden Enzykliken maßgeblich, die Papst Pius XI. im März 1937 veröffentlicht hat: "Mit brennender Sorge" (gegen den Nationalsozialismus) und "Divini redemptoris" (gegen den Kommunismus).

Viele revisionistische Schriften, darunter auch Rassiniers "Operation Stellvertreter", habe ich erst durch die Internetseite von GR kennenlernt, und so ergab sich schließlich auch der Schriftkontakt mit GR, woraus ich bislang allerdings nur sehr wenig veröffentlicht habe. Der Brief, den ich heute (17.08.2006) erhielt, verdient aber besondere Verbreitung. Zur Vorgeschichte: Ich hatte GR - auf seine Bitte hin - einen Stapel mit Texten von meiner Homepage geschickt - er hat im Kerker keinen freien Internetzugang. Dies waren Ausschnitte aus Büchern von oder über katholische Geistliche, die während des Nationalsozialismus Verfolgung erlitten, aber auch einige meiner Predigten. In einer Predigt (16.01.2005) heißt es: »In seinem Buch "Christus in Dachau" (Wien 1957) hat P. Johann Maria Lenz, der selbst lange Jahre im KZ Dachau eingekerkert war, auch über die vorausgegangenen Ereignisse berichtet, die ihm diese Jahre des Schreckens eingebracht haben: "Am 5. Jänner 1939 brachte mir (ein Bekannter) [Matula] den roten Schutzhaftbefehl. Am 19. Juli 1940 erhielt ich den zweiten mit genau demselben Wortlaut. Beide Exemplare sind mir unglaublicherweise erhalten geblieben. 'Er gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch sein Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem er dadurch, daß er führende Männer der Bewegung gröblichst beleidigt, zu der Befürchtung Anlaß gibt, er werde weiterhin sein staatsfeindliches Verhalten fortsetzen und das Vertrauen der Bevölkerung zur Regierung und Parteiführung zu erschüttern versuchen. Gez.: Heydrich'" P. Rupert Mayer wurde öffentlich angeklagt, "fortgesetzt öffentlich hetzerische Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates und deren Anordnungen gemacht zu haben, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben und durch die gleiche Handlung fortgesetzt als Geistlicher in Ausübung seines Berufes in Kirchen vor mehreren Personen Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstand von Erörterungen gemacht zu haben." Dafür wurde P. Mayer eingekerkert. Wer aber glaubt, das sei eben nur "NS-Justiz" gewesen und stehe in keinerlei Bezug zur BRD, der sei darauf hingewiesen, dass die allermeisten NS-"Richter" und -"Staatsanwälte" ihren Job nicht nur in der BRD weiter ausüben durften, sondern obendrein befördert worden sind.«

GR fand es bemerkenswert, dass die OMF-"brd" ganz ähnlich mit ihm umspringt wie seinerzeit der Nationalsozialismus mit katholischen Geistlichen, und bat mich um die genauen bibliographischen Angaben der jeweiligen Zitate. Deshalb schickte ich ihm bereits am 27.05.2006 die entsprechenden Texte

(<http://www.kirchenlehre.com/mayer.htm> und http://www.kirchenlehre.com/lenz_002.htm).

Nach fast drei Monaten erhielt ich also heute eine Antwort:
"Germar Rudolf, Asperger Str. 60, 70439 Stuttgart
Stgt., den 27.7.06

Verehrter Herr Lingen, Ihren Brief vom 27.5. erhielt ich erst letzten Freitag (21.7.), allerdings ohne die Beilagen. Der gegenwärtige Zensurrichter erlaubt nicht die Weitergabe von Drucksachen, sondern nur von persönlichen Schreiben. Dementsprechend konnte ich leider mit den von Ihnen gemachten Ausführungen zur Quelle des Rupert-Mayer-Zitates nichts anfangen. Wenn Sie daher so liebenswürdig

wären und mir noch einmal mitteilen, in einem persönlichen Schreiben ohne Anlage: vollständiger Name des Autors (Gritschneider erwähnten Sie, wohl als Nachnamen), in dem das Zitat vorkommt, der Titel des Buches, der Verlag und Verlagsort, wo das Buch erschien, und in welchem Jahr es erschien. Als Seite gaben Sie S. 89 an. Es tut mir leid, daß sich dies alles so endlos hinzieht, aber so ist die Bürokratie eben. Mit freundlichen Grüßen Ihr Germar Rudolf"

Dieser Zensurwahn bei der freien Religionsausübung ist an sich schon ungeheuerlich. Noch düsterer schaut es für die OMF-"brd" aus, wenn man berücksichtigt, mit welchen Worten mein Schreiben 14.02.2006 an GR beginnt:

"An die Zensoren! Ich nehme Bezug auf Strafvollzugsgesetz (StVollzG) § 53 [Seelsorge]: a**** (1) Dem Gefangenen darf religiöse Betreuung durch einen Seelsorger seiner Religionsgemeinschaft nicht versagt werden. Auf seinen Wunsch ist ihm zu helfen, mit einem Seelsorger seiner Religionsgemeinschaft in Verbindung zu treten. (2) Der Gefangene darf grundlegende religiöse Schriften besitzen. Sie dürfen ihm nur bei grobem Mißbrauch entzogen werden. ****e

Ich fordere daher, dass Herrn Rudolf uneingeschränkten Zugang zur Internetseite "Kirche zum Mitreden" (KzM; revisionisten.de) erhält. Herr Rudolf ist (oder wenigstens war) eingetragenes Mitglied des Vereins, der gem. BRD-Zwangsreligion als "römisch-katholische Kirche" ausgegeben wird."

GR wird somit gezielt gehindert, sich mit grundlegenden katholischen Texten zu beschäftigen; das ist ein klares Verbrechen gegen seine unveräußerlichen Menschenrechte! Er hat zwar anscheinend keine Möglichkeit, sich gegen die Beschneidung seiner Grundrechte auch in dieser Hinsicht erfolgreich zur Wehr zu setzen, aber in jedem Falle ist Protest gegen die Vorenthaltung dieser grundlegenden Rechte angezeigt.

****e

Mit christlichem Gruß

Pater Rolf Hermann Lingen
römisch - katholischer Priester

Pressemeldung zur Verhaftung
<http://www.kirchenlehre.com/presse.htm>

ENDGÜLTIG

Ein von Gott auserwähltes Volk

Jostein Gaarder
Hergen/ Frigga Karl

„Israel ist nunmehr Geschichte. Wir erkennen den Staat Israel nicht länger an. Das ist eine endgültige Entscheidung. Der Staat Israel hat die Anerkennung der Welt vergewaltigt und wird keinen Frieden finden, solange er nicht die Waffen niederlegt. Der Staat Israel, in seiner jetzigen Form gehört der Vergangenheit an.

Der Philosoph Jostein Gaarder ist ein bedeutender norwegischer Schriftsteller. Er ist der Autor des Bestsellers „Sophie's Welt“, von dem 25 Millionen Exemplare in der ganzen Welt, in 53 Sprachen, verkauft wurden. Gaarder veröffentlichte am 5. August in der norwegischen Tageszeitung „Aftenposten“ einen kritischen Artikel „Gottes auserwähltes Volk“ zur israelischen Politik, der heftige Reaktionen in Israel, Deutschland und Norwegen, seitens der zionistischen Organisationen, ausgelöst hat. Er wurde des Antisemitismus beschuldigt, was er natürlich zurückgewiesen hat. „Zum ersten Mal in meinem Leben habe ich über meine Schulter geschaut“, vertraute uns der Autor an und bedauerte „dass sich Menschen angegriffen fühlten“. Er betrachtet sich, wie er sagt als „ein Freund der Juden“ und wollte Israel „aufrütteln“ indem er die Übertreibungen der Religion für politische Zwecke in Israel anklagt. Seiner Ansicht nach glauben viele Israelis, dass „das ihr Land von Gott gegeben wurde. Das ist naiv und gefährlich“.

Es ist endgültig. Es ist an der Zeit, eine neue Lektion zu lernen: Wir erkennen den Staat Israel

nicht länger an. Wir konnten weder das südafrikanische Apartheidsregime anerkennen, noch das Regime der Taliban in Afghanistan. Auch gab es viele, die den Irak Saddam Husseins nicht anerkannten, oder die ethnischen Säuberungen der Serben. Wir müssen uns jetzt an den Gedanken gewöhnen: Der Staat Israel in seiner jetzigen Form gehört der Vergangenheit an.

Wir glauben nicht an die Idee von Gottes auserwähltem Volk. Wir lachen über die Einbildungen dieser Leute und weinen über ihre Missetaten. Als Gottes auserwähltes Volk zu handeln ist nicht nur dumm und arrogant, sondern ein Verbrechen gegen die Menschheit. Wir nennen das Rassismus.

Grenzen der Toleranz

Unsere Geduld hat seine Grenzen, ebenso unsere Toleranz. Wir glauben nicht an göttliche Versprechungen als Rechtfertigung für Besatzung und Apartheid. Wir haben das Mittelalter hinter uns gelassen. Wir lachen mit Unbehagen über jene, die immer noch glauben, dass der Gott der Flora, Fauna und Galaxien speziell ein Volk als seinen Liebling ausgewählt hat und ihm idiotische Steintafeln, brennende Büsche und die Lizenz zum Töten gegeben hat.

Wir nennen Kindesmörder „Kindesmörder“ und werden niemals akzeptieren, dass jene ein göttliches oder historisches Mandat haben, das ihre Untaten entschuldigt. Wir sagen nur dieses: Schande über alle Apartheid, Schande über ethnische Säuberungen, Schande über jeden Terroranschlag auf Zivilisten, gleichgültig, ob er von Hamas, Hisbollah oder dem Staat Israel verübt wurde.

Skrupellose Kriegsführung

Wir erkennen Europas tiefe Verantwortung für die Zwangslage der Juden an, die niederträchtigen Schikanierungen, die Pogrome und den Holocaust. Es war für die Juden historisch und moralisch nötig, eine eigene Heimat zu finden. Aber der Staat Israel, mit seiner skrupellosen Weise, Kriege zu führen und mit seinen ekelhaften Waffen, hat seine eigene Legitimität massakriert. Er hat internationales Recht, internationale Übereinkünfte und zahllose UN-Resolutionen systematisch lächerlich gemacht, und er kann nicht länger den Schutz dieser Institutionen beanspruchen. Er hat die Anerkennung der Welt mit Bombenteppichen bedacht. Aber sorgt Euch nicht: Der Staat Israel hat sein Soweto gesehen.

Wir sind jetzt am Punkt der Entscheidung angelangt. Es gibt kein Zurück. Der Staat Israel hat seine Anerkennung verwirkt und wird keinen Frieden erlangen, solange er die Waffen nicht niederlegt.

Ohne Schutz, nackt bis auf die Haut

Mögen der Geist und das Wort die Apartheidsmauern Israels hinwegfegen. Der Staat Israel existiert nicht. Er ist jetzt ohne Schutz, nackt bis auf die Haut. Mag die Welt aus diesem Grunde Mitleid haben mit der Zivilbevölkerung. Denn es ist nicht die Zivilbevölkerung, gegen die unsere Verdammung gerichtet ist.

Wir wünschen dem Volk Israel Gutes, nichts als Gutes, aber wir behalten uns das Recht vor, keine Jaffa-Orangen mehr zu essen, solange sie faul und giftig schmecken. Wir haben es ertragen, einige Jahre ohne die blauen Trauben der Apartheid zu leben.

Sie feiern ihre Triumphe

Wir glauben nicht, dass sich Israel über die vierzig getöteten libanesischen Kinder mehr beklagt, als über die vierzig in der Wüste verbrachten Jahre, vor dreitausend Jahren. Wir nehmen wahr, dass viele Israelis solche Triumphe feiern, wie sie einst die Heimsuchungen des Herrn als „gerechte Strafe“ für das Volk der Ägypter feierten. (In jener Geschichte erscheint der Herr, der Gott Israels, als unersättlicher Sadist.) Wir fragen uns, ob die Mehrheit der Israelis denkt, dass ein jüdisches Leben mehr wert ist, als vierzig palästinensische oder libanesischen Leben. Wir haben Bilder kleiner israelischer Mädchen gesehen, wie sie Botschaften des Hasses auf Bomben schrieben, die über der Zivilbevölkerung von Libanon und Palästina abgeworfen werden sollten. Kleine israelische Mädchen sind nicht süß, wenn sie voll Freude über Tod und Folter die Fronten entlang stolzieren.

Die Vergeltung für Blut und Rache

Wir erkennen die Rhetorik des Staates Israel nicht an. Wir erkennen die Spirale der Vergeltung für die Blutrache nach dem Grundsatz „Aug um Aug, Zahn um Zahn“ nicht an. Wir erkennen den Grundsatz nicht an, der ein oder tausend arabische Augen für ein israelisches Auge fordert. Wir erkennen kollektive Bestrafung und das Aushungern einer ganzen Bevölkerung nicht als politische Waffen an. Es ist zweitausend Jahre her, dass ein jüdischer Rabbi die Doktrin des „Aug um Aug, Zahn um Zahn“ kritisierte.

Er sagte: „Tut anderen, wie ihr wollt das Euch getan wird!“

Wir erkennen einen Staat nicht an, der auf antihumanistischen Prinzipien und auf den Ruinen

einer archaischen nationalen und kriegerischen Religion gegründet ist. Oder wie Albert Schweitzer gesagt hat: „Humanitarismus besteht darin, niemals ein menschliches Leben für einen Zweck zu opfern.“

Mitgefühl und Vergebung

Wir glauben nicht, dass das alte Königreich Davids ein Modell für die Landkarte des Nahen Ostens im 21. Jahrhundert abgibt. Der jüdische Rabbi nahm vor zweitausend Jahren in Anspruch, dass das Reich Gottes nicht die kriegerische Wiederherstellung des Königreiches von David sei, sondern dass das Reich Gottes in uns selbst und unter uns ist. Das Reich Gottes ist Mitgefühl und Vergebung.

Es sind zweitausend Jahre vergangen, seit der jüdische Rabbi die alte Kriegsrhetorik entwapfnet und humanisiert hat. Auch schon zu seiner Zeit waren zionistische Terroristen am Werk.

Israel hört nicht zu

Seit zweitausend Jahren steht Humanismus auf dem Lehrplan, aber Israel hört nicht zu. Es waren nicht die Pharisäer, die dem Mann am Wegesrand halfen, der Opfer von Räufern geworden war. Es war ein Samariter, heute würden wir sagen, ein Palästinenser. Denn zuerst sind wir alle Menschen -erst dann Christen, Moslems oder Juden. Oder wie der jüdische Rabbi sagte: „Und wenn Du nur deine Brüder grüßt, was tust Du dann mehr als die anderen?“ Wir akzeptieren die Verschleppung von Soldaten nicht, aber wir akzeptieren auch nicht die Deportierung ganzer Völker oder die Entführung von legal gewählten Parlamentariern und Ministern einer Regierung.

Wir erkennen den Staat Israel von 1948 an, aber nicht den von 1967. Es ist der Staat Israel selbst, der den nach internationalem Recht legalen Staat Israel von 1948 nicht anerkennt, nicht respektiert und nicht akzeptiert. Israel will mehr: mehr Wasser und mehr Dörfer. Es gibt solche, die, um dies zu bekommen, mit Gottes Hilfe eine Endlösung für das Palästinenser-Problem wünschen. Bestimmte israelische Politiker haben auch argumentiert: die Palästinenser haben so viele andere Länder, (wohin sie gehen können). Wir, wir haben nur eines.

Die USA oder die Welt?

Oder wie es der oberste Beschützer des Staates Israel ausdrückt: „Möge Gott weiterhin Amerika segnen.“ Ein kleines Kind merkte dabei auf. Sie wandte sich zu ihrer Mutter und sagte: Warum beendet der Präsident seine Reden immer mit ‚Gott segne Amerika‘? Warum nicht mit ‚Gott segne die Welt‘?

Und dann war da der norwegische Dichter, der diesen kindlichen Herzensseufzer ausstieß: „Warum schreitet die Menschheit so langsam voran?“ Er war es, der so schön von Jude und Jüdin schrieb. Aber er wies die Vorstellung von Gottes auserwähltem Volk zurück. Ihm selbst gefiel es, sich Mohammedaner zu nennen.

Gelassenheit und Erbarmen

Wir erkennen den Staat Israel nicht an. Nicht heute, nicht zum Zeitpunkt dieses Schreibens, nicht in der Stunde voll Kummer und Zorn. Wenn die Nation Israel Opfer ihrer eigenen Politik werden sollte und Teile der Bevölkerung müssten aus den besetzten Gebieten in eine neue Diaspora fliehen, so sagen wir: Möge ihre neue Umgebung Gelassenheit bewahren und Erbarmen zeigen. Es ist auf immer ein schweres Verbrechen, die Hand gegen Flüchtlinge und staatenlose Menschen zu erheben. Frieden und freie Passage für die Evakuierten, für die Zivilbevölkerung, die nicht länger von einem Staat geschützt wird. Schießt nicht auf die Flüchtenden! Zielt nicht auf sie! Sie sind jetzt verwundbar wie Schnecken ohne Häuser, so verwundbar wie die langsamen Kolonnen der palästinensischen und libanesischen Flüchtlinge, wehrlos wie die Frauen, Kinder und Alten in Qana, Gaza, Sabra und Schatila. Gebt den israelischen Flüchtlingen Schutz, gebt ihnen Milch und Honig.

Lasst nicht ein einziges israelisches Kind (der Verbrechen des zionistischen Staates) mit dem Tod bezahlen. Denn zu viele Kinder und Zivilisten sind bereits ermordet worden.

Übersetzt vom Englischen ins Deutsche von Hergen Matussik, überprüft von Frigga Karl, Mitglieder von Tlaxcala, dem Übersetzernetzwerk für sprachliche Vielfalt (tlaxcala@tlaxcala.es). Diese Übersetzung unterliegt dem Copyleft: sie kann frei verwendet werden unter der Bedingung, dass der Text nicht verändert wird und dass sowohl der Autor als auch die Quelle genannt werden.

<http://www.tlaxcala.es/pp.asp?reference=1004&lg=de>

Sehen Sie unsere letzte Nummer (21) für den Text in die originale Sprache, Norwegisch.

MOSKAU – TEL AVIV

Russland zögert

Von Israel Shamir

Israel und die USA, die schrecklichen siamesischen Zwillinge, die durch ihre jüdischen Gemeinschaften verbunden sind, sind auf dem Kriegspfad. Der gewöhnlich gut unterrichtete Uzi Mahanaimi schrieb in der Sunday Times, dass die Pläne ausgebreitet worden sind und dass die Vorbereitungen in der Abschlussphase sind, den Krieg gegen Syrien und den Iran wiederaufzunehmen, der zeitweilig durch die Hisbollah-Kämpfer in den Bergen des Südlibanon gestoppt worden war. Präsident Bush hofft, seine sinkende Popularität durch den Krieg zu verbessern sagt Alex Cockburn. Eine Verurteilung des Iran durch den Sicherheitsrat ist alles, was er für den Angriff im Morgengrauen braucht. Bis jetzt wurden solche Resolutionen nach einer kurzen Zeitspanne des Feilschens produziert. Jetzt gibt es aber eine Chance, dass Russland sein Veto nutzen wird, und dann würden die US-Pläne zu den Akten gelegt und der Angriff auf den Iran abgesagt werden.

Vor 1990 wäre solch ein Veto sicher gewesen. Damals in den Tagen der übel beschimpften Sowjetunion brachten die Russen so manche Angelegenheit nach vorne, deren Früchte wir noch genießen: Zusammen mit ihren kubanischen Verbündeten stoppten sie die Panzer der Apartheid in Angola und brachten Mandelas Freilassung und die Schaffung eines egalitäreren Südafrikas zustande. Die Russen unterstützten die europäischen Gewerkschaften und kommunistische Parteien und verhinderten den Angriff von Privatisierung, Outsourcing und Globalisierung. Wenn es Ihnen vor 1990 besser ging, und das ist wahrscheinlich der Fall, war das Dank des russischen Einflusses. Die Russen belieferten die Feinde des Imperiums mit ihren billigen und guten Waffen und blockierten die Versuche des Imperiums, seine Aggressionen über UN-Resolutionen zu legitimieren. Ihre Flugzeuge und ihre Boden-Luft Raketen halfen den Vietnamesen und den Koreanern den Krieg zu gewinnen. Ihr Einfluss und ihre Fähigkeiten waren begrenzt: die Russen konnten niemals Schritt halten mit der ungeheuren von Washington angeschrirrtten Macht des Westens. Aber sie konnten die Räder des amerikanischen Lastzuges anstecken, und das taten sie. Das Imperium hasste sie und wünschte ihnen den Tod, und viele westliche Intellektuelle unterstützten diesen Wunsch.

Mein Freund, der russische Außenseiter-Poet Edward Limonov schrieb in den 1980ern eine Kurzgeschichte: was würde passieren, wenn Russland komplett vom Angesicht dieser Erde verschwände? Die USA würden auf der ganzen Welt im großen Stil intervenieren und Kapitalismus und Imperialismus würden mit Macht den Boden wiedergewinnen, der seit 1917 verloren worden war, prophezeite er; und so ist es passiert: Panama, Nicaragua, Jugoslawien, Irak, Afghanistan wurden überfallen. Die Reichen wurden reicher, die Mittelklasse schrumpfte, Freiheiten wurden unter dem Vorwand des „Krieg gegen den Terror“ zurückgenommen.

Die westliche Linke trug eine Menge zu dieser unglücklichen Entwicklung bei, weil die Sowjetunion mit doppelter Perfidie zugrunde gerichtet wurde. Am Ende betrogen ihre Eliten ihre Massen und privatisierten den Wohlstand, der von den sowjetischen Völkern geschaffen worden war. Aber davor hatten wir, die westliche Linke, das Klischee des bösen Imperiums verinnerlicht und wiederholten jeden vom Feind fabrizierten Slogan. Wir riefen in Sprechhören „Let My People Go“, und forderten ein spezielles Privileg für die Juden, das Recht, auszuwandern. Es kümmerte uns nicht, dass die Palästinenser keine Recht hatten, in ihre Häuser zurückzukehren während die russischen Juden in Siedlungen im besetzten Palästina ziehen wollten. Wir unterstützten russische Dissidenten, obwohl sie alles hassten, für was wir eintraten und Pinochet als einen „linken Weichling“, ansahen. Wir klagten die Russen wegen ihres seit langem bestehenden Gulags an und richteten Abu Ghraib ein. Wir verurteilten die Russen zu sehr und trugen zu ihrem Gefühl von Isolation bei und zu dem zweiten schrecklichen Betrug durch ihre Eliten.

Wir, gute und ehrliche Menschen wurden von der Medienmaschine fehlgeleitet und ausgetrickst in einen Ausbruch der Verurteilung gegen unseren einzigen mächtigen Verbündeten. Die Linke des Westens überlebte den Zusammenbruch nicht: sie ging in den Selbstzerstörungsmodus und was übrig blieb, wird repräsentiert von Leuten wie Tony Blair. Überall in der westlichen Welt feiern die Eliten ihren unbegrenzten Wohlstand und Luxus während einfache Leute schlechter und schlechter dran sind. Nicht nur Industriearbeiter: Wenn du nicht ein Generaldirektor bist, lebst du schlechter als zuvor und die Chancen, dein Los zu verbessern, sind schlechter als sie jemals waren.

Aber glücklicherweise verschwand Russland nicht für immer, obwohl es nahe daran war. Boris Jeltzin verkaufte dessen Bodenschätze an seine Kumpanen und an westliche Konzerne, beschloss das Parlament und gab die Medien und das Öl in die Hände jüdischer Oligarchen. Jeltzin installierte Wladimir Putin, einen Ex-KGB-Offizier und zukünftigen Pinochet von Gnaden der Oligarchen, Putin entwand sich dem Oligarchen-Griff. Er verbannte einige verbrecherische Tycoons, brachte sie vor Gericht und stellte eine Annäherung an Recht und Ordnung im Lande wieder her. Er gab die Hauptfernsehkanäle dem Volk wieder. Meine wohlhabenden russischen Bekannten in Russland erzählen mir, dass Geld nicht mehr das Land beherrscht. Man kann Annehmlichkeiten kaufen aber nicht mehr die Macht.

Die Öleinnahmen begannen dem Land zuzufließen, nicht nur einigen Privattresoren in Schweizer Banken. Dies belebte die Wirtschaft wieder. Die Infrastruktur, die von Gorbatschow und Jeltzin ruiniert worden war, wird wiederhergestellt und verbessert; Wohnungen werden in großer Anzahl gebaut; die einstmals heruntergekommene Armee erhält neue Ausrüstung; die Hauptstraßen glänzen mit schönen neuen Läden; neue und reparierte Autobahnen mit Millionen von Autos verbinden Dörfer und Städte. Der Tschetschenienkrieg ist vorbei; die Republik wurde in Russland wiederhergestellt und seine Bewohner erfreuen sich voller Bürgerrechte. Das russischen Ballett erobert wieder Augen und Herzen. Nach dem totalen Zusammenbruch der Filmindustrie in den 1990ern, machen die Russen wieder viele Filme, sogar Kassenschlager und Publikumsmagneten (wie *The Night Guard*) und auch „Festival-Kunst“. Zwanghaftes, schuldgeplagtes Gejammerge hat neuer Prosa und Poesie Platz gemacht. Tausende von Kirchen sind restauriert und ihre Zwiebeltürme vergoldet worden; alle Kirchen sind sonntags gefüllt. Historisch gesehen ein Land der orthodoxen Christenheit und des sunnitischen Islam, bewahrt Russland diese Tradition und die Christen und Muslime leben hier in relativer Harmonie, trotz der Bemühungen pro-amerikanischer Kräfte, Islamophobie in russische Herzen einzupflanzen. Das staatliche Fernsehen wurde jüdischen Oligarchen weggenommen und von der PC-Tyrannie [1] befreit, es bringt nun sehr viel über den ehrwürdigen, graubärtigen Patriarchen (der russische Papst) und den flinken Karatekämpfer von einem Präsidenten und stärkt die Tradition von Glaube und Autorität in Russland

Ein 1500 Seiten langer Mammut-Roman des russischen Malers Maxim Kantor, *The Drawing Textbook*, der letzte Schrei in der russischen Literatur, wurde von vielen Lesern als eine Proklamation einer Kehrtwendung aufgenommen: Russlands ideologische Unterwerfung unter den mammonitischen [2] Westen ist vorbei! Kantor macht nicht halt dabei, die „Heuschrecken“-Kapitalisten zu kritisieren, ihnen gingen die „Heuschrecken“-Intellektuellen voraus. Kantor verteidigt Christus gegen den humanistischen Angriff: Die Christenheit wurde seiner Ansicht nach von den Humanisten betrogen. Kantor ist nicht begeistert von dem neuen russischen Regime: er bedauert, dass Russland seinen Sozialismus aufgegeben hat und sieht 20 Jahre kapitalistische Entwicklung als Flop an: „Kasernen“-Sozialismus wurde durch „Kasernen“-Kapitalismus ersetzt. Mit diesem Buch, ein modernes *Krieg und Frieden*, ist Russlands Wiedererfindung offiziell auf den Weg gebracht und dieses großartige Land mit seinem großen Volk könnte noch das Blatt der Geschichte wenden.

Es ist zweifelhaft, ob Russland irgendwann in nächster Zeit nach links driften wird. Aber der internationale Aktivismus der Abenteuer-suchenden Amerikaner ist für keinen unabhängigen russischen Staat akzeptabel. Die Russen sind nicht glücklich über die amerikanischen Militärbasen, die Russland umgeben, mit dem aggressiven Druck der NATO oder mit politisch motivierten Beschränkungen gegenüber russischen Unternehmen. Die Russen fühlen, dass sie vor 20 Jahren betrogen wurden als der Westen seinen Wunsch proklamierte, vollständigen Frieden und Harmonie zu erreichen und die Unabhängigkeit der Völker zu respektieren. Sie glaubten diesen Blödsinn und russischen Truppen verließen Osteuropa, amerikanische Truppen jedoch sitzen immer noch in Deutschland, Italien, Japan herum; sie rückten nach Polen vor und versuchten diesen Sommer, auf der Krim zu landen in der Nähe der Heimatbasis der russischen Flotte. Die Russen verließen Vietnam, die Amerikaner aber halten Okinawa noch immer besetzt. Russlands Führer fühlen sich gefährdet: Seit dem Ableben der Sowjetunion sind Führer von unabhängigen, souveränen Staaten ^ Noriega, Saddam Hussein, Milosevic ^ ergriffen und ins Gefängnis geworfen worden, weil sie sich dem Willen Washingtons versagten. Ebenso wenig ist das russische Vermögen gesichert: Russland ist wie viele andere Staaten gezwungen, seine Ersparnisse im Abgrund der amerikanischen Wirtschaft zu halten, keiner kann jedoch diese Investitionen einziehen. Norwegen investierte seine ganzes Erdöleinkommen in den amerikanischen Aktienmarkt und verlor alles; Schwedischen Pensionsfonds erging es genau so. Wenn das den besten Freunden der USA zustößt, was wir mit seinen Feinden passieren? Iran, Irak, Palästina verloren alle ihre Guthaben durch Entscheidungen der US-Regierung. Darüber hinaus gestattet es ihr Rechtssystem den USA, fremde Staaten auf unbegrenzte Beträge zu verklagen. So erhielten die Familien der Opfer des Lockerbie-Absturzes vom bedrängten Libyen lockere zehn Millionen Dollar pro Passagier, obwohl die amerikanischen Gerichtshöfe nur zehntausend Mal

kleinere Beträge für die Opfer amerikanischer Bombardierungen genehmigten ^ falls diese jemals überhaupt irgendetwas erhalten haben sollten.

Russland fühlt sich gefährdet, weil die USA andere souveräne Länder öfter und weit ungestrafter angegriffen hat als es Hitler jemals getan hat. Diese Gefühl wird geteilt von einem weniger vernehmbaren China. ≥Die große Angelegenheit, die die UNO teilt, ist nicht mehr Kommunismus versus Kapitalismus wie es einmal war; es ist Souveränität, „predigte die New York Times. Ihr Schreiber, James Traub, listet viele Länder auf, die ≥ihre Bürger unter dem Schutz der Souveränität missbrauchen,“. Umsonst wird man hier den Namen Israels suchen, obwohl die Juden über 1000 Menschen im Libanon töteten und mehr als 200 Zivilpersonen letzten Monat allein in Gaza.

Die große strittige Angelegenheit unserer Zeit ist tatsächlich etwas anderes: warum die USA und Israel die einzigen souveränen Länder sind, während andere nur eine begrenzte ≥Demo,-Version haben. Warum kommt Israel mit Aggressionen davon (und jetzt mit seiner See- und Luftblockade des souveränen UNO-Mitglieds Libanon), während der friedliche Iran zensiert werden muss. Warum war Israel in der Lage alle einschlägigen UNO-Resolutionen zurückzuweisen, ohne dass ihm jemals Sanktionen auferlegt worden wären, der Iran dagegen kurz davor steht, bombardiert zu werden? Sind Nicht-Juden weniger wert als Juden? Der Fall des Iran liefert Russland und China eine gute Gelegenheit, für Souveränität und Nicht-Einmischung einzutreten.

Einiges an besserer sowjetische Politik war im christlichen Ethos Russlands verankert und der Tradition, den Unterdrückten und Schwachen zu helfen; dem Aggressor zu widerstehen fällt darunter. Das postsowjetische Russland erbt diese Traditionen. Aber in diesem Fall fällt die praktische Notwendigkeit zusammen mit dem Ruf des Mitleids. Außer Präsident Putin betrachtet die Möglichkeit, selbst geschnappt und an einen amerikanischen Känguruh-Gerichtshof gebracht zu werden mit Gleichmut, könnte er in Betracht ziehen, diese Orgie der Invasionen zu stoppen. Iran ist der Fall einer Invasion zu viel. Iran ist ein souveränes Land; es hat kein internationales Recht gebrochen. Seine Entscheidung, Uran anzureichern, liegt völlig im Bereich seiner Rechte gemäß der NPT [3]. Ob sie Allah oder Jehova anbeten, ist gänzlich ihre innere Angelegenheit. Indem Russland sein Recht auf Veto anwendet, würdet es signalisieren, dass Einmischung in innere Angelegenheiten souveräner Staaten in der UNO nicht toleriert und legitimiert wird. Russland wird nicht allein sein ^ China, das genauso unglücklich über US-Einmischung ist, könnte es mit seinem eigenen Veto unterstützen.

Die Alternative ist nicht auszudenken: Sogar wenn die UNO-Resolution sich nicht auf Sanktionen bezieht, sind die USA bekannt für ihre rücksichtslose Art, den UN-Text auszulegen. Jede Verurteilung (sogar eine weiche) wird als Freikarte benutzt werden, den Iran nuklear anzugreifen und zu übernehmen; dann wird die US-Kette von Militärbasen durchgehend um die Südflanke von Russland und China herumlaufen, durch die Türkei, Georgien, den Irak, Iran, Afghanistan, Pakistan. Der ≥rebellische, Ahmadinejad wird in Eisenketten nach Tel Aviv gebracht werden, während die USA die Erdölreserven des Iran übernehmen und indem sie iranisches und irakische Öl nutzen, die russischen Stellung in der Weltwirtschaft unterminieren. Danach werden sie unter diesem oder jenen Vorwand russisches Vermögen konfiszieren, Putin mit Ahmadinejads Schicksal drohen und Russland auf seine klägliche Position des Tage Jeltzins zurückwerfen. Daher wäre es ein sehr kluger und weiser Schritt sowohl für Russland als auch für China, ihre Vetos im Weltsicherheitsrat zu benutzen, besonders wenn das verbunden wäre mit der Garantie der vollen Mitgliedschaft des Iran in der ≥Shanghai Cooperation Organisation,“.

Die Folgen eines russischen Vetos wären größer als nur einen Angriff auf den Iran zu verschieben: es würde ein starkes Signal aussenden, dass das Ende der ≥Pax Americana, nahe ist. Das ≥alte, Europa könnte es als Fingerzeig nehmen und seine Unabhängigkeit wiedergewinnen, ja sogar fordern, die Überreste des WKII aus Europa zu beseitigen, die US-Militärbasen. Das ≥neue, Europa könnte einsehen, dass es nicht mehr im Gleichschritt ist und seine proamerikanische und antirussische Parteigängerei beschneiden. Japan könnte ein Ende der Okkupation Okinawas fordern. Das Gesetz der Völker wird die Welt wieder regieren anstatt der Wille des Pentagons.

Und dann wird die Zeit für einen neuen amerikanischen Drang zur Unabhängigkeit kommen, der Unabhängigkeit von seine jüdischen Lobby. Solch einen Drang gab es im revolutionären Russland der 1920er als die russischen Kommunisten darüber stritten, ob sie für die Weltrevolution sein sollten, wie Trotzky es forderte, oder für die Schaffung des Sozialismus in ihrem eigenen Lande wie Stalin und Bucharin es beabsichtigten. Wenn ihr militanter Aktivismus zurückgewiesen wird, könnten die Amerikaner ihre Neo-Trotzkisten fallen lassen, die (Republikaner wie auch Demokraten) scharf darauf sind, ihre ≥demokratische Weltrevolution, zu verbreiten, fallen lassen zu Gunsten von Isolationisten, die das Aufbauen dem Verbreiten vorziehen. Die Befürworter des Verbreitens ^ von George Bush bis Hilary Clinton ^ sind große Freunde Israels. Die Unterstützung Israels durch zwei Parteien in den politischen Eliten der USA bedeutet auch ihre Unterwerfung unter die jüdische Lobby. Ablehnung der Lobby könnte der einzige Slogan einer neuen amerikanischen Revolution werden, einer neuen

amerikanischen Partei der Unabhängigkeit und Nicht-Einmischung auf dem Wege dahin, Vereinigten Staaten zu gründen, mit denen die Welt leben kann.

13 Sep 2006. Übersetzung: Friederike Beck

[1] PC=Political Correctness = politische Korrektheit

[2] von „Mammon“, abgeleitete Wortschöpfung des Autors, also i.S. des Neuen Testaments als ungerechter Gewinn, irdischer Besitz als Verführung, Geldgott etc.

[3] NPT, Nuclear Non-Proliferation Treaty = Atomwaffensperrvertrag

RUSSLAND ZÖGERT - Teil II

Während Israel und die USA Sanktionen für den Iran fordern, rollt die Welt widerwillig weiter zur nächsten Kriegsrunde. Unter den Großmächten ist England diejenige, die Washingtons Befehlen folgt, Deutschland ist gegenüber den Juden unfähig "Nein" zu sagen, indessen Frankreich im Begriff ist, den pro-amerikanischsten Präsidenten seiner Geschichte zu wählen: Nicolas Sarkozy. China zeigt Widerwillen sich zu involvieren, gemunkelt wird allerdings, es gehe insoweit konform, so lange Sanktionen Öl und Gas ausschließen. Russland scheint wegen eigener interner Gründe eine einsame Stimme für den Frieden in Nahost zu sein.

Vor wenigen Tagen rief Präsident Putin Premierminister Olmert an und fragte ihn, ob Israel im Sinn habe, den Weg des Kreuzritter-Königreichs der Vernichtung und Vergessenheit einzuschlagen, anstatt mit seinen Nachbarn eine Vereinbarung zu treffen? Olmert war schockiert: Niemand wagte, so mit ihm zu sprechen. Die Führungspersonen europäischer und amerikanischer Regierungen standen gewöhnlich stramm und verkündeten ihre Unterstützung für Israels Recht sich zu verteidigen. GleichermäÙen rücksichtsvoll gegenüber Israel waren die Russen seit 1991, dessen letzter Botschafter in Tel Aviv, Herr Bovin, häufig dahingehend verwechselt wurde, israelischer Botschafter in Russland zu sein.

Als Russland begann, sich nach der Katastroika zu behaupten und russische Politiker in Führungspositionen wieder bescheidene Vorschläge in bezug auf Nahost ausbreiteten, verstand Israel dies als eine Beleidigung. "Dieses geschlagene Land sollte uns niemals Ratschläge erteilen", schnaubte Shimon Peres in einer Direktübertragung im Rundfunk. Russland jedoch fuhr fort, Kräfte zu sammeln und Russen wurden wieder aktive Teilnehmer im [politischen] Prozess. Der jüngste Besuch des russischen Außenministers Herrn Lavrov in Damaskus und Tel Aviv, war erneut Ausdruck dessen. Lavrov versuchte die israelische Führung davon zu überzeugen, das Vorhaben von Sanktionen gegen den Iran aufzugeben. "Ein von Zwangsstrafmaßnahmen gebeuteltes Iran wird sich isoliert und bedroht empfinden und wird aus dem NPT (Non-Proliferation Treaty) austreten. Sanktionen werden zu Krieg führen", erklärte Lavrov, doch israelische Funktionäre hatten nichts gegen den Krieg, sie beharrten auf Sanktionen. Daraufhin zogen die Russen ihren Antrag für ein neues internationales Treffen für den Nahen Osten hervor: Madrid-2. Dieser Einfall findet seitens der arabischen Staaten Unterstützung, Israel jedoch lehnte auch diese Idee ab. Israel - so scheint es - marschiert auf den Krieg los und hält diesen unvermeidlich.

Dieser Spürsinn der Unvermeidlichkeit hat viel mit der US-Politik zu tun. Die Entwirrung des 11. September-Geheimnis' in den USA, könnte die Bush-Regierung dazu veranlassen, ihre Kriegspläne anzutreiben. Zum ersten Mal seit 2001 berichteten die etablierten Medien in den USA über "Verschwörungstheorien" und räumten ein, daß mehr als ein Drittel der amerikanischen Bevölkerung der Ansicht ist, die US-Regierung sei [bei den Anschlägen am 11. 9.] involviert gewesen. Bedeutende europäische Zeitschriften folgten diesem Weg in ihrer Berichterstattung. Obwohl in den offiziellen Berichten viele kleine und große fehlerhafte Details vorliegen, liegt der Hauptgrund des öffentlichen Zweifels anderswo: Wenn einige grausame und schonungslose muslimische Terroristen den Angriff vom 11. September verübten, warum haben sie anschließend versagt, Ähnliches zu wiederholen? Lächerliche Versuche einen "Anschlag mit Flüssigbomben" vorzuführen als quasi neuen 11. September, haben das öffentliche Vertrauen weiter unterminiert. Bush mag der Ansicht sein, daß ein Krieg mit dem Iran die einzige Möglichkeit ist, einem Prozess zu entgehen.

Es gibt hartgesottene russische Experten, die nichts gegen den kommenden Krieg einzuwenden haben. Ihrer Ansicht nach wird die Involvierung der USA im Iran den eigenen russischen Mißerfolg in Afghanistan widerspiegeln. Wenn Vietnam "festgefahren" war, und sie im Irak "in der Patsche sitzen", muß erst ein neuer Begriff für den Iran erfunden werden. Der Preis für Öl wird auf \$200 das Faß hochschnellen - hoch genug, jeden Locus im ölproduzierenden Rußland zu vergolden, wie Marx

voraussagte. Der Angriff auf den Iran, wird Amerika zerschlagen -- was soll's? Warum sollten wir versuchen, dies aufzuhalten, so die Experten.

Putin hat jedoch einen schwerwiegenden Grund den Krieg zu entschärfen, denn der zionistische Komplott, interreligiösen Konflikt zu schüren, dürfte Russland untergraben. Die Wurzeln dieses Komplotts können in der Übergangsperiode der Sowjetunion zum Nach-Sowjet-Russland gefunden werden, als sich eine junge und frische israelische Lobby in Moskau formierte. Ihre Mitglieder waren Unterstützer des freien Markts, der Demokratie, des Neo-Liberalismus' und der Privatisierung. Unterstützung für Israel war ein Erkennungszeichen für die Fügsamkeit westlicher Wünsche. Während einfache Russen das Ableben der Sowjetunion bedauerten, unterstützten russische Juden, zusammen mit den mobilen, nach oben strebenden Russen die Wirtschaftsreformen und begrüßten die Unterdrückung des 1991 und 1993 demokratisch gewählten Parlaments. [1] Diese nachdrücklichen Pro-Markt Einflüsse nahmen die Medien ein, da genau wie im Westen, die Juden einen Großteil der Medien und deren Redakteure besitzen, als auch die Großbanken und kapitalistischen Unternehmen. Obwohl sie [die russischen Juden] nicht etwa besessene Zionisten sind, hegen sie dennoch ein warmes Gefühl für Israel. Für diese Juden ist Israel kein Staat, um dem mythischen Antisemitismus zu entkommen, vielmehr ein Ort, der Kriminalpolizei zu entfliehen, wie es so viele jüdischen Betrüger aus den USA, Frankreich, England und Russland taten.

Pro-israelische Kräfte leisteten erfolgreich einem Konflikt zwischen Christen und den Muselmanen Vorschub, in der Absicht, Russen in die antimoslemische "weiße" Front zu integrieren. Die im Besitz der Juden gleichgeschalteten Medien, importieren antimoslemischen Diskurs *en gros*. Obwohl dies den Russen fremd war, die es gewohnt sind, mit moslemischen Tartaren zu leben, gelang es den Medien ihr Gemüt zu vergiften. Tschetschenien war der Schlüssel zu dieser Entwicklung, großzügig unterstützt von dem jüdischen Oberbonzen Berezovsky, haben Tschetschen-Kämpfer durch ihre terroristischen Handlungen antimuslimische Empfindungen durchgesetzt. "Gaza ist unser Tschetschenien", sagten israelische Abgesandte, obwohl Tschetschen (im Gegensatz zu den Palästinensern im Gazastreifen) alle zivilen und politischen Rechte russischer Bürger besaßen.

Während dieser Zeit sind hunderttausende Tschetschen und andere moslemische Volksgruppen in nördliche russische Städte abgewandert, wo sie - im Gegensatz zu Europa - wirtschaftlich sehr erfolgreich waren und beträchtlichen Neid unter der einheimischen Bevölkerung hervorriefen. Der kürzlich stattfindende Aufruhr resultierte aus diesem Erfolg. Einwanderung ist eine heikle Angelegenheit und im Großen und Ganzen ist diese etwas Gutes für die Zionisten, ob in Europa oder in Russland. Die russischen Nationalisten eines LePen (und schlimmer) schlossen Freundschaft mit Israel und dem Zionismus. Sie unterstützten Israels Kampf gegen die Muselmanen und hoffen dabei, daß die Juden nach Israel abwandern (es ist hinfällig zu bemerken, daß sich dieses Hirngespinnst nicht realisieren wird, nachdem monatlich tausende russische Juden in das florierende Russland zurückziehen). Führungskräfte des russisch-jüdischen Kongress' sollen enorme Geldsummen an diese rassistischen Organisationen überwiesen haben, um sie gegen die Muselmanen einzusetzen.

Infolgedessen ist Putins Regierung eingeklammert einerseits zwischen pro-westlichen Liberalen und deren Sympathien zu Israel auf der "linken", und den 'weißen' Nationalisten, die gegen den Zufluß muslimischerer Einwanderer protestieren und den antimuslimischen Fanatismus von Tel-Aviv unterstützen. Dieser Schraubstock gefährdet den Zusammenhalt des Landes, da nicht nur der nördliche Kaukasus, sondern auch Tatarstan wegbrechen könnten. Im Gegensatz zu Europa, hat Russland nicht nur moslemische Einwanderer, sondern auch eine markante, eingeborene muslimische Minderheit. Der Erhalt Russlands, hängt davon ab, die antimuslimische Tendenz abzuwehren, sonst wird das Land verwüstet und in kriegerische Lehen zersplittert. Deshalb stellt sich Putins Regierung gegen den Konflikt des zivilisatorischen Paradigmas.

Aber ist dies genug? Die Juden, bzw. die organisierte Judenheit, ist definitiv daran interessiert, Krieg zwischen Christen und Muslimen zu fördern. Deren mächtige Medienmaschine produzierte unlängst

die Satanischen Bilder, die an jeden Moslem geliefert wurden. Und neuerdings haben die Juden der Rede des Papstes große Öffentlichkeit gewährt, während das pro-zionistische Pakistan die muslimische Meinung kolportierte. Das ist nicht die erste direkte

Einmischung des pakistanischen Herrschers, den zionistischen Plänen auf die Sprünge zu helfen: Vor einigen Wochen hat der pakistanische Geheimdienst, die Unterstützung des "Flüssigbomben Anschlags" begünstigt, was inzwischen komplett diskreditiert wurde. (Kein anderer als Leutnant-Major (a.D.) Nigel Wylde, ehemaliger britischer Nachrichtendienst, Empfänger des "Gallantry" Preises ihrer königlichen Majestät für sein Kommando des Geschützes zur Vernichtung explosiver Waffen, deutete an, daß die Geschichte der Regierung und Polizei über besagten "terroristischen Anschlag", nichts weiter sei, als ein "Muster der Lügen und des Betrugs".)

Auch sind sie [die Juden] mit der Berichterstattung der Medien mitnichten zufrieden: Amira Haas, der couragierte Haaretz Reporter in der West Bank, hat den israelischen Geheimdienst indirekt für die Angriffe und Brandstiftungen der Kirchen in Nablus, Tubas und anderen palästinensischen Städten angeklagt. Unser amerikanischer Korrespondent, Tom Mysiowicz schrieb: "Es ist offensichtlich nur eine weitere Anstrengung, einen Krieg gegenseitiger Ausrottung zwischen der christlichen und islamischen Welt zu entfachen." Und unser französischer Freund Xavier Lavaud erklärt: "Das Ziel der Zionisten war es, die jüngsten Anschuldigungen des Patriarchen von Jerusalem gegen die Zionisten zu verschleiern, die einen Satz des Papstes aus seinem Kontext gerissen haben." Obwohl der Kommentar des Papstes bedauerlich ist, sollten wir eher unsere Zeit dafür verwenden, die Situation zu entschärfen, als das Oberhaupt der katholischen Kirche zu beschuldigen, der von den Feinden der Kirche, sowie denen von Christus bedrängt ist. Der Krieg kann aufgehoben werden, aber es bedarf unser zwingenden, gemeinsamen Anstrengung.

Übersetzung von Hanne Pfiz-Soderstrom

[1] Über 50% der Juden (im Gegensatz zu 13% der Russen) unterstützten den pro-westlichen *Coup* von Präsident Jeltsin. 1995 wählten 81% der Juden pro-westliche Parteien und nur 3% [wählten] die Kommunisten (im Gegensatz zu 46% der Russen) laut Veröffentlichung der jüdischen Soziologin Dr. Ryvkina in ihrem Buch *Jews in Post-Soviet Russia* (1996). Die Abweichung in den darauffolgenden Wahlkampagnen war sogar noch beachtlicher.

ALTE VERBRECHER

Aufruf zum Protest gegen das Denkmal für einen Rassisten, Entführer, Versklaver und Mörder von Schwarzen Menschen

Liebe Schwestern und Brüder,

Das Bezirksamt Hamburg-Wandsbek hat ein Denkmal zur Ehrung eines Mannes aufgestellt, der mit der Massenentführung, Verschleppung, Vergewaltigung, Massendeportation, Menschenhandel, Völkermord, und Versklavung von Schwarzen Menschen einst zum reichsten Mann Europas geworden ist: dieser rassistische Verbrecher hieß Graf Heinrich Carl von Schimmelmann (1724-1782). Mit diesen kriminellen Machenschaften und seinem blutigen Vermögen trug er zum Wohlstand Wandsbeks, Hamburgs, Deutschlands und Europas bei und gründete zahlreiche wohltätige und karitative Einrichtungen und Projekte zu Gunsten seiner weißen Mitbürger. Der Black Community in Deutschland verurteilt auf schärfste dieses rassistische Denkmal und fordert seinen sofortigen Abriss. Denn, eigentlich sollte Deutschland die Erinnerung an eine barbarische Gestalt wie Graf von Schimmelmann zum Anlass nehmen, sich mit ihrer verbrecherischen Vergangenheit auseinander zu setzen, und Reparationen und Wiedergutmachung an Afrika und der Schwarzen Diaspora zu bezahlen wegen ihrer kolonialen, Nazi- und neokolonialen Verbrechen an Schwarzen Menschen. Einen Menschenhändler, Versklaver und Massenmörder zu ehren ist nichts anderes als Verharmlosung, Revisionismus und Negationismus, und das stellt wiederum eine rassistische Diskriminierung, Beleidigung, Verächtung und Missachtung der Würde von Schwarzen Menschen in Hamburg, Deutschland und weltweit dar. Daher fordern wir den sofortigen Abriss dieses rassistischen Denkmals! Wir fordern eine offizielle, öffentliche Entschuldigung des Bezirksamts Wandsbek und der Hansestadt Hamburg bei der Black Community in Hamburg! Darüber hinaus fordern wir die deutsche Wirtschaft, Kirchen, und Landes- und Bundesregierungen auf, sich für ihre kolonialen, Nazi- und neokolonialen Verbrechen an Schwarzen Menschen offiziell bei der Black Community in Deutschland zu entschuldigen sowie Reparationen und Wiedergutmachungen an Afrika und die Schwarze Diaspora zu zahlen!

Demo und Protestaktion in Hamburg-Wandsbek:

Montag, 25. September 2006 um 16:00 Uhr
Treffpunkt: Wandsbek-Markt (Bus Haltestelle)

MitveranstalterInnen: AG-REPARATIONEN u. AG-PANAFRIKANISMUS/AFRIKAS BEFREIUNG der Black Community in Deutschland, SOS-Struggles Of Students, ARA-African Refugees Association, BSO-Black Students Organisation, Quilombo Brasil-Radio Mamaterra, Colour Music, AYACSA e.V.-African-German Youth Arts, Culture & Science Association, Refugees Emancipation-RE, Women in Exile, The Voice Refugee Forum, Brandenburger Flüchtlingsinitiative-BFI, ADEFRA e.V.-Schwarze Frauen in Deutschland, ISD-Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, Pan African Women Liberation Organization (PAWLO[^]Germany), mit der Unterstützung von: Afrikanische Studentenunion-ASU, SFC-Schwarze Frauen Community in Österreich, PAMOJA-Movement of Young African Diaspora in Österreich
V.i.S.d.P & Kontakt: Bruder Senfo : 0163-4245449, senfotonkam@yahoo.com
Schwester Selamawit: 0176-70079687, selamawit_g@hotmail.com
Bruder Romao: 0172-8752291, romao@gmx.de / Bruder Diogni: 0176-23102006, bdiogni@yahoo.fr

REVIDIEREN DIE REVIDIERUNG

Armenien kontert Blochers Aussagen

Umstrittene Äusserungen in Ankara

In der türkisch-schweizerischen Kontroverse um die Leugnung des Genozids an den Armeniern meldet sich erstmals die Republik Armenien zu Wort.

Luzi Bernet, Markus Häfliger

Die Republik Armenien plädiert für die Beibehaltung der Schweizer Anti-Rassismus-Strafnorm, die die Leugnung von Völkermord unter Strafe stellt. Es gehe darum, «ein Signal an frühere und mögliche künftige Täter zu senden», sagte der armenische Botschafter in der Schweiz, Zhorab Mnatsakanian, gegenüber der «NZZ am Sonntag».

Im Gegensatz dazu hatte Bundesrat Christoph Blocher am Mittwoch in der Türkei dafür plädiert, das seit 1994 geltende Verbot der Genozid-Leugnung zu revidieren. Direkt wollte der armenische Botschafter Blochers Aussagen zwar nicht kommentieren. Hingegen unterstrich Mnatsakanian die Bedeutung solcher Strafnormen aus Sicht eines Volkes, das vor nicht einmal hundert Jahren Opfer eines Völkermordes wurde. Seine Aussagen wollte der Botschafter nicht nur in Bezug auf die Schweiz, sondern «in einem internationalen Kontext» verstanden wissen. So ist im französischen Parlament für den 12. Oktober eine Debatte über eine ähnliche Strafnorm traktandiert. «Wer es zulässt, dass frühere Genozide geleugnet werden, der lässt zu, dass die Täter in der öffentlichen Meinung ungestraft davonkommen», sagte Mnatsakanian. Wer auf diese Weise zur Straflosigkeit früherer Täter beitrage, «der unterminiert die Verhinderung von künftigen Genoziden».

Die Aussagen des armenischen Botschafters bestätigen indirekt Befürchtungen von Schweizer Diplomaten, dass Blocher mit seinen Äusserungen Position für die türkische Seite bezogen und damit die Neutralität verletzt habe. Pikanterweise findet kommende Woche in der armenischen Hauptstadt Erewan ein Treffen der Justizminister des Europarates statt. Justizminister Blocher wird jedoch nicht teilnehmen - er hat den Vizedirektor des Bundesamtes für Justiz an das Treffen delegiert

Neuer Zürcher Zeitung 8. Okt. 2006

<http://www.nzz.ch/2006/10/08/al/newzzET10CBXZ-12.html>

BETRACHTUNG

Wider den Mißbrauch des Revisionismus

Von Jürgen Schwab

Fräulein Stolz kann mächtig stolz auf sich sein. Denn Sie hat es dem Richter Ulrich Meinerzhagen so richtig gezeigt. Und das mitten im Mannheimer Gerichtssaal, wo der Fall des „Holocaustleugners“ Ernst Zündel verhandelt wird. Soll sie als Verteidigerin nun den Herrn

Kammervorsitzenden als „Herrn Meinerzhagen“ oder doch als „Dr. Meinerzhagen“ anreden? Meinerzhagen selbst bestand auf „Herr Vorsitzender“. Also doch „Dr. Meinerzhagen“? Und immer wieder die vielen Zwischenrufe von Fräulein Stolz, die Herrn Meinerzhagen kaum zu Wort kommen ließen und ihn regelrecht aus der Fassung brachten. Prozeßbeobachter muß diese Justizposse wohl an das „Königlich Bayerische Amtsgericht“ erinnert haben, an die Sendereihe, die zur Erheiterung des Fernsehpublikums seit Jahrzehnten immer wieder mal vom Bayerischen Rundfunk ausgestrahlt wird. Nur im kurpfälzischen Mannheim war dies Realsatire.

Die Anwältin Stolz hatte jedenfalls die Lacher auf ihrer Seite. Auch Horst Mahler, ihr Mentor, konnte seine helle Freude im Zuhörerraum kaum unterdrücken. Und natürlich auch die Gefolgsleute Mahlers, die auf den Bänken dem Prozeßverlauf folgten, klatschten sich vor Freude auf die Schenkel. Nach so vielen Jahrzehnten der Demütigung im rechten Ghetto kam diese Genugtuung durch die couragierte Anwältin gerade recht.

Nach erneutem Verhandlungsabbruch dürfte wohl der Auftritt von Sylvia Stolz beendet sein. Ihr Kasperltheater sollte uns politisch interessierten Deutschen allerdings nicht von einer politischen Betrachtung des bisherigen Mannheimer Verfahrens abhalten. Was hat die Strategie Mahlers und seiner Marionette denn wirklich gebracht? Daß Ernst Zündel aufgrund Zensurgesetzgebung den Prozeß verliert und inhaftiert bleibt, dürfte sowieso feststehen. Was hat aber der bisherige Prozeßverlauf dem historischen Revisionismus gebracht?

Bei nüchterner Betrachtung läßt sich sagen, daß Mahler und Stolz der Suche nach der geschichtlichen Wahrheit einen großen Schaden zugefügt haben. Die Strategie Horst Mahlers besteht scheinbar darin: 1. Das BRD-System durch Verstopfung seiner Gefängnisse zum Zusammenbruch zu bringen; 2. Den historischen Revisionismus als unglaubwürdig darzustellen. Aber lassen wir erst einmal sein Werkzeug zu Wort kommen. So verkündete Sylvia Stolz im Gerichtssaal, daß der Holocaust „eine Erfindung der Juden“ sei (taz, 10.03.2006). Dies ist kein Ausrutscher, sondern hat bei der Mahler-Gruppe Methode. Erinnern wir uns: Am 30. Juli 2003 trafen sich mehrere „Reichsbürger“ auf der Wartburg bei Eisenach, um dort auf Transparenten zu bekunden: „Den Holocaust gab es nicht.“ Eigentlich sollte die Veranstaltung in Auschwitz stattfinden, ein Ausreiseverbot für Horst Mahler verhinderte das. Diese Holocaustleugnung bewirkte natürlich juristische Verfolgung. Dies sollte uns in Anbetracht der Machtverhältnisse, die seit dem 23. Mai 1945 hierzulande offenkundig herrschen, nicht verwundern.

Allen, die immer noch glauben, Mahler sei ein Revisionist, nur weil er sich in ein revisionistisches Mäntelchen gekleidet hat, dürfen wir mit auf den Weg geben, daß es bei der Mahler-Gruppe nicht um die Suche nach der geschichtlichen Wahrheit geht, sondern um einen zivilreligiösen Kampf, in dem die Germanen, allen voran der germanische Anführer Mahler und sein Vorgänger Hitler grundsätzlich für das Gute stehen und die Juden ausnahmslos für das Böse. Einwände, es gebe auch gute Juden, mit denen Revisionisten sich verbünden könnten, läßt Mahler nicht gelten. Auf einem Seminar gab er zum Besten: „Ein guter Jude hat den Beruf verfehlt!“ Da ausnahmslos die Juden für das Böse und die Germanen für das Gute stünden, ist es nach dieser sektiererhaften „Logik“ gar nicht möglich, daß Deutsche zwischen 1933 und 1945 auch Böses getan haben können. Deshalb muß die Schülerin Mahlers zwangsweise zu der Auffassung gelangen, daß der „Holocaust“ eine „Erfindung“ der Juden sei. „Erfindung“ kann hier nur heißen: „völlig frei erfunden“.

Bei einfach strukturierten Menschen ist es üblich, Dinge zu beurteilen, von denen man überhaupt keine Vorstellung besitzt. Natürlich hat sich Sylvia Stolz noch keine Gedanken darüber gemacht, was der „Holocaust“ überhaupt ist, ob es vielleicht mehrere Definitionen davon gibt. Aber sie ist sich natürlich sicher, daß es ihn, den „Holocaust“, gar nicht gegeben habe. Vielleicht sollte man zuerst eine Vorstellung davon haben, was man leugnet, bevor man es leugnet. Oder man überlegt es sich anders. Aber selbstkritische Reflexion gehört nicht zum Repertoire der Mahler-Gruppe. Der „Holocaust“ steht laut Fremdwort-Duden ganz allgemein für die „Judenvernichtung während des Nationalsozialismus“. Von besonderen Tötungsmethoden und Opferzahlen ist hier überhaupt keine Rede, weshalb nach dieser durchaus nachvollziehbaren Definition der Holocaust-Vorwurf auch nicht davon abhängig ist. Hingegen scheint es für Sylvia Stolz überhaupt keine Judenvernichtung zwischen 1933 und 1945 gegeben zu haben. Genau dies ist auch der Tenor in der gesamten etablierten Presse seit ehedem und insbesondere im Zuge des Mannheimer Prozesses: Die Revisionisten würden grundsätzlich die massenhafte Judenvernichtung durch den NS bestreiten, weshalb sie unglaubwürdig seien. Mahler und Stolz haben in diesem Zusammenhang ihre Rolle im Sinne des Systems hervorragend gespielt. Sie haben in Mannheim den Anschein erweckt, sie seien Geschichtsrevisionisten und der Revisionismus sei sowieso unglaubwürdig, weil sie selbst „Mahler und Stolz“ unglaubwürdig sind.

Durch die Instrumentalisierung und Diskreditierung des Geschichtsrevisionismus durch die Mahler-Gruppe gerät völlig außer acht, daß sich seit einiger Zeit wirkliche Revisionisten wie Germar

Rudolf gegen die Vereinnahmung der Totalleugner zur Wehr setzen. In einer Publikation, erschienen im April 2005, schreibt nun Rudolf zum Vorwurf der Totalleugnung:

≥Aufgrund falscher Darstellungen in der Öffentlichkeit bedarf es zunächst einer Richtigstellung dessen, was der Holocaust-Revisionismus nicht behauptet:

- ☛ Er behauptet nicht, es habe keine Judenverfolgung gegeben;
- ☛ Er behauptet nicht, es habe keine Judenentrechtung gegeben;
- ☛ Er behauptet nicht, es habe keine Deportation gegeben;
- ☛ Er behauptet nicht, es habe keine Judenghettos gegeben;
- ☛ Er behauptet nicht, es habe keine Konzentrationslager gegeben;
- ☛ Er behauptet nicht, es habe keine Krematorien in Konzentrationslagern gegeben;
- ☛ Er behauptet nicht, es seien keine Juden aufgrund einer Vielzahl von Gründen umgekommen;
- ☛ Er behauptet nicht, es seien auch keine anderen Minderheiten verfolgt worden, wie Zigeuner, Zeugen Jehovas, Homosexuelle, und politisch Andersdenkende;
- ☛ und letztlich behauptet er nicht, die oben aufgeführten Dinge seien kein Unrecht gewesen.
- ☛ All diese Unrechtstaten des NS-Regimes werden vom Holocaust-Revisionismus nicht angezweifelt."

Natürlich ist die Systempresse nicht daran interessiert, seriöse Geschichtsrevisionisten wie Rudolf zu Wort kommen zu lassen. Besser ist es für die Etablierten Mahler und Stolz zu zitieren. Das ist nämlich das Zerrbild des ≥Revisionismus", das diese Herrschaften zu ihrer Herrschaftssicherung dringend brauchen. In diesem Zusammenhang ist auch die Rolle, die Mahler spielt, zu bewerten. Sein Theater bzw. das von ≥Fräulein Stolz", wie sie liebevoll von ihren Anhängern genannt wird, sollte uns nicht beeindrucken.

Aber kehren wir zum Kern der Sache zurück. ≥Holocaust" ist ein Wort, das aus dem Altgriechischen stammt und soviel wie ≥Brandopfer" heißt. Diese Metapher bezeichnet heute ganz allgemein die Massenvernichtung an den Juden unter dem NS-Regime. Wer glaubt, der ≥Holocaust"-Vorwurf sei ohne weiteres auszuhebeln, indem Revisionisten bestimmte Tötungsmethoden und Opferzahlen widerlegen könnten, der befindet sich auf dem Holzweg. Daß der ≥Holocaust" für Juden ein einzigartiges Verbrechen gewesen ist, sollte uns nicht verwundern. Das liegt im jüdischen Nationalbewußtsein nach 1945 begründet und ist auch verständlich. Daß dieses Nationalbewußtsein Geltung erlangt hat über alle Gesellschaften der ≥Westlichen Wertegemeinschaft", liegt daran, daß es weltweit ^ gerade im Nachkriegsdeutschland ^ viele nichtjüdische Philosemiten gibt, die erkannt haben, daß Judenliebe nach 1945 zur eigenen Karriereplanung förderlich ist. In diesem Faktum scheint das eigentliche Problem zu liegen. Wir sollten deshalb aufhören, den Juden vorzuwerfen, daß sie Juden sind!

Wir sollten besser unsere philosemitischen deutschen Landsleute als solche öffentlich bloßstellen. Wir sollten kritischen Juden deutlich machen, daß diese deutschen Jammerlappen nicht ihre wirklichen Freunde, sondern nur Opportunisten sind, die jüdisches Leid und jüdische Opfer für ihre eigenen materiellen und gesellschaftlichen Zwecke mißbrauchen. An die Anhänger Mahlers, die wir noch erreichen können, sofern sie zurechnungsfähig sind, sollten wir die Botschaft richten, daß grundsätzlich nicht das Deutschsein im Antijudaismus besteht, wie uns Horst Mahler suggeriert. In diesem Sinne ist der Antijudaismus als Falle zu erkennen.

Der Vorwurf der Massenvernichtung an den Juden durch den NS ist so oder so nicht aus der Welt zu schaffen. Wenn mir jemand bei einer Wanderung sagt, wir stünden vor einem Wald, der in etwa sechs Millionen Bäume umfaßt, ich diesen Befund bezweifeln und die Bäume alle einzeln nachzählen und zu dem Ergebnis gelange würde, es handele sich nur um 600.000 Bäume, dann wäre zwar der Wald viel kleiner als ursprünglich angenommen, aber der Wald an sich wäre natürlich immer noch vorhanden und keine Erfindung von irgendwelchen bösen Waldgeistern.

Aber für Sektierer gibt es freilich nur die Losung ≥alles oder nichts!" Entweder der Wald ist vorhanden oder eine vollständige Fälschung! Teilwahrheiten und Teilunwahrheiten kommen bei zivilreligiösen Schwarz-Weiß-Malern nicht in Betracht. Wenn Anwälte und Ingenieure Revisionismus

spielen, ohne jemals eigene Forschung betrieben zu haben, am historischen Gebäude eine Lüge zu erkennen glauben, dann kann natürlich in der Schlichtheit der Gedankenführung nur das ganze Konstrukt ein einziges Lügengebäude sein. Denn hier geht es ja nicht um die wissenschaftliche Erkenntnis, sondern um einen sektiererhaften Glaubenskampf.

Die Auseinandersetzung um den „Holocaust“, der von beiden Seiten, von den Gutmenschen wie von den Pseudorevisionisten, nicht wissenschaftlich geführt wird, wobei den Gutmenschen das Instrument der Zensur zur Verfügung steht, ist als Falle für den Nationalismus zu erkennen. Horst Mahler möchte uns in diese Falle hineinlocken. Seine Motive kennt nur er selbst. Sein intellektuelles Vermögen und sein rhetorisches Geschick sollten uns nicht an kritischer Reflexion hindern. Schließlich klingt bei Mahler der größte Unsinn immer sehr einleuchtend. Vor ein paar Jahren meinte er, wenn viele Tausend Deutsche auf die „Wand“ des „Holocaust“ schießen würden, würde dieselbe einstürzen. Davon abgesehen, daß über Begriffe immer die herrschende Klasse bestimmt: nichts ist falscher als diese Metapher. Denn der „Holocaust“ ist keine Wand, sondern allenfalls eine Gummimauer, die flexibel ist.

Wer sich nur etwas mit offizieller Holocaust-Darstellung auskennt, dürfte im Bilde sein, daß die Opferzahlen seit Jahrzehnten von etablierten Historikern beträchtlich reduziert wurden. Auch bestimmte Tötungsmethoden werden zwar immer noch dogmatisch behandelt, treten aber in der öffentlichen Darstellung immer mehr in den Hintergrund. Die etablierten Revisionisten wie Fritjof Meyer haben hier sicherlich auf die Arbeit der verfolgten Revisionisten wie Germar Rudolf und David Irving reagiert. Es ist nun das Gebot der Stunde, jetzt, da sozusagen die Eisschmelze nicht mehr aufzuhalten ist, mit Besonnenheit nachzufassen. Der verfolgte, aber seriöse Geschichtsrevisionsmus sollte sich dabei ausschließlich auf sein wissenschaftliches Anliegen beschränken und sich von Extrem-Antijudaismus und völkischem Sektierertum fernhalten. Für uns, die deutschen Nationalisten, kann es nicht darum gehen, zu konkreten Forschungsergebnissen Bewertungen vorzunehmen – auch nicht im vorliegenden Aufsatz –, sondern die Freiheit der Meinungsäußerung und der Wissenschaft für Geschichtsrevisionisten zu fordern.

Hier & Jetzt, Nr. 2/2006

BRIEF 2

Deutsche Not

Ich lebe in unter polnischer widerrechtlichen Besatzung stehender Stadt Danzig. Bin einer von Tausenden hiesigen Deutschen. Das Leben hier ist so schwer wie noch nie. Die haesslichen und deutschfeindlichen Zwillinge die das polnische Volk versklaven und gegen uns verhetzen wollen alles Deutsche vernichten. Deutsche Beamten werden entlassen, deutsche Denkmäler weiter dem Untergang geweiht oder roh zerstört. Die deutschen Haueser die Kulturgüter unserer Vorfahren abgerissen. Das alles erinnert an die Situation in Sudetenland vor 1938. Doch wir haben keinen Konrad Henlein und die deutsche Regierung hat uns auch ganz vergessen

Christoph Jachimowicz.

06 Sep 2006

50 JAHRE NACH DER REVOLUTION

Proteste in Ungarn

von Karl Pfeifer

Am 23. Oktober wird Ungarn den 50. Jahrestag der Revolution feiern, die mit einer friedlichen Demonstration von Intellektuellen und Studenten begann, die glaubten, das realsozialistische System sei reformierbar. Während dieser Zeit, als die alte Ordnung aufgelöst und die neue noch nicht etabliert war, kam es tatsächlich auch zu antijüdischen Ausschreitungen. Jahrzehnte lang wurde in Ungarn darauf nicht eingegangen und nur von der »Konterrevolution« gesprochen.

Während der siebziger Jahre gestatteten die Kommunisten dann dem notorischen Geschichtsfälscher David Irving nicht nur mehrmals die Einreise, sondern auch Einblick in das Archiv des Innenministeriums, das den allermeisten ungarischen Historikern verschlossen war. **David Irving** revanchierte sich im Jahr 1981 mit einem 600 Seiten umfassenden Buch über den »gegen die jüdischen Kommunisten gerichteten Aufstand«.

Im Herbst 2003 hielt Irving in Ungarn eine Rede, in der er wahrheitswidrig behauptete, die Aufständischen hätten während der ersten zwei Tage der Revolution ein antisemitisches Pogrom durchgeführt. Seine Rede wurde vom rechtsextremen Fernsehprogramm »Nacht-asyl« am 26. Oktober 2003 ausgestrahlt. Die Tatsache, dass das staatliche ungarische Fernsehen (MTV) die Geschichtsverdrehung eines Holocaustleugners propagierte, empfanden viele Ungarn als eine Verletzung der nationalen Ehre, und auch deswegen wurde das Programm »Nachtasyl« eingestellt, was zu pöbelhaften Demonstrationen von Rechtsextremisten vor dem Gebäude von MTV führte.

Im April 2006 siegte die linke Koalition bei den Parlamentswahlen, und Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány konnte weiterregieren. Doch die rechte Opposition Fidesz wollte diesen Sieg nicht anerkennen und rief ihre Anhänger zu Demonstrationen auf. Nachdem im September eine Rede von Gyurcsány vor 120 Funktionären, in der er zugab, die Wahlen mit Lügen gewonnen zu haben, den Medien zugespielt worden war, kam es wieder einmal zu schweren Ausschreitungen vor und im Gebäude von MTV. Neonazis und antisemitische Fußballfans – die bereits Jahre vor der Wende im Stadion des Innenministeriums »Dreckige Juden! Das seid ihr« und »Gaskammer!« skandierten – wofür man ausgerechnet diesem Pöbel im Jahr 1988 den Preis des »sportlichsten Publikums« verlieh – konnten wieder einmal den Ton angeben. Die Regierung und die Polizei rechneten zwar mit Demonstrationen, doch auf Plünderungen und Brandstiftungen waren sie nicht vorbereitet.

Die Sozialisten haben schon vor diesem Vorfall den Vorsitzenden der Opposition mehrmals darauf aufmerksam gemacht, dass der Ort der politischen Auseinandersetzung nicht die Straße sei. Die Fidesz ist für diese Ausschreitungen mitverantwortlich, weil sie noch nach der Randalie ihre Anhänger zu einer Massendemonstration am vorletzten Wochenende aufrief, die sie dann absagen musste. Doch die Rechten forderten weiter dazu auf, die »Regierung legal zu stürzen«, was den konservativen Präsidenten László Solyom, der auch Verfassungsjurist ist, so verärgerte, dass er sie darauf aufmerksam machte, dass in Ungarn auch der Präsident der Republik die Regierung nicht einfach absetzen kann.

Jungle World 4. Okt. 2006

<http://www.jungle-world.com/seiten/2006/40/8584.php>

PROZESS

Zündel will Irans Präsident im Zeugenstand

Mit seiner ersten Äußerung vor dem Mannheimer Landgericht hat der mutmaßliche Holocaust-Leugner Ernst Zündel einen heftigen Streit zwischen dem Vorsitzenden Richter und der Verteidigung ausgelöst. Die Kammer warf der Verteidigung "verfahrensfremdes Verhalten" und "Missbrauch des Antragsrechts" vor.

Zündel verlas einen umfangreichen Beweisantrag seines Wahlverteidigers. Darin beantragte der 67-Jährige unter anderem die Zeugenvernehmung des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad. Die Kammer hatte allerdings zuvor den Beschluss gefasst, dass die Beweisanträge der Verteidigung der Kammer zunächst in schriftlicher Form vorgelegt werden müssten. Die "Umgehung" des Gerichtsbeschlusses sei eine "Frechheit", so der empörte Vorsitzende Richter.

Anwälte könnten sich strafbar machen

Vor Zündels Antrag hatte das Gericht ein Selbstleseverfahren angeordnet. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass sich die Verteidiger mit der öffentlichen Verlesung ihrer Anträge selbst strafbar machen könnten, hieß es. Nach Auffassung des Gerichts sollen bereits zwei Anwälte Zündels in früheren Beweisanträgen die Massenvernichtung an den Juden in Zweifel gezogen haben. Die Verteidigung nutze die Anträge als "Instrument der Propagierung politischer Überzeugungen", hieß es weiter.

Eine andere Anwältin Zündels war bereits vor einigen Monaten vom Prozess ausgeschlossen worden, weil sie einen Brief mit "Heil Hitler" unterschrieben hatte.

Verteidigung moniert "unfares Verfahren"

Zündel wird von drei Wahl- und zwei Pflichtverteidigern vertreten. "Was sie abziehen wollen, ist ein Geheimverfahren", warf Zündel dem Richter vor. Das Gericht, kritisierte zudem der Anwalt des

Angeklagten, führe ein "absolut unfaires Verfahren" gegen Zündel.

Die Staatsanwaltschaft wirft Zündel vor, er habe von Kanada aus via Internet den millionenfachen Mord an den Juden in der Zeit des Zweiten Weltkriegs geleugnet. Der Prozess wird am 19. Oktober fortgesetzt.

SWR.de 7.10.06.

<http://www.swr.de/nachrichten/bw/-/id=1622/nid=1622/did=1588264/ij7aem>

MIT ANTISEMITISMUS ZU TUN ?

Norman Finkelstein: Antisemitismus als politische Waffe. Israel, Amerika und der Missbrauch der Geschichte

Elisabeth Lindner-Riegler

Ein Buch von Norman G. Finkelstein, Piper Verlag, München 2006, 387 Seiten

In Österreich und Deutschland wurde in den letzten Jahren zunehmend jeder, der den Terror Israels als Besatzungsmacht gegenüber den Palästinensern, die Menschenrechtsverletzungen oder den Bau der Apartheidmauer verurteilt und umgekehrt das legitime Recht der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung verteidigt hat, des Antisemitismus beschuldigt. Der Antisemitismus-Vorwurf wird als politische Waffe eingesetzt, um jede Kritik an und Auseinandersetzung um den zionistischen Staat Israel mundtot zu machen. Mit dieser Thematik setzt sich Norman G. Finkelstein im ersten Teil seines aktuellen Buches auseinander und gibt denjenigen eine politische Waffe in die Hand, die sich durch die Antisemitismuskeule nicht mundtot machen lassen wollen.

Edward Said sagte einmal, dass der palästinensische Kampf deshalb so schwierig sei, weil die Palästinenser Opfer von Opfern seien. Das ist der zentrale Ansatzpunkt für Finkelsteins These der Instrumentalisierung des Holocaust, um das zionistische Projekt mit all seinen Folgen zu rechtfertigen. Damit beschäftigte er sich schon in seinem Buch „Die Holocaust-Industrie“, bereichert diese These nun in diesem „mit einer Variante des Holocaust-Trumpfs: dem „neuen Antisemitismus“. Allerdings sind die Warnungen vor einem neuen Antisemitismus weder neu noch haben sie etwas mit Antisemitismus zu tun. Jedesmal, wenn Israel durch internationalen Druck dazu gebracht werden soll, seine Besatzungspolitik zu beenden, inszenieren diejenigen, die Israel blind gegen jede Kritik verteidigt sehen wollen, eine weitere, bis ins kleinste Detail durchkomponierte Oper, die den Zuschauern medienwirksam die erschrecklichen Ausmaße des weltweiten Antisemitismus vor Augen führen soll.“ (S. 45 f.)

Das Konstrukt des „neuen Antisemitismus“ wurde nach dem Oktoberkrieg 1973 von Forster und Epstein in ihrem Buch „The New Anti-Semitism“ auf den Punkt gebracht. Überlegungen oder gar Forderungen, Israel sollte sich aus dem Sinai zurückziehen und diplomatische Wege mit den Palästinensern suchen, wurden als „Feindseligkeiten“, die das „Herzstück des neuen Antisemitismus“ seien, interpretiert. Dieser wiederum speist sich laut Forster und Epstein aus der Tatsache, dass die Welt Juden nur solange dulde, als sie Opfer seien. „Wenn sich die Situation dahingehend verändert, dass sie nicht länger Opfer sind (oder es zumindest den Anschein hat, als seien sie es nicht mehr), nimmt die nicht-jüdische Welt daran dermaßen Anstoß, dass sie anfängt, die Juden erneut zu Opfern zu machen.“ (S. 58) Interessanterweise ging dieses „neue Antisemitismus-Gespenst“ in den Siebzigerjahren gar nicht so sehr in Europa, sondern in den USA um, laut Forster und Epstein ausgehend von der „radikalen Linken“ (einschließlich religiöser Gruppen) – also von allen, die berechnete Kritik und Besorgnis über die Aggressionspolitik Israels äußerten.

Während für Forster und Epstein die radikale Linke noch „eine mindestens ebenso große Gefahr für die Juden in aller Welt wie die Gefahr von rechts“ (S. 61) darstellten, wurde 1982 in „The Real Anti-Semitism in America“ von Nathan und Ruth Ann Perlmutter die gemäßigte Linke, bis weit in die politische Mitte hinein, zur größten Gefahr. Dabei ging es bei dem neuen „wahren“ Antisemitismus um jedweden Angriff auf jüdische Interessen, was konkret bedeutete um Israel, denn einen Unterschied zwischen Zionismus und Judentum gab es bei den „neuen Theoretikern“ nicht. „Dieser Antisemitismus müsse sich nicht einmal subjektiv gegen Juden richten – es reiche, dass er ihnen objektiv schade.“ (S. 62) Dazu kommt die Warnung, dass sich dieser Antisemitismus zum klassischen entwickeln könne, wenn er nicht in jedweder Form unter Kontrolle gehalten werde.

Wie wenig dieser „neue Antisemitismus“ der Linken mit Antisemitismus zu tun hat, belegen die Perlmutter selber, die „der christlichen Rechten – die sich zwar in antijüdischer Bigotterie gefiel, aber „pro“-israelisch eingestellt war – gegenüber dem liberalen Protestantismus den Vorzug gaben. Letzter war zwar frei von antijüdischer Bigotterie, galt aber als „anti“-israelisch.“ (S. 67)

Finkelstein setzt sich weiters mit den neuesten Entwicklungen auseinander, wo auf die Unterscheidung zwischen „wahrem, neuem“ und „klassischem“ Antisemitismus verzichtet wird. Mittlerweile handelt es sich bei Israels Kritikern einfach nur um klassische Judenhasser. Abraham Foxman, Chef der Anti-Defamation League, sagt im Jahr 2003: „Wir sehen uns heute mit einer Situation konfrontiert, in der die Sicherheit des jüdischen Volkes genauso stark bedroht ist wie in den 1930er Jahren – wenn nicht noch stärker.“ (S. 53) Foxman warnt davor, dass das Überleben des jüdischen Volkes schon wieder konkret in Gefahr sei. Phylis Chesler führt in „Der neue Antisemitismus“ aus, dass unter der „gegenwärtigen Belagerung“ nicht etwa die Palästinenser leiden; „die Opferrolle kommt allein Israel (und Juden) zu.“ (S. 72) Und laut Ruth Wisse, die an der Harvard Universität lehrt, ist „verglichen mit dem Antisemitismus der Nazis, die arabische Spielart schlimmer.“ (S.102)

Hier wird alles durcheinander gemischt, denn es geht ja nicht um irgendeine fundierte Analyse sondern lediglich darum, dass Kritik an Israel oder der Kampf der Palästinenser um ihr Überleben als Anzeichen für die Bedrohung des Judentums oder der Juden der Welt interpretiert wird. Die Einfachheit des Musters scheint unglaublich, ist aber auch erschreckend, da sie oft ihre Wirkung nicht verfehlt.

Die Protestbewegung gegen den Irakkrieg der USA wird beschuldigt, „sie vertrete einen „Antisemitismus“, von dem man dachte, dass er im Westen längst nicht mehr existierte.“ (S. 88) Man rufe sich die Situation vor Augen – der westliche Kreuzzug des amerikanischen Imperiums ist auf seinem Höhepunkt, Muslime in Europa und den USA werden verfolgt, Israel festigt im Schatten der globalen Ereignisse seine Stellung in den besetzten Gebieten!

Weiters bezieht sich Finkelstein auf Alan M. Dershowitz, dessen „Plädoyer für Israel: Warum die Anklagen gegen Israel aus Vorurteilen bestehen.“, im März 2005 im Europa Verlag deutschsprachig erschienen ist. Er behauptet unter anderem, dass „der internationale Menschenrechtsschutz und die Menschenrechtsrhetorik zu wirksamen Waffen geworden sind, die selektiv gegen Israel eingesetzt werden.“ (S. 89) Folgerichtig verlangt Dershowitz, internationale Gesetze und Konventionen wie „die Genfer Konvention“ sollten geändert werden, damit zum Beispiel Kollektivstrafen wie Zerstörung von Dörfern oder gezielte Tötungen mit so genannten Kollateralschäden als moralisch durchaus gerechtfertigte Methoden Israels anerkannt werden könnten. Denn es sollte alles erlaubt sein, wenn es um die Sicherheit Israels gehe.

Um angesichts der Tatsachen - der rassistische, militärisch hochgerüstete Staat Israel betreibt die Vernichtung der Palästinenser – trotzdem das Bild der ständigen Bedrohung Israels zu zeichnen und seine Vorzugsbehandlung international einzufordern, wird laut Finkelstein einerseits die Einzigartigkeit und die universelle Bedeutung des jüdischen Schicksals hervorgehoben. „Alles an den Juden ist einzigartig: der Antisemitismus, der Holocaust, Israel, die jüdische Nation, das jüdische Volk...“ (S. 109) Andererseits werden Judentum und Zionismus völlig gleichgesetzt, damit auch wirklich jede Kritik an Israel mit der Antisemitismuskeule erschlagen werden kann.

Allen denjenigen, die die hasserfüllten Antisemitismusvorwürfe im Zusammenhang mit jeder Kritik an Israel oft nicht nachvollziehen können, wird dieses Buch hilfreich sein, um diese Angriffe zu verstehen. Die Lehrmeister der hiesigen Verteidiger des Zionismus sind in den USA zu finden, ausführlich besprochen in Finkelsteins Buch. Der zweite Teil des Buches – eine detaillierte Besprechung der Menschenrechtsverletzungen Israels in den letzten Jahren – besticht nicht nur durch seine Genauigkeit und Ausführlichkeit sondern soll auch als Aufforderung gelesen werden, dem theoretischen ersten Teil praktische Schritte folgen zu lassen - gegen die Vernichtungspolitik Israels gegenüber den Palästinensern.

Bruchlinien info@bruchlinien.at www.bruchlinien.at
<http://www.bruchlinien.at/index.php?subaction=showfull&id=1160317484>

ANTI-ANTIFA

Zu Kritik und Desinformation - einige Antworten auf zwielichtige Internetmeldungen

Der "Informationsdienst gegen Rechtsextremismus" (IDGR) - eine unkontrollierte Privatveranstaltung?

Dr Claus Wolfschlag

Auf der Seite eines selbsternannten "Informationsdienst gegen Rechtsextremismus" (IDGR) ist in einem Satz von einer "recht dürftigen Dissertation" die Rede. Gemeint ist das Buch "Das `antifaschistische Milieu´". Die Behauptung wird natürlich ohne Beleg oder Angabe von Gründen in den Raum gestellt. Doch diese Wertung sei der subjektiven Sicht überlassen.

Außerdem aber gelangt man zu der glorreichen Überlegung, daß die Arbeit "schon im Untertitel durch die Setzung von Anführungszeichen" unterstelle, "dass es Rechtsextremismus nicht gebe".

Die Distanz zu einer Begrifflichkeit oder deren Hervorhebung durch Anführungszeichen wurde also gleichgesetzt mit der Leugnung des beschriebenen Objekts. Sehr weit dachte Autorin Margret Chatwin allerdings nicht bei dieser eigenwilligen Interpretation. Denn demnach dürfte es auch kein "antifaschistisches Milieu", keinen "schwarzen Block" und keine "Lichterette" geben, da die ja alle in Titel und Untertitel in Anführungsstriche gesetzt wurden. Überhaupt dürfte dann die Arbeit eine einzige Darlegung von "Nicht-Existenz" sein. Man findet die "Grünen" in Anführungsstrichen, die Zeitschrift "Stern", die "Mitte", die Worte "böse" oder "fortschrittlich" usw. Das IDGR hätte demnach den Inhalt des Buches vollends erkannt: Es existiert fast gar nichts, unsere Welt ist nur eine Vorspiegelung von Realität. Wir leben in der "Matrix"!

Die Erwähnung wurde von der Sozialwissenschaftlerin Margret Chatwin, eigentlich: Margret Anna **Bezold-Chatwin**, geschrieben, die auch dem privat von ihr initiierten IDGR vorsteht. Sie erschien unter dem Stichwort "Anti-Antifa", dem neuen Angstbild der "Linksradiakalen". Es ist dabei bezeichnend, daß das IDGR die Sorge "antifaschistischer" Aktivisten und Publizisten vor einer kritischen Untersuchung ihres Tuns scheinbar teilt. Gewöhnlich taucht das Stichwort und Feindbild "Anti-Antifa" nur in den härteren Szene-Blättern auf.

Was ist "Anti-Antifa"?

Seit Ende der 1980er Jahre kam es im NPD-nahen und offen neo-nationalsozialistischen Lager zu Überlegungen, dem Druck durch linksgerichtete "Antifas" etwas entgegenzusetzen, großenteils unter Kopie gewalttätiger und anprangernder Praktiken. Unter anderem wurden Steckbriefe erstellt, Gewalttaten "gegen links" geplant oder durchgeführt, ohne allerdings die Intensität "antifaschistischer" Aktivität "gegen rechts" je erreichen zu können.

Von diesen Bestrebungen deutlich zu trennen, ist die publizistisch-wissenschaftliche Beschäftigung mit den Themenkomplexen "Linksextremismus" und "Antifaschismus". Anhänger der radikalen Linken versuchen in ihrer Abwehr jeder grundsätzlichen Kritik am eigenen Vorgehen, diese Trennung bewußt zu verwischen. So auch das IDGR, das neo-nationalsozialistische Straftäter und Wissenschaftler in gemeinsamem Kontext vorführt. Die Folge ist die Ausrufung einer Art "Anti-Anti-Antifa", die wiederum die Kritik am "Antifaschismus" unterbinden soll. Die Angst vor einer "Unterwanderung" der "Szene", vor der Aufweichung der ideologischen Grenzbarrieren durch eine "Querfront" ist nun der Panik vor einer "Anti-Antifa" gewichen.

In der Arbeit "Das `antifaschistische Milieu´" spreche ich mich deutlich gegen ein Konzept einer "Anti-Antifa" aus, das auf der Kopie undifferenzierter Diffamierung und Gewalt beruht. Der Logik des ständigen Gegeneinanders sollte stattdessen eine neue Kultur des Dialogs und der Überwindung der alten Gegensätze des 20. Jahrhunderts entgegen stehen.

Ich schreibe in der Sonderausgabe des Buches "Das `antifaschistische Milieu´" auf Seite 466 (Fußnoten sind beim Verlag als E-Mail über stocker-verlag@stocker-verlag.com erhältlich):

Ebenso aus moralischen Gründen scheint gegenüber einer "Anti-Antifa" Skepsis angebracht.

Schließlich kann es keine Lösung des Problems sein, auf die kritisierten Taten der "Antifaschisten" mit derselben Praxis zu reagieren, indem man Menschen gewaltsam traktiert, ihr persönliches Eigentum beschädigt, sie beruflich mobbt, und alles nur aufgrund von deren persönlicher Meinung. Die Betroffenen würden sich dadurch denjenigen angleichen, deren Tun sie verurteilen. Der Weg sollte also nicht zur bloßen Bekämpfung von "Antifaschismus" (oder gar der "antifaschistisch" eingestellten Menschen), sondern zu dessen Überwindung gehen.

Worum geht es beim IDGR?

Zwar werde ich im IDGR nur mit einer kleinen geschmäckerischen Äußerung negativ erwähnt. Das wäre vernachlässigbar. Dennoch aber steht diese Einrichtung exemplarisch für eine ganze Kultur von öffentlicher Anprangerung und Einschüchterung. Aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, einen etwas genaueren Blick auf diesen "Informationsdienst" zu werfen.

Das IDGR ist ein von Chatwin initiiertes privater Info-Dienst. Dieser Dienst wird durchaus in der Öffentlichkeit kritisiert.

Die "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" (BüSo) unterstellte im August 2003 im Internet Chatwin und ihrem "(Des)-Informationsdienst" die Verbreitung von "Lügen" und "Verleumdungen". Eingehend beschäftigt sich mit der Praxis dieses Dienstes auch das Organ "Kirche zum Mitreden" vom 23.10.2000 unter prhl.crosswinds.net ("Margret Chatwin hetzt munter weiter").

Für seine Recherchearbeit greift das IDGR dabei auf zahlreiche Quellen aus der radikalen Linken zurück. In seinem Quellenverzeichnis fanden unter anderem Verwendung: "Antifaschistische Nachrichten" (GNN-Verlag, Köln), "Jungle World", eine Schrift von "Searchlight/Antifaschistisches Infoblatt", Arbeiten von "Sönke Braasch" (Pseudonym eines hohen Funktionärs der VVN-BdA), "Jean Cremet" (z.B. aus dem "linksradikalen" Unrast-Verlag), "Anton Maegerle" (Pseudonym für Gernot Modery), von Autoren des "Duisburger Institutes für Sprach- und Sozialforschung" (DISS) (z.B. Martin Dietzsch, Helmut Kellershohn und Alfred Schobert), Jens Mecklenburg (Elefanten Press), Samuel Salzborn (Autor bei "Jungle World", "Konkret", "Antifaschistische Nachrichten" und "Der Rechte Rand") oder Volkmar Wölk (hoher Funktionär der VVN-BdA). Unter den regelmäßig ausgewerteten Periodika wurden die "Archiv-Notizen" des DISS, die "Antifaschistischen Nachrichten", die "Junge Welt" und die "Jungle World" aufgeführt.

Im "Handbuch des Linksextremismus" verortete ich die Arbeit von sogenannten "Informationsdiensten" wie dem IDGR in einer Traditionslinie stehend mit Strategien, die in den kommunistischen K-Gruppen der 70er Jahre entwickelt wurden: Politische Kontrahenten werden oft ohne seriöse Rechtfertigung als "Rechtsextremisten" diffamiert und dadurch gesellschaftlich isoliert, in defensive Rechtfertigungszwänge gedrängt und dadurch politisch unschädlich gemacht. Bewußt wird hierbei die Zerstörung menschlicher Existenzen durch das Initiieren von sozialen Ausgrenzungsmechanismen in Kauf genommen, wenn dies den eigenen machtpolitischen Zielen dienlich erscheint.

Auf Seite 93f. des "Handbuches des Linksextremismus" schreibe ich zu dieser Praxis:

Ähnliche Rückschlüsse erlaubt der Bereich des "antifaschistischen" Anprangerungsjournalismus gegen vermeintliche "Rechtsextreme": Zur - bereits Ende der 1970er Jahre vor allem beim "Kommunistischen Bund" (KB) entwickelten - Strategie "aggressiver Antifaschisten" gehörte nämlich das Erstellen und Veröffentlichen steckbriefartiger Flugblätter und Publikationen mit Fotografien und Adressen ortsansässiger rechtsgerichteter Persönlichkeiten. Hierdurch würden "Faschisten" erkennbar, beobachtbar und angreifbar gemacht. Heute werden über sogenannte Antifatelefone und Infoläden mehr denn je Informationen zu "faschistischen" Organisationen und einzelnen Personen gesammelt und publizistisch veröffentlicht. "Antifaschistisch" ausgerichtete Magazine titeln "Nazis erkannt!" und fordern zum Zuschicken von Fotografien mit den Abbildern von ihnen gesuchter "Rechtsextremisten" auf. Es wird dabei Wert darauf gelegt, die privaten Verbindungen dieser Menschen, ihre Begegnungsstätten, ihre Wohnungen, Büros, Fahrzeuge genauestens zu kennen, damit diesen "die Ruhe genommen" werde. Persönliche Daten, Telefonnummern, Autokennzeichen, Reiseziele, Familienstand und -verhältnisse, Kleidung, selbst geschätzte Alters- und Größenangaben von "Faschisten" oder anderen angeblichen Gegnern des "Antifaschismus" werden öffentlich in der "antifaschistischen" Szene publiziert. Steckbriefe gelten, neben der sozialen Isolierung von Menschen bei Nachbarn und Arbeitgebern, auch als logistische Voraussetzung für spätere Gewaltaktionen und Straftaten der "Autonomen".

Mittlerweile führte der Weg über negativ wertend auflistende "Anprangerungslexika" aus linksgerichteten Verlagen, wie Jens Mecklenburgs "Handbuch des deutschen Rechtsextremismus" bis zu Internet-Homepages, die vor allem der öffentlichen Auflistung neo-nationalsozialistischer Kräfte und zugleich (eine besonders perfide Nebeneinanderstellung) konservativ ausgerichteter

Intellektueller in einem gemeinsamen negativen Kontext dienen. Beispielsweise am Internet-"Informationsdienst gegen Rechtsextremismus" (IDGR), herausgegeben von Margret Chatwin, der vor allem der Anprangerung unliebsamer rechtsstehender Persönlichkeiten dient, wirken verschiedene Autoren mit Zugang zu bedeutenden Institutionen und Medien mit: Der Anprangerungs-Journalist Gernot Modery (Pseudonym "Anton Maegerle"), der außer in Blättern des radikal-linksgerichteten Spektrums wie "Konkret", "Der Rechte Rand", "Junge Welt" auch in etablierten Medien wie der "Frankfurter Rundschau", der Berliner "tageszeitung" oder dem "Stern" regelmäßig Texte gegen angeblichen "Rechtsextremismus" publizieren kann. Gelegentlich mit Co-Autor Friedrich Paul Heller, der ebenfalls für das IDGR schreibt. Oder Uwe Ruprecht, journalistisch tätig beim "Norddeutschen Rundfunk", bei der "Zeit" oder dem "Hamburger Abendblatt". Oder Julika Bürgin, Bildungsreferentin beim DGB-Bildungswerk Thüringen e.V. Oder Hans-Günter Richardi, Redakteur bei der "Süddeutschen Zeitung"...

Anprangerungspublikationen wie das "IDGR" sind nur Belege dafür, daß politische Praktiken und Inhalte, die einst im Spektrum der radikalen Linken entwickelt wurden, in der Gegenwart Elemente des politischen und journalistischen Establishments geworden sind. Was einst am "linken Rand" entstand, wirkt heute - schrittweise modernisiert und den Zeitumständen angepaßt - aus der Mitte der Gesellschaft.

Zur Praxis der "Anprangerungsliteratur" des "antifaschistischen Milieus" schreibe ich in der Arbeit "Das `antifaschistische Milieu´", Sonderausgabe, S. 273f. (Fußnoten sind beim Verlag als E-Mail über stocker-verlag@stocker-verlag.com erhältlich):

Anprangerungsliteratur

Die primäre Funktion von "Anprangerungsliteratur" des "antifaschistischen Milieus" liegt in der Forderung nach Ächtung und Ausgrenzung einzelner rechtsgerichteter Gruppen und Personen durch die "Öffentlichkeit". Bestimmte Personen erhalten eine "Ehrenstrafe" für ihr unbotmäßiges Verhalten, sie werden demnach öffentlich an den (publizistischen) "Pranger" gestellt.

Aus dieser "Anprangerung" sollen politische, soziale, berufliche und private Probleme für die Angeprangerten resultieren.

Ein entscheidendes Merkmal der meist journalistisch geprägten "Anprangerungsliteratur" ist ihre Fixierung auf ausgesuchte Teilbereiche des "rechten Lagers". Oftmals beschränkt sich "Anprangerungsliteratur" auf die negative publizistische Behandlung einzelner rechtsgerichteter Gruppierungen oder Persönlichkeiten. Bisweilen können auch spezifische Aspekte des rechtsgerichteten Spektrums, beispielsweise eine untersuchte Region oder ein konkreter Vorfall, Gegenstand von "Anprangerungsliteratur" sein. Durch die Konzentration auf Teilbereiche in der publizistischen Behandlung wird die Effektivität des in Gang gesetzten Ausgrenzungsmechanismus erhöht.

"Anprangerungsliteratur" findet sich neben dem Buchwesen vor allem in Presseartikeln, die mit großformatigen Fotos, markigen Überschriften, einem negativ ausgerichteten Text und oftmals auch einem namentlichen "Outing" von Personen, den Leser zur emotionalen Distanzierung vom "angeprangerten" Objekt bewegen (sollen). Auch sogenannte "Insider"- oder "Aussteiger-Berichte" können der "Anprangerung" bestimmter Personen, über die "Interna" berichtet werden, dienen.

Zahlreiche "antifaschistische" Zeitschriften, wie beispielsweise "Der rechte Rand", werden von "Anprangerungs"-Artikeln dominiert. Hier werden absichtlich bestimmte rechtsgerichtete Personen und Gruppen mit Namensnennung, Abbildung von Fotos und detaillierten Hintergrundinformationen in einen negativen Zusammenhang gestellt.

Verbunden ist die "Anprangerungsliteratur" oftmals mit dem "Angebot" an etablierte Gruppen des Konservatismus, an dieser Ausgrenzung teilzunehmen. Da es unmöglich erscheint, etablierte Gruppierungen, beispielsweise die CDU/CSU, wirkungsvoll auszugrenzen, wird den etabliert-konservativen Gruppierungen sowie Personen, die sich vom rechtsgerichteten Spektrum abwenden, für ihr Mitwirken am Ausgrenzungsmechanismus "Absolution", d.h. eine Befreiung von Anprangerungsangriffen, als Optionsmöglichkeit angedeutet. Ergebnisse dieses Vorgehens sind das Aufbauen von Berührungs- und Gesprächstabus gegen ausgegrenzte "Rechtsgruppierungen", somit eine "Spaltung", Schwächung und Verunsicherung des rechtsgerichteten Spektrums. Ebenso sollen nicht ausgesprochen fest eingebundene Personen aus der politischen Rechten herausgelöst werden, dieses Lager durch eine Spaltung zwischen "hartem Kern", also "Unbelehrbaren", und "Mitläufern"

seiner sozialen Basis beraubt werden - ein Versuch, der in den "antifaschistischen Strategiediskussionsforen" offen angesprochen wird.

Die Beschränkung der "Anprangerung" auf Teilbereiche des rechtsgerichteten Polit-Spektrums wird in einigen Fällen aufgegeben: So bei den als "Lexika" gestalteten "Anprangerungsschriften", die sich bemühen, möglichst den gesamten organisatorischen "Rechtsextremismus" alphabetisch zu erfassen und "lexikalisch" anzuprangern.

So bemühte sich beispielsweise der Publizist Kurt Hirsch 1989 in seinem "Anprangerungs-Lexikon" "Rechts von der Union" darum, schon im Vorwort auf "die Gefahren des Rechtsradikalismus" hinzuweisen und die "fehlende Immunität Konservativer gegenüber rechtsradikaler Agitation" zu beklagen.

Die später "lexikalisch" aufgeführten Personen werden also bereits in der Einleitung des "Lexikons" in einen negativen Zusammenhang gestellt.

Diese Form der "Anprangerungsliteratur" hat durch die akribische Recherche-Leidenschaft von "Antifaschisten" zu bisweilen monumentalen "Anprangerungs-Lexika" geführt.

<http://www.clauswolfschlag.gmxhome.de/idgr.htm>

Nachtrag:

2006 widmete sich der Autor Titus Lenk im IDGR dem Dresdner Verlag "Zeitenwende". Der Artikel ist ein ganz gutes Beispiel für sprachliche Manipulation bzw. Suggestion in der Berichterstattung.

- Zuerst einmal werden in dem Beitrag massiv sogenannte "Bannworte" gestreut. Das heißt, es fallen, so oft es nur geht, die Worte "rechts", "rechtsextrem", bisweilen auch "neurechts", "braun" oder "rassistisch". Der kurze Artikel weist allein 15 dieser Bannworte in seinem Text auf. Ein Beispiel: "Früher fanden sich auf der Verlagshomepage Links zu Synergion, dem rechtsextremen Periodikum Staatsbriefe und dem rechten Verlag S. Bublies. Im Liefersortiment des rechtsextremisten Arun-Verlag und im Grabert-Verlag..." Zweck des ganzen ist, daß sich beim Leser unbewußt diese Worte festsetzen. Zudem soll durch derlei Klassifizierungen der Eindruck eines geschlossenen politischen Bollwerks erzeugt werden. Die Benennung führt schließlich zur "Bannung". Was als "rechts" (als sinngemäß "feindlich", "satanisch" also) benannt wird, dessen kann man sich durch die Benennung, den "Bannfluch", besser erwehren. Man hat es "verbildlicht", muß ihm nicht mehr in geistiger Offenheit entgegentreten, sondern braucht nur noch Abwehrhaltung einnehmen.

- Dann werden vage Verbindungslinien gezogen. Hier sei mal ein Autor "involviert", dort gäbe es eine "Zusammenarbeit", an anderer Stelle sei eine "Verwandtschaft" festzustellen. Wie die Qualität besagter Kooperationen aussieht, wird selten näher erläutert. Es sind dies für Verschwörungstheoretiker typische Andeutungen, die sich im Nebulösen halten, das komplexe Geflecht menschlicher Beziehungen also weitgehend auf wenige Ereignisse reduzieren.

- Schließlich wird dem Verlag sein Programm vorgeworfen. Dabei wird nicht auf den Inhalt der diversen Produkte eingegangen, statt dessen deutet man aber sprachlich an, daß bereits die Beschäftigung mit gewissen Stoffen an sich etwas Negatives aussage. Z.B.: "Inhaltlich beschäftigt sich Hagal mit Personen wie Julius Evola, dem Vordenker des italienischen Faschismus..." Wie diese Beschäftigung aussieht, zu welchen Ergebnissen sie führt, bleibt unerwähnt.

- Zuletzt die guten, alten Schubladen. Autoren werden auf eine Charakterisierung reduziert, da man glaubt, sie dadurch besser denunzieren zu können. Persönliche Vielschichtigkeit existiert in dieser Absicht nicht. So wird aus Oliver Ritter einfach "der rechte Autor", Martin Schwarz wird einfach nur noch zum "Evola-Anhänger" vereinfacht und über den Schriftsteller Hermann Löns reicht es scheinbar zu wissen, daß er "der völkische Dichter" war.

In diesem Zusammenhang werde auch ich in einem Nebensatz als "der Junge Freiheit-Autor und Anti-Antifa-Aktivist" erwähnt und dadurch scheinbar ausreichend klassifiziert. Eine offenbar genügend tiefeschürfende Betrachtung, um im IDGR der Veröffentlichung würdig befunden zu werden. Deckel zu.

Meine Einschätzung bleibt bestätigt:

Der "Informationsdienst gegen Rechtsextremismus" (IDGR) ist stark politisch motiviert und keine seriöse Quelle für die gesellschaftliche Diskussion.

<http://www.clauswolfschlag.gmxhome.de/idgr.htm>

IDGR geht vom Netz

Liebe Besucher der IDGR-Webseiten, nach vielen Jahren aufreibender Arbeit habe ich am heutigen Tage dieses Projekt eingestellt und die Seiten vom Netz genommen. Als ich damit begann, Informationen zum Thema Rechtsextremismus und Holocaust-Leugnung zu sammeln und für das damals noch junge Web aufzubereiten, waren dazu so gut wie keine Online-Informationen in deutscher Sprache verfügbar. Das hat sich seither so grundlegend geändert, dass ein solches rein privat betriebenes Projekt heute nicht mehr die Notwendigkeit und Bedeutung wie noch vor wenigen Jahren hat.

Aus Pionierleistungen wie dem IDGR-Projekt ziehen heute kommerzielle Unternehmungen ihren Profit. Die ursprüngliche Idee des Internet wird zusehends vermarktet und zu Grabe getragen.

Ich danke allen Lesern für ihre langjährige Treue. Von vielen habe ich Zuspruch, Anerkennung und Ermutigung erfahren und auch so manch interessanten Hinweis. Für die zahlreichen Reaktionen, die mich unmittelbar nach der Schließung der Website erreichten, bedanke ich mich recht herzlich. Leider ist es mir nicht möglich, jede Zuschrift individuell zu beantworten.

Mein besonderer Dank gilt den Autoren des IDGR, die ihre engagierten Beiträge kostenlos zur Verfügung gestellt haben. Ganz besonders hat mich der Kontakt zu den Personen gefreut, die ihren Ausstieg aus der Neonaziszene erfolgreich geschafft haben und deren "Personen-Dossiers" ich entfernen durfte, welche bis dahin beim IDGR veröffentlicht waren.

Eine einst linke Tageszeitung hat sich nicht unbedingt mit Ruhm bekleckert, als sie Diffamierungen und Gerüchte öffentlich machte, die von Personen vorgebracht wurden, die zum einen zu feige sind, mit ihrem Namen zu dem Gesagtem zu stehen, zum anderen mich noch nicht mal kannten. Es ist oftmals nur eine Gratwanderung, mit der Schreiber sich auf das Niveau des Gossen-Journalismus begeben. Weiters will ich mich dazu nicht äußern. Wonach mir nun ist, ist ein ein wohlverdienter Erholungsurlaub in südlichen Gefilden, wie er wohl jedem hart arbeitenden Arbeitnehmer zusteht. Und was danach folgt, werde ich sehen. Aber eigentlich geht das niemanden was an.

Margret Chatwin am 27. September 2006 aktualisiert am 12.10.06

<http://www.idgr.de/>

VERGEWALTIGUNGSANKLAGE

Schlemihls und Priesterinnen

Von Israel Shamir

Männer kämpfen und sterben tatsächlich für schöne Frauen: Sir Lancelot für Königin Ginevra, Tristan kam wegen Isolde zu Schaden aber befriedigte beider Leidenschaft. Andere starben bei dem Versuch, sie wurden besungen oder betrauert. Aber ein Kerl, der für ein Mädels stirbt, das er sowieso nicht bekommen kann – verdient Spott. Heinrich Heine, dieses Genie der Ironie, pflegte solch ein armes Opfer „Schlemihl“ zu nennen; oder Shlomiel in modernem Hebräisch, Schlimazl in Jiddisch. Der ursprüngliche Shlomiel wurde aus Versehen umgebracht bei einem Kampf um ein hübsches Moabitische Mädchen (Numeri, 25:6), und seitdem wurde sein Name zur Synekdoche [1] für einen Tölpel, der nie eine Chance hatte. In solch einem Tod liegt keine Ehre: wenn ein israelischer Mann Angst vor etwas hat, dann ist es, für einen Tölpel gehalten zu werden.

Der gutaussehende amerikanische Soldat Pat Tillman, der in Afghanistan getötet wurde und von seinem Bruder betrauert wird (Bild links), starb wie ein Tölpel für eine afghanische Frau, die ihn nie um seine Hilfe gebeten hatte. Er war nicht alleine: viele Amerikaner, Briten und Tausende von Afghanen wurden getötet, um die afghanische Frau von ihrem Hidschab oder Tschador oder Burka oder BH zu befreien. Vergessen Sie den 11. September: ohne die anhaltende Kampagne „die afghanische Frau zu befreien“, wären Tausende von afghanischen Frauen heute nicht Witwen. Es ist sehr einfach, für den Krieg in Afghanistan die Ölgesellschaften verantwortlich zu machen, Pat Robertson und seine Evangelisten, Richard Perle und seine Zionisten. Aber lasst uns doch mal einigen liberalen Feministinnen und politisch korrekten Meinungsmachern die wohlverdiente Ehre erweisen: Die Republikaner des rechten Flügels mögen zum Krieg drängen, soviel sie wollen – die Truppen werden erst marschieren, wenn die Demokraten des linken Flügels zustimmen. Während die erstgenannten Befehle von Bankern und Geschäftsleuten entgegengenommen, werden die letzteren von liberalen Feministinnen beherrscht.

Die ersten amerikanischen Bomben trafen Afghanistan am 7. Oktober 2001, zehn Tage vorher jedoch, am 28. September 2001, schrieb die nette Kolumnistin Polly Toynbee von der netten britischen Zeitung *Guardian*:

„Etwas Schreckliches huscht über den Hintergrund in Szenen aus Afghanistan, flitzt aus dem Bild. Da ist es, ein kurzer blauer oder schwarzer Blitz, ein grotesker Schrei, 1, 2 und 3 personifiziert – eine Frau. Die Von-Kopf-bis-Fuß Burka mit ihrem unheimlichen, stickigen kleinen Sehschlitz ist mehr als ein Instrument der Schikane. Es ist ein öffentliches Teeren und Federn von weiblicher Sexualität. Es verwandelt jede Frau in ein Objekt der Besudelung, das zu unberührbar ekelhaft ist, als dass man es sehen könnte. Es ist ein Gewand von gespenstischer sexueller Zweideutigkeit: was für ein zügelloser Wunsch und Erwünschtheit lauert und schielt hier anzüglich unter ihre dunklen Geheimnisse? Indem es Frauen zum Objekt macht, verwandelt es sie in sich duckende Kreaturen, die Gewalt und Opfer-Sein fordern und erwarten. Vergessen Sie kulturelle Empfindlichkeiten.“

Genau. Vergiss kulturelle Empfindlichkeiten – bombardier sie einfach. Wann immer Sie einen afghanischen Gefangenen in dem Guantanamo-Käfig sehen, wann immer sie eine afghanische Witwe oder eine Waise sehen, malen Sie sich ein Schild aus, auf dem steht: „Gefälligkeit von Verteidigern der sexuellen Freiheit muslimischer Frauen: Polly Toynbee, Hillary Clinton, et al.“ Es war nicht ihr erster Sieg; unser Freund Ken Freeland schrieb, dass „während des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien die Feministinnen viel mehr darüber besorgt waren, ob Frauen zu Kampftruppen zugelassen werden würden, als wegen der Ungerechtigkeit des Krieges.“ Ich bezweifle, dass die Afghanistan-Invasion und die nachfolgende im Irak passiert wären, wenn diese liberalen Feministinnen, die den hohen moralischen Standpunkt in den USA einnehmen und ihre unter dem Pantoffel stehenden amerikanischen und britischen Männer die Kriegshunde nicht losgelassen hätten. (Ich glaube auch, dass die Ehrlichen unter ihnen mittlerweile ihre mangelndes Bewusstsein, manipuliert zu werden, bereuen.)

Warum sollte ich Sie jetzt an diese große feministische Heldentat erinnern? Weil die Priesterinnen jetzt auf neue Opfer aus sind. Sie sind dabei, Sie in Tölpel zu verwandeln und iranische und israelische Frauen in Witwen, indem sie die schäbigem Affaire des israelischen Präsidenten Moshe Katzav benutzen. Die volle Macht ihrer Propagandamaschinerie arbeitet rund um die Uhr und schilt den russischen Präsidenten Putin aus dafür, dass er angeblich Katzav beneidet, der „10 Frauen vergewaltigt hat.“ **Putins wahres Verbrechen war seine standhafte Weigerung, den israelisch-amerikanischen Plan der Sanktionen und Atomschläge gegen den Iran zu unterstützen.** Der israelische Premierminister Ehud Olmert ging nach Moskau, um sich dafür einzusetzen und kam ohne ein einziges ermutigendes Wort zurück.

Der russische Präsident steht unter heftigem Druck durch den Westen. Man will, dass er amerikanischen und britischen Konzernen die Ölfelder von Sachalin gibt, für Sanktionen im Sicherheitsrat stimmt, Iran und Nordkorea eine Blockade auferlegt. Wenn er nicht nachgibt und an seinen Weigerungen festhält, wird sein Name besudelt werden. Erinnern Sie sich an die vorangegangene Warnung, die Putin an seinem Geburtstag bekam: Anna Politowaskaja, eine prowestliche Journalistin und Putin-Gegnerin wurde in Moskau ermordet. Ihr Einfluss in Russland war so stark wie meiner in Israel – will heißen, nah bei null. Doch Putin wurde als der Mörder hingestellt und rufgemordet.

John Laughland fand heraus, dass „alle [mainstream] Zeitungen unterstellten, dass Frau Politowaskaja von Verbündeten des russischen Präsidenten umgebracht worden war, weil sie die Wahrheit über den Tschetschenien-Krieg berichtet hatte.“ Die *Financial Times* schrieb: „Im weiteren Sinne trägt Herr Putin Verantwortung für die Schaffung einer Atmosphäre, in der solche Morde geschehen können, durch den langjährigen Angriff des Kreml auf die unabhängigen Medien.“ Die *Washington Post* behauptete derweil, „es ist gut möglich, ohne irgendeine Detektivarbeit auszuführen, zu sagen, was letztlich verantwortlich für diese Tode ist: es ist das Klima der Brutalität, was unter Herrn Putin gediehen ist.“ Laughland stellt richtig fest, dass der linksgerichtete *Guardian* seine Kräfte zusammenschließt mit dem rechtsgerichtete *Daily Telegraph*, um Putin wegen diesem Mord anzugreifen und er kommt zu dem Schluss: „Politowskajas Ermordung ist für den Westen eindeutig von Vorteil.“

Diese Warnung kam nicht als Blitz aus heiterem Himmel. Schon früher hatte sich Putin durch das provokative Verhalten des georgischen Präsidenten Saakaschwili dazu genötigt gesehen, einige hundert illegale georgische Immigranten abzuschieben – einige hundert aus der halben Million von Georgiern, die in Zentralrussland wohnen. Dies war weit entfernt von den Massenabschiebungen von Mexikanern oder Haitianern durch die USA, aber prowestliche Medien in Russland stellten es als „rassistische Säuberung“ dar.

Kippa: „Ich bin ein Georgier“

Ein prominenter Moskauer, ein russisch-israelischer Staatsbürger und ergebenen Zionist, Anton Nosik (seine Firma Sup.ru erwarb kürzlich die Internet Resource LiveJournal, Russlands größte mit 600.000 Benutzern) erschien sogar mit einer Kippa, auf der die Worte „Ich bin ein Georgier“ (das ist er nicht) aufgesteckt waren, und er *beschrieb* die Abschiebung als Putins „Kristallnacht“. Der provokante Kunsthändler Marat Guelman (dessen Gallerie entweihte Ikonen zu Schau stellte und eine „Fotokollage“ von Putin und Bin Laden) behauptet, er sei geschlagen worden, weil er georgische Kunst ausgestellt habe. Sein Fall wurde bald von der *New York Times* aufgegriffen. Am 4. November ist ein Treffen nationalistischer Kräfte in Russland geplant. Es halten sich Berichte, dass westliche und zionistische Agenten Unruhestifter bezahlen, um Zerstörung anzurichten.

Dies ist der Hintergrund zu den neuen Angriffen auf Putin, jetzt durch die liberalen Feministinnen. Laut ihrer Version, sagte Putin: „Was für ein mächtiger Mann [Katzav] doch ist! Er **vergewaltigte** 10 Frauen – ich würde das nie von ihm vermutet haben. Er überraschte uns alle – wir beneiden ihn alle!“ Dies wurde angeblich zufällig mitangehört von einem *Kommersant* Zeitungsreporter. (Diese Zeitung ist Eigentum des Oligarchen Berezowsky, einem heftigen Putin-Gegner.) Anna Shulik, eine Korrespondentin des israelischen Kanal 9 nahm jedoch eine etwas andere Version von Putins Kommentar auf und strahlte diese aus: „Grüße an ihren Präsidenten. Er überraschte uns alle. Wir beneiden ihn alle.“ Das Schlüsselwort „**vergewaltigen**“, welches Jovialität in Vulgarität verwandelt, gibt es auf der Aufnahme gar nicht.

Und das ist nicht zufällig. Es gibt keinen Zweifel daran, weder Herrn Putins noch meiner Meinung nach, dass der israelische Präsident Katzav, niemanden vergewaltigt hat im reinen Sinne des Wortes, was auch immer die Polizei über ihn sagt. Tatsächlich erhielt Katzav die Unterstützung

eines strengen höchsten Gerichts von führenden Rabbis, und (außerhalb des israelisch-arabischen Kontextes) sind diese Männer vertrauenswürdig. Der israelische Präsident hatte vermutlich eine Affaire zuviel mit einer willigen Monica. Während die amerikanische Affaire fast ein Amtsenthebungsverfahren von Clinton verursacht hatte, ging ihre israelische Schwester, nachdem ihre erpresserische Forderung („200.000 \$ sind doch ein Klacks für dich, Süßer...“) vom sparsamen Katzav abgelehnt worden war, direkt an die Kehle. Israelisches Gesetz, genau wie amerikanisches, erlaubt es einer Frau, sogar Jahre später einen Mann wegen Vergewaltigung zu verklagen. Dies ist weit entfernt von der biblischen Definition: eine Frau ist dann vergewaltigt worden, wenn sie sich die Lunge aus dem Leib geschrieen hat und sofort zu Meldung des Übergriffs geschritten ist. Wenn sie nach Hause gegangen ist und sich entschied, erst in einigen Tagen oder Wochen Meldung zu machen, ist es keine Vergewaltigung. Kein Schrei, keine sofortige Meldung, -- keine Vergewaltigung, kein anstößiger Vorschlag, keine sexuelle Belästigung, gar nichts.

Die Bibel hat recht: ohne diese Bedingung ist jeder Mann ohne Ausnahme Geisel einer Vergewaltigungsanklage. Postkoitale Nicht-Zustimmung ist kein Spaß, das musste ein anderer Sepharde, General Itzik Mordechai erkennen, der dem Gipfel der Macht nahe gekommen war. Erst wurde er wegen Vergewaltigung angeklagt, nachdem er seine Anklägerin entlarvt hatte, fand die Polizei eine andere Frau, die angeblich von dem General fünf Jahre vorher vergewaltigt worden war, und seine Bewerbung um das Amt des Premier wurde zum Entgleisen gebracht.

„Sie wehrte ihn heftig ab, kratzte, brüllte, schrie, sie würde eher sterben als sich zu ergeben, aber der Kavalier schenkte ihren Worten keine Beachtung und nahm sie. Danach lächelte sie schüchtern und sagte ihm: „Denke nicht, lieber Kavalier, dass Sie mich gegen meinen Willen eroberten. Danken sie lieber unserem guten Prediger, der mich daran erinnert hat, das wir sterblich sind und ein Vergnügen, das wir heute verpassen, ist auf immer verpasst. Nun können wir fortfahren, denn ich habe schon zu viele Vergnügungen versäumt, weil ich zu vorsichtig zu meinem eigenen Guten war.““ Diese politisch inkorrekte Fabel von Anatole France (Nobelpreis 1921), sollte noch mal von liberalen Feministinnen gelesen werden: nehmt den Frauen nicht ihr Recht weg, zu widerstehen (und einzuwilligen) wie es ihr Schamgefühl verlangt.

Ich bin nicht überrascht, dass der Angriff auf „Putin, der Bewunderer des Vergewaltigers“, von den Mainstream-Medien aufgegriffen wurde. Denn sogar die extrem alternative PrisonPlanet.com, so antizionistisch und anti-Krieg sie auch daherkommen, schlossen sich dem wilden Getümmel an. Sie verstehen noch nicht, was schon von antiwar.com und anderen verstanden worden ist: wenn man den Krieg vermeiden will, sind Russland und China unser sicherster Wetteinsatz. Sie sind weder von Engeln bewohnt noch regiert, aber sie können Israel und die USA stoppen, den Iran atomar anzugreifen.

Fasst sie sachte an, sonst werden Mengen von Iranern und Israelis wie Tölpel sterben – teils, weil eine kleine Sekretärin mit dem Codenamen „A“ ihre Meinung geändert hat, teils, weil zwei Männer ihre Meinungen gesagt haben, teils wegen der feministischen Dominierung der Medien, und nach allem, besonders wegen den Herren des Diskurses und ihrer herrlichen Fähigkeit zu erreichen, was sie wollen, indem sie mit unseren Ängsten und Wünschen spielen.

Die Folgen der Katzav-Affaire gehen jedoch weit über das hinaus, was die Karriere eines israelischen Politikers betrifft. Mir ist es schnuppe, wer den ruhmreichen aber machtlosen Posten eines Präsidenten innehat. Es ist wichtig, den Riss zwischen Männern und Frauen zu heilen; weil unsere körperliche Vereinigung eine wundervolle Sache ist und sie entspricht der Verkündigung Mariä, da sie Geist und Fleisch erschafft. Kabbala-Lehrer bestanden auf der Vereinigung mit seiner Frau am Abend des Sabbat, da durch diese sympathetische Magie der männliche und weibliche Aspekt Gottes veranlasst werden kann, sich zu verbinden. Sitra Ahra, der Böse, versucht die himmlische Hochzeit zu stören, indem er den spirituellen Aspekt der Mann-Frau Beziehung behindert, und die einfachste Art ist die, Zweittracht zwischen Man und Frau zu säen. So bringen viele Maßnahmen, die von liberalen Feministinnen gefördert werden, diese Zwiétracht hervor.

Nach einigen gut veröffentlichten Gerichtsverfahren wegen „Vergewaltigung“ und „sexueller Belästigung“ sind so viele Männer – und speziell erfolgreiche Männer – mit Frauen argwöhnisch geworden. Heutzutage haben Frauen Konkurrenz bekommen von Seiten der homosexuellen Gemeinde und diese Konkurrenz gewinnt an Boden. Junge Leute sind natürlicherweise noch unbestimmt wie Kaulquappen, was ihr Geschlecht angeht. Das Bewerben von homosexueller Gleichstellung an Schulen könnte ihre Orientierung ändern. Darüber hinaus hat diese Suche nach Gleichberechtigung eine neue Verzerrung hervorgebracht: Kein Hausbesitzer traut sich mehr einen schwulen Mieter abzuweisen – aus Furcht vor Schmach und einer Klage – dagegen weisen sich ohne weiteres Familien mit Kindern ab. Schwule haben mehr Einkommen zur Verfügung und weniger Verantwortung.

Ich bin nicht besorgt darum, dass die menschliche Vermehrung aufhören wird; aber der Böse sollte mächtig Gefallen an den Ergebnissen haben: Männer und Frauen sind auseinandergedriftet. Damit dieser Trend umgekehrt werden kann, ist es notwendig, die Gesetze zu ändern und das Damokles-Schwert von „Vergewaltigung“ und „Belästigung“ abzuschaffen. Selbige Worte sollten uns das bedeuten, was sie schon unseren Großeltern bedeuteten, ein so schweres Vergehen, dass die angegriffene Frau es sofort dem Übeltäter und der ganzen Welt klar machen wird. Normale Frauen und Männer sind reif für einer Revolte gegen ihre feministischen Priesterinnen.

Übersetzung: Friederike Beck

<http://www.israelshamir.net/German/German31.htm>

EIN KLAREN NEIN

»Romano Prodi flieht in die große Weltpolitik« Mitte-Links-Regierung will von innenpolitischen Problemen ablenken. Ein Gespräch mit Leonardo Mazzei

Leonardo Mazzei ist Sprecher des »Komitees Freier Irak« in Italien

Nachdem Frankreich abgewunken hat, scheint nun Italien die Führungsrolle der UN-Truppen im Libanon zuzukommen. Was halten Sie davon?

Es handelt sich um den Versuch Israels, das Ergebnis, das sie am Schlachtfeld nicht erzielen konnten, auf anderem Weg zu erreichen. Das ist kein Friedenseinsatz, sondern es geht darum, den libanesischen Widerstand zu neutralisieren, nachdem er militärisch nicht vernichtet werden konnte. Wir lehnen die Entsendung von italienischen Truppen strikt ab.

Wird die italienische Regierung eine solche Belastungsprobe überstehen?

Fürs Erste scheint es so. Doch Premier Romano Prodi riskiert viel. Er stürzt sich in die große Weltpolitik, um die massiven internen Probleme zu überspielen, die sein Kabinett bereits in den ersten Monaten erschütterten. Er versucht, seine Regierung als Kraft darzustellen, die eine Änderung der Weltpolitik bewirken kann, weg vom amerikanischen Unilateralismus, hin zu konzertierten Lösungen in einem multipolaren System.

Bis auf eine kleine Gruppe von drei Abgeordneten von Rifondazione Comunista steht seine Koalition hinter ihm. Und auch die Rechte wird mit Ausnahme der Lega Nord für den Einsatz im Libanon stimmen.

Die Probleme werden später auftreten, wenn sich die Truppen bereits vor Ort befinden. Denn nichts ist klar, es gibt keine Regeln, und genau diese entscheiden über den Charakter des Einsatzes. In den 1980er Jahren unterschied sich die italienische Truppenpräsenz dadurch, daß im Gegensatz zu der USA und Frankreich geheime Abkommen mit dem Widerstand geschlossen wurden. So konnte Italien das Zedernland ohne große Verluste verlassen. Heute wird es als Führungsnation viel schwieriger sein, sowohl die US-amerikanisch-israelischen Interessen als auch jene des Libanons und insbesondere der Hisbollah zu bedienen. Sobald es Tote und Verletzte gibt, wird der Konsens in Rom zerbrechen.

Aber es gibt doch Konflikte in der Mitte-Links-Regierung?

Es gibt Differenzen, aber alle sind für die Truppenentsendung. Man kann von drei Positionen in der Regierungskoalition sprechen. Erstens die Mehrheit um Prodi und D'Alema. Sie fordern Garantien auch von Israel, das sich ebenso an den Waffenstillstand halten müsse wie Hisbollah. Sie wollen keine offensiven Aktionen und sehen die Entwaffnung der schiitischen Miliz als Aufgabe der libanesischen Armee. Zweitens Rutellis Position von der Partei »La Margherita«, die offener proamerikanisch und proisraelisch ist. Er will die UN-Resolution 1701 als Mandat für die Entwaffnung der Hisbollah verstanden wissen. Und drittens die parlamentarische Linke, die den Schwerpunkt auf die Belebung der friedensstiftenden Rolle der UNO legt und das italienisch-europäische Engagement als Alternative zum US-Unilateralismus darstellt. Wie Sie sehen, sind die Distanzen nicht sehr groß.

Ist das nicht eine Zerreißprobe für Rifondazione Comunista (PRC) und die italienischen Kommunisten (PdCI)?

Nein, diesmal ist die Sache ernst. Bei der Abstimmung zu Afghanistan gab es noch einige Gegenstimmen. Die Frage wurde dann mit einer Vertrauensabstimmung planiert, in der die Dissidenten klein beigaben. Ein klaren Nein wird maximal von einigen eher unbedeutenden Abgeordneten kommen.

Welche Position hat die Bewegung gegen den Krieg bezogen?

Auch der pazifistische Mainstream ist klar für die Truppenentsendung und sieht das als aktive Friedenspolitik. Die sogenannte internationale Gemeinschaft und die UNO sollen ihre Rolle als Alternative zur US-Kriegspolitik zurückerhalten. Natürlich hat sich die Antikriegsbewegung gegen den israelischen Libanon-Feldzug ausgesprochen, doch noch mehr geht es ihr um die Entwaffnung der Hisbollah. Il Manifesto bringt diese Linie am besten zum Ausdruck. Die Zeitung formuliert ihre Kritik an Isreal aus der Optik der westlichen Regierungen, die Israel ganz nach zionistischer Diktion als einzige Demokratie des Nahen Ostens und als Vorposten der Zivilisation betrachtet.

Wie werden sich die antiimperialistischen Kräfte verhalten?

Die verschiedenen Strömungen der radikalen Linken haben sich klar gegen die Truppenentsendung ausgesprochen. Pierro Bernocchi von der linken Basisgewerkschaft Confederazione Cobas sprach sogar vom heroischen Widerstand der Hisbollah, Worte die man bisher von ihm nicht gehört hatte. Auch das »Forum Palästina« und das mit ihm verbundenen »Netzwerk der Kommunisten«, die zweite große Strömung der radikalen Linken, hat sich klar gegen die UN-Truppen und für den libanesischen Widerstand positioniert. Doch der Zusammenbruch der Antikriegsbewegung hat eine Leere hinterlassen. Gegen die israelische Aggression demonstrierten nur wenige tausend Menschen, dafür auf antiimperialistischer Basis.

Wir werden versuchen, das von der Friedensbewegung hinterlassene Vakuum zu füllen. Wir kämpfen für einen gerechten Frieden, dessen Grundlage nur das Selbstbestimmungsrecht insbesondere der Palästinenser sein kann. Wir brauchen einen Dialog mit dem Widerstand. Dazu muß man ihnen das Recht geben zu sprechen. In diesem Sinne versuchen wir die Friedenskonferenz mit Vertretern des Widerstands im Irak, in Palästina und im Libanon, die vergangenes Jahr auf Intervention der USA von der italienischen Regierung verhindert wurde, in einem zweiten Anlauf zu realisieren.

Interview: Willi Langthaler

Junge Welt 25. Aug. 2006

<http://www.jungewelt.de/2006/08-25/024.php>

BRIEF 3

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich möchte helfen eine alter kranker Mann die Dokumenten seines Vaters zu finden.

Herrn Henri Clotaire DESCAMPS

Widerstandsfähig mit Netz « Wahrheit » auf franzozich « Vérité » dieser Netz hangtete vom Mann Muséum im Paris ab.

Gendarmeriehauptmann, im 60 Soissons,
geboren am 20.4.1906 in 59 Fromelles (Frankreich)

Verhaft den 25.11.1941

Zwangsverschleppter den 14.9.1942,

Die Hinrichtung 5.12.1942 In Brandenburg s/Havel (Unter Registriernummer 2120, laufenden Nummer 246 genannt)

Das Verzeichnis ist Teil einer Akte, die als „Materialsammlung, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes betitelt ist (**Signatur : DY 55/V287/978, BL.158** , der Bestand DY 55 heißt **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes**. Das in der Akte enthaltene namentliche Verzeichnis von Hingerichteten ist wahrscheinlich nach 1945 im **Forschungsinstitut Zuchthaus Brandenburg/ Havel**.

Henri Clotaire DESCAMPS hat auch Bücher geschrieben, und die GESTAPO hat alles mitgebracht. Ist es möglich diese Büchern zurückzufinden ?

Seine Sohn Pierre DESCAMPS wünsche nur das Lebenslauf und die Schriften seines Vater zusammenstellen.

Seine Anschrift : Mr Pierre DESCAMPS, 109 rue du Haut Pommereau 59249 AUBERS

Tél : 03.20.20.26.56

Können Sie bitte ihm helfen.

Dankbar im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Jeanne Marie Mouque

EXTREMISMUS

Interview: "Unreflektiert und ungefiltert"

WELT.de sprach mit **Juliane Wetzel** vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin über überraschende extremistische Bündnisse im Internet und die Gefahren für Jugendliche.

Von Peter Reineke

WELT.de: *Ausländerfeindliche Videos und NPD-Nachrichten bei Youtube - haben die Rechtsextremen das Netz für ihre Zwecke entdeckt?*

Wetzel: Die Rechtsextremen nutzen das Internet als Plattform schon seit Mitte der 90er Jahre für ihre Propaganda. Das reicht von Neonazis oder Verbreitern der Auschwitz-Lüge wie **Ernst Zündel** bis zur Seite von **Ahmed Ramî**, der von Schweden aus das Portal "Radio Islam" betreibt, eine islamistische Seite, verknüpft mit rechtsextremen Beiträgen, in denen Auschwitz geleugnet wird.

WELT.de: *Radikale Islamisten und deutsche Rechtsradikale - ein solches Bündnis scheint nur im Internet möglich zu sein.*

Wetzel: Über den Antisemitismus vernetzen sich ganz abstruse Gruppen. Die "Protokolle der Weisen von Zion" etwa bekommen Sie auf den Seiten von Ufologen, Esoterikern, Rechtsextremisten, radikalen Islamisten und sogar auf Seiten, die aus dem Bereich der extrem radikalen, globalisierungskritischen Linken kommen.

WELT.de: *Welche Feindbilder greifen die Rechtsextremen im Internet an?*

Wetzel: Juden und Ausländer, aber auch Muslime. Vor dem Hintergrund des Nahost-Konflikts hat sich die Strategie etwas geändert. Es wird darauf verwiesen, dass man nur Kritik am Staat Israel übe, aber keinen Antisemitismus betreibe und sich daher auch nicht strafbar mache. Klassisch sind auch Verschwörungstheorien, die häufig antisemitisch sind oder anti-amerikanisch, vermischt mit antisemitischen Stereotypen. Bei den Linksextremisten dominieren dagegen Verschwörungstheorien über das "Großkapital" und Vernetzungen zwischen Amerika und Israel.

WELT.de: *Wo genau liegen dabei die Gefahren für Kinder und Jugendliche?*

Wetzel: Über das Internet lässt sich Propaganda ungefiltert verteilen. Die Rechtsextremen wissen natürlich auch, dass sie damit vor allem ein junges Publikum ansprechen. Die meisten Seiten sind für Jugendliche zwar eher langweilig gestaltet. Anders ist es aber bei der Musik. Junge Leute laden ihre Musik heute aus dem Internet herunter, und da gibt es natürlich auch die ganze rechtsradikale Musik, die man vorher nur auf halblegalen Märkten im Ausland oder über den rechtsextremen Versandhandel fand. Im Netz lassen sich auch die Werke verbotener Musikgruppen relativ einfach finden - ob das nun "Landser", "Volkszorn" oder die "Zillertaler Türkenjäger" sind.

WELT.de: *Aber nicht jeder Jugendliche ist für rechtsradikale Musik empfänglich...*

Wetzel: Jugendliche sind auch deshalb gefährdet, weil das Internet ständig von Schülern zur Recherche benutzt wird, auch auf Anregung der Lehrer. Mit der Informationsflut sind die Schüler allerdings nicht

vertraut, oft können sie auch nicht einschätzen, welche Seiten seriös sind. Dazu kommt, dass sie zum Beispiel rechtsextreme Symbole nicht erkennen. Viele Lehrer können das übrigens auch nicht.

WELT.de: Was muss die Schule leisten, um Jugendliche vor Rechtsextremismus im Internet zu schützen?

Wetzel: In der Schule muss medienkritisch mit dem Internet gearbeitet werden. Wir haben aber das Problem, dass auch eine Mehrheit der Lehrer nicht mit dem Medium umgehen kann. Den Lehrern ist das Gefahrenpotenzial nicht bewusst, wenn sie die Schüler auffordern, für eine Recherche in Politik oder Geschichte das Internet zu benutzen.

Die Welt.de 19.10.2006

<http://www.welt.de/data/2006/10/19/1078417.html>

ZÜNDEL-PROZESS

Günter Deckert Reports

19 October 2006

Zündel-Prozeß – Bericht vom heutigen Verhandlungstag, 19. Oktober 2006

Angesetzt um 9Uhr, Beginn um 9.36Uhr

Anwesend:

- 1) das Gericht in der bekannten Besetzung
- 2) StAnwalt Grossmann
- 3) alle Verteidiger außer Hilsey, der um 12.45Uhr kommt; Peuß geht um 12Uhr
- 4) 2 „staschu-Leute“ = Staatsschutz = politische Polizei (in Zivil)
- 5) 1 Gerichtsdienster, 4 Polizisten (2 Pärchen); alle bewaffnet
- 6) Medien: 4; einer geht nach 10 Minuten; Zastrow (FAZ) nicht da
- 7) 51 Zuhörer, darunter Frau Stolz und Horst Mahler sowie Ing. L. Ca.... aus Frankreich

Vorsitzender Richter Dr. Meinerzhagen gibt zu Beginn bekannt, daß die Berufs- als auch die Laienrichter (Schöffen) die Anträge Rieger/Zündel v. 4. Oktober zur Kenntnis genommen haben; die übrigen Verfahrensbeteiligten erhalten Ablichtungen.

Dr. Meinerzhagen gibt dann bekannt, daß anlässlich der Sitzung vom 4. Okt. eine Flugschrift, die er als Pamphlet (1) bezeichnet, verteilt worden sei, ua. von Frau Stolz, die auch als verantwortlich zeichne. Er habe Ablichtungen sowohl der Staatsanwaltschaft zur „rechtlichen Würdigung“ als auch dem Präsidenten des Landgerichtes zukommen lassen, damit dieser prüfe, ob hausrechtliche Maßnahmen möglich sind, um Frau von künftigen Verhandlungen auch als Zuhörerin auszuschließen. – Zum Zeitpunkt der Bekanntgabe war Frau Stolz noch nicht da. Als sie später erscheint, äußert sich Dr. Meinerzhagen jedoch nicht (mehr).

- (1) Darin werde ua. mit einem Reichsgericht gedroht, das sich der Hochverräter annehmen werde...

Er teilt weiter mit, daß kommende Woche eine Zeugenvernehmung im Auftrag des Landgerichtes an einem AG stattfinde, weil der Zeuge nicht reisefähig sei; er verweist auf ein ärztliches Attest. – RA Rieger verwarft diese kurzfristige Ansetzung, da er in Urlaub sei, den er bereits einmal habe verschieben müssen. Zudem wolle er dabei sein. – Dr. Meinerzhagen lehnt ab. RA R. besteht auf gerichtlicher Entscheidung. Das Gericht will später darüber entscheiden.

Danach verliest Dr. Meinerzhagen die Gerichtsbeschlüsse zu den Anträgen Rieger/Zündel (2) vom 4. Okt. – Sie werden **alle** zurückgewiesen, da a) die „historische Faktizität“ – gemeint sind die „geschichtlichen Tatsachen“ – der organisierte Judenvernichtung in NS-Lagern **offenkundig** ist und eines Beweises nicht mehr bedarf. Es fallen weiterhin Ausdrücke wie b) nicht verfahrensrelevant, c) Verschleppungstaktik / Prozeßverzögerung durch verfahrensfremde Anträge.

- (2) Die Beschlüsse zu den abgelehnten Beweisanträgen werden den Verteidigern in Ablichtung übergeben. – Frau Zündel wird diese sicherlich erhalten.

In Bezug auf weitere Rieger-Anträge – Einholung eines Gutachtens zum Problem der Meinungspsychologie, Ladung von Hugo Chavez (Präsident Venezuelas) sowie des iranischen Präsidenten zum Beweis dafür, daß man von Offenkundigkeit nicht sprechen könne, kann RA Rieger diese nach Aufforderung durch Dr. Meinerzhagen mündlich erläutern. – Später werden auch diese Anträge durch Gerichtsbeschluß als nicht für das Verfahren erforderlich (verfahrensrelevant), als

Prozeßverzögerung und Prozeßverschleppung zurückgewiesen.

RA Bock wehrt sich gegen die pauschale Darstellung der Verteidigung in den Gerichtsbeschlüssen. Es müsse deutlich werden, wer die Anträge gestellt habe. – Auch wehrt er sich wie auch RA Rieger und RA Dr. Schaller gegen Behauptungen in den Beschlüssen, bei den Beweisanträgen komme die politische Gesinnung der Verteidiger zum Vorschein. – In diesem Zusammenhang fordert er, **das Gericht möge doch seine „Auschwitz-Opferzahl“** benennen, auf daß die Verteidiger wüßten, wann sie strafbares Gelände bei der Stellung von Anträgen betreten.

Dr. Schaller wehrt sich gegen die Ablehnung seiner Einlassung und kontert mit einer erneuten Gegendarstellung, die er dem Gericht übergibt.

RA Rieger bringt erneut den Antrag auf Ladung / Befragung des FBI-Agenten, der Ernst „begutachtet“ hat und zur Feststellung kam, daß Ernst mit der extremen weißen Rechten, als „White Supremacy Movement“ (= Bewegung für die Vorherrschaft der Weißen / Europäer) bezeichnet, nichts zu tun habe. – Auch dieser Antrag wird abgebugelt (abgewiesen), ua. mit dem Hinweis, Ernst habe sich so geschickt verhalten, daß das nicht nach außen gedrungen sei. – Rieger verliest auch auszugsweise aus einem Brief von Frau Zündel an ihn, in dem diese klarstellt, daß er mit den Vorwürfen, die sie in einem persönlichen Brief an ihren Mann im Mai gegenüber der Verteidigung gemacht habe, nicht gemeint gewesen sei.

Das Gericht zieht sich zurück; die Unterbrechung ist um 11.10Uhr zu Ende.

Dr. Meinerzhagen verkündet dann:

- 1) Die Rüge von RA Rieger in Bezug auf die geplante Zeugenvernehmung wird zurückgewiesen.
- 2) Die Rieger/Zündel-Anträge neu, ua. Beziehung der alliierten Luftaufnahmen, Chemiker-Gutachten, Schreiben einer New Yorker Kanzlei namens Hamburger, Weinschenk & Co. aus dem Jahr 1979

Alle werden abgelehnt! **Grund: Offenkundigkeit**, die zudem seit der Neufassung des § 130 eine tatbestandliche Voraussetzung sei. Wiederum: Anträge überflüssig, verfahrensfremd, dienen nur der Prozessverschleppung. Und Dr. Meinerzhagen erneut: Der Holo... ist geschichtlich eindeutig bewiesen. –

Künftige Beweisanträge zur Offenkundigkeit werden nicht mehr angenommen.

Eine ähnliche Abfuhr erteilt er den Anträgen zwecks Gutachten zur Meinungspsychologie sowie zur Ladung des Zeugen Prof. Noam Chomsky (Jude), USA - hier als Beweis für die mediale Aufbereitung falscher Tatsachen usw., ua. am Beispiel des 9.11.2001, und die Darstellung in den US-Medien. – Für den Fall Zündel ohne jede Bedeutung, so Dr. Meinerzhagen.

Es erfolgt die Ankündigung der Verlesung der Anzeige einer mittlerweile verstorbenen Dame aus Sevetal bei Hamburg, die sich wegen der unaufgeforderten Zuwendung des *Germania-Rundbriefes* an den Verfassungsschutz (VS) in Hamburg gewandt hatte; dieser hatte dann an Polizei und Staatsanwaltschaft weitergeleitet. – RA Rieger spricht sich, da unerheblich, dagegen aus und beantragt gerichtliche Entscheidung. Das Gericht zieht sich kurz zurück, um dann wie gewohnt zu entscheiden: Ablehnung des Antrages. – Dr. Meinerzhagen verliest dann sowohl die Anzeige und zitiert auch aus dem fraglichen Germania-Rundbrief.

Es soll dann eine Zeugin vernommen werden, die ebenfalls unaufgefordert einen Germania-Rundbrief erhalten, aber bei Aufruf nicht erscheint. – Dr. Meinerzhagen unterbricht die Sitzung in der Hoffnung, daß die Zeugin noch erscheint. Der Wiederbeginn ist für 12.30Uhr angesetzt, fortgeführt wird die Verhandlung indes erst um 12.40Uhr. – Die Zeugin war nicht erschienen.

Zu Beginn der Fortsetzung verteilt Dr. Meinerzhagen Ablichtungen der neu gestellten Anträge von RA Rieger an die übrigen Verfahrensbeteiligten. – Rieger reicht abschließend noch einen weiteren Antrag zum Vorgang „Stellungnahme Ernst zum 11.9.2001“ (3) ein, die sich als Punkt der Anklage der Staatsanwaltschaft findet.

(2) Dr. Meinerzhagen mußte erst mehrmals aus dem Publikum heraus daraufhin hingewiesen werden, daß der 9.11. 1001 und nicht 2003 war.

Dr. Meinerzhagen schließt die Verhandlung um 12.58Uhr. –

Fortsetzung, Freitag, 20. Oktober 2006, 9Uhr

– ob es am 10. November zum Urteilspruch kommt, ist derzeit noch nicht sicher.

Ich werde morgen nicht anwesend sein können, da ich zu den „Tagen DEUTSCHER Gemeinschaft“ im Südhaz fahre (20.-22. Okt.), die ich leite. Auch Stefan Wollenschläger wird dabei sein. – Weder von ihm noch von mir wird es also von der morgigen Verhandlung einen Bericht geben. – Nach Auskunft von RA Bock dürfte am 20. auch nichts Besonderes los sein – Verlesen von Beschlüssen, die wohl alle eine Ablehnung beinhalten werden: Dr. Meinerzhagen als „Richter NEIN“!

Günter Deckert – Weinheim/B., 19. Okt. 2006

WARUM, IMMER WARUM

Das Haman-Syndrom oder Warum beantworten Juden eine Frage mit einer Frage?

Von Israel Shamir

(Ein Vortrag gehalten in Paris am 5. Oktober 2006 bei der Präsentation von „*Notre Dame des Douleurs*“, der französischen Übersetzung von Shamirs Buch „*Our Lady of Sorrow*“.)

Sollte man versuchen, fair und gerecht sein? Odysseus, Homers Wanderer, sagt definitiv ja, weil die Götter Ungerechtigkeit hassen. Nicht jedoch, wenn man umgeworfen werden will, wie Michel Houellebecq so lebhaft in seinem Roman „*Elementarteilchen*“ über die niedergeschlagene Revolution von 1968 zeigt. Es scheint, dass die Menschen einst versuchten, fair zu sein und wenn sie es nicht waren, schämten sie sich ziemlich über sich selber; und dass sie jetzt die Fairness aufgegeben haben. Vielleicht haben Odysseus' Götter, die die Ungerechtigkeit hassten, ihre Meinung geändert? Oder vielleicht wechselte die Menschheit eher ihre Götter aus?

Der Anfang der großen Veränderung kann letztendlich zum Humanismus zurückverfolgt werden, das heißt, zu Europas Loslösung von den Bindungen des Menschen an das Göttliche in seinem Drang nach individueller Freiheit und Glück. Aber sogar ohne direkten Bezug zu Gott war die Fairness weiterhin gegründet auf religiösem Empfinden. So stellte Immanuel Kant im Zeitalter der Vernunft und der Aufklärung fest, dass der Instinkt für Fairness ein moralisches Gesetz in uns ist, entsprechend dem Sternenhimmel über uns, eine andere verdeckte Bezugnahme auf Gott. Verhalte dich solchermaßen, dass andere deinen Taten nacheifern und diese als universelles Gesetz dienen können, also sagte Kants kategorischer Imperativ; oder mit anderen Worten: „Handele so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“

Trotz ihres säkularen Anscheins gründet die Haltung Kants auf der versteckten und sehr christlichen Annahme der Gleichheit der Menschen (die auch von Muslimen, Konfuzianern und Buddhisten geteilt wird). Aber wenn wir eine Mutmaßung aus dem jüdischen Gesetz akzeptieren müssten, würden wir zu einer ganz anderen Schlussfolgerung kommen. Gemäß dem jüdischen Gesetz sind einige Menschen von Natur aus gleicher als andere und nicht ein universelles Gesetz kann auf beide Arten, die höhere *und* die niedere, gleichermaßen zutreffen. Es gibt ein Gesetz für die auserwählte Minderheit und ein anderes Gesetz für die eingeborene Mehrheit und die des Pöbel und noch ein drittes Gesetz für ihre wechselseitige Beziehung. (Diese Ansicht wird von den Hindu-Brahmanen geteilt, aber sie hatten keinen Einfluss auf uns). Die jüdische Ethik wurde zur Regel in den Ländern, in denen die ursprüngliche Bevölkerung am stärksten geschlagen oder unterworfen worden ist: in den Vereinigten Staaten und in Israel. Seit 1968 hat diese Ethik des doppelten Wertmaßstabs tiefe Schneiden in unsere Kantsche Welt geschlagen bis dahin, dass jeder politische Diskurs bezüglich Gerechtigkeit und Fairness untergraben wird.

Ein Gesetz ist gerecht, wenn es in allgemeinen Begriffen festgehalten ist und auf den Einzelfall angewendet wird: Du sollst nicht töten. In der Kantschen (oder christlichen) Ethik muss dieses Verbot alle betreffen, um fair zu sein. In der traditionellen jüdischen Ethik jedoch bedeutet „du sollst nicht töten“ nur „du darfst keine Juden töten“. Andere (geringere) Wesen zu töten, wird nicht einmal als „Mord“ angesehen. In voller Übereinstimmung mit dieser Auffassung deportierten die USA letzten Monat eine 80 Jahre alte Deutsche, die eine ehemalige Konzentrationslager-Aufseherin war aber verlangten nie die Auslieferung der israelischen Mörder amerikanischer Seeleute. Israel wirft Araber, die Juden töten, lebenslang ins Gefängnis. Aber ein Jude, der fünfzig Araber getötet hatte, musste einen Cent Strafe bezahlen.

Wenn man das allgemeine Gesetz „*Du sollst keine Nuklearwaffen besitzen*“ gutheißt, dann muss in einer Kantschen Welt dieses Verbot für alle Staaten gelten – oder zumindest für alle Staaten, die keine derartigen Waffen bis zu der Zeit besaßen, als der Atomwaffensperrvertrag beschlossen wurde. Aber vom jüdischen Blickwinkel aus hatte ein amerikanischer Offizieller Recht, als er verkündete: „Wir werden nicht mit einer Atommacht Nord-Korea oder Iran leben“, obwohl sie ganz glücklich mit einem atomaren Israel leben.

Die Juden lernten viel aus einem dummen Fehler, der von ihrem Feind Haman begangen worden war, einer Person aus dem biblischen Buch Esther. Premierminister Haman wurde gefragt: „Was soll man dem Mann tun, an dessen Ehrung der König Gefallen hat?“ Der Blödmann antwortet:

„Ihm sollten die höchsten Ehren erwiesen werden“. Natürlich dachte Haman, dass König Ahasveros ihn selbst meinte, als er Haman diese Frage stellte. Es wurde schnell klar, dass Haman einen Fehler gemacht hatte: der König hatte an seinen bösen Feind Mordechai gedacht; und Haman wurde gezwungen, dem Juden Ehrerbietung zu zollen.

Diese Geschichte ist Tausende Jahre lang von den Juden immer wieder erzählt und diskutiert worden und die fruchtbaren Diskussionen haben sie gelehrt: bevor man auf irgendeine allgemeine Frage antwortet, muss man erst herausfinden, wo man sich innerhalb der Gleichung befindet. Mit anderen Worten, sei kein Kantianer, sei Jude. Wenn Haman ein Jude wäre (und er war keiner), würde er die Frage des Königs mit einer Frage beantworten: „Ist diese Person ein Jude?“ und erst nachdem er dies wüsste, würde er sich in der Lage sehen, fortzufahren. Daher werden wir bescheidene, hausgemachte Psychologen, die wir sind, der langen Liste der Geisteskrankheiten eine neue Krankheit hinzufügen: **das Haman-Syndrom**, eine Gemütskrankheit, die erworben wird durch das Lernen aus Hamans Fehler, welches zur Unfähigkeit führt, Kants Kategorischen Imperativ anzuwenden.

Die Juden leiden am Haman-Syndrom und benutzen die Allzweck-Phrase: „Wie können sie das vergleichen?“, um den universellen Kantschen Ansatz zunichte zu machen. Wenn ein Jude sich darüber beklagt, dass Palästinenser jüdische Zivilpersonen töten, versuchen Sie zu antworten mit: „Ihr tötet ihre Frauen und Kinder“. Sie werden ein Entrüstetes: „Wie können Sie das vergleichen!“ zu hören bekommen, eventuell zusammen mit einer Liste von Unterschieden: sie töten mit am Körper festgemachtem Sprengstoff, wir töten durch ferngesteuerte Raketen etc., und das Wichtigste aber selten laut Geäußerte: wir töten Gojim, aber sie töten Juden!

Aber wen kümmert es, was die Juden denken? Von Bedeutung ist jedoch, dass die USA und ihre Verbündeten ihre Weltanschauung übernommen haben. Als die Juden Menachem Begin, einen alten Terroristen und den Mann, der den Bombenanschlag auf das King David Hotel verübt und 90 Männer, Frauen und Kinder getötet hatte, zum Premierminister wählten, akzeptierte der Westen Begin als Israels demokratische Wahl. Aber als die Palästinenser eine Mehrheitsregierung demokratisch wählten, die von der Hamas geführt wurde, (mit ihren eigenen terroristischen Verbindungen), unterwarfen die Juden Palästina einer Blockade, inhaftierten Parlamentsabgeordnete der Hamas und beschlagnahmten palästinensische Gelder – alles mit voller Unterstützung des Westens. Wenn die Juden Palästinenser im Gazastreifen verhungern lassen und töten, geht man zur Tagesordnung über. Als der iranische Präsident jedoch dazu aufrief, das Regime der jüdischen Vorherrschaft zu demontieren, wurde er von einem westlichen Gerichtshof vorgeladen als potentieller Völkermörder.

Hier ist ein anderes Beispiel für das Generelle kontra das Spezifische. Wenn ihr die Freilassung eurer Kriegsgefangenen erreichen wollt, geht und schnappt euch einige Soldaten oder Zivilisten eurer Feinde um in einer besseren Position für den Gefangenen austausch zu sein. Falsch oder richtig? Nun, wenn Sie der jüdische Staat sind und fangen einen libanesischen Bürger – lasst ihn uns Mustafa Dirani nennen – um *Ihren* Kriegsgefangenen Ron Arad zu retten, so „sorgen sie für Ihren Soldaten“. Aber wenn Sie Libanese sind und einen jüdischen Soldaten schnappen, um die Freilassung Ihrer Gefangenen sicherzustellen, ist dies eine glatte Provokation und ein nackter Akt der Aggression (laut der jüdischen aufgeklärten Linken des Amos Oz).

Man muss ein treuer Hamanianer sein, um zu verstehen, warum die amerikanische Atombombe auf Hiroshima ein legitimer Akt der Kriegführung war, Pearl Harbour dagegen eine Greueltat; warum Stalins GULAG ein Greuel war, Guantanamo jedoch legitim ist, warum die Bombardierung von Haifa ein Kriegsverbrechen ist, das Beschießen von Gaza aber nicht, warum die Deportation von jüdischen Zivilisten durch Deutsche ein Genozid war, aber die Deportation von deutschen Zivilisten durch die Polen nicht.

Ist eine Seeblockade eine Kriegshandlung? Das ist eine gute Frage. Wenn es die ägyptische Blockade der israelischen Fracht nach Eilat ist, ist das eine Kriegshandlung und dieser sollte mit einem allumfassenden Krieg begegnet werden, wie es 1967 geschah. Wenn es aber die israelische Blockade des Libanon oder von Gaza ist, handelt es sich nur um eine zulässige Maßnahme zur Selbstverteidigung.

Wenn ein Massaker abgeleugnet wird, ist das sicherlich für die Angehörigen der Massakrierten bestürzend. Darf man das tun? Nachdem die israelische Luftwaffe Dutzende von libanesischen Kindern in Kana im Libanon bombardiert und getötet hatte, veröffentlichten die jüdischen Medien Hunderte von Notizen, die dieses ableugneten. Man sagte, die Bilder seien entweder inszeniert oder mit dem Computer verändert, dass das Foto eines toten Kindes oder einer Lastwagenladung von Leichnamen von irgendwo anders herstammten. Aber als der britische Historiker David Irving dieselbe Kritik gegenüber Fotografien von Auschwitz anbrachte, wurde er Holocaust-Leugner genannt und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Udo Walendy ist im Gefängnis wegen Zweifeln an der Authentizität jüdischer Fotos, die Juden jedoch, die libanesischen Fotos in Frage stellen oder die Massaker von Deir Yassin und Kana direkt ableugnen, sind völlig auf freiem Fuß.

Aber die Juden sind nicht das einzige Volk, das Ausnahmen nötig hat. Tatsächlich wurde seine merkwürdige Ethik zur Ethik der neuen, völlig gottlosen nach-1968 herrschenden Klasse. Ihre Geschichte und Traditionen wurden das Banner der Menschen mit dem Haman-Syndrom. Die Juden wurden das Hätscheltier innerhalb der bevorzugten Minderheiten, die gegen die Mehrheiten überall weltweit gnadenlose Kriege führen. Um den Rest durcheinander zu bringen, pflegen sie in einem Atemzug die exklusive Minderheit der Börsenbroker mit der unterprivilegierten Minderheit schwarzer Immigranten gegenüber der großen Mehrheit normaler Leute zu nennen. Ihre Obsession mit Minderheiten, seien es lesbische alleinerziehende Mütter oder HIV-positive illegale Einwandere, hat einen Grund: auf diese Weise reißen sie den moralisch hohen Grund für ihre eigene Minderheitsherrschaft an sich. Dies ist auch der Grund, warum so viele Mitglieder der Mehrheit über unterprivilegierte Minderheiten verärgert sind, egal ob Schwarze oder Homosexuelle: sie spüren ganz richtig (wenn nicht unterbewusst), dass die Leute, die Minderheitenanliegen fördern, sich überhaupt nicht um die normale Mehrheit scheren.

In den Ländern, in denen die harte jüdische Ethik herrscht – den Vereinigten Staaten und Israel – ist die Mehrheit neu zu Fall gebracht worden. Der einheimischen Mehrheit des jüdisch regierten Palästina wurde das Wahlrecht entzogen, sie wurde enteignet und ihre Arbeitsplätze wurden zugunsten importierter Gastarbeiter ausgelagert. Die Mehrheit von nominell jüdischen Arbeitern werden in Teilzeit-Jobs hineingezwungen oder in die Selbständigkeit, um Sozialabgaben zu sparen. In den USA „führen amerikanische Arbeitgeber einen erfolgreichen Krieg gegen Gehälter“, schreibt Paul Krugman im „International Herald Tribune“. „Unternehmensgewinne nach Steuern haben sich mehr als verdoppelt, weil die Produktivität der Arbeiter gesteigert wurde, ihre Löhne jedoch nicht. Die Kinder von Wal-Mart Arbeitern waren entweder bei Medicaid (staatliche Fürsorge für sozial Schwache im Krankheitsfall, Anm. d. Übers. ü) oder waren nicht krankenversichert. Und immer noch wollen sie ihren Arbeitern sogar noch weniger zahlen, indem sie ihnen eine dauernde Anstellung verweigern.“

Donald Luskin, ein Bewunderer von Israel und Ayn Rand, griff Krugman wegen seines „Antisemitismus“ an (er klagte nicht Mahathir an) und schrieb: „Ein Mann kann daran gemessen werden, worüber er sich Sorgen macht. Präsident Bush ist ein großer Mann, der sich über große Dinge Sorgen macht, wie etwa, Amerika vor dem globalen Terrorismus zu schützen. Der *New-York-Times*-Kolumnist Paul Krugman -- Buschs bösartigster Mediengegner und Amerikas beklopptester liberaler Schlaumeier – ist ein kleiner Mann, der sich wegen kleiner Dinge Sorgen macht, ob Ladenarbeiter bei Wal-Mart zu wenig bezahlt bekommen.“ Wir sind auch kleine Leute, die sich wegen kleiner Sachen Sorgen machen, weil wir wissen, dass die großen Dinge, wie der Krieg gegen den Terrorismus gemacht werden, um uns weniger zu bezahlen.

Diejenigen, die am Haman-Syndrom leiden, sind sich dessen bewusst, dass die Menschen ihre Unterdrückung nicht leicht akzeptieren werden. Daher ist ihr wirtschaftliches Niederdrücken begleitet von Terror gegen die Mehrheiten. In Israel war es immer legal zu foltern und ohne Gerichtsverhandlung zu inhaftieren. Nun haben die USA ihren „Patriot Act“ und „Military Comissions Act“, und bringen es damit auf israelisches Niveau. Ein kluger palästinensischer Professor der Columbia Universität, Rashid Khalidi, sagte ganz recht, dass das Mearsheimer/Walt-Papier den Einfluss der jüdischen Lobby auf die Außenpolitik überschätzte aber genauso seinen Einfluss auf die Innenpolitik, wie den „Patriot Act“, unterschätzte. Das ist genau das Thema, dass wir die ganze Zeit ausgeführt haben: das vorrangige Ziel der jüdischen Lobby ist nicht Palästina, sondern eure Freiheit.

Ich wurde gefragt, ob es überhaupt nötig ist, auf Juden hinzuweisen, da ja nicht nur Juden und auch nicht alle Juden die Herrschaft der Minderheit unterstützen. Tatsächlich ist die Herkunft nicht wichtig, da jeder seine eigene Entscheidung trifft, ob er zu der niedergetrampelten Mehrheit halten will oder danach trachten will, zu einer auserwählten Minderheit zu gehören. Die wahren Helden der Menschheit waren die Mitglieder der Minderheiten, die auf die Seite der Mehrheit überwechselten. Jesus von Nazareth wurde als Prinz aus dem Hause David geboren, sein Großvater mütterlicherseits war ein bedeutender Mann im Tempel und Siddhartha Gautama wuchs in einem Palast auf, bereit, das Königreich seines Vaters zu erben. Dennoch öffneten diese Prinzen, Christus und Buddha, den Weg zur Mehrheit hin. Viele Menschen jüdischen Ursprungs beschränkten auch diesen Pfad. Die jüdischen Organisationen jedoch sind praktisch immer auf der Seite von Minderheiten und versuchen, eine Ausnahme für die Juden zu erreichen, sogar wenn sie zur auserwählten Geldkaste gehören.

Eines der Lieblingsinstrumente ist die Verfolgung derer, die die Juden mit derselben Elle messen möchten wie die übrigen Menschen. Leider, ich bin einer von diesen. Ich rief zur völligen Gleichstellung von Juden und Nicht-Juden in Israel/Palästina auf, und meine israelischen Landsleute hatten nichts dagegen, die französischen Juden jedoch klagten mich in Frankreich wegen der „Diffamierung von Juden“ an. Das hört sich verrückt an. Warum sollten sich die Franzosen darum kümmern, was ein israelischer Bürger zu anderen israelischen Bürgern über ihre jüdische Ethik sagt? Ist Palästina ein Teil von Frankreich? Sieht Frankreich seine Souveränität als weltumspannend an? Sollten die Franzosen sehr stolz darüber sein, dass ihr Gerichtsbeschluss bis in mein Jaffa reicht? Eher

nein. Dies ist der einzige Fall, wo ein französisches Gericht eingreifen würde. Ansonsten würden sie sich weise zurückhalten, wie sie sich zurückhielten, als die französischen Juden Flatto, Gaydamak etc. mit gestohlenem französischem Geld nach Israel davonliefen. In meinem Fall leistet die französische Republik nur ihren kleinen Beitrag, um die jüdische Sonderstellung aufrecht zu erhalten.

Dieser Schutz ist außergewöhnlich: könnten die Türken von Paris bei einem französischen Gericht gegen Orhan Pamuk, den großen türkischen Schriftsteller, vorgehen wegen der Diffamierung von Türken (einige Türken waren dieser Meinung), und würde ein französisches Gericht Pamuk für schuldig befinden? Nun, dies ist keine sehr wahrscheinliche Geschichte. Die Türken werden nicht darum bitten und die Franzosen dem nicht stattgeben. Es gibt nur eine Nation über dem Gesetz, der so etwas gelingen kann.

Ist es, weil die Franzosen eine Religion nicht beleidigen wollen? Wenn es sich bei der beleidigten Religion um Christentum oder Islam handelt, erwartet man von ihren Anhängern, dass sie sich ganz einfach auf die Zunge beißen. Ein beleidigendes anti-islamisches Buch von Oriana Fallaci wurde von einem französischen Gericht für kosher befunden (einige Muslime, die sich mit Haman nicht auskannten, hatten die Frechheit gehabt, sie anzuzeigen). Aber als jüdische Schriftsteller (wie der Franzose Emmanuel Levinas) die Misshandlung von Juden durch die Nazis auf...das Christentum zurückführten, griff kein Gericht ein. Wenn die beleidigte Religion jedoch der Judentum ist, wandert der Übeltäter ins Gefängnis. So einfach ist das.

Mit gutem Grund sind Gesetze landesbezogen. Wir alle verstoßen irgendwo gegen irgendwelche Landesgesetze. Wenn man Marihuana in den Niederlanden raucht, weiß man, dass das illegal unter, sagen wir, französischem Recht ist; aber man weiß, dass man in den Niederlanden sicher ist. Wenn man in Paris Wein trinkt, weiß man, dass man einen Verstoß gegen Gesetze in Saudi Arabien begeht, aber man ist nicht in Saudi Arabien und daher ist es einem egal. In der UdSSR war es illegal Solschenizyn zu lesen, französische Verleger konnten jedoch seinen Archipel Gulag drucken. Ein Gesetzesverstoß ist dagegen komplett exterritorial und wo immer man ihn begeht, kann er bestraft werden – das ist eine Beleidigung gegen Juden.

Um ihre Ausnahmestellung klar zu machen, verteidigt die jüdische Organisation CRIF (Conseil Représentatif des Institutions juives de France, Anm. d. Übers.), die jeden wegen der Beleidigung von Juden verklagt, die Rechte eines französischen Lehrers, Robert Redeker, den Islam zu verunglimpfen. Redeker beschrieb Mohammed als einen „skrupellosen, plündernden Kriegsherrn, einen Judenschlächter und Polygamisten“. Diese Definition trifft auch auf König David zu; er hatte 18 Frauen, war ein rücksichtsloser Kriegsherr und schlachtete eine Menge Juden ab. Polygamie ist eine Beleidigung, die Mohammed mit Abraham, Isaak und Jakob teilte, da jeder König, der mit einer Dynastie begann, am Anfang ein skrupelloser Kriegsherr war und eine Menge Leute umbrachte, obwohl nicht unbedingt nur Juden. Wen interessiert es, ob Juden oder Nicht-Juden umgebracht wurden? Wenn Sie diese Frage stellen, unterwerfen Sie sich nicht dem Haman-Syndrom.

Warum sollten wir uns um die weltweite Verehrung von Juden Gedanken machen und sie beachten? Nicht nur um Palästinas willen müssen wir darauf reagieren und diese Obsession beenden. Unsere Zukunft und die unserer Kinder steht auf dem Spiel. Frankreich ist auch ein Opfer der Minderheitsherrschaft oder besser gesagt des Krieges der Minderheit gegen die Mehrheit. Als Nicolas Sarkozy, der konservative Spitzenkandidat für die französische Präsidentschaftswahl im kommenden Jahr auf seinem Trip nach Washington letzte Woche sich selbst als ein „Freund von Amerika und ein Freund der Juden“ erklärte, meinte er damit nicht, dass er „Gefilte Fish“ und Hamburger mag (kein Franzose ist so doof); es gab ein verschlüsseltes Zeichen dafür, dass er die Minderheit gegen die Mehrheit unterstützen wird.

Anstatt zwischen der Linken von Blair und der Rechten von Sarkozy zu pendeln, die vereint sind in ihrer Liebe zu reichen Minderheiten, sollten wir nach dem verlorenen Pfad suchen, der zu Mehrheits Herrschaft führt. Die Linke möge ihre unbeendete Arbeit der 68er Revolution fortführen, von wo ab sie versagt hatte, betrogen und missbraucht wegen der Förderung der jüdischen Ethik durch Daniel Cohn-Bendit, Todd Gitlin, Joschka Fischer und ihresgleichen. Die Rechte möge die maskuline Spiritualität von Chesterton, Eliot, Evola und Guenon wiederfinden. Zusammen können sie die Menschen von der Schwelle zur Sklaverei weg, zu den Toren der Freiheit führen, die missbrauchte Autorität der Mainstream-Medien und der Universitäten zerstören, den Plan unterminieren, der „schön weg von den Schreien der Wählerschaft oder den Klagen der Opfer der Gesellschaft von gelassenen und klaren Geistern entworfen wurde“ (Le Corbusier), und so die Gerechtigkeit und Fairness des Kategorischen Imperativs von Kant wiederherstellen, anstelle des perversen Sonderstellungsdenkens des Haman-Syndroms.

18. Okt. 2006

EIN WEITERER PROZESS

Holocaust-Leugner Rudolf muss erneut vor Gericht

Dem Landgericht Mannheim steht ein weiterer Prozess gegen einen Holocaust-Leugner bevor. Ab Dienstag muss sich der Chemiker Germar Rudolf unter anderem wegen Volksverhetzung verantworten. (08.11.2006, 17:45 Uhr)

Mannheim - Dem einschlägig vorbestraften 42-Jährigen wird vorgeworfen, seit 1997 in Schriften und über das Internet weltweit rechtsextreme und volksverhetzende Thesen verbreitet zu haben. Rudolf war bereits 1995 vom Landgericht Stuttgart wegen Volksverhetzung und Beleidigung zu 14 Monaten Haft verurteilt worden, weil er den Massenmord an den Juden durch die Nationalsozialisten geleugnet hatte. Er floh jedoch noch vor Haftantritt und lebte zuletzt in den USA. Im November 2005 wurde er nach Deutschland abgeschoben und inhaftiert.

In der neuen Anklage vom April 2006 wird Rudolf neben Volksverhetzung auch Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener vorgeworfen. Mit ihm angeklagt wurde der Belgier Siegfried Verbeke, dessen Verfahren nach Angaben einer Gerichtssprecherin aber abgetrennt wurde.

Verteidiger gilt als Neonazi-Anwalt

Vor dem Landgericht Mannheim muss sich seit Februar auch der Holocaust-Leugner Ernst Zündel verantworten. Er soll von Kanada und den USA aus die Auschwitz-Lüge verbreitet haben. Sowohl Zündel als auch Rudolf werden von Jürgen Rieger verteidigt, der als Neonazi-Anwalt gilt und mit Plänen für ein rechtsextremistisches Schulungszentrum im norddeutschen Delmenhorst für Schlagzeilen gesorgt hatte.

Zu den weiteren Verteidigern von Rudolf wird dem Gericht zufolge auch eine Anwältin gehören, die wegen unzulässigen Verhaltens vom Zündel-Prozess ausgeschlossen worden war. Sie hatte in dem Verfahren mit rechtsextremistischen Äußerungen mehrere Eklats ausgelöst

Der Tagespiegel 10.11.06

<http://www.tagesspiegel.de/politik/nachrichten/prozesse-volksverhetzung/80009.asp>

IGNORIERT

Neonazi Mahler muss im Gewahrsam warten

Ex-NPD-Anwalt ignoriert Hausverbot

Vlotho/Herford (jwl). Der ehemalige NPD-Anwalt Horst Mahler (70), der noch in diesem November eine Haftstrafe wegen Volksverhetzung antreten muss, schnupperte jetzt in Herford schon einmal die Luft hinter Gittern.

Das Bundesverfassungsgericht hat eine Beschwerde Mahlers, der wegen Leugnung des Holocausts verurteilt worden war, verworfen. Am Wochenende verbrachte der zum Rechtsradikalen konvertierte Ex-RAF-Terrorist schon mal einige Zeit in einer Zelle des Polizeigewahrsams in Herford, so Informationen dieser Zeitung.

Grund für die wohl unfreiwillige Trockenübung vor dem anstehenden neunmonatigen Gefängnisaufenthalt: Mahler und drei Gesinnungsgenossen - darunter die Anwältin Sylvia Stolz, die in Mannheim den aus Kanada abgeschobenen Holocaust-Leugner Ernst Zündel (66) verteidigte, bis sie vom Prozess ausgeschlossen wurde - waren von der Polizei aus Gründen der Gefahrenabwehr in Gewahrsam genommen worden. Der 70-jährige Mahler, Stolz und zwei weitere Männer aus Berlin hatten am Freitagabend nach einer Veranstaltung im Collegium Humanum und trotz Verbots versucht, an einer gleichzeitig stattfindenden Podiumsdiskussion über die rechtsradikale Schulungsstätte Collegium Humanum im Weser-Gymnasium teilzunehmen.

Doch Vlothos Bürgermeister Bernd Stute hatte von seinem Hausrecht Gebrauch gemacht. Im Weser-Gymnasium diskutierten Annelie Buntenbach, Mitglied im Bundesvorstand des DGB, der CDU-Landtagsabgeordnete Wolfgang Aßbrock, der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Sebastian Edathy, sowie der Vlothoer Bürgermeister über Möglichkeiten, den rechten Rattenfängern den Nachwuchs zu entziehen und auch das Collegium Humanum loszuwerden. Die rechtsradikale Schulungsstätte Collegium Humanum hat sich als ein Zentrum der Holocaust-Leugner in Deutschland hervorgetan, so Experten. Im Vorstand sind die langjährige Aktivistin Ursula Haverbeck und Horst Mahler. Vom Collegium wird auch der "Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgter" getragen.

Vlothoer Anzeiger 15.11.2006

<http://www.vlothoer-anzeiger.de/va/lokales/vlotho/?sid=f364c1a377548f34a1d9cf0187d18f77&cnt=1128838>

LEUGNUNG ZULASSEN

BJ-Chef zum Antirassismus-Gesetz

Für Michael Leupold, den Chef des Bundesamts für Justiz, ist das Antirassismus-Gesetz bezüglich Leugnung von Völkermord zu offen formuliert. In einem Interview skizzierte er mögliche Änderungen.

Heute müsse der Richter entscheiden, ob es sich bei einem geleugneten Ereignis um Völkermord handle, sagte Leupold, der momentan im Auftrag von Justizminister Christoph Blocher die Rassismusstrafnorm überprüft, der «SonntagsZeitung». Das sei historische Forschung und überfordere einen Richter.

Zudem sei im heutigen Gesetz unklar, wo die Meinungsäusserungsfreiheit ende und wo die Leugnung eines Völkermordes beginne. Er könne sich deshalb vorstellen, auf eine internationale Referenzinstanz zu verweisen. Diese müsste festlegen, was als Völkermord gilt.

Leugnung zulassen?

Denkbar ist laut Leupold auch, auf eine Regelung bezüglich der Leugnung von Völkermord im Antirassismus-Gesetz ganz zu verzichten. Entschieden sei noch nichts. Aufgehoben werde die Strafnorm aber nicht.

Die Arbeitsgruppe, die im Bundesamt für Justiz (BJ) an einer Änderung der Norm arbeitet, besteht gemäss Leupold im Wesentlichen aus einem Mitarbeiter, der sich seit Jahr und Tag mit der Norm befasse. «Natürlich befassen sich auch dessen Vorgesetzte intensiv damit.»

Seine Arbeit in der Gruppe noch nicht aufgenommen hat offenbar der Präsident der eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, Georg Kreis. Kreis, ein Kritiker Blochers, wurde von Innenminister Pascal Couchepin in die Arbeitsgruppe delegiert. «Ich habe bisher keine entsprechenden Instruktionen erhalten», sagte allerdings Leupold.

Tagesanzeiger.ch 15. Nov. 2006

<http://www.tagesanzeiger.ch/dyn/news/schweiz/686848.html>

GIGANTISCH

"Zum Hass aufgestachelt"

Holocaust-Leugner vor Gericht

MANNHEIM (ddp) Der Holocaust-Leugner Gernar Rudolf muss sich seit gestern vor dem Landgericht Mannheim verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, weltweit über das Internet und in Schriften rechtsextremes und volksverhetzendes Gedankengut verbreitet zu haben.

Mit der Leugnung des Massenmordes an den Juden im Nationalsozialismus habe Rudolf "zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufgestachelt" und die Menschenwürde anderer angegriffen, betonte Staatsanwalt Andreas Grossmann. Der Angeklagte wiederholte derweil vor Gericht seine Thesen. Die Anklage gegen den 42-jährigen Chemiker lautet auf Volksverhetzung sowie Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Rudolf habe "bewusst der historischen Wahrheit zuwider" und "in pseudowissenschaftlicher Art" den Nationalsozialismus vom Makel des Holocaust befreien wollen, sagte Grossmann. Dabei habe er behauptet, dass es weder Befehle der Nazis noch Gaskammern zur Judenvernichtung gegeben habe. Rudolf war bereits 1995 vom Landgericht Stuttgart wegen Volksverhetzung und Beleidigung zu 14 Monaten Haft verurteilt worden, nachdem er in seinem so genannten Rudolf-Gutachten den Holocaust geleugnet hatte. Er floh jedoch vor Haftantritt und lebte zuletzt in den USA. Im November 2005 wurde er von den amerikanischen Behörden nach Deutschland abgeschoben, da er keine Aufenthaltserlaubnis mehr besaß. Bei seiner Einreise nahm ihn die Polizei am Frankfurter Flughafen fest. Seither sitzt er in Haft.

Rudolf begann seine Ausführungen im Gerichtssaal mit mehrstündigen Angaben zu seinem Lebenslauf. Demnach kam er 1989 als damaliges Mitglied der rechtsextremen Republikaner erstmals in Kontakt mit Schriften der so genannten Revisionisten, darunter der "Leuchter-Report". In der Folge habe er sich verstärkt mit dem Thema auseinandergesetzt, sagte Rudolf. Den Richtern präsentierte er sich als Wissenschaftler, dem es darum gegangen sei, "die Wahrheit herauszufinden". Den Holocaust bezeichnete der 42-Jährige als "gigantischen Betrug".

Wormser Zeitung, 15.11.2006

http://www.wormser-zeitung.de/rhein-main/objekt.php3?artikel_id=2602591

UNBEKANNT

Holocaust-Mahnmal in Hannover beschädigt

Gedenkstätte mit roter Farbe überschüttet

Hannover - Unbekannte Täter haben in der Innenstadt Hannovers ein Mahnmal für die in der Nazi-Zeit ermordeten Juden beschädigt. Wie die Polizei am Dienstag mitteilte, gossen sie über der Stätte eine rote Flüssigkeit aus. Das Mahnmal wurde auf einer Fläche von zwei Mal zwei Metern in Mitleidenschaft gezogen.

Ein versehentliches Verschütten der roten Substanz sei auszuschließen, erklärte die Polizei. In der Nähe des Mahnmals habe man einen Eimer sicher gestellt, mit dem die Flüssigkeit transportiert worden sei. Das Mahnmal auf dem zentralen Opernplatz erinnert an 1.915 von den Nazis ermordete Juden aus Hannover. (APA/AP)

Der Standard.at 14. Nov. 2006

<http://derstandard.at/?url=/?id=2660088>

ERLAUBNIS

"Kritik an Israel erlaubt"

Politologen fordern neue deutsche Nahost-Politik

Deutschland stehe wegen des Holocaust nicht nur bei Israel, sondern auch bei den Palästinensern in der Pflicht. Das sagen deutsche Wissenschaftler.

Frankfurt a. M. - 25 deutsche Politologen wollen die derzeit bestehenden "besonderen Beziehungen" zwischen Deutschland und Israel ändern. In einem Manifest, das sie erstmals in der *Frankfurter Rundschau* veröffentlichen, lehnen sie falsch verstandene Rücksichtnahme gegenüber israelischer Politik ab und plädieren für eine "belastungsfähige Freundschaft", in der auch "Kritik ihren Platz hat".

Tragende Kräfte in der deutschen Gesellschaft hätten Scham und Trauer über den Holocaust zu einem "Ritual" verflacht. Dadurch sei ein "problematischer Philosemitismus" entstanden. Die Auswirkungen der Shoa hätten auch viel Leid über die Palästinenser gebracht. Deutschland müsse nun helfen, den palästinensisch-israelischen Konflikt zu entschärfen.

Frankfurter Rundschau 15.11.2006

http://www.fr-aktuell.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1009782&

LANGFASSUNG

Freundschaft und Kritik

Warum die "besonderen Beziehungen" zwischen Deutschland und Israel überdacht werden müssen / Das "Manifest der 25"

In einem Interview in der ZEIT am 31. August 2006 sagte die israelische Außenministerin Zippi Liwni anlässlich ihres Berlin-Besuchs: "Aber die Beziehung (zwischen Deutschland und Israel) war immer eine besondere und freundschaftliche." Diese Besonderheit lässt sich auf der deutschen Seite

nach unserer Wahrnehmung im Wesentlichen wie folgt charakterisieren: Deutschland hat sich angesichts der Ungeheuerlichkeit des Holocaust und der prekären Lage Israels uneingeschränkt für Existenz und Wohlergehen dieses Landes und seiner Bevölkerung einzusetzen, unter anderem durch Lieferung von staatlich geförderter hochwertiger Waffentechnologie auch dann, wenn Israel gegen internationales Recht und die Menschenrechte verstößt und sich im Kriegszustand befindet; Kritik an israelischen Handlungsweisen sollte, wenn überhaupt, nur äußerst verhalten geäußert werden und besser unterbleiben, solange die Existenz dieses Landes nicht definitiv gesichert ist.

Drei Fragen werden im folgenden diskutiert: 1. Ist es angemessen und sinnvoll, die "freundschaftliche Beziehung" - und das soll sie nach Auffassung der Autoren bleiben - weiterhin als "besondere" im angedeuteten Sinne zu pflegen? 2. Steht Deutschland aufgrund des Holocaust wirklich nur bei Israel in der Pflicht im Nahen Osten? 3. Und was bedeutet es für den binnendeutschen Diskurs, für die Beziehungen zwischen nicht-jüdischen, jüdischen und muslimischen Deutschen, wenn diese beiden Fragen ernsthaft gestellt werden?

Zu welchen Antworten wir und die Leser mit oder gegen uns auch immer kommen, eines steht nicht in Frage: Dass angesichts der weltweit historischen Einzigartigkeit des Holocaust das Verhältnis der nicht-jüdischen Deutschen zu Juden, zu allen, die sich als solche verstehen, ein einmaliges ist, das von besonderer Zurückhaltung und besonderer Sensibilität geprägt sein muss, und dass uns nichts von der Verpflichtung entbinden kann, dem religiösen Antijudaismus und dem ethnisch oder/und rassistisch motivierten Antisemitismus entschieden entgegenzutreten, wo immer er auftritt.

Freundschaft oder "besondere" Freundschaft?

Auf der zwischenmenschlichen Ebene gilt zweifellos: Eine tragfähige Freundschaft zeichnet sich dadurch aus, dass Freunde oder Freundinnen einander aus Sorge um das Wohlergehen des anderen auch vor Fehlern, Fehlentscheidungen und Fehlhaltungen warnen. Dies umso mehr, wenn für beide Seiten viel auf dem Spiel steht. Solange die Kritik nicht im Duktus der moralischen Verurteilung und in der Sprache der Abwertung stattfindet, sondern Anteilnehmend und mit Verständnis für die Umstände, die ihn oder sie zu bewegen, mit Respekt vor der Freiheit des anderen und aus dem Bedürfnis heraus, zu seinem oder ihrem (auch geistigen und moralischen) Wohlergehen beizutragen, wird die Freundschaft sich dadurch weiter vertiefen.

Gilt das auch dann, wenn einer der beiden dem Anderen gegenüber eine tiefe und zurückliegende Schuld abzutragen hat? Wir meinen, je reifer die Freundschaft wird, desto mehr wird dies auch in einer solchen Beziehung der Fall sein. Allerdings muss die dazu erforderliche Haltung in jeder neuen Situation neu gesucht und gefunden werden.

Ist diese Feststellung auch auf große Kollektive bzw. auf ein politisches Verhältnis wie das zwischen Israel und Deutschland übertragbar? Gelten dort nicht andere Gesetze und Maßstäbe? Ja und nein. Ja, weil die Beziehung aufgrund der großen Zahl der Beteiligten und ihrer unterschiedlichen Erfahrungen und Sichtweisen wesentlich vielschichtiger ist. Diejenigen, die diese kollektive Beziehung als handelnde Politiker auch persönlich verkörpern, müssen auf die unterschiedlichen Gefühle und Bedürfnisse derjenigen Rücksicht nehmen, die sie vertreten. Sie können nur bedingt so handeln, wie sie persönlich gern handeln würden. Dies ist bei allem und immer in Rechnung zu stellen. Nein, weil auch und gerade große Kollektive auf kritische Wahrnehmungen und Rückmeldungen von außen angewiesen sind, damit Fehlentscheidungen korrigiert und die Entwicklung von gefährlichen Blindstellen und Fehlhaltungen verhindert werden können.

Nehmen wir an, die israelische Regierung hätte, wie es unter Freunden nahe liegen würde, nach der Tötung der acht israelischen Soldaten und der Entführung von zwei weiteren durch die Hizbullah am 12. Juli die deutsche Regierung über ihre geplanten Reaktionen informiert (Zerstörung eines Großteils der Infrastruktur des Libanon inkl. der Wasser-, Elektrizitäts- und Ölversorgung sowie des Tourismus durch einen Ölteppich vor der Küste, Vertreibung der Bevölkerung aus dem Südlibanon, bewusste Inkaufnahme hoher ziviler Opfer, um wenigstens eine militärische Schwächung - wenn schon nicht eine Entwaffnung - der Hizbullah zu erreichen, Verweigerung humanitärer Korridore zur Versorgung derjenigen, die nicht fliehen konnten, vollständige Zerstörung der Schiitenviertel in den libanesischen Städten, wochenlange Blockade der Küste und der Flughäfen und Einsatz von Streubomben). Wie hätte die deutsche Regierung als Freund Israels darauf reagieren können? Vielleicht wäre es der deutschen Regierung eher als der israelischen möglich gewesen, die katastrophalen weltweiten Folgen einer solchen "massiven Vergeltung" nach dem Prinzip der Kollektivhaftung einzuschätzen? Vielleicht hätte die deutsche Regierung zu einem abgestuften Vorgehen geraten oder zu einer Anrufung des Sicherheitsrates oder zu etwas Anderem. Es geht hier nicht darum, die Möglichkeiten einer solchen freundschaftlichen Beratung durchzuspielen und abzuwägen. Für unsere Zwecke genügt es, sich überhaupt vorzustellen, was "Freundschaft" in einem solchen Falle auch hätte bedeuten können. Eine absurde Vorstellung? Absurd gewiss, wenn die Beziehung weiterhin als "besondere" im eingangs bezeichneten Sinne verstanden wird. Befreit man

sich von dieser Vorstellung, liegt es auf der Hand, dass es sowohl für Israel als auch für Deutschland von Vorteil wäre, eine belastungsfähige Freundschaft zu entwickeln, in der auch Kritik in unterstützender, nicht abwertender Absicht ihren Platz hat.

Natürlich würde eine solche Veränderung im deutsch-israelischen Verhältnis auch das Verhältnis Israels zur EU, zu den USA usw. tangieren. Dies soll hier ebenfalls nicht durchgespielt werden. Es genügt, festzuhalten, dass die Veränderung in keinem dieser Fälle zum Schaden der Beteiligten sein würde.

Die deutsche Verantwortung gegenüber Palästina

Es gibt eine viel zu selten bedachte Seite der Holocaust-Folgen. Bis zum Jahre 1933 - 37 Jahre nach Erscheinen der den Zionismus begründenden Schrift "Der Judenstaat" von Theodor Herzl und 16 Jahre nach der Balfour-Declaration, in der England als Mandatsmacht den Zionisten eine "Heimstätte" in Palästina versprach - waren max. 160.000 Juden in Palästina eingewandert. Und nicht wenige von ihnen hatten diesen Schritt in der Vorstellung getan, es sei möglich, das "Heilige Land" gemeinsam mit den ortsansässigen Arabern zu kultivieren und zu entwickeln. Niemand sollte vertrieben werden, und so argumentierte Martin Buber noch 1950. Erst durch die früh erkennbare radikale Bedrohung der Juden im nationalsozialistischen Einflussbereich kam es zu einer die Balance mit den Arabern gefährdenden Masseneinwanderung. Nicht zuletzt unter dem Schock des Holocaust fand der gegen die arabischen Staaten gefasste Beschluss der Vereinten Nationen, die Gründung eines Staates Israel zu akzeptieren, internationale Zustimmung, trotz zunächst starker Bedenken der Briten und über lange Zeit auch des Außenministeriums der USA.

Mit anderen Worten: Es ist der Holocaust, der das seit sechs Jahrzehnten anhaltende und gegenwärtig bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Leid über die (muslimischen wie christlichen und drusischen) Palästinenser gebracht hat. Das ist nicht dasselbe, als hätte das Dritte Reich einen Völkermord an den Palästinensern verübt. Aber zahllose Tote waren auch hier die Folge, das Auseinanderreißen der Familien, die Vertreibung oder das Hausen in Notquartieren bis auf den heutigen Tag. Ohne den Holocaust an den Juden würde die israelische Politik sich nicht berechtigt oder/und gezwungen sehen, sich so hartnäckig über die Menschenrechte der Palästinenser und der Bewohner Libanons hinwegzusetzen, um seine Existenz zu sichern. Und ohne den Holocaust erhielte Israel dafür nicht die materielle und politische Rückendeckung der USA, wie sie sich v.a. seit den neunziger Jahren entwickelt hat. (Die amerikanische Finanzhilfe an Israel beläuft sich auf 3 Mrd. US-Dollar jährlich und entspricht damit 20 Prozent der gesamten Auslandsfinanzhilfe der USA.)

Der seit nunmehr fast sechs Jahrzehnten andauernde, immer wieder blutige Nahostkonflikt hat unbestreitbar eine deutsche und in Abstufungen eine europäische Genese;europäisch insofern, als der deutsche Gedanke einer "Endlösung der Judenfrage" aus dem europäischen Antisemitismus und Nationalismus hervorgegangen ist. Und die palästinensische Bevölkerung hat an der Auslagerung eines Teils der europäischen Probleme in den Nahen Osten nicht den geringsten Anteil.

Es ist also nicht nur Israel, das Anspruch auf besondere Aufmerksamkeit, Zuwendung und freundschaftliche Kritik Deutschlands (und Europas) hat. Als Deutsche, Österreicher und Europäer haben wir nicht nur Mitverantwortung für die Existenz Israels, die, nachdem die Geschichte nun einmal diesen Gang genommen hat, ohne Abstriche für alle Zukunft zu sichern ist, sondern auch eine Mitverantwortung für die Lebensbedingungen und eine selbstbestimmte Zukunft des palästinensischen Volkes.

Wieder kann und muss hier nicht im Einzelnen durchgespielt werden, was es heißen würde, diese Verantwortung ernster zu nehmen als bisher. Mit Geldtransfer allein ist es jedenfalls nicht getan. Es ist klar, dass das Ziel ein ökonomisch lebensfähiges Palästina mit ungehinderter Bewegungsfreiheit zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland sein muss, kein Staat zweiter Klasse, kein Homeland, kein zerstückeltes Bantustan. Und dass nur eine verhandelte Lösung, keine einseitig dekretierte, Aussicht auf Bestand hat. Klar ist auch, dass jede Anstrengung unternommen werden muss, um den Anreiz für Palästinenser zu verringern, sich an mörderischen Attentaten und Raketenangriffen auf israelische Zivilisten zu beteiligen bzw. den Anreiz zu erhöhen, sich an konstruktiver Aufbauarbeit zu beteiligen. Europäische Muslime könnten mit entsprechender Unterstützung dazu beitragen, dass auch in Palästina diejenigen islamischen Grundwerte mehr Aufmerksamkeit finden, die den Selbstmordattentaten, die ja nicht von Muslimen erfunden wurden, entgegenstehen, und dass islamische Vorbilder gewaltfreien Widerstands gegen staatliches Unrecht bekannt und anerkannt werden.

Israels Sicherheit kann auf Dauer nur dadurch gewährleistet werden, dass es ringsherum Nachbarn hat, die mit ihren individuellen und staatlichen Lebensbedingungen und Entfaltungschancen so zufrieden sind, dass sie eine gemeinsame Erarbeitung von Lösungen für die Probleme, die den ganzen Nahen Osten betreffen - wie z.B. die Wassernutzung und -verteilung - überhaupt denken können. Und die Sicherheit und Unversehrtheit Palästinas und der Palästinenser ist

nur zu gewährleisten, wenn Israelis nicht mehr fürchten, ins Meer getrieben zu werden. Vielleicht muss es - ohne Annektionen - angesichts des ganzen vergangenen Schreckens für einige Jahrzehnte tatsächlich eine weitgehende Trennung geben, bis hin zu Korridoren durch Tunnel zwischen den Landesteilen Palästinas, so lange, bis sich die Lage beruhigt hat. Freiwillige Begegnungen insbesondere der jungen Leute auf "neutralem Boden" könnten gleichzeitig helfen, die beiderseitigen stereotypen Wahrnehmungen aufzulösen.

Eine dem Holocaust und seinen Folgewirkungen für beide Seiten gerecht werdende deutsche Haltung bedeutet, Verantwortung für eine Transformation des israelisch-palästinensischen Konflikts zu übernehmen. Sie ist nur als gleichgewichtige möglich. Die erste Voraussetzung dafür besteht darin, das Leiden wie das Unrecht (die Gewalttätigkeit der Konfliktaustragung) auf beiden Seiten wahrzunehmen und die Bedürfnisse nach Sicherheit, Menschenwürde und Vertragstreue auf beiden Seiten anzuerkennen. Nicht nur die militaristischen Gruppen der Palästinenser und die Hizbullah haben mit ihren Raketenangriffen und den fortgesetzten Selbstmordattentaten den Geist von Oslo zerstört; die völkerrechtswidrige Fortsetzung und der massive Ausbau der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten seit 1993, dem Zeitpunkt des Oslo-Abkommens, die willkürliche Zerstörung von Häusern, Gärten, Olivenhainen, Infrastruktur, die täglichen Demütigungen der Palästinenser und schließlich die de facto-Annektion von etwa 10 Prozent des Westjordanlandes mittels einer "Zaun" genannten, in Teilen acht Meter hohen Mauer hatten die gleiche fatale Wirkung. Die Frage nach Ursache und Wirkung ist hier wie die nach Henne und Ei. Sie ist unproduktiv.

Eine Konfliktlösung ist nur auf sehr lange Sicht im Rahmen einer gemeinsamen regionalen, auch Ägypten, Jordanien, Libanon, und Syrien einschließenden wirtschaftlichen Nahostkooperation möglich. Konflikttransformation kann dagegen sofort beginnen. Sie verlangt eine erneute Anstrengung, einen lebhaften modus vivendi zu finden, der Konsequenzen aus den Fehlern von Oslo zieht. Deutsche Politik könnte hier, wenn sie sich als freundschaftlich nach beiden Seiten versteht, einen Beitrag leisten.

Was bedeutet das alles für den binnendeutschen Diskurs?

Die angedeutete, aus unserer Sicht wünschenswerte Veränderung der deutschen Haltung setzt Veränderungen auch im innerdeutschen Verhältnis voraus. Trotz ernsthafter Auseinandersetzung mit Ursachen, Verlauf und Folgewirkungen des Holocaust in Literatur, Kunst und Wissenschaft sowie in unterschiedlichen psychotherapeutischen Schulen sind Vorurteile, Ressentiments und Misstrauen gegenüber Juden in Deutschland nach wie vor weit verbreitet. Antisemitismus hält sich nicht nur hartnäckig in trüben neo-nazistischen Randbereichen, sondern findet sich mitunter, mehr oder weniger verdeckt, durchaus auch im Mainstream der deutschen Bevölkerung und der großen politischen Parteien.

Gleichzeitig haben tragende Kräfte der deutschen Politik und Gesellschaft die Trauer über das Ungeheuerliche in mehr oder weniger hohle Rituale verflacht und so Einstellungswandel eher behindert als gefördert. Das Ergebnis ist ein problematischer Philosemitismus. Problematisch deshalb, weil die bloße Umkehrung eines starren, gegen die Realität abgeschotteten Feindbildes letztlich nur dasselbe mit umgekehrten Vorzeichen ergibt und ebenfalls gegen die Realität und jedes differenzierte Urteil immunisiert. Theodor W. Adorno hielt in seiner "Dialektik der Aufklärung" fest: "Nicht erst das antisemitische Ticket ist antisemitisch, sondern die Ticketmentalität (vorgestanztes Denken) überhaupt." Zusammen mit dem eingangs erwähnten unausgesprochenen Verbot offener Kritik an israelischen Entscheidungen stärkt der Philosemitismus in Deutschland den Antisemitismus eher als dass er ihn schwächt.

Ganz erhebliche Anstrengungen müssen unternommen werden, um muslimischen, deutschen und jüdischen Jugendlichen ein positives Verhältnis zueinander zu ermöglichen. Auf die Dauer wird eine nach beiden Seiten offene und freundschaftliche deutsche Politik im Nahen Osten nur dann möglich sein, wenn sie in Deutschland selbst die Unterstützung sowohl der Juden als auch der Muslime findet und der Antisemitismus deutlich zurückgedrängt wird. So lange eine der beiden Gruppen sich unterbewertet oder ausgegrenzt fühlt, kann aus friedlicher Koexistenz oder gar gleichberechtigtem Dialog nichts werden.

Jede neue Attacke auf israelische Zivilisten, jede neue Verletzung des Verhältnismäßigkeitsgebots durch Armee und Regierung Israels verstärken die Lagermentalität pro und contra Israel in Deutschland, die schon jetzt beängstigende Ausmaße angenommen hat. In dieser Situation ist eine breite öffentliche und offene Debatte über die oben aufgeworfenen Fragen notwendig. Letztlich gilt in Demokratien (und nicht nur dort), dass "die" Politiker nur diejenige Politik mit Erfolg betreiben und durchsetzen können, die von den Bürgerinnen und Bürgern in ihrer großen Mehrheit gewollt wird. Es genügt daher nicht mehr, im stillen Kämmerlein den Kopf zu schütteln über Israels Vorgehen oder die Faust ob der Attacken der Hamas und der Hizbullah zu ballen. Wir alle

müssen uns im gleichen Maße von den gewalttätigen Aspekten der israelischen Politik abgrenzen, wie wir uns vom militärischen Vorgehen eines Teils der Palästinenser und der libanesischen Hizbullah distanzieren. Jede Stimme aus Israel und Palästina, die genau dies von uns verlangt - und die gibt es zum Glück - ist eine wertvolle Hilfe auf diesem Weg und sollte Gehör in unseren Medien finden.

Vielleicht hilft es sich vorzustellen, wie in der gegenwärtigen Situation wohl die vielen Intellektuellen, Schriftsteller, Künstler und Musiker jüdischer Herkunft von Adorno über Einstein, Freud und Marx bis zu Zweig reagiert hätten, auf die wir so stolz sind und ohne die die deutsche Kultur und der deutsche Beitrag zur Wissenschaft um so vieles ärmer wären. Wir sind überzeugt, dass sie den folgenden Satz unterschreiben würden: Nur Gleichheit und Respekt vor Recht und Völkerrecht können ein friedliches Zusammenleben gewährleisten und sind die einzigen Garanten für eine dauerhafte Existenz des Staates Israel und des zukünftigen Staates Palästina in Sicherheit - und für die Sicherheit von Juden und Jüdinnen bei uns und in aller Welt.

Die in der UN-Charta und in der UN-Menschenrechtserklärung formulierten Menschenrechte entstanden vor dem Hintergrund der Nazi-Barbarei, insbesondere des industrialisierten rassistischen Massenmordes an Juden, Sinti, Roma und anderen Minderheiten. Doch beide Dokumente kennen nur die Gleichheit der Menschen ohne jede Ausnahme. Das muss auch für die Konfliktparteien im Nahen Osten gelten.

Altruismus oder Eigeninteresse?

Was oben über die Notwendigkeit einer gleichgewichtigen freundschaftlichen deutschen Nahost-Politik gesagt wurde, mag in manchen Ohren zunächst idealistisch klingen, zu sehr von Ethos und zu wenig von Interesse geprägt. Es ist daher geboten, das damit verbundene Eigeninteresse offen zu legen, und dies tut unseres Erachtens den vorgebrachten Argumenten keinen Abbruch.

Der 11. September 2001 hat endgültig klar gemacht, dass wir uns auf dem Weg in einen neuen hochexplosiven Ost-West-Konflikt befinden, der weitaus schwerer unter Kontrolle zu halten sein wird als der alte mit seinen streng zentralisierten und verlässlichen Kommandostrukturen. Obwohl der transnationale Terrorismus viele Quellen hat, ist unverkennbar, dass eine Hauptquelle der zunehmenden terroristischen Energie der ungelöste Nahostkonflikt ist. (Dass manchen autoritären oder diktatorischen arabischen Regimen das Offenhalten dieser Quelle sehr gelegen kommt, weil es hilft, von den eigenen internen politischen Problemen abzulenken, schmälert das Gewicht dieser Einsicht nicht.)

Wenn der Gegensatz zwischen islamischer und westlicher Welt im Nahen Osten weiter angeheizt wird, und das war im Libanonkrieg in einem Maße der Fall, das selbst die Erwartungen der Experten übertroffen hat, ist nicht nur der Nahe Osten, sondern mehr oder weniger die ganze Welt betroffen. Die Anschläge von Madrid und London und die nur durch Zufall verhinderten Anschläge auf Züge in Deutschland haben die extreme Verwundbarkeit Europas gezeigt. Jede weitere blind antiwestliche Solidarisierung in der islamischen Welt gefährdet unmittelbar das heute für so viele Menschen der Erde attraktive Modell Europa und bringt erneutes Leid über zahllose Zivilisten aller möglichen Orientierungen und Nationalitäten. Es darf daher nichts unterlassen werden, was geeignet ist, diesen neuen Ost-West-Konflikt abzubauen - im Äußeren wie im Inneren. Dies und das Eintreten für die Menschenrechte, wo und durch wen immer sie verletzt werden, sind wir den Opfern des Nationalsozialismus schuldig.

Die Autoren

Diese deutschen Politologen schrieben das Manifest: Dr. Dieter Arendt, Professor für Literaturwissenschaft an der Universität Gießen; Dr. Detlev Bald, Friedensforscher und Historiker in München; Dr. Johannes Becker, Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Marburg; Dr. Jörg Becker, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg; Dr. Tilman Evers, Privatdozent für Politikwissenschaft an der Freien Universität in Berlin; Dr. Marianne Gronemeyer, Professorin für Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaft an der FH Wiesbaden; Dr. Dr. Reimer Gronemeyer, Professor für Soziologie an der Universität Gießen; Dr. Karl Holl, Professor für Geschichte an der Universität Bremen; Prof. Dr. Karlheinz Koppe, ehem. Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) in Bonn; Dr. Gert Krell, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt; Dr. Georg Meggle, Professor für Philosophie an der Universität Leipzig; Dr. Werner Ruf, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Kassel; Dr. Hajo Schmidt, Professor für Philosophie an der Fernuniversität Hagen; Prof. Dr. Udo Steinbach, Direktor des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg; Dr. Reiner Steinweg, Literaturwissenschaftler, Friedensforscher und Konfliktberater, Linz/Donau; Prof. Dr. Helmut Thielen, Coordinación General del Instituto Alexander von Humboldt-ICIBOLA in Porto Alegre/Brasilien; Dr. Wolfram Wette, Professor für Neueste Geschichte an der Universität Freiburg.

Der Text wird der Grundintention nach unterstützt von Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Gießen; Dr. Ernst-Otto Czempiel, Professor für Politikwissenschaft an der

Universität Frankfurt; Dr. Egbert Jahn, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Mannheim; Dr. Gert Krell, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt; Irene Krell, Lehrerin in Frankfurt; Dr. Gerald Mader, Präsident des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung, Stadtschlaining/Burgenland; Hannah Reich, Berghof Forschungszentrum für Konstruktive Konfliktbearbeitung in Berlin; Erich Schmidt-Eenboom, Leiter des Forschungsinstituts für Friedenspolitik in Weilheim/Oberbayern; Dr. Christian Wellmann, Stv. Direktor des Schleswig-Holsteinischen Instituts für Friedenswissenschaften in Kiel.

Frankfurter Rundschau 15.11.2006

http://www.fr-aktuell.de/in_und_ausland/dokumentation/?em_cnt=1009679&

LÄCHERLICH

Linke verschieben Besuch im Iran

BERLIN taz Die Reisepläne stehen unter keinem guten Stern: Oskar Lafontaine und Norman Paech von der Linkspartei müssen ihren Iran-Besuch, der bereits einmal abgesagt wurde und jetzt eigentlich Mitte Dezember stattfinden sollte, erneut verschieben. Ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt soll nämlich nun die, ebenfalls mehrfach verschobene, Holocaust-Konferenz in Teheran stattfinden, die sich mit dem als "Mythos" bezeichneten Völkermord an den Juden im Dritten Reich befasst. Das vorläufige Programm enthält Punkte wie "Gaskammern: Leugnung oder Bestätigung" und "Holocaust: westliche Medien und Propaganda". Von dieser "abscheulichen Koinzidenz" habe er erst gestern erfahren, erklärte der Bundestagsabgeordnete Paech der taz. Die Reise sei bereits im August geplant worden. Wegen der Holocaust-Konferenz haben er und Fraktionschef Lafontaine gestern beschlossen: "Wir werden jetzt nicht fahren." B. GAUS

Tageszeitung 21.11.2006

<http://www.taz.de/pt/2006/11/21/a0078.1/text>

ARGUSAUGEN

Irans Holocaust-Konferenz ohne deutsche Rechtsextreme?

Frank Jansen

Berlin - Die Konferenz über den Holocaust, die das iranische Regime im Dezember abhalten will, wird offenbar für die rechtsextreme Szene ein Reinfall. Mehrere einschlägig bekannte Antisemiten sitzen in Deutschland im Gefängnis, andere scheinen aus Furcht vor dem Entzug des Reisepasses auf die Tour nach Teheran verzichten zu wollen. Die Sorge, das Ansehen der Bundesrepublik werde durch Auftritte deutscher Holocaust-Leugner bei der „Propaganda-Show“ des iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad beschädigt, sei derzeit eher gering, heißt es in Sicherheitskreisen. Dennoch werde „mit Argusaugen“ beobachtet, ob Rechtsextremisten eine Reise nach Teheran planen. Immerhin ging mindestens eine Einladung im NPD-Bundesvorstand ein.

Für das Treffen wirbt im Internet das regierungsnahe iranische „Institute for Political & International Studies (IPIS)“. Am 11. und 12. Dezember soll die „International Conference“ unter dem Motto „Review of the Holocaust: Global Vision“ stattfinden. Sicherheitsexperten werten die Veranstaltung als Versuch Ahmadinedschads, seine antiisraelischen Verschwörungstheorien zu bekräftigen. Offenbar solle der Massenmord der Nazis an den Juden als eine Erfindung dargestellt werden, die der Unterdrückung der Palästinenser dient. Im vergangenen Jahr hatte Ahmadinedschad den Holocaust als Mythos bezeichnet und weltweit Empörung geerntet. Applaus kam von Rechtsextremisten, auch in Deutschland.

Über eine britische Adresse schickte das IPIS vor etwa einem Monat dem Bundessprecher der NPD, Klaus Beier, ein Anmeldeformular zu. Er halte die Konferenz für sinnvoll, „da Geschichtsforschung immer interessant ist“, sagte Beier dem Tagesspiegel. Doch werde er nicht nach Teheran fahren, auch seien ihm keine Reisepläne anderer NPD-Funktionäre bekannt. „Wir müssten wohl alle unsere Pässe abgeben“, deutete Beier einen Grund für die Zurückhaltung an – die

Rechtsextremisten erwarten, die deutschen Behörden würden sie gar nicht erst ausreisen lassen.

Die Sorge ist berechtigt: Bereits im Januar hatte das Brandenburger Innenministerium dem Antisemiten Horst Mahler für sechs Monate den Reisepass entzogen. Mahler wollte unbedingt an der Konferenz teilnehmen, deren Termin damals noch nicht feststand. Inzwischen musste Mahler eine Haftstrafe wegen Volksverhetzung antreten und fällt automatisch für das Teheraner Spektakel aus. Ebenso wie die inhaftierten Holocaust-Leugner Ernst Zündel und Gernar Rudolf, die sich zurzeit vor dem Landgericht Mannheim verantworten müssen.

Tagesspiegel, 28 November 2006

<http://www.tagesspiegel.de/politik/archiv/28.11.2006/2927330.asp>

BLUFF

GERMAR RUDOLF I RÄTTEN: FÖRINTELSEN ÄR EN "GIGANTISK BLUFF"

Magnus Söderman

I torsdags ställdes den 42-årige professorn i kemi, Gernar Rudolf, inför rätta i Mannheim, Tyskland. Han står åtalad för att ha förnekat att det vore möjligt att använda Zyklon-B i de påstådda gaskammarna i Auschwitz samt för att ha förnekat den s.k. "Förintelsen".

Gernar Rudolf är en välkänd revisionist som vikt stora delar av sitt liv i kampen för att blottlägga sanningen kring "Förintelsen". Bland annat genomförde han kemiska analyser i de påstådda gaskammarna i Auschwitz och kom fram till att det var omöjligt att man använt Zyklon-B för massavrättningar där. Redan 1995 dömdes han i Stuttgart för detta tankebrott. Han lämnade dock Tyskland för USA där han verkade fram tills att han deporterades till Tyskland i november 2005.

Under sin verksamma tid i USA arbetade han tillsammans med bland andra Ernst Zündel, som även han står inför rätta i Mannheim för liknande tankebrott, samt med det revisionistiska forskningscentrat Institute For Historical Review.

Åklagaren menar nu att Rudolf gjort sig skyldig till att ha "främjat rashat" genom sin forskning och presentation av den samma. Gernar Rudolf gjorde dock sin inställning glasklar redan i inledningen av rättegången då han klargjorde att "Förintelsen" är en "*gigantisk bluff*".

Det som pågår i Europa är en hetsjakt mot individer vars enda önskan är att fritt kunna publicera sina bevis för att den godkända historieskrivningen kring "Förintelsen" är kraftigt felaktig. En hetsjakt som bringar skam över de så kallade "demokratiska" stater vilka hävdar sig vara frihetens försvarare, men som söker lagstifta bort väl underbyggd kritik. Ernst Zündel, Gernar Rudolf, Sigfried Verbeke, David Irving och Robert Faurisson är bara några av de historiker och professorer som åtalas och fängslas blott för sin forsknings skull.

Nationellt Motstånd 18 november 2006 (Schwedisch)

<http://www.patriot.nu/artikel.asp?artikelID=766>

RUMÄNEN

Postkommunistischer Antonescu-Kult 1990-2006 Eine Chronologie William Totok

1940-44: Der militärfaschistische Diktator und Hitlerverbündete, Ion Antonescu beteiligte sich am Überfall auf die Sowjetunion. Verantwortlich am Tod von 410 000 Juden und etwa 30 000 Roma.

23. 08. 1944: Sturz durch einen Putsch, an dem auch der damalige König beteiligt war.

1946: wegen Kriegsverbrechen hingerichtet.

1975: in der Ceausescu-Zeit erste Ansätze einer "literarischen" Rehabilitierung Antonescus.

1990: in der postkommunistischen Presse wird Antonescu zum "antibolschewistischen Helden" verklärt, zahlreiche Politiker fordern eine Rehabilitierung Antonescus.

1991: Gedenkminute im rumänischen Parlament; die meisten rumänischen Zeitungen leugnen den von Antonescu initiierten rumänischen Holocaust; es erscheinen zahlreiche Bücher, in denen Antonescu als Held der rumänischen Nation verherrlicht wird.

Am 8. Juli verurteilen der amerikanische Senat und das Repräsentantenhaus den Wiederauflebenden Antisemitismus in Rumänien sowie die gegen Elie Wiesel gerichteten Angriffe der Medien.

Die Zeitung „Adevarul“ leugnet am 11. Juli den rumänischen Holocaust und beschreibt Antonescu als einen tragischen Helden. Einige Tage später wiederholt die ultranationalistische Organisation „Vatra Romănescă“ (Rumänische Heimstätte) die gleichen Argumente und greift im Parlament den Oberrabbiner Moses Rosen an, weil er angeblich die Unwahrheit über den Pogrom von Iasi (1941) verbreitet habe.

Die Zeitschrift „Revista de istorie militara“, Nr. 1/1991, veröffentlicht auf ihrem Umschlag ein Antonescubild und bezeichnet den Diktator als „eine glänzende Figur in der Geschichte unseres Volkes“. Im gleichen Heft erscheint der erste Teil aus dem Band mit Kriegsreportagen von Constantin-Virgil Gheorghiu, „Ard malurile Nistrului“ – „Es brennen die Ufer des Dnjestr“.

1993: in Slobozia wird am 22. Oktober ein erstes Antonescu-Denkmal errichtet, in zahlreichen Städten werden Straßen nach ihm benannt;

Mehrere lokale Verbände der Kriegsveteranen fordern die Errichtung von Antonescu-Denkmalern in Tirgu Mures und Piatra Neamt.

Am 30. Dezember strahlt das rumänische Fernsehen einen vom TV-Studio der Regierung und der Großrumänischen Partei (PRM) produzierten Film aus, in dem Antonescu als makelloser Politiker dargestellt wird.

1994: in einem von Sergiu Nicolaescu produzierten Spielfilm, „Oglinda“ (Der Spiegel) werden Antonescu und Hitler positiv dargestellt. Die Presse lobt den Streifen.

Amerikanische Politiker protestieren bei Staatspräsident Iliescu gegen den Antonescu-Kult und gegen antisemitische Hetzartikel.

In Piatra Neamt wird am 2. 11. ein neues Denkmal Antonescus enthüllt.

1995: die amerikanischen Senatoren Alfons d'Amato und Christopher Smith protestieren in einem an Iliescu gerichteten offenen Brief gegen die pro-Antonescu-Propaganda.

Die Antwort Iliescus erscheint in der Zeitung „Adevarul“ vom 8. September. Darin heißt es, niemand leugne in Rumänien die Verbrechen Antonescus.

Aus einer im Mai veröffentlichten Umfrage geht hervor, dass 62 Prozent der Rumänen Antonescu positiv einschätzen.

1996: die faschistische Partei Groß-Rumänien und die Liga "Marschall Antonescu" entfachen eine großangelegte Rehabilitierungskampagne.

Gheorghe Funar, der nationalistische Bürgermeister der Stadt Cluj (Klausenburg), kündigt die Errichtung eines Antonescu-Denkmal an.

In seinem, in der Reihe „Große Verbrechen gegen die rumänische Nation“ erschienenen Buch, „Monumente non grata. Falsi martiri maghiari pe pamantul romanesc“, (Monumente non grata. Falsche ungarische Märtyrer auf rumänischem Boden) behauptet der Historiker Petre Turlea, Antonescurumänien habe die Juden gerettet und nicht eine Vernichtungspolitik wie Ungarn betrieben.

1997: der rumänische Generalstaatsanwalt kündigt die Rehabilitierung von sechs Ministern der Antonescu-Regierung an; die amerikanischen Senatoren Alfonse D'Amato und Christopher Smith schreiben an Staatspräsident Emil Constantinescu und fordern ihn auf, das Rehabilitierungsverfahren zu stoppen;

1998: Unterstaatssekretär der Antonescu-Regierung, Toma Petre Ghitulescu wird rehabilitiert.

1999: das rumänische Parlament ehrt Antonescu in einer Feierstunde, seine Rehabilitierung wird von mehreren Abgeordneten gefordert, inklusive von Ioan Moisin (einem Vertreter der regierenden Christ-Demokratischen Nationalen Bauernpartei).

Rehabilitierung des Premierministers, Ion Gigurtu, in dessen Regierungszeit (1940) die rumänischen Rassengesetze verabschiedet wurden.

2000: Rehabilitierung von Netta Gheron (1944 Finanzminister unter Antonescu);

Markus Meckel (SPD/MdB) protestiert gegen die Umbenennung einer Strasse in Temeswar nach Antonescu und ersucht den Oberbürgermeister der Stadt "diese Entscheidung zu überdenken", weil "vor dem Hintergrund der bevorstehenden Verhandlungen mit der Europäischen Union diese positive Berufung auf eine antidemokratische Tradition das falsche Signal" sein könnte.

Staatsminister im Auswärtigen Amt, Christoph Zöpel (SPD), erklärt angesichts der Rehabilitierungsversuche von Antonescu in Rumänien und Josef Tiso in der Slowakei: "Die

würdigende Erinnerung an faschistische Politiker, mit Unterstützung der Regierung, ist ein Grund, an der EU-Fähigkeit eines Landes zu zweifeln."

Eine neue Antonescu-Büste wird anlässlich des Heldenfeiertags (am Tage des orthodoxen Christi-Himmelfahrt-Festes, am 8. Juni) auf dem Militärfriedhof von Letcani (in der Nähe von Iasi/Jassy) enthüllt. Der Militärfriedhof trägt den Namen Antonescus.

Auf einem Gebäude in der Bukarester Straße Constantin Tanase (Vatra-Luminoasa-Viertel) wurde eine Antonescu gewidmete Gedenktafel enthüllt. Der Diktator wurde nach seiner Entmachtung am 23.8. 1944 in dem besagten Haus zeitweilig festgehalten.

2001: Bei den Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestages der „Legionärsrebellion“ (21.-23. 01. 1941) verurteilte Präsident Iliescu die antisemitischen Ausschreitungen der rumänischen Faschisten. Gleichzeitig aber sprach er auch von übertriebenen Opferzahlen, die Rumänien zu Unrecht angelastet würden.

Der Bürgermeister der ostrumänischen Stadt Bacau, Dumitru Sechelariu (PDSR) beabsichtigt ein Antonescu-Denkmal zu errichten.

Iosif Constantin Dragan wurde Ende März erneut zum Ehrenvorsitzenden der „Liga Marschall Antonescu“ gewählt. Auf dem Kongress der Liga wurde zudem der Zusammenschluss der Liga und der Stiftung Antonescu beschlossen. Vorsitzender: Gh. Buzatu; seine Stellvertreter: Radu Theodoru, Jipa Rotaru, Ion Coja.

Anlässlich des 55. Todestages von Antonescu wurde im Hof der Bukarester Kirche Sfintii Imparati Constantin si Elena am 1. Juni eine Büste des früheren Diktators enthüllt. An der Zeremonie nahmen u.a. Corneliu Vadim Tudor (Chef der großrumänischen Partei, PRM), Gheorghe Buzatu (Historiker, PRM-Senator und Vorsitzender der „Liga Marschall Antonescu“), Ilie Iliescu (PRM-Senator), Iosif Constantin Dragan (Ehrenvorsitzender der „Liga Marschall Antonescu“) teil. Wegen seiner Teilnahme an der Zeremonie wurde der frühere Generalstabschef der Armee, General Mircea Chelaru in den Ruhestand versetzt.

Anlässlich des 10. Jahrestages der Partei Groß-Rumänien (PRM) wurde Anfang Juni im Rahmen einer Feierstunde die Forderung erhoben, Antonescu heilig zu sprechen, einigen Militärschulen seinen Namen zu geben, eine "symbolische Bestattung im Pantheon der Helden und Märtyrer" zu organisieren und ein ihm gewidmetes Museum einzurichten.

Der rumänische Premier Adrian Nastase kündigte Ende Oktober während seines Besuches in den USA an, sämtliche Antonescu-Denkmäler entfernen zu lassen. Gleichzeitig gibt er bekannt, dass ein neues Gesetz verabschiedet wird, das antisemitische und rassistische Symbole und Äußerungen unter Strafe stellt.

2002: Die neofaschistische Zeitschrift "România Mare" setzt ihre Rehabilitierungskampagne fort.

Nach einem Streit mit Corneliu Vadim Tudor verlässt der großrumänische Parlamentarier und frühere Herausgeber der fremdenfeindlichen und antisemitischen Hetzgazette "Europa" (1990-1996), Ilie Neacsu die Partei Groß-Rumänien (PRM) und wird mit offenen Armen von der regierenden Sozialdemokratischen Partei (PSD) aufgenommen. Der Vorsitzende der PSD und amtierende Regierungschef Adrian Nastase verharmlost die fremdenfeindlichen, antiwestlichen und antidemokratischen Äußerungen Neacsus mit dem Hinweis, dieser sei "in letzter Zeit ja nicht mehr als Extremist rückfällig geworden". (Anfang September verlässt Neacsu auch die regierende, PSD, - ohne jedoch aus der Parlamentsfraktion der Regierungspartei auszutreten - und wird Mitglied der 1992 entstandenen, heute unbedeutenden Rumänischen Sozialistischen Partei, PSR.)

Während eines Fußballspiels - Dinamo-Rapid - auf dem Bukarester Dinamo-Stadion hissen rechtsextreme Dinamo-Fans am 17. März ein übergroßes Antonescu-Bild und skandieren rassistische Parolen. Nach dem Motto: "Die einzige Lösung ist Antonescu" fordern die rechtsextremistischen Anhänger des dem Innenministerium nahestehenden Dinamo-Fußballclubs schon seit Jahren die Vernichtung der Anhänger und Spieler von Rapid, die sie als Zigeuner bezeichnen. Auf der mit einem Hakenkreuz geschmückten Internetseite der Dinamo-Fußballrowdys ist der Spruch "Sieg Heil, Kameraden" zu lesen.

In einer am 18. 3. vom rumänischen Fernsehsender Pro TV ausgestrahlten Debatte leugnet der Historiker und großrumänische Senator Gheorghe Buzatu erneut den rumänischen Holocaust. Gleichzeitig kündigt er die Veröffentlichung einer vierbändigen Antonescu-Biografie an.

Die rumänische Regierung verbietet per Dringlichkeitsverordnung (31/2002) die Gründung faschistischer, rassistischer oder fremdenfeindlicher Organisationen. Die Mitgliedschaft in solchen Organisationen sowie die Verbreitung, den Besitz oder die Verwendung faschistischer, rassistischer oder fremdenfeindlicher Symbole soll künftig mit Haftstrafen geahndet werden. Wer den Holocaust leugnet oder dessen Auswirkungen öffentlich anzweifelt wird ebenfalls mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft. Verboten sind auch Straßenbenennungen nach Kriegsverbrechern oder Faschisten, die Errichtung von Statuen oder das Anbringen von Gedenktafeln für Personen, die sich wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder den Frieden schuldig gemacht haben.

In einer Ansprache vor den Vertretern der jüdischen Gemeinschaften aus den NATO-Kandidatenländern, die anlässlich des Gipfeltreffens der sogenannten Vilnius-Gruppe in Bukarest tagten, verwies Präsident Ion Iliescu am 27. März darauf, dass "die Rumänen weder Antisemiten waren noch Antisemiten sind". Die Aussage Iliescus könnte als eine indirekte Replik auf eine Darlegung des amerikanischen Botschafters aus Bukarest, Michael Guest gedeutet werden, in der dieser zeigte, dass die Verbrechen des Antonescu-Regimes auch von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen wurden. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinschaft aus Rumänien, Nicolae Cajal begrüßte die Regierungsmaßnahmen gegen den postumen Antonescu-Kult und unterstrich die Tatsache, dass selbst wenn "Antonescu ein Patriot war, er gleichzeitig auch ein Kriegsverbrecher gewesen ist".

Drei Senatoren erklärten am 2. April im Parlament, dass Rumänien keine Schuld am Holocaust habe. Der sozialdemokratische Senator Adrian Paunescu, der frühere Justizminister und derzeitige liberale Senator, Mircea Ionescu Quintus sowie der groß-rumänische Senator Corneliu Vadim Tudor sprachen übereinstimmend vom Versuch, das rumänische Volk ungerechtfertigterweise zu beschuldigen. Tudor sagte wörtlich: "jemand habe ein Interesse, das rumänische Volk als kriminell darzustellen", während Quintus all jene aufforderte, sich zu entschuldigen, die Rumänien unbegründet des Holocaust bezichtigen. Tudor warf Premierminister Adrian Nastase vor, "Antonescu ein zweites Mal zu töten". Die geplante Beseitigung der errichteten Antonescu-Statuen bezeichnete er als eine "nationale Schande". (Piatra Neamt ist die erste Stadt Rumäniens, die ein Antonescu-Denkmal entfernen ließ. Ende April wurde der Antonescu-Platz in Bahnhofsplatz – Piata Garii - umbenannt.) Trotz des Dringlichkeitserlasses der Regierung wurden bislang die in zahlreichen Städten existierenden Straßennamen nach Antonescu beibehalten.)

Am 15. April wurde auch das Antonescu-Denkmal in Slobozia beseitigt.

Die Regierung forderte die Kommunen ultimativ auf, bis zum 15. Mai sämtliche Antonescu-Straßen umzubenennen und alle existierenden Denkmäler und Gedenktafeln zu entfernen.

Die liberale Senatorin Norica Nicolau (Mitglied im parlamentarischen Verteidigungsausschuss) kritisierte die Dringlichkeitsverordnung der Regierung, aufgrund derer die Holocaustleugnung strafbar ist und erklärte am 9. April: "Durch diese Verordnung möchte die Nastase-Regierung die Geschichte auf die Anklagebank bringen". Die jüdische Gemeinde Rumäniens äußerte ihr Befremden gegenüber der Forderung einiger Spitzenvertreter der National-Liberalen Partei (PNL), die Leugnung des Holocaust nicht juristisch zu belangen.

Bei einer Begegnung mit Studenten der Universität "Ovidius" aus Konstanz erklärte Staatspräsident Ion Iliescu am 16. April, Ion Antonescu habe auch "positive Sachen" durchgesetzt, seine große Schuld aber sei es gewesen, Rumänien an der Seite Deutschlands in den Krieg geführt zu haben.

Während die rumänische Exekutive per Erlass Antonescudenkmäler und –straßen verbietet, wurde im Flur des Regierungsgebäudes ein Bild des ehemaligen Diktators aufgehängt und die "Gemäldesammlung der rumänischen Ministerpräsidenten" vervollständigt. Diese Ehrung gilt, laut Serban Mihailescu, dem Generalsekretär der Regierung, allen rumänischen Ministerpräsidenten und ist als eine "Geste der Anerkennung für ihren Beitrag zur Entwicklung Rumäniens im letzten Jahrhundert" zu verstehen. (In einem Brief - vom 28.6.2002 - an Adrian Nastase forderte die amerikanische Helsinki-Kommission den rumänischen Premier auf, das Antonescu-Porträt zu entfernen. In dem u.a. von Hillary Clinton und Christopher Smith unterzeichneten Schreiben wird gleichzeitig die Beseitigung der Antonescu-Statuen in Bukarest, Sarmas, Calaras und im Gefängnishof von Jilava – wo der frühere Diktator 1946 hingerichtet wurde – verlangt. Kulturminister Razvan Theodorescu streitet die Vorwürfe ab, während der großrumänische Senator, Gh. Buzatu im Rahmen einer von der Rumänischen Akademie organisierten Konferenz erneut die Mitschuld Antonescus am Holocaust leugnet.)

Die groß-rumänische Partei (PRM) und die Liga Marschall Antonescu feierten am 1. Juni 2002 in der vom früheren Diktator gestifteten Bukarester Kirche der Heiligen Konstantin und Helena den 120. Geburtstag des ehemaligen faschistischen Staatsführers. In der gleichen Kirche fand ein Requiem anlässlich des 56. Todestages von Antonescu statt. Mitglieder der PRM-Jugendorganisation entfernten das Tuch, mit dem die im Kirchhof errichtete Büste Antonescus verhüllt worden war, nachdem die Regierungsverordnung in Kraft getreten ist. Gh. Buzatu hielt am 3. Juni im Senat eine Rede, in der er an die Verdienste Antonescus erinnerte. Die Rede wurde im Parteiblatt "România Mare" veröffentlicht. Auch die Tageszeitung "România libera" widmete dem 56. Todestag Antonescus einen langen Aufsatz, der in der wöchentlichen Beilage "Aldine" abgedruckt wurde.

Die Mitglieder des Stadtrats aus Oradea/Großwardein stimmten Anfang Juni gegen eine Umbenennung des Antonescu-Boulevards. Gegenstimmen kamen bloß seitens der Vertreter des Demokratischen Verbandes der Ungarn (UDMR). Gegen eine Umbenennung einer Antonescu-Straße stimmten im Juli auch die Stadtväter von Botosani, um sie schließlich Anfang August doch zuzulassen. Die in Temeswar existierende Antonescu-Chaussee (früher: Bogdanestilor) war auch Ende Juni noch

nicht umbenannt worden.

Der Senat definierte den Holocaust als systematische Vernichtung der europäischen Juden in den Vernichtungslagern der Nazis während des 2. Weltkriegs. Diese Definition soll demnächst in das Gesetz einfließen, das aufgrund der Regierungsverordnung 31/2002 vom Parlament verabschiedet werden soll. Dadurch wird die von Antonescu angezettelte Vernichtungsaktion rumänischer und sowjetischer Juden verniedlicht.

Anlässlich des 75. Gründungstages der faschistischen "Legion des Erzengels Michael" (24.6.1927) versammelten sich in Bukarest mehrere Altlegionäre und junge uniformierte Sympathisanten dieser Organisation zu einer Gedenkveranstaltung. Serban Suru, der selbsternannte Chef der "Legionärsbewegung" und Vorsitzender der Bukarester Filiale der Nationalchristlichen Vereinigung "Petre Tutea" erklärte bei dieser Gelegenheit: "Ich, Serban Suru, leugne hier und jetzt den Holocaust!" (Zusammen mit Vertretern anderer revisionistischer Organisationen, wie dem Verband der Kriegsveteranen und deren Nachkommen, der Liga zur Bekämpfung des Antirumänismus – LICAR -, der Vereinigung Vatra Româneasca – Rumänische Heimstätte -, protestierte Suru im großrumänischen Parteiblatt, "România Mare" gegen die Regierungsverordnung, die jegliche faschistische Betätigungen untersagt.)

Anlässlich der Ende Juli erfolgten Einweihung, der im Geburtshaus Elie Wiesel errichteten "Gedenkstätte Elie Wiesel" in Sighet, forderte der Friedensnobelpreisträger Präsident Iliescu auf, die gesamte Wahrheit über den von Antonescu mit verschuldeten Holocaust öffentlich zu thematisieren. In einem Zeitungsinterview bezeichnete Elie Wiesel den postkommunistischen Antonescu-Kult als "einen unehrenhaften Schandfleck" für "das rumänische Volk, die politische Klasse und Kultur".

Der Vorsitzende der Nationalen Einheitspartei der Rumänen (PUNR), der umstrittene Ex-General Mircea Chelaru forderte am 2. August die Durchführung eines Referendums über die Rechtmäßigkeit der Regierungsverordnung, die die Verherrlichung faschistischer Persönlichkeiten und die Holocaustleugnung untersagt.

Rumänischen Presseberichten zufolge wurden bis Anfang September von den landesweit insgesamt 25 existierenden Antonescustraßen 10 umbenannt. Darunter auch jene in Oradea/Großwardein und Cluj/Klausenburg.

Wegen wiederholter "Anstiftung zur Hetze gegen Juden, Roma und sexuelle Minderheiten" wurde dem privaten TV-Sender OTV am 12. 09. die Lizenz entzogen. Anlass für diese umstrittene Maßnahme war ein am 10.09. ausgestrahltes Gespräch mit dem Chef der neofaschistischen Groß-Rumänien Partei, Corneliu Vadim Tudor, der erneut die Juden und Roma beschimpfte. Tudor durfte auch schon früher als Gast des Moderators Dan Diaconescu auftreten. Die Protokolle dieser TV-Gespräche wurden anschließend in mehreren Folgen in der Zeitschrift "România Mare" abgedruckt. Präsident Iliescu bezeichnete die Sendung als "Instrument des Hasses und der Intoleranz". Der Rumänische Presseklub begrüßte die Entscheidung des Nationalen Rates für audiovisuelle Medien, OTV die Lizenz zu entziehen.

Die „Liga Pro Europa“ protestierte am 16.10. 02 gegen die Zunahme antisemitischer Straftaten und forderte die zuständigen Behörden auf, strafrechtliche Maßnahmen gegen rassistische und fremdenfeindliche Umtriebe einzuleiten. Anlass des Protestes waren antisemitische Losungen, die Unbekannte in Bukarest und Klausenburg auf öffentliche Gebäude schmierten.

Ion Coja veröffentlicht die revisionistische Broschüre „Holocaust in Rumänien?“ und organisiert zusammen mit den rechtsradikalen Organisationen, LICAR, Sarmisegetuza und Gh. Manu die Tagung: „Rumänismus und Anti-Rumänismus“ (27.-28.11.2002). Die Teilnehmer an der Tagung kamen zur Schlussfolgerung, in Rumänien gäbe es so etwas wie einen „institutionalisierten Antirumänismus“, den man aufhalten müsse.

Ion Coja erhielt übrigens auch den Preis der Humanistischen Stiftung "România Mare" 2002 - für seine "gesamte Tätigkeit im Interesse des Landes als Führer der Landesvereinigung Vatra Româneasca". Unter den Preisträgern der letzten 12 Jahre befinden sich u.a.: Edgar Papu (Theoretiker des sogenannten Protochronismus), Raoul Sorban (antiungarischer Publizist), Ion Lancranjan (nationalistischer Romancier), Radu Theodoru (Romancier und Verfasser antisemitischer Machwerke), Mircea Musat, Ion Ardeleanu (nationalistische Historiker), Radu Ceontea (Ex-Chef der "Vatra Româneasca"), Romulus Vulpescu (nationalistischer Dichter), Iosif Constantin Dragan (Herausgeber zahlreicher antonescufreundlicher Schriften), Grigore Vieru (nationalistischer Dichter aus der Republik Moldau), Dan Zamfirescu (nationalistischer Historiker und Theologe), Mihai Ungheanu (protochronistischer Literaturkritiker), Ioan Alexandru (orthodox-nationaler Poet), Gheorghe Zamfir (Panflötenspieler), Neagu Cosma (ehemaliger Geheimdienstgeneral, Verfasser apologetischer Schriften auf die Securitate), Dumitru Dragomir (Gründer des Blattes "Atac la persoana" - "Persönlicher Angriff"), Dan Diaconescu (TV-Moderator - OTV), Eugen Florescu (früherer national-kommunistischer Propagandasekretär und Oberzensor unter Ceausescu), Doina und Ion Aldea Teodorovici (nationalistische Liedermacher aus der Moldaurepublik), Ilie Ilascu (moldauischer

Nationalist), Constantin Galeriu (nationalgesinnter orthodoxer Priester), Sergiu Nicolaescu (Autor nationalhistorischer Filme), Sabin Balasa (Hofmaler Ceausescus), Pavel Corut (ehemaliger Securitateoffizier und Verfasser nationalistischer SF-Literatur), Nedici Lemnaru (nationalistischer Memoirenschreiber und Ratgeber der völkischen Dichter, Nichifor Crainic und Radu Gyr).

2003: In Temeswar wurde am 20. Januar erstmals ein Jugendlicher zu einer Geldstrafe aufgrund der Bestimmungen der Dringlichkeitsverordnung verurteilt, weil er auf eine Wand ein Hakenkreuz gezeichnet hatte.

Dorel Dorian (Vertreter der rumänienjüdischen Minderheit im Parlament) appelliert in einer Stellungnahme an die Regierungsbehörden, die im Frühjahr 2002 veröffentlichte Dringlichkeitsverordnung (31/2002) zu ratifizieren. In einem in der „Realitatea evreiasca“ (Nr.180/03) veröffentlichten Antwortschreiben beteuert der Kultusministers, die Legalisierung sei nicht vergessen, sondern nur aufgeschoben worden.

Das Oberhaus des rumänischen Parlaments – der Senat – nahm am 20. März erneut die Debatte bezüglich der Verabschiedung des Gesetzes auf, das auf der vor einem Jahr veröffentlichten Dringlichkeitsverordnung 31/2002 basiert und eine Bestrafung faschistischer Umtriebe vorsieht. Rumänische Zeitungen forderten in diesem Zusammenhang erneut eine Gleichsetzung von kommunistischer und faschistischer Propaganda.

Der Bürgermeister von Cluj/Klausenburg, Gheorghe Funar (Mitglied der großrumänischen Partei – PRM) wurde aufgrund der Bestimmungen der Dringlichkeitsverordnung Nr. 31/2002 am 14. April zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er die Entwürfe für ein geplantes Antonescu-Denkmal öffentlich ausgestellt hatte.

Auf einer Tagung der Allianz für die Monarchie in Sibiu/Hermannstadt leugnete einer der Teilnehmer – Fornea Badulescu – den rumänischen Holocaust und forderte die Gründung eines Museums, um die „Mystifizierungen“ des Holocaustmuseums aus Washington zu widerlegen.

In einem am 12. Juni 2003 verbreiteten Kommuniqué der rumänischen Regierung wird der von Antonescu geplante und durchgeführte Holocaust geleugnet. Angesichts der Welle internationaler Proteste, die diese Erklärung auslöste, relativierte die Regierung das Kommuniqué mit dem irreführenden Hinweis, der Holocaust habe nicht auf dem Territorium Rumäniens stattgefunden, sondern in Provinzen, die nicht zum rumänischen Staatsgebiet gehörten. Bessarabien, die Nordbukowina und Transnistrien – wo die Juden deportiert sowie systematisch in KZ-ähnlichen Einrichtungen und Gettos vernichtet wurden – gehörten jedoch in der Zeitspanne 1941-1944 zu Rumänien oder unterstanden rumänischen Verwaltungsbehörden (Odessa und Transnistrien).

In einem Interview mit der israelischen Zeitung „Ha'aretz“ relativierte der rumänische Staatspräsident Ion Iliescu am 25. Juli den von den Antonescu-Behörden verschuldeten Holocaust. Seine Aussagen wurden in Israel mit Befremden aufgenommen. In einer Stellungnahme erklärte er vor rumänischen Journalisten: „Es gab keinen rumänischen Holocaust, keinen deutschen oder polnischen. Es handelte sich um einen allgemeinen Prozess; dieses europäische Phänomen hatte auch eine rumänische Komponente“.

Präsident Iliescu übernahm am 22. Oktober die Schirmherrschaft einer internationalen Expertenkommission, die sich mit den Fragen des rumänischen Holocaust beschäftigt wird. In die von Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel präsierte Kommission wurden u.a. auch die Halbjahresschrift-Autoren Hildrun Glass, Leon Volovici, Michael Shafir, Mihai Dinu Gheorghiu und William Totok berufen. In einem für Herbst 2004 geplanten Bericht sollen die bis dahin erarbeiteten Forschungsergebnisse gebündelt werden und als Leitlinie für die Erstellung jener Kapitel aus den Geschichtslehrbüchern dienen, die dem Holocaust gewidmet sind.

2004: In der wöchentlichen Beilage der Tageszeitung „România libera“ – Aldine – erscheint am 09.01.04 ein Artikel von Liviu Timbus, in dem das faschistische Antonescu-Regime auf die gleiche mystifizierende Weise wie in der bekannten revisionistischen Literatur präsentiert wird. Der Autor hebt die politischen Tugenden des Regimes hervor und behauptet, im Gegensatz zur kommunistischen Ära habe es in der Antonescu-Zeit keine Gleichschaltung gegeben. Die Bürger konnten ohne Furcht vor Repressalien ihre Meinung frei äußern, nur eine Gruppe von moskauhörigen Kommunisten sei im Lager von Tirgu Jiu isoliert worden. Der Autor behauptet außerdem, das Regime habe keinerlei Druck auf das „Unterrichtswesen und die nationale Kultur ausgeübt“, sondern sich durch „Toleranz, Menschlichkeit und Patriotismus“ ausgezeichnet.

Ion Coja, Chef der Liga zur Bekämpfung des Antirumänismus (LICAR) kündigt in der „România Mare“ (Nr. 707/30.01.04) die Gründung einer eigenen Kommission an, die den Holocaust erforschen soll. Sie ist als eine Art Gegenkommission zu der von Elie Wiesel präsierten Expertenkommission gedacht, die sich mit dem rumänischen Holocaust beschäftigt.

In Rumänien wird der 9. Oktober alljährlich als Holocaustgedenktag begangen. Am 9. 10.1941 erließ Antonescu den Befehl zur Deportation der rumänischen Juden.

Der Spitzenkandidat der Nationalen Christdemokratischen Partei (PNDC) – ein Ableger der

Organisation „Neue Rechte“ – für das Oberbürgermeisteramt der rumänischen Hauptstadt, Ion Coja, versprach im Falle seiner Wahl am 6.6. die Verdienste Antonescus durch die Errichtung eines Denkmals zu würdigen. Die auch in anderen Städten angetretenen Kandidaten dieser Gruppierung erhielten nur eine geringe Stimmenanzahl.

Die wöchentliche Beilage der Zeitung „România liberă“ – Aldine – vom 23. Juli 2004 veröffentlichte einen langen Lobgesang auf den „heiligen Krieg“ „unseres Marschalls“ Antonescu. Der Verfasser, Teodor Simionescu, bezeichnet darin die Kriegsbeteiligung Antonescus an der Seite Hitlerdeutschlands als dessen Glauben „an den Endsieg über den atheistischen Bolschewismus“ und an die Befreiung der geraubten Gebiete durch die Sowjetunion. Gleichzeitig spricht er sich für eine Rehabilitierung des seiner Meinung nach „unrechtmäßig“ verurteilten Diktators aus und für die Wiedererrichtung seiner in einigen Städten geschleiften Statuen.

In Rumänien fanden (am 12. 10. 04) zum ersten Mal offizielle Feierlichkeiten anlässlich des Holocaust-Gedenktages statt, der alljährlich am 9. Oktober (dem Tag, als Antonescu 1941 die Deportationen der Juden angeordnet hatte) begangen wird. Im Namen der revisionistischen Gruppierungen Uniunea Vatra Românească (Rumänische Heimstätte), Liga pentru Combaterea Anti-Românismului (Liga zur Bekämpfung des Antirumänismus) und Asociația Veteranilor de Război și a Urmasilor Veteranilor (Vereinigung der Kriegsveteranen und deren Nachkommen) präsentierte Ion Coja einen Tag vor den Gedenkveranstaltungen einen Sammelband mit Studien und Aufsätzen - "Protocoloalele Kogaionului", „Die Protokolle Kogaions“ -, in denen der Holocaust geleugnet wurde.

Am 11. 11. 2004 legt die von Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel geleitete internationale Kommission zur Erforschung des rumänischen Holocaust ihren Abschlussbericht vor. In den Schlussfolgerungen heißt es u.a., dass außer Deutschland nur noch Rumänien in einem vergleichbaren Ausmaß in Massaker an Juden involviert gewesen sei. Die Zahl der im Bericht angegebenen jüdischen Opfer liegt zwischen 280 000 und 380 000, die der Roma umfasst mindestens 11 000 Personen.

Elie Wiesel hat am 16. 12. 04 seinen im Jahr 2002 erhaltenen rumänischen Verdienstorden aus Protest zurückgegeben, nachdem der scheidende Staatspräsident Ion Iliescu den als Antisemiten bekannten Chef der rechtsextremen Großrumänien-Partei (PRM), Corneliu Vadim Tudor und den revisionistischen Historiker und Holocaustleugner, Gheorghe Buzatu mit hohen Staatsorden ausgezeichnet hatte. Dem Beispiel Wiesels folgte am 17. 12. auch der bekannte amerikanische Historiker des Holocaust, Randolph L. Braham (der Mitglied der Holocaustkommission war), indem er den im November 2004 empfangenen höchsten Orden „Steaua României“ (Stern Rumäniens) zurückgab.

2005: Das Tuch, mit dem seit 2 Jahren eine im Hof der Bukarester Kirche der Heiligen Konstantin und Helene (Constantin și Elena) errichteten Antonescu-Statue bedeckt war, haben Unbekannte entfernt. Auf die Wand der Kirche spritzten sie die Losung „Antonescu – Nationalheld“.

Anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945, erklärte die rumänische Regierung, die im November 2004 vorgelegten Empfehlungen der Internationalen Kommission zur Erforschung des rumänischen Holocaust in die Tat umzusetzen.

Am 4. März 2005 fand in der Universität von Pitești eine Konferenz statt, deren Themenschwerpunkt die Antonescu-Zeit war. Der Konferenzsaal war mit einem Bild Antonescus in Uniform geschmückt. Unter den Teilnehmern befanden sich der Bürgermeister der Stadt und der Rektor der Universität sowie zahlreiche Studenten, deren Lehrveranstaltungen suspendiert wurden, um ihnen die Teilnahme zu ermöglichen. Als Referent trat Gheorghe Buzatu auf, Rektor der Universität Craiova und in der Zeitspanne 2000-2004 Senator der großrumänischen Partei (PRM). Die Teilnehmer kritisierten nicht den Abschlussbericht der Internationalen Kommission zur Erforschung des rumänischen Holocaust, wie dies seit Anfang dieses Jahres bereits in mehreren Artikeln der Fall war, sondern äußerten bloß ihre Vorbehalte gegenüber des Regierungserlasses Nr. 31/2002, der die öffentliche Huldigung von Kriegsverbrechern sowie faschistische und fremdenfeindliche Propaganda untersagt.

Der Vorsitzende der Liga zur Bekämpfung des Antirumänismus (LICAR), Ion Coja, der wegen des aus wahltaktischen Gründen eingeschlagenen, projüdischen Kurses der rechtsextremen Großrumänischen Partei (PRM – inzwischen in Großrumänische Volkspartei - PPRM – umbenannt) in deren Zeitschrift „România Mare“ eine Zeit lang nicht mehr veröffentlicht wurde, meldete sich in der Ausgabe Nr. 769 vom 8.4.05 mit einem vehementen antisemitischen Artikel wieder zu Wort. In seinem als offener Brief an US-Präsident Bush kaschierten Text leugnet Coja erneut den von den rumänischen Behörden zu verantwortenden Holocaust an den Juden. Gleichzeitig macht Coja für die Zunahme des Antisemitismus in Rumänien die Juden verantwortlich und zählt dafür 5 Ursachen auf: 1.) den ausländischen Druck „auf die Rumänen“, Ion Antonescu als Kriegsverbrecher zu betrachten, 2.) die Tatsache, dass die hochrangigen Vertreter der kommunistischen Partei und des Repressionsapparates in der Zeitspanne von 1944 bis 1964 überwiegend Juden waren, 3.) die „unselige Rolle“ der Juden während der als „gestohlene Revolution“ bekannten Dezemberereignisse aus dem Jahr 1989, 4.) die Beteiligung der Juden an den zweifelhaften Privatisierungen der rumänischen Wirtschaft nach 1990,

und 5.) den „demographischen Angriff“ auf die „vitalen Interessen“ Rumäniens durch die von den zuständigen Behörden verheimlichte Einbürgerung von 450 000 Juden, die darauf abzielt, den souveränen rumänischen Staat dem „internationalen, mafiotischen, mehrheitlich von Juden dominierten Kapital“ unterzuordnen.

Paul Goma, ein bekannter rumänischer Dissident, der in den letzten Jahren in mehreren unmissverständlichen Büchern (wie: *Saptamâna rosie. 28 iunie-3 iulie 1940. Basarabia si evreii* - Die rote Woche. 28. Juni-3. Juli 1940. Bessarabien und die Juden -, mit einer Studie von Mircea Stanescu, Editura Vremea XXI, Bukarest 2004) und zahlreichen Aufsätzen die Juden als Nutznießer des Kommunismus verunglimpft und den Antisemitismus des Antonescuregimes relativiert hatte, publizierte am 8.9. 2005 in der Tageszeitung „Ziua“ erneut ein antijüdisches Pamphlet, in dem er sich als Verleumdungsoffer einer gegen ihn gerichteten Kampagne darstellte. Darin kündigte er an, gegen den Vorsitzenden des rumänischen Schriftstellerverbandes Nicolae Manolescu Anzeige zu erstatten, weil dieser den stellvertretenden Chefredakteur der Verbandszeitschrift „Viata Româneasca“ seines Postens enthoben hatte. Dem verantwortlichen Redakteur wurde vorgeworfen, einen als antisemitisch eingestuften Text von Goma veröffentlicht zu haben. „Der rumänische Holocaust“, heißt es auf Seite 273 des oben erwähnten Buches von Goma, „ist eine Lüge, eine Fälschung, ein Schwindel, eine abscheuliche Drohung („Portemonnaie oder Leben!“).

2006: Der von der internationalen Kommission zur Erforschung des rumänischen Holocaust verfasste Bericht, der im November 2004 vorgelegt und Anfang 2005 in einer zweibändigen Ausgabe – in einer rumänischen und englischen Fassung – im Auftrag der Regierung vom Polirom-Verlag in Iași veröffentlicht wurde, ist für die breite Öffentlichkeit praktisch nicht zugänglich. Die gesamte Auflage der Bücher, von denen nicht einmal einige der Kommissionsmitglieder ihre Autorenexemplare erhalten haben, befindet sich, laut inoffiziellen Angaben, im Bukarester Außenministerium und sollte bei verschiedenen protokollarischen Anlässen über die rumänischen Botschaften verteilt werden. Die von Intellektuellen redigierte elektronische Publikation „E-Leonardo“ Nr. 8/2006 (www.eleonardo.tk) bezeichnete den Bericht als eine der wichtigsten rumänische Erscheinungen nach 1989 und beklagte das fehlende Echo in den Medien. Gleichzeitig wurde den staatlichen Behörden vorgeworfen, die Verbreitung der Studie wesentlich unterlaufen zu haben, weil diese „eine für die rumänische Mentalität absolut unbequeme, durchdringende und revolutionäre Botschaft enthält“. In letzter Instanz wurde ein aus Steuergeldern geförderter „Staatsamtsdat“ produziert, um auf diese Weise der westlichen Öffentlichkeit Entgegenkommen zu signalisieren und um pro forma einen politischen Beweis zu erbringen, Rumänien sei tatsächlich bereit, sich seiner Vergangenheit kritisch zu stellen.

Ende März 2006 kündigte der Polirom Verlag aus Iași endlich eine für das breite Publikum gedachte Veröffentlichung des „Abschlussberichts“ an, die an den Buchhandel ausgeliefert wurde.

Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde aus Rumänien, Aurel Vainer hat Ion Coja wegen antisemitischer Hetze verklagt. Vainer beruft sich auf einen von Coja in der rechtsextremen großrumänischen Zeitschrift „România Mare“ (Nr. 800/11.11.2005) veröffentlichten antisemitischen Text. Coja trat die Flucht nach vorn an und reagierte seinerseits mit einer Verleumdungsklage gegen die Zeitung „Ziua“ und den Kolumnisten Gabriel Andreescu. Dieser hatte 2005 in einem Leitartikel über den Selbstmord eines politisch verblendeten Jugendlichen berichtet, nachdem er als Autor antisemitischer Schmierereien identifiziert wurde. In diesem Zusammenhang erwähnte Andreescu auch die antisemitische Agitation eines Coja und Corneliu Vadim Tudor, ohne jedoch eine direkte Verbindung zwischen dem Selbstmord und den Propagandaschriften der beiden erwähnten Personen herzustellen. Das Gerichtsverfahren wurde am 18. April eröffnet.

Staatspräsident Traian Băsescu hat am 26. April die Dringlichkeitsverordnung der Regierung (31/2002) als Gesetz ratifiziert. Das Gesetz verbietet die rechtsextremistische Propaganda und die Gründung faschistischer, rassistischer oder fremdenfeindlicher Organisationen. Auch die Mitgliedschaft in solchen Organisationen sowie die Verbreitung, der Besitz oder die Verwendung faschistischer, rassistischer oder fremdenfeindlicher Symbole werden mit Haftstrafen geahndet. Die Holocaustleugnung wird ebenfalls mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft.

Die Berufung des amerikanischen Politologen Vladimir Tismăneanu an die Spitze einer Präsidialkommission zur Erforschung der kommunistischen Diktatur löste eine unglaubliche Welle antisemitischer Anfeindungen aus. Dem in Rumänien geborenen Politologen wurde unterstellt, der geplante Abschlussbericht ziele auf eine Reinwaschung der Juden als antirumänische Agenten des Sowjetbolschewismus und der ehemaligen Parteienomenklatura. Einen zusätzlichen Impuls erhielt die

gegen den jüdischstämmigen und aus einer Familie früherer kommunistischer Parteifunktionäre stammenden Politologen entfachte Kampagne durch den Tod von Ion Gavrilă Ogoranu, der nach 1948 in einer Partisanenabteilung am bewaffneten Widerstand gegen das alte Regime beteiligt war. In einem in der Tageszeitung „România liberă“ vom 5. Mai 2006 veröffentlichten Artikel über die Bestattungsfeierlichkeiten von Ogoranu, der Mitglied der faschistischen Jugendorganisation der Legion (die Kreuzbruderschaften – Frățiile de cruce) und zuletzt Vorsitzender der rechtsradikalen Partei für das Vaterland (Partidul Pentru Patrie) war, wurde der Verstorbene als ein Symbol des antikommunistischen Widerstands gewürdigt. Auf einem in der gleichen Zeitung veröffentlichten Foto ist der in einem offenen Sarg aufgebahrte und mit der Fahne der faschistischen Legion bedeckte Leichnam zu sehen. Einer unter den vier auf dem Foto abgebildeten Männern, die die Ehrenwache am Sarg hielten, ist der Chef der rechtsextremen Organisation „Neue Rechte“. In einer am 6. Mai veröffentlichten Erklärung des Zentrums zur Bekämpfung des Antisemitismus in Rumänien, MCA, (The Center for Monitoring and Combating Anti-Semitism) wird mit Befremden festgehalten, dass auch der rumänische Regierungschef Călin Popescu Tăriceanu zur Beerdigung einen Kranz hat schicken lassen. Kränze wurden, laut „România liberă“, auch seitens anderer Politiker geschickt, sowie von „der Bürgerallianz (Alianța civică), der Legionärsbewegung, der Neuen Rechten, der Bewegung(!) für das Vaterland, Senatoren, Abgeordneten, Nachkommen der ehemaligen Widerstandsgruppen aus den Bergen und sogar von der Forschungsabteilung des CNSAS“ [d.i. die rumänische Behörde zur Erforschung der Securitateakten]. Am Grab des Toten wurde die von Radu Gyr verfasste, traditionelle Hymne der rumänischen Rechtsradikalen - „Die heilige Legionärsjugend“ („Sfînta tinerețe legionară“) - angestimmt. Der rumänische Senat würdigte Ogoranu am 8. Mai mit einer Schweigeminute. Ein Senator der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei (PSD) und einer von der regierenden Allianz (PNL-PD) hielten Ansprachen, in denen sie den Verstorbenen als eine beispielhafte antikommunistische Persönlichkeit beschrieben. Im Laufe der gleichen Sitzung hielt auch der großrumänische Senator Mihai Ungheanu eine aggressive Rede, in der er die Ernennung von Tismăneanu als Leiter der Kommission kritisierte. In seiner Ansprache stellte er die Frage, warum gerade ein Jude mit der Leitung beauftragt worden sei. (Lesen Sie dazu auch die Meinung von Liviu Rotman.)

In der Tageszeitung „România liberă“ vom 05.08. 2006 kündigt Ion Coja die Gründung einer Gegenkommission an, die den Namen des verstorbenen Gavrilă Ogoranu führen soll. Coja spricht sich in der Ankündigung gegen das Geschichtsbild von Tismăneanu aus, spricht ihm die moralische Kompetenz ab und warnt vor einer einseitigen Ächtung des Nationalismus aus der Ceaușescuzeit. Er spricht vom „Versuch einer Diskreditierung der Politik des nationalen Interesses“, die Ceaușescu auf seine Weise verwirklicht haben soll. „Wir haben Gründe für die Befürchtung, dass die erwähnte Tismăneanu-Kommission nicht den Kommunismus verdammen wird, sondern den so genannten »nationalistischen Kommunismus«, was ein geeigneter Vorwand sein wird, dem authentischen Nationalismus erneut einen Schlag zu versetzen, einem Nationalismus, der immer schon der bedeutendste Gegner der Kominternisten gewesen ist.“ Nachdem er von der Notwendigkeit der Rehabilitierung jener spricht, die am „Kreuzzug gegen den Kommunismus“ teilgenommen hatten, (d.h., in erster Linie die als Kriegsverbrecher verurteilten Mitglieder des Antonescuregimes) reproduziert er abschließend eine in rumänischen revisionistischen Kreisen beliebte These: „Es hat keinen authentischen rumänischen Kommunismus gegeben, sondern nur einen Kommunismus der Anderen, der in Rumänien mit Waffengewalt eingeführt und aufrechterhalten wurde, infolge des Verrats des Westens und so genannter Mitbürger.“

Der frühere Dissident Paul Goma hat mehrere Zeitungen und Personen sowie einen Verlag und die Bukarester Präsidialkanzlei verklagt. Er wirft ihnen Verleumdung und üble Nachrede vor, weil sie ihn des Antisemitismus und der Verharmlosung des Holocaust bezichtigt haben. Die Begründungen für sein Vorgehen veröffentlichte Goma, der in Paris lebt, in einem Internet-Tagebuch, aus dem die rumänische Zeitung „Ziua“ vom 11. Mai einige Auszüge zitiert hatte. Das Gerichtsverfahren wird am 30. Mai in Bukarest eröffnet. Unter den Verklagten befindet sich auch Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel. (Siehe dazu den Artikel von Barbara Oertel: Prozess wegen Antisemitismusvorwurf)

Als Gast des Bukarester Senders Realitatea-TV erklärte der rumänische Präsident Traian Băsescu am 2. Oktober 2006, Antonescu sei ein „relativ genialer Offizier“ gewesen. Seine größte Fehlentscheidung sei die Überquerung des Dnjestr gewesen, fügte der Staatschef hinzu, ohne nur mit einem Satz die von Antonescu angeordnete Vernichtung der Juden, Roma und Angehörige so genannter religiöser Sekten zu erwähnen. (Von der Internetseite des Präsidialamtes wurde inzwischen der Abschlussbericht der Holocaustkommission stillschweigend gelöscht. Eine am 12. September an das Pressebüro des Präsidialamtes gerichtete Anfrage von *hjs-online*, wieso der Bericht entfernt wurde, blieb unbeantwortet.)

Am 9. Oktober, dem offiziellen Gedenktag für die Opfer des rumänischen Holocaust, wurde in Bukarest der Grundstein zu einem Mahnmal gelegt. Das Holocaust-Mahnmal soll nach dem Entwurf des aus Rumänien stammenden und heute in Pforzheim (Deutschland) lebenden Künstlers Peter Jacobi gebaut werden. "Wir sind entschlossen, zu unserer wahren Geschichte zu stehen", sagte Präsident Basescu bei dieser Gelegenheit.

Anlässlich der 7. Auflage der von Ion Coja, dem Chef der Bukarester Filiale der ultranationalistischen Organisation Vatra Româneasca in Bukarest organisierten Tagung "Rumänismus und Anti-Rumänismus" (24.11.06) richtete dieser einen Brief an Staatspräsident Basescu, in dem er erneut den Holocaust leugnete. In dem von einer rumänischen Presseagentur verbreiteten und in der Zeitung "Cronica romăna" (vom 25.11.06) zitierten Brief schreibt Coja, in Rumänien habe es weder "einen Holocaust noch ein Genozid oder ein Pogrom gegeben". Im Laufe der Tagung sprach Coja erneut von der Notwendigkeit einer Internationale der Nationalisten. Der frühere groß-rumänische Parlamentarier und jetzige Vorsitzender der Vereinigten Sozialistischen Partei (Partidul Socialist Unit - PSU) Ilie Neacsu meinte, zu solchen Tagungen sollten in Zukunft auch Vertreter anderer Parteien - wie der Präsident der Partei Groß-Rumänien (PRM) Corneliu Vadim Tudor oder der Vorsitzende der Partei der Neuen Generation (Partidul Noua Generatie - PNG), Gigi Becali - eingeladen werden. Der frühere Finanzminister Florea Dumitrescu (1969-1978) warf den rumänischen Behörden vor, die durch den EU-Beitritt des Landes heraufziehenden Probleme zu verschweigen.

In einem von Ion Geblescu (der Anfang November auf dem NPD-Parteitag in Berlin eine flammende Rede hielt) in der "Jungen Freiheit" (Nr. 41, 06.10.2006) veröffentlichten Interview wurde der notorische Holocaustleugner Ion Coja als Bukarester Universitätsprofessor und "Präsident der Bukarester Filiale der rechtsnationalen Kulturbewegung Vatra Româneasca (Rumänische Heimstatt)" vorgestellt. (Lesen Sie dazu auch den Artikel von Michael Shafir in rumänischer Sprache: [De ce n-are hac cojocul domnului Coja.](#))

1. Dezember 2006

<http://www.halbjahresschrift.homepage.t-online.de/ion.htm>

SUCHEN UND FINDEN

ITALIEN

Prozess wird wegen Unterstützung des internationalen Terrorismus fortgesetzt

Am 1. April 2004 wurden drei führende Mitglieder des Antiimperialistischen Lagers sowie zwei Aktivisten der türkischen Revolutionären Volksbefreiungsfront (DHKC) wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation verhaftet.

Die Verhaftungen wurde von einer scharfen Medienkampagne begleitet, die zum Ziel hatte all jene zu kriminalisieren, die den irakischen Widerstand unterstützten. Dieser war gerade in unerwartet heftiger Weise als Reaktion auf die Besatzung entstanden und hatte den allzu euphorischen euroamerikanischen Weltherrschaftsplänen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Nachdem das Antiimperialistische Lager die wichtigste Kraft in Unterstützung des Widerstands war, wurde sie auch zum Hauptangriffsziel.

Nach einem Monat mussten Maria Grazia, Alessia und Moreno auf freien Fuß gesetzt werden. Nicht nur war das von der Staatsanwaltschaft fabrizierte Amalgam unhaltbar, sondern auch die internationale und italienweite Solidaritätskampagne zeitigte Wirkung.

Die zwei türkischen Genossen blieben allerdings in Haft und ihre Prozesse wurden bereits aufgenommen. Sie sind Opfer der sogenannten antiterroristischen Gesetzgebung und Rechtssprechung, die im Gefolge des amerikanischen Terrorkrieges überall in Europa Platz greift. Nationale und soziale Befreiungsbewegungen wurden auf die berüchtigte Schwarze Liste der EU gesetzt, die direkt von den USA abgekupfert wurde. Sie enthält auch die DHKP-C. So wird nicht nur der Kampf gegen das oligarchische Militärregime, das durch einen blutigen Militärputsch an die Macht gelangte, sondern selbst das Eintreten für die Freiheit des kurdischen Volkes and die türkischen Unterschichten illegal, genauso wie das Engagement für die unzähligen politischen Häftlinge, gegen die noch immer Folter angewandt wird.

Die Eliten versuchten den irakischen Widerstand in das gleiche Schema des Terrorismus hineinzupressen. Doch heute ist es klar, dass sie damit gescheitert sind, einerseits dank der Stärke des Widerstands des irakischen Volkes, andererseits dank der Tatsache, dass die Mehrheit der Italiener nicht für die Unterstützung der Aggression gegen den Irak gewonnen werden konnte.

Abgesehen von der Absurdität der Anklage (Mitgliedschaft in der DHKP-C) ist es die oben erwähnte westliche Niederlage an der irakischen Front und ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung, die die Justiz zum Rückzug zwang. Heute halten wichtige Teile der italienischen Gesellschaft den irakischen Widerstand für legitim, während die antiimperialistische Position der Unterstützung des Widerstands zumindest innerhalb der Linken, die sich nicht in die Regierung begeben hat, hegemonial ist. So lies der Untersuchungsrichter bei der ersten Anhörung am 1. Dezember 2006, also knapp drei Jahre (!) nach den Verhaftungen, die Anklage wegen Mitgliedschaft in einer internationalen terroristischen Organisation (§270bis) fallen. Die Anklage wegen Unterstützung einer terroristischen Organisation (§270ter) bleibt indes aufrecht.

In einer Stellungnahme am Tag vor der Verhandlung unterstrichen die drei Angeklagten: "Wir werden unser Verbrechen gerne zugeben: die Freundschaft mit einem Genossen, der vom blutrünstigen und antidemokratischen türkischen Regime verfolgt wird."

Tatsächlich hat das Antiimperialistische Lager von Anfang an den Kampf der revolutionären Opposition sowie der Kurden gegen das Nato-Militärregime in der Türkei politisch unterstützt und wird damit auch fortfahren. Mit Zähnen und Klauen werden wir das elementare demokratische Recht auf freie Meinungsäußerung verteidigen, das die Positionierung auf Seiten des antiimperialistischen Widerstands einschließt.

Antiimperialistisches Lager
2. Dezember 2006

Antiimperialistische Koordination, PF 23, A-1040 Wien, Österreich, aik@antiimperialista.org
www.antiimperialista.org/de

BUCH

Halbmond und Hakenkreuz. Das "Dritte Reich", die Araber und Palästina.

Klaus-Michael Mallmann. Preis: 49,90 €, 287 Seiten, Wissenschaftliche Buchgesellschaft; Auflage: 1 (September 2006)
ISBN: 3534197291

Kurzbeschreibung

Während die Wehrmacht den Zusammenschluss der Afrika- und der Kaukasus-Front in einer Zangenbewegung im Nahen Osten anstrebte, wurden bereits detaillierte Pläne zur Vernichtung der Juden in Palästina ausgearbeitet. [Nicht wahr !] Fest einkalkuliert war dabei die Mithilfe der in der Region ansässigen Araber - immerhin hatte sich der Großmufti von Jerusalem, ein Verwandter Arafats, in Berlin mit Hitler getroffen. [Unm di Engländer raus zu werfen]

Klaus-Michael Mallmann und Martin Cüppers schreiben die erste Gesamtdarstellung der Beziehungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem arabischen Nahen Osten, [Falsch. Es gibt viel Bücher in Französisch und italienisch darüber.] ein Verhältnis, das zwischen rassistischer Ideologie, Politik und Religion genügend Raum für Zündstoff lässt, was jedoch in seiner Tragweite bisher kaum erkannt wurde. **Über den Autor** Klaus-Michael Mallmann, geb. 1948, ist Leiter der Forschungsstelle Ludwigsburg und Professor für Neuere Geschichte in Stuttgart. Bei der WBG erschienen von ihm zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt: »Karrieren der Gewalt«, »Genesis des Genozids« und »Deutsche, Juden, Völkermord«. Martin Cüppers, geb. 1966, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Ludwigsburg. Bei der WBG erschien zuletzt »Wegbereiter der Shoah«. [Nochmal zionistische Propaganda]
amazon.de

=====
Klicken Sie auf die folgende URL, um sich von diesem Newsletter abzumelden oder Ihre Einstellungen zu ändern:

[<kausalnexusblatt at yahoo.de>](mailto:kausalnexusblatt@yahoo.de)

[AAARGH Archiv](#)

<http://vho.org/aaargh/deut/deut.html>

<http://aaargh.com.mx/deut/deut.html>

<http://litek.ws/aaargh/deut/deut.html>

ANDEREN AAARGH VIERTELJÄHRLICHEN VERÖFFENTLICHUNGEN

<http://revurevi.net>

El Paso del Ebro

The Revisionist Clarion

Il Resto del Siclo

La Gazette du Golfe et des banlieues (multilingual)

Conseils de Révision

O revisionismo em lingua português

Arménichantage (Armenische Erpressung)